

ISBN 978-3-00-068700-6



9 783000 687006

Thomas Mahlbacher



**Reise durch die Zeit**  
100 Jahre Verband für Energie- und Wasserwirtschaft Baden-Württemberg e. V.  
Geschichten aus der Geschichte

Thomas Mahlbacher

# Reise durch die Zeit

100 Jahre  
Verband für Energie- und Wasserwirtschaft  
Baden-Württemberg e. V.



**Geschichten  
aus der Geschichte**

Thomas Mahlbacher

# Reise durch die Zeit

100 Jahre

Verband für Energie- und Wasserwirtschaft  
Baden-Württemberg e. V.

**Geschichten  
aus der Geschichte**



**Thomas Mahlbacher** war langjähriger Geschäftsführer der Stadtwerke Fellbach. Darüber hinaus begleitete er zahlreiche verantwortliche Positionen beim Verband für Energie- und Wasserwirtschaft Baden-Württemberg e. V. (VfEW) – zuletzt als Obmann beim Lenkungskreis Klein- und Mittelständische Unternehmen, im Vorstand und im Präsidium. Mit seinem Eintritt in den Ruhestand 2016 und anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des VfEW recherchierte Thomas Mahlbacher zur Historie des Verbands und seiner Vorgängerverbände. Das vorliegende Taschenbuch ist das spannende und informative Ergebnis seiner umfassenden Recherchearbeit.

## Impressum

### Herausgeber:

Verband für Energie- und Wasserwirtschaft (VfEW) e. V.  
Schützenstraße 6, 70182 Stuttgart

### Autor:

Thomas Mahlbacher

### Lektorat:

Isabell Bilger, Bärbel Otto

### Bildnachweis:

Siehe Seite 405

### Gestaltung:

Jürgen Gerhardt, XX Design Partner, Stuttgart

### Druck:

logo Print GmbH, Metzingen

### Auflage und Erscheinungsjahr:

200 / 2021

ISBN 978-3-00-068700-6

<b>Vorwort</b> .....	5
<b>Kapitel I: bis 1910</b>	
Vorgeschichte .....	7
Strom .....	9
Gas.....	18
Wasser .....	23
Vereine und Vereinigungen.....	29
<b>Kapitel II: 1910 – 1918</b>	
Umbruch und Zeitenwende .....	49
<b>Kapitel III: 1919 – 1933</b>	
Tanz auf dem Vulkan .....	89
<b>Kapitel IV: 1933 – 1945</b>	
Größenwahn und Untergang .....	141
<b>Kapitel V: 1945 – 1965</b>	
Aufbruch zu neuen Ufern .....	201
<b>Kapitel VI: 1966 – 1998</b>	
Wandel der Zeit, Kernenergie und Wettbewerb .....	269
<b>Kapitel VII: 1999 - 2017</b>	
Start in die neue Energiewelt .....	349
<b>Abkürzungsverzeichnis, Quellen, Bildnachweis</b> .....	401

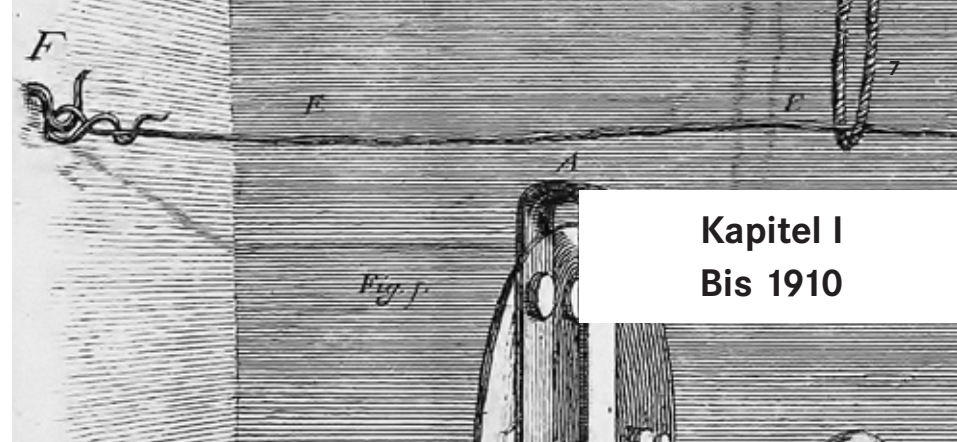
## Vorwort

**I**m Jahr 2017 feierte der Verband für Energie- und Wasserwirtschaft Baden- Württemberg e.V. sein 100-jähriges Jubiläum. Wie hat aber alles angefangen? Wie wurden wir, was wir sind? Um Antworten zu finden, muss man auf diese Zeitspanne und natürlich auf die Geschichte von Strom, Gas und Wasser davor blicken. Viele Informationen entstammten alten Fachzeitschriften, früheren Jubiläumsschriften von Firmen und Verbänden sowie allgemeinen Sammlungen und Schriften. Daneben gab es auch Interviews mit Zeitzeugen und Beteiligten aus der Zeit nach 1945. Nicht alle Erinnerungen und Quellen konnten im wissenschaftlich gebotenen Maßstab verifiziert werden, sie wurden als das belassen, was sie sind, Schlaglichter auf Ereignisse, die die Energiewirtschaft formten.

Viele Entscheidungen, Ereignisse und Zusammenhänge lassen sich aber nur im Spiegel der allgemeinen Geschichte einordnen und verstehen. Deshalb wurde auch versucht, die Fachthemen in das jeweilige Zeitkolorit einzubetten und so die Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die Menschen transparent zu machen.

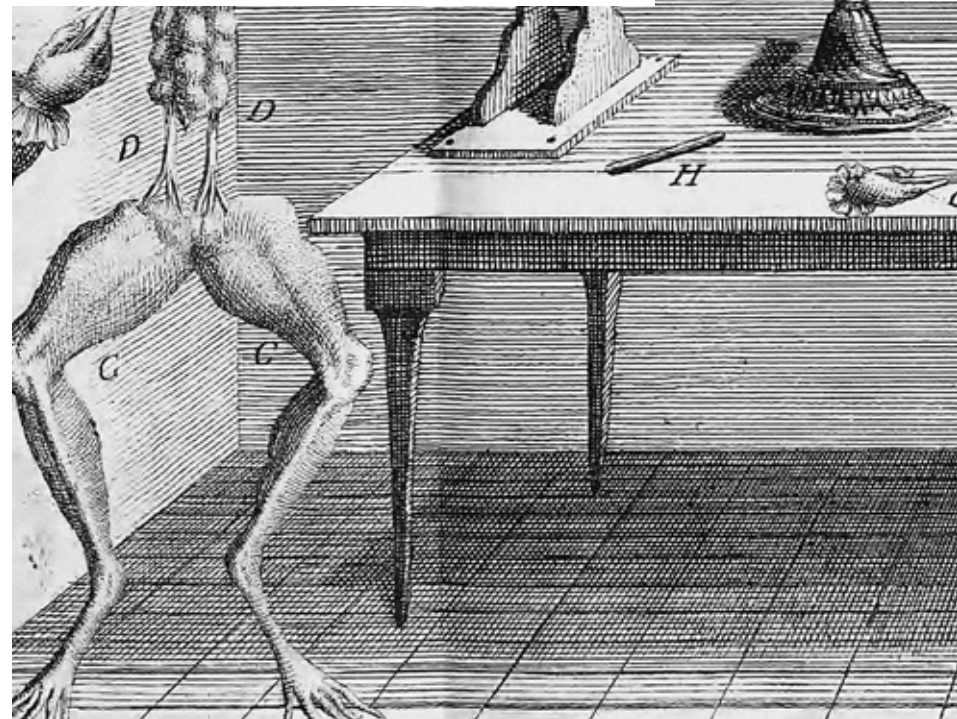
Das Ergebnis aller Recherchen ist eine Sammlung von Informationssplittern und Ausrissen der jeweiligen Zeit, die sich zu einem stimmigen Bild der Zeitläufe fügten, die aber keinen Anspruch auf die wissenschaftliche Vollständigkeit einer historisch umfänglichen Dokumentation mit voluminösem Quellenverzeichnis erheben.

Thomas Mahlbacher



Kapitel I  
Bis 1910

# Vorgeschichte





**100** Jahre Landesverband Baden-Württemberg bedeuten nicht 100 Jahre Strom-, Gas- und Wassergeschichte, auch wenn frühere Verbandsvertreter mitunter die Geschichte von Henne und Ei etwas eigenwillig interpretierten. 100 Jahre Landesverband bedeuten auch nicht, dass dieser vor 100 Jahren gegründet wurde. Es war die Gründung eines Vorgängerverbandes im Jahre 1917, des „Verbandes der Elektrizitätswerke Württembergs und Hohenzollerns“, der die Zeitrechnung des Jubiläums bestimmte. Aber selbst der war nicht der erste Branchenverband auf dem Gebiet des heutigen Baden-Württembergs. Bereits im Jahre 1906 wurde in Baden-Baden der „Verband der Elektrizitätswerke am Mittelrhein“ gegründet. Bleiben wir aber dennoch bei dem ausgewählten Gründungsjahr 1917, weil die Geschichte dieses frühen Verbandes von größeren Sprüngen verschont blieb.

Bevor wir in die Verbandsgeschichte einsteigen, wollen wir etwas die Vorgeschichte unserer Branche beleuchten, die ja letztlich die Grundlage der Verbandsarbeit darstellt. Betrachten wir als Einstimmung also die Zeit und ihre technischen Entwicklungen bis an die Schwelle des Jahres 1910.

## Strom

Die Entdeckung der elektrischen Energie und ihrer Auswirkungen auf Mensch und Tier ist schon alt und beginnt bereits in der Antike. Ganz vorn: die Beobachtung der statischen Aufladungen des Bernsteins, des Namensgebers der Elektrizität (Bernstein, griechisch elektron) und unserer ganzen Branche. Besonders beeindruckend fanden die damaligen Menschen sicher auch die

Naturschauspiele von Blitz und Donner. Kein Wunder also, dass sich schon in den frühesten Aufzeichnungen der Menschheit immer wieder Darstellungen von Göttern finden, denen Blitze zugeschrieben werden. Bekanntestes Beispiel ist sicher der blitzeschleudernde Göttervater Zeus aus Griechenland, aber auch der hethitische Wettergott Teschup und die chinesische Blitzgöttin Lei Tsu zählen zu den bedeutendsten Repräsentanten ihrer Zunft. Heute sind es eher die Götter in Bonn und Berlin, deren oft unberechenbaren Blitze, begleitet von bedrohlichem Donnerrollen, die Branche in Erschrecken und Aufregung versetzen; besonders dann, wenn deren Wollen so kryptisch formuliert ist wie die Sprüche des Orakels von Delphi. Wir sehen, unsere Branche war immer schon von den unergründlichen Ratschlüssen höherer Mächte abhängig, denen auch dann zwanghaft Folge zu leisten war, wenn der vorgegebene Weg offensichtlich tief in dichten Dunst und Nebel oder sogar auch in die Irre führte.

Doch zurück zum Strom. Bis zum 17. Jahrhundert blieb das Wissen um das Thema auf Blitz und Bernstein beschränkt. Neu hinzugekommen war lediglich die Erkenntnis, dass neben Bernstein auch andere (isolierende) Stoffe wie Glas elektrostatisch wirkten (das Wort kannte man natürlich noch nicht) und dass die anziehende Kraft mittels feuchter Seile und Drähte fortgeleitet werden konnte. Ab der Mitte des 18. Jahrhunderts kam dann im besten Sinne des Wortes Bewegung in die Sache, als man sah, dass Extremitäten getöteter Tiere manchmal plötzlich zu zucken begannen. Eines der auch heute noch bekanntesten Experimente jener Zeit ist das Froschschenkel-Experiment von Professor Galvani. Er entdeckte erstmals am 6. November 1780 (andere Quellen sprechen von 1786), dass abgetrennte Schenkel von frisch getöteten

Fröschen Muskelkontraktionen zeigen, wenn sie mit bestimmten Metallstäben berührt werden. Ein weiterer Gelehrter, Professor Volta, fand zudem sehr bald heraus, dass den zuckenden Froschschenkeln keine geheimnisvolle Macht zugrunde lag, sondern dass dies etwas mit der Berührung zweier verschiedener Metalle in einem Elektrolyt (in diesem Fall die frische Körperflüssigkeit des getöteten Tieres) zu tun hatte. Daraus entwickelte er die Voltaische Säule, einen Vorläufer des elektrochemischen Elementes, also einer Batterie.

Die Stromerzeugung mit galvanischen Elementen oder durch Reibungselektrizität wie beim Bernstein konnte auf Dauer aber nicht überzeugen. Für Zwecke der Wissenschaft reichten sie wohl aus, wegen ihrer geringen Leistung konnten sie aber technisch keine größere Bedeutung erlangen. Also brauchte man neue Ideen. Michael Faraday hatte bereits 1831 die Entdeckung gemacht, dass in einer Drahtspule ein kurzer Strom fließt, wenn man ihr mit einem Magneten zu nahe kam. Dieser Gedanke schien ausbaufähig. Das Problem war nur, dass die verfügbaren Permanentmagneten einfach nicht stark genug waren, um eine vernünftige elektrische Energie zu erzeugen. Auch die Idee der Elektromagneten geisterte schon durch den Raum, nur musste man so viel der gerade teuer erzeugten elektrischen Energie zur Erregung aufwenden, dass es auch wieder uninteressant wurde.

Werner Siemens (damals noch ohne „von“) erkannte 1867, dass es dagegen möglich war, den erzeugten Strom, bevor er der Maschine entnommen wurde, zum Aufbau des Magnetfeldes in der Maschine selbst zu verwenden. Er nannte seine Vorrichtung „Dynamo elektrische Maschine“, aus der sich dann der Name Dynamo im allgemeinen Sprachgebrauch einbürgerte. Ein ange-

nehmer Nebeneffekt war, dass man Ursache und Wirkung sehr einfach umdrehen konnte. Aus einem Generator wurde ein Motor, was zur ersten Elektrolokomotive von Siemens im Jahre 1879 führte. Heute weiß man, dass diese Umkehrung bei vielen Erscheinungen der Elektrotechnik möglich ist, z. B. bei Licht (Photovoltaik – LED), bei Wärme/Kälte (Thermoelement – Peltier-Element), Druck (Quarzlautsprecher – Piezokristall) usw.

Neben den nun verfügbaren Motoren entwickelte sich die Beleuchtungstechnik zum wahren Renner. Bereits seit vielen Jahren waren elektrische Lichtbogenlampen bekannt. Der hohe Energieverbrauch ließ mit der damals bekannten Stromerzeugung durch chemische Elemente aber keine lichtvolle Nutzung zu, der Batterie ging einfach zu schnell der Saft aus. Mit Aufkommen des Dynamos war es nun möglich, stabile Lichtbogen zu erzeugen, die zur Beleuchtung von Straßen und Plätzen dienten.

Erstaunlicherweise waren auch die Vorläufer der heutigen Glühlampen schon seit 1854 bekannt, als es Heinrich Göbel angeblich gelang, in New York eine Glühlampe zu bauen, die als Leuchtmittel einen Kohlefaden enthielt. Aufgrund der hohen Kosten der chemischen Stromerzeugung geriet diese Erfindung aber wieder in Vergessenheit. Erst 1879 belebte Edison diese Idee und brachte neue und verbesserte Glühlampen auf den Markt. Aufgrund der mittlerweile vereinfachten Stromerzeugung durch Generatoren fanden sie schnell eine weite Verbreitung. Diese Glühlampen waren es auch, die die elektrotechnische Anwendung in die Betriebe und die Haushalte, zumindest in die vornehmen, hineintrug. Jetzt wurde ein richtiges Geschäft aus der Sache.

Und wie immer, wenn es ums große Geld geht, gab es erstmal Krach. Stand der Technik war es damals, dass in den Häusern,

bestenfalls in einzelnen Gebäudeblocks, Generatorstationen mit Dampfmaschinenantrieb oder Gasmotoren eingebaut wurden, die genau dieses Gebäude versorgten. Den erzeugten Gleichstrom konnte man nicht sehr weit übertragen, es sei denn, man hätte in die Straßen sehr dicke Kabel, also wahre Kupferberge, verlegt. Abhilfe bot da der Wechselstrom, den man beliebig hoch- und herunterspannen und damit auch über größere Entfernungen übertragen konnte. Der Kampf um das bessere System begann. Gleichstrom vs. Wechselstrom, einfache, relativ ungefährliche, aber kleinräumige Technik vs. Fernübertragung von elektrischer Energie, aber eben nicht ganz ungefährlich – die Verfechter standen sich in allen Ländern kompromisslos gegenüber. Während die Sache aber in Europa noch einigermaßen gesittet ausgetragen wurde, eskalierte sie in den USA zum legendären Stromkrieg. Thomas Alva Edison (Gleichstrom) und George Westinghouse zusammen mit Nikola Tesla (Wechselstrom) bekämpften sich um 1890 bis aufs Messer. Derweil wurden in Europa, respektive in Baden-Württemberg, Fakten geschaffen. Die „Internationale elektrotechnische Ausstellung“ 1891 in Frankfurt am Main war die Gelegenheit. Nach vielen Versuchen und Gesprächen gelang es Oskar von Miller, eine Drehstromleitung mit 30 kV von 175 km Länge von Lauffen am Neckar, wo ein Wasserkraftwerk der dortigen „Württembergisches Portland Cement-Werk zu Lauffen a. N.“ stand, nach Frankfurt, dem Ort der Ausstellung, zu errichten. In der heute unvorstellbar kurzen Zeit von vier Monaten baute von Miller diese Leitung durch die Länder Württemberg, Baden, Hessen und Preußen, ein Umstand, der den Planern der heutigen „Stromautobahnen“ sicher die Tränen in die Augen treibt und sie von der guten alten Zeit schwärmen lässt.



Jetzt war alles da, was man brauchte, um ein EVU zu gründen. Turbinen und Generatoren, Technik für die Fernübertragung und die Stromverteilung (obwohl die mancherorts noch bis in die 1950er-Jahre mit Gleichstrom betrieben wurde) und eine vernünftige Stromanwendungstechnik, die sich zudem stürmisch entwickelte. Es konnte also losgehen.

Und es ging los. Überall wurden Gemeindewerke, Stadtwerke und Regionalversorger gegründet, z.T. entstanden sie aus Mühlenbetrieben heraus, weil der Müller sich mit Strom nebenbei etwas Geld verdienen wollte. Manchmal schlossen sich auch schon sehr früh kleine Gemeindewerke zu kommunalen Zweckverbänden zusammen, insbesondere in Württemberg. Sicher eine Spitzenstellung nahm Triberg ein, wo bereits 1888 die Straßenbeleuchtung erstmals in Deutschland vollelektrisch betrieben wurde. Den Strom lieferte ein von der Stadt Triberg gebautes Wasserkraftwerk. 1892 übernahm Carl Meißner, Direktor der AEG in Frankfurt, die Anlagen der Stadt Triberg und gründete die Firma Meißner und Co, aus der dann die EGT hervorging.

Sehr schnell entstanden dann auch die größeren Stadtwerke, z.B. Heilbronn 1892 (klar, mit der ZEAG, der Mutter der Fernstromübertragung), Heidelberg/Mannheim 1899, Karlsruhe/Freiburg 1901, Konstanz 1908, Stuttgart 1895. Gerade am Beispiel Stuttgart lässt sich aber auch zeigen, wie misstrauisch die Obrigkeit die neue Technik beäugte. Die in Stuttgart am Wilhelmsplatz ansässige Fa. Reisser hatte neben der ebenfalls ansässigen Firma Fein die Nase ganz weit vorn. Begeistert von der Pariser Elektrotechnischen Ausstellung 1881 zurückgekehrt, bemühte sich Reisser um die Vertretung der „Société Electrique Edison“ für Württemberg, die er auch erhielt. Daraus wurde später dann die

Generalvertretung der Deutschen Edison Gesellschaft, im Jahr 1888 in Berlin in AEG umfirmiert, nachdem sie 1884 die Städtischen Elektrizitätswerke (A.G.StEW) in Berlin gründeten. Mit dieser elektrisierenden Nähe zum Puls der Zeit hatte Reisser auch sehr früh die erst seit 1881 verfügbaren Glühlampen von Edison im Sortiment. Um die misstrauischen Stuttgarter zu überzeugen, baute er 1882 eine kleine Dynamomaschine mit einem Ein-PS-Gasmotor in seine Geschäftsräume ein. Dieses helle und doch im Vergleich zu Lichtbogenlampen warme Licht war der Renner. Viele Leute wollten das auch, er hätte gerne auch außerhalb seines engsten Umfeldes geholfen, leider, er durfte nicht. Sein Antrag 1886 auf Konzession zur Errichtung einer Zentralstation für die öffentliche Stromabgabe in Stuttgart wurde in amtlich bewährter Praxis erst zu Tode geprüft und dann abgelehnt. Es blieb dabei, wer Strom wollte, musste sich seinen Generator in den eigenen Keller stellen. Im pietistischen Württemberg stand man eben nicht auf Revolutionen, auch nicht auf technische. Noch 1893 tönte der Schwäbische Merkur:

*„Daß die elektrische Beleuchtung an und für sich, vollends bei einer genügenden Gasanlage, zur Zeit noch immer als Luxus zu betrachten ist, ist unbestritten, und daß gerade Stuttgart in seiner gegenwärtigen Verfassung nicht in der Lage ist, sich besonderen Luxus gestatten zu können, ist leider nur zu wahr. (...) Eine völlig genügende Anlage dürfte wenigstens 5 – 6 Millionen (Mark) beanspruchen. Solche Summen können aber nur für wirkliche Bedürfnisanlagen wie Wasserleitungen, Kanalisation usw. bewilligt werden, nicht aber für Luxusanlagen, deren Rentabilität zudem eine sehr unsichere ist.“*

Solches Scheuklappendenken gab es schon früher, als der Stuttgarter Landtag 1819 seinem König beschied „*Mir brauchet koi Kunschd, mir brauche Grombiere!*“, als er die Sammlung der Brüder Boisserée für Stuttgart erwerben wollte. Der König gehorchte, lehnte das einmalige Angebot ab, die Sammlung ging nach München und bildete dort fortan den Kern der alten Pinakothek. Das Gleiche spielte sich 160 Jahre später noch einmal ab, als die Sammlung der Markgrafen von Baden Ende der 1990er-Jahre dem Land für einen zweistelligen Millionenbetrag angedient wurde. „*Mir brauche kein Fürstennippes*“ tönte es da im Landtag, ein Glück für den Markgrafen, die anschließende öffentliche Auktion brachte erheblich mehr Geld. Leider wurden so aber unersetzliche Kunstwerke zur Landesgeschichte in alle Welt zerstreut. Man sieht, wenn einem das Glück in den Schoß fallen will, muss man es auch festhalten. Sonst ist man hinterher selber schuld.

Doch zurück zum Strom in Stuttgart. Dort hat man nichts festgehalten und aus der guten Ausgangslage auch nichts gemacht. Erst als die Pferdebahn (Straßenbahn) sich für den elektrischen Betrieb interessierte und damit als Großkunde für eine gesicherte Grundauslastung sorgte, begann ein Umdenken. Im Jahr 1895 war es dann endlich so weit, ein Dampf-Elektrizitätswerk auf Gleichstrombasis mit 450 PS wurde im Bereich der Sophien-, Marien- und Paulinenstraße errichtet, aber nicht auf kommunaler Basis und auch nicht durch die örtliche Fa. Reisser, nein, es musste die Fa. Schuckert (Siemens) sein. Auch damals galt schon „*Der Prophet gilt nichts in seinem Lande*“. Kaum war der Strom da, wurde es auch schon wieder eng. Der elektrisierende Erfolg fegte alle Bedenkenträger hinweg. Schon 1898 waren 35.683 Glühlampen und immerhin 483 Elektromotoren ange-

schlossen. Und damit reichte die Dampfzentrale „Marienstraße“ nicht mehr. Nun besann man sich auf den Neckar vor der eigenen Haustüre, wo dann bis 1909 zwei Kraftwerke errichtet wurden.

Sicher sind die Örtlichkeiten und die handelnden Personen verschieden, die Diskussion und der steinige Weg zur Entscheidungsfindung waren jedoch überall recht ähnlich. Das erklärt auch, warum häufig kleinere Gemeinden und kleine Privatunternehmer in den Anfangsjahren schneller waren als viele große Städte. Die Entscheidungswege waren einfach kürzer und die Zahl der Bedenkenträger geringer. Aber das soll heute ja auch noch vorkommen.

Hatte man in den größeren Städten endlich das zagende Herz in die zitternden Hände genommen, begann fast immer eine Erfolgsstory. Und um die Neuerungen einigermaßen in bewährte Strukturen zu packen, wurde die neue Elektrotechnik manchmal den bereits bestehenden Gas- und Wasserwerken angegliedert oder man konzessionierte private Firmen mit dem Aufbau der Stromversorgung.

Stromgeschichte bedeutete aber auch Sozialgeschichte, denn die Wege des Stromes und die zeitgleichen sozialen Umwälzungen sind untrennbar miteinander verbunden.

In den Jahren des ausgehenden 19. Jahrhunderts herrschte in den Städten und Fabriken aus heutiger Sicht ein geradezu unerträgliches soziales Gefälle. Neue Materialien erlaubten neue Fertigungstechniken und der Strom ermöglichte es den Betrieben, sich von Wasserrädern und teuren Dampfmaschinen zu lösen. Damit konnten auch kleinere Fabriken in ungünstiger topografischer Lage Fertigungslinien aufbauen. Das bildete mit einem Auslöser für die industrielle Revolution, insbesondere im rohstoffarmen

Südwesten. Für die Menschen war es aber weniger gut. Nicht mehr die Werkstatt des Handwerkers und die Kirchturmuhre bestimmten nun den Takt, sondern die Maschinen und Stechuhren. Nicht mehr der gut ausgebildete Geselle und der Meister waren gefragt, sondern Massen von Menschen, Männern, Frauen und Kindern, die gleichzeitig an einem Ort zusammenkommend Tätigkeiten ausführten, deren Inhalt und Sinn sie oft nicht verstanden. Damit hatte der Unternehmer auch eine nie gekannte Macht in Händen. Bisher schon konnte der Handwerksmeister seine Gesellen entlassen. Aber er musste dann auch neue, gut ausgebildete Kräfte finden. Nun konnten die Arbeiterinnen und Arbeiter aber fast nach Belieben ausgetauscht werden, da sich ständig neue Menschen, unausgebildete Menschen fanden, die zu fast jedem Preis arbeiten mussten. Der soziale Druck, die soziale Verelendung war die Folge. Sicher gab es einzelne Unternehmer, die damals schon die Bedeutung sozialer Fairness erkannten, Robert Bosch sei hier stellvertretend genannt, die Regel war das aber leider nicht. So hatte der Fortschritt, damals wie heute, seine Licht- und Schattenseiten.

## Gas

„Gas ist Chaos“ wird sich mancher wackere Elektriker schon mal gedacht haben – und lag damit nicht mal so falsch. Bevor nun aber die Vertreter des früheren BGW (dazu später mehr) über den Verfasser herfallen, hier die Erklärung. Bereits Paracelsius (1493–1541) erkannte, dass ein leerer Raum nicht wirklich leer war, sondern immer noch Luft enthielt oder zumindest so etwas Ähnliches. Da es dafür aber noch keinen Begriff gab, nannte er diesen Raum

„atmosphärischen Raum“ oder schlicht Chaos, ein Wort, das damals noch nicht die heutige Bedeutung hatte, sondern aus dem Griechischen eher mit „Leere“ übersetzt werden kann. Ein paar Jahre später, die Alchimie hatte Hochkonjunktur, definierte der Brüsseler Arzt van Helmont die bei den chemischen Experimenten frei werdenden „Düfte“ „... *Ich habe diesen Hauch Gas genannt, da er von dem Chaos der Alten nicht weit entfernt ist*“. Unser Wort Gas entstand also aus dem Chaos, wobei das „Ch“ durch „G“ ersetzt und das „o“ weggelassen wurde. Also alles mit Absicht. Und dass sie aus heutiger Sicht sogar recht hatten, wird jeder Physiker bestätigen, da sich die Gasteilchen im Raum wirklich „chaotisch“ verhalten. Man sieht, manche haben recht, ohne es zu wissen.

Das 18. Jahrhundert entstand dann wie beim Strom der zündende Funke. Erste Versuche, durch Destillation aus Torf (Holland) oder Steinkohle (England) ein Gas zu erzeugen, gab es bereits im 17. Jahrhundert. Systematischer ging man dann aber in der Zeit der Aufklärung vor, als der fast spätmittelalterliche Glaube und Aberglaube durch Wissen ersetzt werden sollte. Der Engländer Stephan Hales berichtete 1727 von seinen Versuchen zur Erzeugung „einer brennbaren, elastischen Luft“ aus Kohle. Viele weitere Wissenschaftler brachten sich erfolgreich ein, ja, es gelang sogar, Ballone mit dem neuartigen Gas steigen zu lassen. Vereinzelt wurde das Steinkohlegas auch schon zu Beleuchtungszwecken verwendet, als etwa der holländische Physiker Pieter Minckeleers, das war auch der mit den Ballonen, 1785 erstmals seinen Hörsaal mit Gas beleuchtete. Und er erfand noch etwas Wichtiges, die Gasreinigung. Dass Steinkohlegas eine schmutzige Angelegenheit war, erkannte man schnell. Kondensierender Teer verstopfte die Röhren, frei werdender Schwefel zerstörte das Mate-

rial. Also ersann Minckeleers als Erster die Möglichkeit, das Gas mit Kalk zu reinigen. Leider vergaß man das wieder, sodass es später erst mühsam neu erfunden werden musste. Ein weiterer Name aus der Schar der frühen Erfinder ist wichtig, William Murdoch, ein Schüler von James Watt. Bei diesem lernte Murdoch nicht nur den Umgang mit Dampfmaschinen, nein, sondern Technik ganz allgemein. 1792 beleuchtete er erstmals mit Gas ein Wohnhaus und 1798 eine Maschinenfabrik in Soho, was letztlich aber erst 1802 wirklich gelang. Nun war der Durchbruch geschafft. Im gleichen Jahr wurde in Baltimore dann ein Gaswerk errichtet. Und gleich trat wieder das alte Problem mit dem Teer und den verstopften Röhren auf. Also wurde die Gaswäsche zum zweiten Mal erfunden, diesmal von Clegg, einem Schüler Murdochs. Damit aber nicht genug. 1815 erfand Clegg den ersten Gaszähler, später die Retorte und den Druckregulator. Und 1814 war er an der ersten Straßenbeleuchtung beteiligt, in St. Margaret's (Westminster). Wenn es nicht so unpassend wäre, könnte man sagen, der Mann stand ständig unter Strom.

Spätestens jetzt wurde die Technik zum Selbstläufer. 1823 verfügten bereits 52 englische Städte über Gasbeleuchtung, aber im biedermeierischen Deutschland blieb es immer noch dunkel. Erst ab 1824 ging hier einigen Städten ein Licht auf und sie setzten auf die Gasbeleuchtung, meist durch private Firmen errichtet, oft sogar mit englischem Hintergrund. Hier tat sich besonders die Imperial Continental Gas Association hervor, die 1824 in London gegründet wurde. Über mehrere Zwischenstufen ist sie heute Teil der GDF Suez. Sie stieg groß in die Versorgung mit Gas ein und gründete in vielen Städten eigene Werke. So in Hannover (1825), Berlin (1826), Dresden (1828), Aachen/Leipzig (1838), Köln (1846)

und Frankfurt (durch Übernahme 1829). Bei so viel Licht zeigten sich aber auch Schattenseiten. Die englische Gesellschaft hatte in einigen Städten sehr eigene Vorstellungen von Partnerschaft. In Berlin etwa war der Vertrag auf 21 Jahre geschlossen, die Gesellschaft behielt aber nach Vertragsablauf das Recht, in den bereits verrohrten Straßen die alten Rohre durch neue zu ersetzen. Durch die Hintertür also eine unendliche Vertragslaufzeit. Diese frühe Form der Behinderung einer Rekommunalisierung war den Städten natürlich ein Dorn im Auge. Als diesen klar wurde, wie wichtig die Gasversorgung als Standortfaktor war und dass sie noch nebenbei richtig Geld in die stets aufnahmebereiten kommunalen Kassen spülte, wollten sie selber einsteigen. Ein gesplittetes Gasnetz (hier privat, dort kommunal) ohne ein gleichzeitiges Unbundling (auf diese Idee musste noch mehr als 150 Jahre gewartet werden) machte aber wenig Freude. Nach den Erfahrungen in Berlin waren andere Städte vorsichtiger, verhandelten besser und zahlten die Gesellschaft später aus. Nun konnten sich die Kommunen eigene Gaswerke mit Erzeugung, Weiterleitung und Vertrieb von Gas gründen.

Ein Problem blieb aber, ein Problem, das heute wieder aktuell ist. Die privaten Gesellschaften verlegten ihre Rohre nur dort, wo sie einen vernünftigen Kapitalrückfluss erwarteten, also bei Gewerbe und Industrie, bestenfalls auch in den „gehobenen“ Wohnvierteln – wegen des Marketingeffektes, wie man heute sagen würde. Damit hatten aber große Teile der mittleren und unteren Bevölkerungsschichten keinen Zugang zum Gas. Bei diesen blieb es weiterhin buchstäblich dunkel, denn Gas wurde von diesen Menschen vordringlich zur Beleuchtung gebraucht. Und damit rentierte sich die Verrohrung in Arbeitervierteln auch nicht.

Das konnte den Städten natürlich nicht recht sein, die gerne eine flächige Versorgung gesehen hätten. Schon wegen der Gas-Straßenbeleuchtung, die man gerne aufbauen wollte. Auch dieses Thema befeuerte die Entscheidung hin zu eigenen Stadtwerken. Nebenbei, im Zuge hoch wärmegeämmter Häuser stehen die Stadtwerke heute vor dem gleichen Problem. Die Kommune möchte gerne auch im Villen-Neubaugebiet oder in der Niedrigenergie-Siedlung aus Umweltgründen Gas, die STW wollen aber ihre Rohre amortisiert sehen und wollen nicht. So schließt sich der Kreis.

Aus der Vielzahl von technischen Erfindungen der Gasanwendung soll eine besonders herausgegriffen werden, da sie die Verbreitung des Gases nochmals befeuerte und auch in direkter Konkurrenz zu der elektrischen Glühlampe stand, der Glühstrumpf. Die Gasflamme an sich ist nicht besonders hell, sondern eher trüb und funzelig. Solange man mit rußenden Gasen arbeitete, ließ sich wenigstens ein gelbliches kerzenähnliches Licht erzeugen. Das war zumindest mal was. Heller wäre aber besser gewesen oder um es modern auszudrücken, der Wirkungsgrad musste dringend verbessert werden. Das gelang Carl Auer von Welsbach, der 1885 den Glühstrumpf patentieren ließ. Er tränkte ein Baumwollgewebe mit einem Gemisch aus Thoriumnitrat und Cernitrat und verbrannte dann das Gewebe. Zurück blieb ein fragiles Mineralgerüst, das aber in der Gasflamme ein strahlend helles Licht abgab. Und das war so hell und auch sparsam, dass vielerorts nun die Frage entstand, sollen wir die geplante Straßenbeleuchtung mit der neuen Energie Strom oder besser mit der bekannten Energie Gas ausführen, ein Streit, der lange nicht entschieden war.

## Wasser

Zuletzt das Wichtigste, unser Lebensmittel Nr. 1, das Wasser. Kein Wunder, dass das Thema Wasser die Menschheit seit Anbeginn begleitete. Während unsere frühen Vorfahren in Mitteleuropa lange buchstäblich aus dem Vollen schöpfen konnten, mussten sich die Hochkulturen rund ums Mittelmeer schon bald etwas einfallen lassen. Bereits vor 5.000 Jahren machten sich die Ägypter ans Werk und gruben Kanäle, um das kostbare Nilwasser Menschen, Tieren und Pflanzen zugänglich zu machen. Man trank also Flusswasser, ein Alptraum für alle heutigen Bakteriologen, aber was sollte man machen? Im Vergleich zu dem, was in der frühen Neuzeit bei uns getrunken wurde, war das aber immer noch fast ein Gesundbrunnen. Die Römer machten es da cleverer. Als das Wasser für die aufstrebende Stadt Rom aus den stadtnahen Quellen nicht mehr reichte, man pflegte schließlich eine geradezu vorbildliche Badekultur, und als das Tiberwasser immer schmutziger wurde, baute man eine Fernwasserversorgung, lange vor der BWV und der LW unserer Tage, die Aquädukte. Die Technik hatten sie sich wie so vieles von den Griechen abgeschaut, aber nun deutlich verbessert. Um eine vernünftige Strömungsgeschwindigkeit zu erreichen, baute man die Kanäle mit einem genau berechneten Gefälle, mal quer durch den Berg, mal aufgeständert über Täler, oft auch abgedeckt, um das Wasser sauber und kühl zu halten. Vereinzelt gab es auch schon Druckrohre, mit denen man versuchte, den aufgeständerten Kanal über Täler zu vermeiden. So wurde das Rohr am einen Berghang hinunter- und auf der anderen Seite wieder hinaufgelegt und damit das Prinzip der kommunizierenden Röhren genutzt. Da die Dichttechnik aber noch in den Kinder-

schuhen steckte, war ein großer Wasserverlust die Folge, weshalb diese Lösung nur selten angewandt wurde.

Alle Wege führten schon damals nach Rom, so auch die des Wassers. Die Aquädukte mündeten in Sammler, von denen aus es mit Blei- und Tonrohren in der Stadt verteilt wurde. Für das gemeine Volk in öffentliche Brunnen, für die hohen Herrschaften frei Haus, je nach Zahlungsbereitschaft oder persönlicher Wichtigkeit.

So hätte es weitergehen können, ging es aber nicht. Nun wurde es erst mal dunkel. Strom und Gas gab es noch nicht, also breitete sich das finstere Mittelalter aus. Und bezüglich der Wasserversorgung war es sogar stockfinster, denn all die guten Ideen der Griechen und Römer waren vergessen. Die mönchischen Einsiedeleien im Wald, direkt neben einer einsamen Quelle, hatten es noch am besten. Da war das Wasser frisch und gesund. Aber schon in kleineren Dörfern begann das Problem. Schöpfbrunnen, die frisches Grundwasser ans Tageslicht holten, waren eigentlich eine gute Sache. Lagen direkt daneben aber Fäkaliengruben, Misthaufen oder gern auch mal der Friedhof, war das Wasser nur für die ganz Harten trinkbar und selbst die erkrankten schon mal an Typhus und Cholera. Warum wusste zwar niemand, aber irgendjemand musste schuldig sein. Deshalb machte man auch öfters Unschuldige dafür verantwortlich und bestrafte oder tötete sie. Grausam und unnötig, denn die Probleme blieben ja, wie wir wissen, die Misthaufen, Fäkaliengruben und Friedhöfe in der Nachbarschaft. Es ging bei den Schauprozessen und Hinrichtungen von Hexen, Zauberern und anderen Unbeteiligten also nur darum, dass die Mächtigen die Schuld von sich auf andere ablenkten, unschuldige Dritte zum Sündenbock machten und zudem als Entscheidungsträger Handlungsfähigkeit zur Schau stellten. Eine

echte Problemlösung war dagegen nicht so wichtig, ein Trick, der auch heute noch gerne genommen wird.

In den Städten waren die Verhältnisse nicht besser, im Gegenteil. Nur in ganz großen Städten gab es Wasserleitungen aus Blei oder Holz, die Quellwasser oder hochgepumptes Grund- oder sauberes Flusswasser zu Laufbrunnen brachten. Für die meisten stand nur der Bach oder Fluss vor der Haustür als Wasserquelle zur Verfügung. Dass der Nachbarort weiter oben am Fluss dort seine Fäkalien entsorgte, machte die Sache nicht gesünder. Ganz schlimm war es auch auf vielen Burgen. Hoch oben auf der Felspitze, oft ohne Zugang zu einem Schöpfbrunnen, blieb nur, das Regenwasser zu sammeln und in Zisternen einzulagern. Was im Winter und Frühjahr noch einigermaßen funktionierte, wuchs sich im Spätsommer zum echten Problem aus, das Wasser faulte. In Friedenszeiten konnte man sich das Wasser mit Fässern und Fuhrwerken teuer anliefern lassen, im Belagerungsfall war man aber auf sich gestellt. Das galt auch für die wenigen Burgen, die sich ein Fernwassersystem bei den Römern abgeschaut hatten. Im Frieden funktionierte das, im Krieg war das das Erste, was der böse Feind kappte.

Und es wurde noch schlimmer. In der Renaissance wuchsen die Städte und mit ihnen die Probleme. Ohne Abfall- und Abwasserentsorgung landete alles Übriggebliebene auf der Straße und von dort aus durch den Regen im Brunnen oder im Grundwasser. Seuchen brachen aus, viele Millionen Menschen starben in Europa, nicht nur wegen des schlechten Wassers, aber auch deswegen. Angeblich, aber unbewiesen: Aufgrund der sehr schlechten Wasserqualität wurden unsere Vorfahren zu richtigen Saufköpfen. Wein und Bier waren Volksgetränke, z. T. sogar Bestandteil

des Lohnes in der Landwirtschaft. Allerdings lag der Alkoholgehalt im Gegensatz zu heute sehr viel niedriger und mit dem Geschmack war es auch nicht so weit her. Beide Getränke waren aber zumindest relativ sauber und durch den Alkohol bakterienfrei, also eher ungefährlich im Vergleich zu manchem Brunnenwasser. Der hohe Bierkonsum hatte ganz nebenbei sogar etwas Gutes. Mit schlechtem Wasser war nicht gut brauen. Die Hefepilze nahmen wie der Mensch verkeimtes Wasser übel, aber im Gegensatz zum Menschen war das hier nicht egal, denn nun ging es ums Geld. Also schlossen sich die Brauer im 16. Jahrhundert erstmals in Braunschweig zusammen, um eine Wasserkunst, also eine Wasserversorgung mit gesundem Wasser zu bauen. Gegen Geld (natürlich!) ließen sie auch reiche Bürger von dem frischen Wasser profitieren. Man war auch anderswo schon auf diese Idee gekommen, zumal sie eigentlich von den Römern und Griechen stammte, aber gut. Viele Städte sahen Handlungsbedarf und der Bau von Wasserleitungen zu den öffentlichen Brunnen fürs Volk und in die Paläste der Reichen wurde alternativlos. Zumal kranke und tote Untertanen auch nicht gut fürs Geschäft waren, wie es selbst hartleibigen „Edlen“ irgendwann dämmerte.

Ab dem 16. Jahrhundert besannen sich also nicht nur die großen Städte, sondern auch kleinere Ortschaften und richteten ein Wasserversorgungssystem aus Holzdeicheln, manchmal auch aus Ton- und Bleirohren ein. Also eine Art frühe städtische Eigenbetriebe. Das gemeine Volk konnte sich so mit sauberem Wasser aus zentralen Laufbrunnen versorgen, von wo das kostbare Nass in Schläuchen und Behältern nach Hause getragen wurde. Zum Glück brauchte man nicht so viel wie heute (ca. 127 l/Tag und Kopf), sonst wäre das eine schöne Schlepperei geworden. Zum

Trinken, wenn das Wasser einigermaßen verträglich war, zum Putzen und zur nicht sehr ausgeprägten täglichen Körperhygiene reichte es aber. Gewaschen wurde am Fluss und gebadet seit Jahrhunderten in den Badehäusern, die mitunter auch weitere, eher unsittliche Vergnügungen boten. Sehr zum Missfallen des Klerus. Dass Brunnen allgemein plötzlich so wichtig wurden, lag jedoch nicht nur an der Sorge der Obrigkeit um das Wohlergehen ihrer Untertanen, sondern auch an dem gestiegenen Repräsentationsbedürfnis. Fließendes Wasser, insbesondere Fontänen, schmückten ungemein, nicht nur die Plätze, sondern auch das Image der Landesherrn. Und dafür war kein Geld zu schade. Aber wir schweiften ab, zurück also zu den kommunalen Bemühungen.

Natürlich brauchten die Leitungen und Brunnen eine ständige Pflege. Dazu kam, dass es ständig Streit über die den Rohren entnommene Wassermenge gab. Die eher praktische Seite hatten der städtische Brunnenmeister und seine Gehilfen zu verantworten, denen die Reinigung und Pflege oblag. Sie hatten auch dafür zu sorgen, dass die immer komplizierter werdenden Maschinen der zentralen Pumpen, oft selbst durch Wasserräder angetrieben, funktionierten. Den administrativen Teil übernahmen Wassergeschworene, oft ein Ratsausschuss, denen die Planung und der Bau von Anlagen unterstanden. Wenn es mal wieder Krach gab, weil sich Patrizier nicht über die ihnen zustehende Wassermenge einigen konnten, hatten das auch die Wassergeschworenen zu klären.

So ging das mehr oder minder zur allseitigen Zufriedenheit bis ins 19. Jahrhundert hinein. Dann explodierten die Städte geradezu, die Bevölkerung wuchs unbegrenzt und aus kleinen Manufakturen und Werkstätten wurden Industrien und alle wollten eins, Wasser.

Eine Katastrophe machte mal wieder Druck. In Hamburg hatte sich bis in die 1840er-Jahre ein System von privaten Wasserversorgern mehr schlecht als recht etabliert. Den größten Teil des Wassers holten sie aus der Alster, die aber wegen der wachsenden Stadt auch immer dreckiger wurde. Neue Anlagen sollten helfen, die waren aber teuer, zu teuer, wie die privaten Betreiber befanden, und die Kommune selbst wollte auch nichts beitragen. Das sollen doch die Privaten machen. Und dann brannte 1842 die Stadt. Als sich der Rauch verzogen hatte, war nicht nur ein Großteil der Stadt verloren, sondern auch die Pumpenanlagen an der Alster. Nach dem ersten Schreck dämmerte es den Verantwortlichen: Die Ver- und Entsorgungsinfrastruktur müssen Sache der Kommune sein. Die verbliebenen Anlagen wurden gekauft, die Betreiber abgefunden und viel Geld in neueste Infrastruktur gesteckt. Nun hatte Hamburg eine vorbildliche Ver- und Entsorgungsinfrastruktur.

Auch anderswo wurde so gehandelt. In Berlin schloss man 1852 mit einer englischen Firma den Vertrag zum Aufbau einer Wasserversorgung und als alles fertig war, kaufte man den Berliner Ableger der Firma mit allem Drum und Dran kurzerhand auf. Man wollte Herr im eigenen Haus sein. Dass man damit auch gutes Geld verdienen konnte, nahm man billigend in Kauf.

Die kommunalen Wasserwerke waren also im Aufwind, bis 1865 konnte man schon 16 kommunale Wasserwerke zählen, darunter solche in Würzburg, Stuttgart, Essen, Aschaffenburg, Plauen und Braunschweig.

Das Gründungsdatum vieler kommunaler Wasserwerke lässt sich aber nicht genau fixieren. Die Übergänge der kommunal verantwortlichen „Wassergeschworenen“ hin zu eigenen Verwal-

tungsstrukturen waren fließend. Später dann einzelnen Ämtern der Stadtverwaltung zugeordnet, z. B. in Hamburg der Baudeputation als „Wasserkunst“, wurden die eigentlichen Wasserwerke als selbstständige kommunale Unternehmen erst sehr viel später gegründet, z. B. in Hamburg erst 1924.

## Vereine und Vereinigungen

Stehen drei Deutsche auf einer einsamen Insel beisammen, gründen sie erst mal einen Verein, so heißt es. Und wenn die was von ihren Gewerken verstehen, kann das auch nicht schaden. So auch in unserer Zunft. Den Anfang machten Gas und Wasser. Ab 1858 erschien in München das „Journal für Gasbeleuchtung und verwandte Beleuchtungsarten“. Dieses entwickelte sich sehr schnell zum Sprachrohr der Meister und Ingenieure, die sich zusammenfanden und 1859 in Frankfurt am Main den „Verein deutscher Gasfachmänner und Bevollmächtigter deutscher Gasanstalten“ gründeten. Das war die Geburtsstunde des heutigen DVGW. Es fehlte aber noch das „W“. Die Wasserfachleute, von der Verbands-idee überzeugt, fühlten sich ebenfalls zugehörig, schließlich hatte beides was mit Rohren zu tun, und das verbindet ja bekanntlich. Man fragte deshalb vorsichtig bei den Gaswerkern an, ob man sich dort eine Vereinigung von Gas und Wasser vorstellen könne. Die Anfrage wurde aber auf der Hauptversammlung 1865 trotz feuriger Unterstützung durch Ernst Grahn, Leiter des Krupp'schen Gas- und Wasserwerkes, schnöde abgewiesen. Man wollte sich den schönen neuen Gasverband nicht buchstäblich verwässern lassen. Aber Grahn ließ nicht locker. Auf der Hauptversammlung im Mai 1869 brachte er das Thema erneut auf die Tagesordnung, diesmal



erfolgreich. Und nach den notwendigen Satzungsänderungen wurde am 24.5.1870 auch der Vereinsname in „Verein von Gas- und Wasserfachmännern Deutschlands“ geändert. Nun wuchs zusammen, was zusammengehörte, es entstand ein wichtiger und schlagkräftiger Verband.

Das Juniheft des Gasjournals 1870 erschien folgerichtig nun unter dem Titel „Journal für Gasbeleuchtung und verwandte Beleuchtungsarten sowie für die Wasserversorgung“. Ernst Grahn hatte aber noch weitere Ideen. Ihm war die kommunale Sache ein zentrales Anliegen, wenn er feststellte: *„Das Gas ist ein durch andere Mittel zu ersetzender Artikel, nicht so das Wasser. Daher ist es als Prinzip hinzustellen, die Wasserversorgungsanstalten der Privatspekulation zu entziehen.“* Sein Idealziel war es, Wasser, außer für gewerbliche Zwecke, kostenlos abzugeben und die Betriebs- und Verzinsungskosten von der wohlhabenden Bevölkerung zahlen zu lassen. Auch heute noch ein interessanter Gedanke, der sicher viel Zuspruch erfahren könnte. Andererseits, wenn Wasser nichts kostet, wird es auch mit Wassersparen nichts, wie verschiedene Länder heute noch zeigen.

Aufgrund des großen Zuspruchs in allen Teilen Deutschlands und auch wegen des hohen Aufwandes, wenn man sich zentral treffen wollte, kam schnell der Gedanke dezentraler Kreisverbände auf. Bereits 1861 forderte der Vorstand zur Gründung von Kreisverbänden auf, dessen erster sich im Jahre 1864 in Heidelberg bildete.

Jahr	Mitglieder
1859	28
1869	134
1879	310
1889	540
1899	770
1909	1.092
1919	1.167

Name des Kreisverbandes	Gründung
Verein Pfälzischer Gasfachmänner*	1864
Verein von Gas- und Wasserfachmännern Niederschlesiens und der Lausitz	1867
Sächsisch-Thüringischer Verein	1872
Rheinisch-Westfälischer Verein	1873
Baltischer Verein (für Ost- und Westpreußen, Pommern und Posen)	1873
Märkischer Verein ( Brandenburg)	1879
Bayrischer Verein	1885
Niedersächsischer Verein	1899

\* ab 1874 Mittelrheinischer Gas- und Wasserverein

1882 taufte man sich erneut um, nun in „Deutscher Verein von Gas- und Wasserfachmännern“ kurz DVGW.

Auch beim Gasverkauf tat sich einiges. Wurde noch 1879 geklagt, dass Gas fast nur zu Beleuchtungszwecken gebraucht würde, lieferte auf der Hauptversammlung 1880 in Heidelberg ein Referat zum Thema „Verbreitung von Gaskochgeräten und Gasheizungen in Dänemark“ eine Initialzündung. Sofort wurde eine „Kommission zur Förderung des Gasverbrauchs zu häuslichen und technischen Zwecken“ eingesetzt, die sich auch gleich um eine Ausstellung von Heiz- und Koch-Apparaten bemühen sollte. Auch die Industrie war Feuer und Flamme. Die Deutsche Continental Gas Gesellschaft gründete 1886 gleich selbst eine Fabrik zur Herstellung von Gaskochgeräten und auch die in Dessau ansässige Firma Junkers stieg ins Geschäft ein. Dass sie später neben Gaskochgeräten auch Flugzeuge fertigte, tat den Geschäften keinen Abbruch. Man sieht, wer Gas kann, dem ist vor nichts bange.

Ein Dauerthema, das den DVGW von Anbeginn an beschäftigte, waren die Gaszähler. Keine Sitzung, keine Zusammenkunft, wo dieses Thema nicht erörtert wurde. Denn die Probleme wogen schwer. Gemessen werden konnte eigentlich nur der Gasdurchfluss in Kubikmetern, der Kunde wollte aber nur die gekaufte Energie bezahlen. Und dazwischen standen der Gas-Brennwert und das Boyle-Mariotte'sche Gesetz. Neben Nass-Zählern gab es auch trockene Gaszähler, die aber immer nur das Volumen des durchfließenden Gases erfassten. Ab 1888 kamen auch Münzgaszähler zum Einsatz, die erst dann Gas durchleiteten, wenn Geld eingeworfen wurde. Im Kern blieb es aber bei dem gemessenen Kubikmeter, dem man einen festen Energieinhalt zuordnete. Nicht unproblematisch in einer Zeit, wo das Gas in kleinen und größeren Gaswerken, den Kokereien, mit unterschiedlichen und wechselnden Qualitäten erzeugt wurde.

Aber auch Wasser kämpfte mit Problemen. Neben Fragen der Wassergewinnung, des Rohrmaterials und der Filtertechnik waren es insbesondere die Epidemien, die größte Sorgen bereiteten. Noch in den 1890er-Jahren wurde der direkte Zusammenhang zwischen Krankheit und Wasser verschiedentlich geleugnet, obwohl man es ja eigentlich schon besser wusste. Erst die große Choleraepidemie in Hamburg 1892, deren wahrscheinlichste Ursache die Verwendung ungefilterter Elbwässer im Wasserwerk war, schreckte die Fachwelt auf. Man hätte es wissen können, schon 1849 legten die englischen Ärzte John Snow und William Budd eine Abhandlung vor, in der sie die Auffassung vertraten, dass Cholera von lebenden Organismen im Trinkwasser hervorgerufen würde; aber wie so oft, man war der Zeit voraus. Nun war aber Eile geboten, denn beinahe wäre im Gefolge der Hamburger Seuche die

Nutzung von Oberflächenwasser als Trinkwasser generell verboten worden. Und das war technisch kritisch, wer hatte schon so viel Grundwasser, und außerdem, was noch schwerer wog, würden die Geschäfte der Wasserwerke geschädigt. Der DVGW handelte schnell. Schon 1893 wurde zusammen mit dem Kaiserlichen Gesundheitsamt eine gemeinsame „Cholera-Kommission“ gebildet, die ein erstes Regelwerk des DVGW zum Thema „Reinigung von Oberflächenwasser durch Sandfiltration“ herausgab. Es gelang dem Verband zudem, dass ein entsprechendes Gesetz zum Verbot der Nutzung von Oberflächenwasser nicht erlassen wurde, stattdessen wurde das DVGW-Regelwerk als verbindlich erklärt. Schon damals zahlte sich also gute Lobbyarbeit aus. 1906 entstand ein zweites Regelwerk zum Thema „Anleitung für die Einrichtung, den Betrieb und die Überwachung öffentlicher Wasserversorgungsanlagen“, das ebenfalls eine Quasi-Verpflichtung darstellte.

Und noch etwas tat sich. Auf der Jahresversammlung 1903 in Zürich beschloss man, den DVGW als Verein in das Vereinsregister des Amtsgerichtes I in Berlin eintragen zu lassen. Im gleichen Jahr wurde beschlossen, in Karlsruhe eine eigene Gaslehr- und Versuchsanstalt einzurichten, das auch heute noch bestehende Engler-Bunte-Institut. Zwar gab es vorher schon Gaslabore bei den großen Branchenunternehmen, der Verband wollte aber nach innen und außen unabhängig sein. Neben der Forschung sollten an der Technischen Hochschule Karlsruhe, zu der das Institut zählte, auch spezielle Ingenieure für das Gasfach ausgebildet werden, da es einen derartigen Lehrstuhl noch an keiner Hochschule in Deutschland gab.

Zwar kein direkter Verband, aber eine Besonderheit und ein Kind seiner Zeit, war die „Wirtschaftliche Vereinigung deut-

scher Gaswerke“. Was so unschuldig daherkommt, war in Wahrheit ein Kartell. Und das mit langer Vorgeschichte. Die Ursache war eigentlich der eigene Erfolg.

Anders als beim Strom oder dem Erdgas heute hatte das Stadtgas das Problem, dass als Koppelprodukt der Gaserzeugung Koks entsteht. Und die großen Erfolge beim Gasverkauf führten zu Bergen von Koks, selbst in NRW, wo der Koks ja zur Eisenproduktion gebraucht wurde. Je mehr Gas, desto mehr Koks, so die einfache Gleichung des Problems. Schon 1888 gründete man deshalb also eine lose Vereinigung, um miteinander über die bei der Gaserzeugung anfallenden Stoffe und Preise zu reden. Im Kern bestand aber die Aufgabe nur darin, die beim Koksverkauf erzielten Preise unter den Mitgliedern auszutauschen. Damit sollte verhindert werden, dass clevere Großeinkäufer die einfachen, aber ehrlichen Gaswerker (so sah man sich selbst) über den Tisch zogen, auch heute noch ein beliebtes Argument für allerlei Hinterzimmer-Gesprächszirkel. Die Sache ging auch gut, 1901 hatte man schon 146 Mitglieder.

Aber leider wuchs die Erfolgskurve des Gases ungebremst und damit der Koksberg. Es musste etwas geschehen, denn inzwischen waren die Kokspreise von bisher auskömmlichen 17–20 Mark/t auf 9–10 Mark/t verfallen. Absprachen reichten nicht mehr, folgerichtig schlug man 1903 die Bildung eines Koks-syndikates vor. Allseitiger Beifall brandete auf und man machte sich an die Gründungsmodalitäten. Aber damals wie heute – immer gibt es Bedenkenträger. Hier waren es die städtischen Gaswerke. Aber nicht wegen moralisch-ethischer Bedenken; bis zum Compliance-Management-System brauchte es noch etwas über 100 Jahre, nein, es waren andere Bedenken. Zum einen: „Syndi-

kat“, wie klingt das denn? Das sollte man als seriöser Gaswerksdirektor in den Ratssitzungen der Stadt gegenüber den Gemeinderäten ernstlich vertreten? Das roch nach Diskussionen und endlosen Debatten. Als Zweites kam hinzu, ein Syndikat, das die Preise festlegt, ist ja gut und schön, aber dennoch, mein Sandkasten gehört mir! Oder übersetzt, kein Syndikatsmitglied darf Koks in den Ort liefern, wo ein Gaswerk mit eigenem Koks sitzt. Da wurde lange gestritten und verhandelt, aber am Schluss blieb es dabei, jeder war erst mal in seinem Sandkasten der King und draußen war man sich beim Preis einig. Und der Name des Kartells? Der lautete bei der Gründung am 17.9.1904 dann eben „Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Gaswerke“. Man muss es ja auch zugeben, das klingt doch viel weicher und verträglicher als Kokssyndikat oder Kokskartell. Und weil alles so schön lief, beschloss die Reichsregierung nach Ende des Ersten Weltkrieges – nein, nicht die Auflösung, sondern, im Gegenteil, die Umwandlung in eine Zwangsgesellschaft, in die alle Gaswerke eintreten mussten.

Wenden wir uns nun der Elektrizität und dem dortigen Verbandsgeschehen zu. Im Vergleich zu Gas im Jahre 1859 dauerte es noch etwas, bis hier der Verbandsgedanke aufkam. Zudem lagen die Dinge beim Strom komplizierter. Unter Gas und Wasser konnte man sich etwas vorstellen. Und wie die Rohre einer Wasserverteilung aussahen oder eine Gasanlage funktionierte, war auch schon viele Jahre klar. Aber was war Strom? Zudem war Draht im Gegensatz zum Wasserrohr doch massiv, wie sollte da etwas durchfließen? Und die Hauptfrage, wofür konnte man das „neumodische Gelumpe“ überhaupt gebrauchen, wenn man schon Gas hatte, und was war eigentlich eine Kilowattstunde? Übrigens, am Anfang

wurde der Verbrauch in Hektowattstunden angegeben, weil der Bedarf so gering war. Strom war also erst mal eine Kopfgeburt der Herren Wissenschaftler und Professoren an den Universitäten. Als dann die ersten Elektrizitätswerke entstanden, hatten die Verantwortlichen dort das gleiche Problem: Was machen wir hier eigentlich? Was ist Strom? Was ist besser, Gleich-, Wechsel- oder Drehstrom, und wie kann man den am besten erzeugen? Wie betreibt man wirtschaftlich die Dampfkesselanlagen und was ist besser, eine Dampfmaschine oder die vom Engländer Parsons gerade entwickelten Dampfturbinen? Dazu kamen Fragen der Isolationsmaterialien, der Trafoöle, wenn man Wechsel- oder Drehstrom hatte, oder auch der Papierisolierungen von Kabeln. Also Fragen über Fragen und keiner hatte Antworten, nicht mal die Wissenschaft, die sich selbst erst mühsam von Erkenntnis zu Erkenntnis hangelte. Also fragte man die Kollegen, denn ein Kartellamt, das hinter jedem gemeinsamen Fachgespräch gleich den Untergang des Abendlandes witterte, gab es zum Glück noch nicht.

Der eigentliche Auslöser der Verbandsgründung war eigentlich trivial. Dr. Gusinde, Leiter des 1891 gegründeten Elektrizitätswerkes Hannover, fragte seinen Kollegen Roscher vom Elektrizitätswerk Dessau, einen erfahrenen Fachmann, denn sein Werk bestand immerhin schon fünf Jahre, zum Thema Bleimäntel von Gleichstromkabeln. Der konnte auch nicht helfen, schlug aber vor, einfach alle Elektrizitätswerke in Deutschland anzuschreiben, die Fragen vorzulegen und, weil man gerade schon dabei sei, doch zu einer Zusammenkunft einzuladen. Nach einigen Vorbereitungen versendete also Dr. Gusinde am 1.12.1891 an die 20 damals bestehenden größeren Elektrizitätswerke einen Brief, aus dem hier einige Zitate folgen sollen:

*„Mit der stetig wachsenden Zahl der Elektrizitätswerke wächst nicht nur ihre Bedeutung und Wichtigkeit für die Entwicklung der Elektrotechnischen Industrie und das gesamte gewerbliche Leben. (...) Über die zahlreichen wichtigen Erfahrungen (Anmerkung: des Betriebs und der Verwaltung) aber im Einzelnen ist wenig bekannt. Das einzelne Werk kann solche Erfahrungen anderer deshalb meist nicht für seine Zwecke verwenden, sondern muß sie oft erst selbst sammeln. Mißgriffe und Nachteile und besonders Verlust an kostbarer Zeit werden hierbei nicht immer zu vermeiden sein.“*

Das Schreiben traf genau den Nerv der Kollegen Geschäftsführer und so lud Dr. Gusinde alle Interessenten für den 8.–10.7.1892 in das Terminushotel beim Bahnhof Friedrichstraße nach Berlin ein. Insgesamt 16 Werke folgten der Einladung: Altona, Barmen, Berlin, Breslau, Kassel, Dessau, Düsseldorf, Elberfeld, Gera, Hagen, Hannover, Köln, Königsberg, Lübeck, Mülhausen und Stettin. Man sieht, ein überschaubarer Kreis, aber sehr viel mehr größere Werke gab es einfach noch nicht.

Dieses erste Treffen war ein voller Erfolg. Rege Diskussionen zu den Themen elektrische Anlagen, Installationsvorschriften, Zähler, Leitungen und, das Kartellamt muss jetzt Nerven behalten, auch über die Tarifgestaltung brachten die Teilnehmer richtig weiter. Nebenbei, das mit der Diskussion der Tarifmodelle war auch kein Problem, da es pro Netzgebiet für die nächsten 100 Jahre nur einen Anbieter gab. Doch zurück zu dem erfolgreichen ersten Treffen. Dieser fruchtbare Gedankenaustausch ließ den Wunsch aufkommen, förderhin in Verbindung zu bleiben und

sich im nächsten Jahr, also 1893, wieder zu treffen. Nur einen eigenen Verein wollte man nicht gründen. Da die Mehrzahl der Anwesenden, heute würde man sagen, auch Gas und Wasser im Portfolio hatten, wollte man den Strom eher an den schon bestehenden Gas- und Wasserverband anschließen. Davon waren aber die reinen Stromer wieder nicht so richtig begeistert. Also beschloß man pragmatisch, die nächste Sitzung in einem Jahr zur selben Zeit und am selben Ort wie die Jahresversammlung des Gas- und Wasserfaches abzuhalten. Da könnte man dann die Gemeinsamkeiten ausleuchten.

Diese zweite Versammlung fand also vom 20.–22. Juni 1893 in Dresden statt, diesmal sogar unter Beteiligung der Elektrizitätswerke Kopenhagen und Christiana. Eine Lösung der organisatorischen Fragen fand man nicht, aber die Liebe zum Gas- und Wasserfach war durch die Erfolge des Auer'sche Gasglühlichtes zwischenzeitlich erheblich abgekühlt. Das stand in direkter Konkurrenz zu den Kohlefadenlampen, die man deshalb zwar billiger anbot, die sich daraufhin aber durch stark nachlassende Qualität auszeichneten. Der klassisch deutsche Weg, wenn man ein Problem sieht, wird eine Kommission gebildet, griff auch hier, zu den bereits bestehenden Kommissionen zum Thema „Installationsvorschriften“ und „Zähler“ gesellte sich noch eine „Glühlampenkommission“, die den Herstellern auf die Finger schauen sollte. Das Thema Beitritt zum DVGW wurde nach erhellenden Diskussionen erst mal zu den Akten gelegt, man blieb weiter unter sich. Auf der nächsten Tagung, am 5. und 6.6.1894 in Leipzig, war es dann endlich so weit. Man beschloss, einen eigenen Verband unter dem Namen „Vereinigung der Vertreter von Elektrizitätswerken“ zu gründen. Wie es sich gehört, mit beschlossener Satzung und Regu-

larien, lediglich den Gang zum Vereinsregister scheute man noch. Es blieb bei einem losen Verband von nunmehr 19 Mitgliedern. Der erste Vorsitzende war Dr. Gusinde, Hannover, der mit seinem Schreiben drei Jahre zuvor die ganze Sache angestoßen hatte. Und mit einem griffigen Namen klappte es schließlich auch noch. Auf der Jahresversammlung 1898 in Kopenhagen benannte man sich dann um in „Vereinigung der Elektrizitätswerke“, kurz VdEW. Dass man den Nerv der Zeit und der Verantwortlichen getroffen hatte, belegen auch die Mitgliederzahlen, die sich geradezu stürmisch entwickelten.

Jahr	Mitglieder
1895	46
1898	69
1901	132
1904	200
1907	295
1910	384
1913	515
1916	580

Auch die Zahl der ausländischen Mitglieder wuchs beständig, im Jahre 1913 hatte man 121 außerdeutsche Elektrizitätswerke als Mitglieder in den Reihen.

Und was ein richtiger Verband ist, der braucht auch ein Verbandsorgan. Auf der Versammlung 1901 in Bonn wurde deshalb beschlossen, die Zeitschrift „Mitteilungen der Vereinigung der Elektrizitätswerke“ herauszugeben. Zu offen wollte man aber nicht sein, die Konkurrenz hörte ja mit; sie wurde folgerichtig nur an Mitglieder versandt und auf dem Titel ausdrücklich „Vertraulich“ vermerkt. Erst 1913 auf der Hauptversammlung in Trier setzte sich die Einsicht durch, dass eine gute Zeitschrift auch eine Werbung für den Verband darstellt und außerdem, heute würde man sagen, ein Image- und Kommunikationsinstrument für die politischen Entscheidungsträger ist. Dieser Aufgabe kommt die

Zeitschrift, heute unter dem Titel „ew“ (Elektrizitätswirtschaft), immer noch nach.

Eine weitere Besonderheit leistete sich der Verband: Er hatte keine richtige Geschäftsstelle. Wie bei den frühen deutschen Kaisern, die auch ohne Hauptstadt ständig herumreisen mussten, war die Geschäftsstelle immer dort, wo der Vorsitzende saß. Deswegen Sekretariat im Elektrizitätswerk hatte zusätzlich zum Tagesgeschäft die ganze Verbandsarbeit zu leisten, und das war nicht wenig. Es gab ja noch keine Fotokopierer, PC oder Laserdrucker, alles musste über Hektografien (Vorläufer des Matrizen-Spiritus-Nassverfahrens) vervielfältigt werden. Erst 1916 wurde beschlossen, sich eine eigene Verbandsgeschäftsstelle mit einem richtigen hauptamtlichen Geschäftsführer zu leisten, wir kommen noch darauf.

Mit der Zahl der Mitglieder wuchs wie beim Gas und Wasser 40 Jahre vorher auch das Problem der Reisetätigkeit. Nicht alle konnten oder wollten mehrmals im Jahr zu zentralen Kommissionssitzungen oder Hauptversammlungen reisen. Deshalb schlossen sich die EVU auch zu kleineren regionaleren Verbänden zusammen. Und wie heute bestand schon damals dadurch das Problem, was machen wir mit den Mitgliedern, die nur dem regionalen Verband, aber nicht dem VdEW angehören?

Wie man in der Tabelle rechts sieht, auch im Südwesten war man tätig. Der schon eingangs erwähnte „Verband der Elektrizitätswerke am Mittelrhein“ konstituierte sich im November 1906 in Baden-Baden. Ihm gehörten 28 Elektrizitätswerke aus Baden, Elsass-Lothringen, Rheinland-Pfalz, Rheinhessen, Hessen-Nassau und Württemberg an. Obwohl hier schon württembergische Unternehmen vertreten waren, wollte man im Königreich

Name des Bezirksverbandes (Sitz)	Gründung	Mitglieder*
Bezirksverband Rheinland und Westfalen (Dortmund)	1905	48
Verband der Elektrizitätswerke am Mittelrhein (Baden-Baden)	1906	46
Verband Sächsischer Elektrizitätswerke (Dresden)	1905	49
Bayrischer Bezirksverband (München)	1914	31
Mitteldeutscher Bezirksverband (Kassel)	1914	23
Verband Niedersächsischer Elektrizitätswerke (Quedlinburg)	1914	
Brandenburgischer Verband der VdEW (Berlin)	1916	
Nordwestdeutsche Gruppe der VdEW (Hamburg)	1916	
Verband der Elektrizitätswerke Württemberg und Hohenzollern (Esslingen)	1917	
*Stand 1916		

dann doch eher unter sich bleiben. Bis zum Bundesland Baden-Württemberg waren es ja noch 35 ereignisreiche Jahre, also gründete man 1917 den Verband der Elektrizitätswerke Württemberg und Hohenzollern, wir kommen aber noch darauf.

Die Fragen, mit denen sich der VdEW damals beschäftigte, sind auch heute noch seltsam aktuell. Deshalb sollen sie, obwohl sie nicht direkt das Thema Landesverband betreffen, doch noch kurz beleuchtet werden.

Wie schon angesprochen, hatte das Thema Tarif einen zentralen Stellenwert. Jedes EVU bot inzwischen einen wahren Wildwuchs von Tarifen an, die immer weniger Kunden, am wenigsten die privaten Kunden, durchblickten. Auch Verivox wäre an den damaligen Tarifmodellen verzweifelt, die hatten aber noch fast hundert Jahre Zeit zum Üben. Der Grundgedanke damals war, dass die Hauptaufgabe der EVU die Stromlieferung für die

Beleuchtung sei. Demzufolge waren alle, auch die fixen Kosten, durch den Lichttarif abzudecken. Bei einer Glühlampe im Zimmer und geringstem Verbrauch der Kunden ein ruinöses Geschäft. Bei den Krafttarifen, also für das Gewerbe, war man gnädiger. Im Sinne der Deckungsbeitragsrechnung sollte dort nur der Betrag verlangt werden, der durch die zusätzliche Inanspruchnahme der Einrichtungen entstand. Ein Hintergedanke war sicher auch, dass man hier mit den Gasmotoren schon in einem harten Wettbewerb stand.

Noch 1904 wurde der Direktor des EW Erfurt im Verband von seinen Kollegen gerüffelt, weil er wagte, den dortigen Ladenbesitzern einen Grundpreistarif anzubieten, also einen fixen Grundpreis, der einen Leistungsteil abdeckt, und einen relativ niedrigen Arbeitspreis. Man empfahl im dringend, von weiteren Versuchen in diese Richtung abzusehen, das könnte ja die Stimmung verderben.

Niemand hatte aber ein Problem mit den exotischsten Preismodellen. Gerne genommen wurden Rückvergütungstarife, wo zwar am Anfang der relativ hohe Betrag bezahlt, bei hohem Verbrauch aber eine Rückvergütung gewährt wurde. Dass der arme Arbeiter damit für die kWh deutlich mehr bezahlte als der reiche Fabrikbesitzer in seiner Villa wurde billigend in Kauf genommen, dort verkaufte man ja auch mehr. Jeder kochte sein eigenes Süppchen und EVU mit 16, ja sogar 19 gleichzeitig geltenden Tarifen waren keine Seltenheit. Erst nach dem Ersten Weltkrieg gelang es unter dem Eindruck der Zeit, hier eine Besserung einzuleiten, und es war gerade der gescholtene und erst in den 1930er-Jahren flächig eingeführte Grundpreistarif, der bis heute zu vernünftigen Rahmenbedingungen führte.

Dass Strom für die Beleuchtung damals eine tragende Säule der EVU war, wurde schon erwähnt, und auch, dass sich die Hersteller der Lampen starke Qualitätsschwankungen leisteten, weil sie die Preise wegen des Auer-Gaslichtes senken mussten. „*Geiz ist geil*“, gab es also damals schon. Nur den EVU konnte das nicht recht sein, weil dadurch ihr Geschäft in Verruf geriet. Hinzu kam, dass viele EVU ihren Kunden ein Glühlampen-Abo anboten: War das Licht weg, gab es eine neue Lampe vom EVU, also eine Art Licht-Contracting zu Kaisers Zeiten. Dabei ging aber schlechte Qualität doppelt schnell ins Geld. Also bestand Handlungsbedarf. Mitarbeiter von Kartellämtern sollten die nächsten Zeilen bitte überlesen, zu schrecklich ist die Geschichte. Im Jahr 1904 hatte die Lampenindustrie das ständige Gejammere wegen Preisen und Qualität gründlich satt und gründete eine „Verkaufsstelle vereinigter Glühlampenfabriken“, um die bröckelnden Preise wieder in den Griff zu bekommen. Das konnte nun den EVU nicht recht sein. Ein Monopol macht nur Spaß, wenn man es selber hat. Also gründete man 1905 flugs eine „Einkaufsstelle der Elektrizitätswerke“ mit Sitz in München, dort residierte zu dieser Zeit der damalige VdEW-Vorsitzende Uppenborn, ein sehr rühriger und einfallsreicher Mann. Und weil man gerade dabei war, baute man auch gleich eine Prüfstelle auf, die klären sollte, ob die gelieferte Qualität auch der versprochenen entsprach. Das war auch der Beginn der „Prüfgemeinschaft der Elektrizitätswerke“, die bis in die 1990er-Jahre hinein sehr aktiv war. Im Jahre 1910/1911 übertrug man das erfolgreiche Modell der Einkaufsgemeinschaft auch auf andere Produkte wie Isolierrohr, Kabel, Trafoöle usw. Die einzelnen EVU konnte so über die Einkaufsstelle sehr günstige Preise realisieren, die speziell die kleineren Unternehmen so nie erreicht

hätten. Kartelle können also Spaß machen, zumindest dann, wenn man beteiligt ist.

Deutlich weniger Spaß bereitete das Starkstromwegegesetz, das beinahe zur Spaltung des jungen Verbandes geführt hätte. Im Kern ging es um die Möglichkeit der Enteignung von benötigten Grundstücken, was bereits 1898 erstmals im Verband diskutiert wurde. Auf der Hauptversammlung in Wien 1903 stellten die Leiter privater EVU und der Überlandwerke den Antrag, der VdEW möge bei den Behörden entsprechende Schritte einleiten. Gefordert wurde eine reichseinheitliche Regelung, dass dort, wo eine freie Vereinbarung mit dem Grundstücksbesitzer nicht möglich sei, die Enteignung oder doch wenigstens die Bestellung einer Dienstbarkeit für die verlegte Leitung erfolgen sollte. Weiter hieß es: *„Grundsatz muß sein, daß demjenigen, der die Vorteile der betreffenden elektrischen Anlage selbst genießen will, Recht auf Entschädigung nicht zusteht.“* Mehrere Gesetzesentwürfe wurden im Verband (!) beraten und wieder verworfen. Den einen ging es nicht weit genug, den anderen passte die ganze Richtung nicht, denn eines war klar, es ging hier nicht nur um störrische Grundstücksbesitzer, sondern viel häufiger um Grundstücke im Besitz der Kommunen. Auf der Hauptversammlung 1907 in Stettin kochten dann die Emotionen hoch. Die Gegensätze zwischen privaten EVU und städtischen EVU prallten scharf aufeinander und es wurde sogar von Einzelnen die Meinung vertreten, dass sich der VdEW doch auflösen könne und eine besondere Vereinigung von städtischen Elektrizitätswerken zu gründen sei. Im Jahr 1909 wurde dann mit denkbar knapper Mehrheit ein Entwurf beschlossen (was wieder zu mächtigem Ärger führte), verbunden mit dem Auftrag, diesen an die preußische Regierung weiterzuleiten. Diese

hatte mittlerweile aber eigene Ideen und bemäkelte, dass sie eine Monopolisierung des Straßenraumes für einzelne Elektrizitätswerke nicht sehe. Man stellte die Frage, ob nicht überhaupt die Beschränkung der Benutzung öffentlicher Wege aufgehoben werden sollte, also überhaupt keine Konzessionierung. Nun war der Deutsche Städtetag elektrisiert, der im März 1910 mit einer Eingabe gegen die ganze Richtung opponierte. Dumm auch, dass die Vertreter der städtischen EVU, die 1909 den Entwurf im VdEW mit beschlossen hatten, nunmehr den eigenen Verbandsvorschlag in Stellungnahmen an die Regierung madig machen sollten. So war es damals eben, wer mit neuen Ideen zu den Behörden ging, kam oftmals mit dem Gegenteil des Gewollten zurück. So etwas wäre heute sicher nicht mehr möglich.

Es gab aber auch Erfolge für den VdEW. Im Juni 1908 wurde bekannt, dass sich die Reichsregierung neue Einnahmequellen erschließen wollte. Hierzu sollte eine Elektrizitätssteuer eingeführt werden. Vorsichtshalber verweigerte die Behörde dem Verband, selbst auf dessen Antrag hin, Einblick in das Gesetzesvorhaben. Erst Anfang Oktober 1908 erschien der Entwurf plötzlich und eher zufällig in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, die sich sicher über die hochschnellende Auflage wunderte. Nun glühten die Drähte, Kommissionen traten zusammen, Denkschriften wurden formuliert und überall Gespräche geführt. Man entdeckte Unklarheiten, Widersprüche und Rechenfehler im Entwurf und wetterte, dass durch die Steuer die Großindustrie künftig ihren Strom selbst erzeugen würde, das Gewerbe und die Landwirtschaft unter der neuen Steuerlast schwer leiden würden und überhaupt der meiste Strom zu Beleuchtungszwecken dienen würde, die ganze Steuer also die kleinen Leute, mithin die Wähler, träfe.



Diese Argumente verfangen in der Politik, das Vorhaben wurde beerdigt. So gesehen ist die aktuelle Stromsteuer nur ein Wiedergänger des Vorhabens aus Kaisers Zeiten von 1908. Aber damals traute man sich die Einführung noch nicht, anders als heute.

Ein weiterer Kriegsschauplatz tat sich im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts auf, der Mitbewerber Gas wetzte inzwischen die Messer. Am Anfang war man sich noch freundschaftlich gesonnen, der Strom wurde milde belächelt und das Auer-Gaslicht leuchtete hell voran. Aber dann wurde der Strom als Konkurrenz doch lästig. Und wie heute machte man den Mitbewerber erst mal madig. Brannte es mal irgendwo, wurde sofort behauptet, dass der Strom schuld sei. So beim Hoftheaterbrand in Stuttgart und beim Kaufhausbrand Tiez in Nürnberg, wobei Letzterer sogar durch eine Gasexplosion verursacht worden war. Macht aber nichts, so dachte man, erst mal mit Dreck werfen, etwas bleibt immer hängen. Dazu passte auch die weitverbreitete Broschüre „Kein Haus ohne Gas“ des „Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern“, die sich ausgiebig über die Gefährlichkeit von Elektrizität ausließ. Auf der Generalversammlung des VdEW 1907 wollte man nun seinerseits ein richtiges Fass aufmachen und beantragte, statistisches Material zur Gefährlichkeit von Gasanlagen zu sammeln, getreu dem alttestamentarischen Ansatz „*Auge um Auge, Zahn um Zahn*“. Nur der geschlossenen Haltung der städtischen Elektrizitätswerke, die selbst Gas hatten und nun zwischen allen Stühlen saßen, war es zu verdanken, dass dieser Antrag abgeschmettert wurde (mehr dazu im nächsten Kapitel). Der Vorstand wurde lediglich beauftragt, mit dem Gas- und Wasserfach ein mäßiges Gespräch zu suchen. Damit war die Sache aber noch nicht ausgestanden. Die ständigen Behauptungen,

Strom sei lebensgefährlich, rief nun die Politik auf den Plan, die ihrerseits einen vermeintlichen Handlungsbedarf erkannte und nun ein Gesetz zur „polizeilichen Überwachung der elektrischen Anlagen“ formulierte. Wohlgermerkt, etwas Vergleichbares zur Überwachung von Gasanlagen gab es nicht, obwohl diese ja bei falscher Handhabung nicht minder gefährlich waren. Der Stromverband schäumte und Gas lachte sich ins Fäustchen. Doch auch dazu später mehr.

Damit soll die Vorgeschichte abgeschlossen sein, wir steigen ein in die Jahre ab 1910. Aufgrund politischer und militärischer Verbohrtheit und Selbstüberschätzung kulminierte dieses Jahrzehnt in einer dunklen, schrecklichen Zeit. Der erste Krieg mit Massenvernichtungswaffen tobte, viele sahen ab 1916, dass Deutschland mit dem Rücken zur Wand stand, aber die Befehlshaber und Entscheidungsträger in ihren Büros und Hauptquartieren lebten weiter im Fieberwahn eines Endsieges, genau wie später noch einmal. Und immer musste das Volk den Blutzoll bezahlen. Aber das ist eine andere Geschichte.

## Kapitel II 1910 bis 1918

# Umbruch und Zeitenwende





Was der Welt bevorstand, konnte zu Beginn des zweiten Jahrzehntes des 20. Jahrhunderts noch niemand ahnen. Obwohl, Anzeichen des kommenden Unheils gab es für die, die sehen wollten, genug. In allen europäischen Ländern fühlte man sich richtig stark, jeweils als die Größten überhaupt, und die Einwohner jeder Nation hielten sich ganz generell für die besseren Menschen. Nur wenige Weitsichtige bemerkten, dass die Systeme, insbesondere die Monarchien in allen Ländern, überaltert, mürbe und erstarrt waren, ausgehöhlt wie ein alter morscher Baumstumpf, innerlich nur zusammengehalten von einem ständig wachsenden Selbstbewusstsein des Militärs. Auch in der Bevölkerung wuchs die kritiklose Verehrung alles Militärischen bis hinein in die absurde Realsatire. Bestes Beispiel: der Schuster W.F. Voigt, der am 16. Oktober 1906 als Hauptmann von Köpenick das Preußentum richtig vorführte. Ganz Deutschland und weite Teile der Welt lachten mit und über Deutschland, selbst Kaiser Wilhelm II war angeblich amüsiert. Die richtigen Fragen stellten aber nur wenige: Was war faul in einem Staat, wenn ein (scheinbarer) Hauptmann, nur durch eine bei Trödlern zusammengekaufte Uniform legitimiert, auf der Straße zehn Soldaten einfach seinem Kommando unterstellen konnte, ein Rathaus besetzte, die gewählten Amtsträger verhaftete und die gesamte Stadtkasse beschlagnahmte und mitnahm. Dieser militärische Ungeist in allen Ebenen der Bevölkerung, nicht nur, aber besonders in Deutschland, war dann auch der Nährboden für die sich anbahnende Katastrophe.

Dabei hätte es wahrlich genügend Handlungsfelder gegeben, wo man sich, statt des großsprecherischen Säbelrasselns, fruchtbarer hätte betätigen können. Ganz vorneweg die sozialen

Fragen, die das Land, viele Länder, zutiefst spalteten. Synonym war hier die Wohnungsnot der Arbeiterfamilien in den großen Städten. Eine ganze Familie, fünf, sechs oder mehr Menschen in einem kleinen Zimmer, dazu oft noch „Schlafgäste“, ließen einen gewaltigen sozialen Sprengstoff reifen. Erste Anzeichen zur Zündung boten sich genug. Am 19.9.1910 traten 141 Arbeiter und Kutscher einer Kohlenhandlung in Berlin in den Streik und verlangten eine Lohnerhöhung von sieben Pfennigen je Stunde (auf 50 Pfennige) und eine Verkürzung der Arbeitszeit von bisher zwölf bzw. 14 Stunden täglich. Nach wenigen Tagen schlossen sich weitere Berliner Arbeiter dem Streik und den Demonstrationen an, am 27.9. wurde von der Polizeiführung dann der Schießbefehl erteilt. Die Bilanz: 150 Arbeiter z. T. schwer verletzt, zwei Arbeiter tot. Diese sozialen Probleme gaben einer jungen Partei Auftrieb, die 1890 aus verschiedenen Vorgängerparteien als Sozialdemokratische Partei Deutschlands umgegründet wurde. Lag der Stimmenanteil der SPD bei den Reichstagswahlen 1907 noch bei schon starken 28,9 Prozent, so kletterte er 1912, bei der letzten Reichstagswahl im Kaiserreich (was damals aber niemand ahnte) auf 34,8 Prozent, alles Zahlen, die der heutigen SPD sicher ein sehnsuchtsvolles Leuchten in die Augen treiben. Allerdings, man muss es zugeben, war das Klassenbewusstsein nicht überall im Reich gleich ausgeprägt. Von den 110 SPD-Abgeordneten des Reichstages kamen nur drei aus Württemberg und nur einer aus Baden (aus Mannheim natürlich, der Industriestadt). Hier machte sich die immer noch sehr ländlich geprägte Struktur der beiden Länder bemerkbar.

Trotz aller drängenden sozialen Probleme reihte sich auch die Arbeiterklasse im Ernstfall fast kritiklos in den Ungeist der nationalen Gesinnung ein. Dieser gipfelte im Ausspruch von Kai-

ser Wilhelm II am 4.8.1914 (drei Tage nach der deutschen Kriegserklärung): *„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“* Obwohl, nur wenige Tage zuvor, am 25.7., verkündete der „Vorwärts“ noch: *„Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Es lebe die internationale Völkerverbrüderung!“* Und doch traf der Satz von Wilhelm II auch bei den Vertretern der Arbeiterklasse auf fast ungeteilte Zustimmung.

Aber wir greifen vor. Blicken wir deshalb noch mal auf den Beginn des Jahrzehntes. Anfangs lief ja alles prächtig, mal abgesehen von den sozialen Fragen. Die Wirtschaft brummte, Wissenschaft und Kunst im Deutschen Reich bildeten das Weltniveau, alles schien möglich, obwohl schon 1899 besonders Hellsichtige des US-Patentamtes noch feststellten: *„Es gibt nichts Neues mehr. Alles, was man erfinden kann, ist schon erfunden worden.“* Nun ja, weitsichtige Blicke in die Zukunft sind auch heute keine ausgeprägte US-amerikanische Stärke.

Die Grenzen des Machbaren wurden derweil immer weiter hinausgeschoben. Sogar ein unsinkbares riesiges Schiff, die Titanic wurde gebaut, die dann aber 1912 doch sank und 1.513 Menschen mit in den Tod riss. Ein 82 km langer Kanal, der quer durch die Berge Mittelamerikas den Atlantik mit dem Pazifik verbinden sollte und die lange und beschwerliche Fahrt um Kap Horn vermied? Kein Problem, machen wir. Und tatsächlich, zeitgleich mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges passierte das erste Schiff den Panamakanal. Auch die Luft bot fast keine Grenzen mehr. Graf Zeppelin arbeitete am Bodensee an seinen Luftschiffen, erste Wasserflugzeuge gab es schon und auch eine frühe Luftpostverbindung in Indien, bei der 6.000 Briefe und Postkarten von Allahabad nach Naini mit dem Flugzeug befördert wurden. Ernest Rutherford

entwickelte sein Atommodell, das allerdings fast niemand verstand, genauso wenig wie die Schriften eines Schweizer Patentamtsangestellten zum Thema Spezielle Relativitätstheorie. Und 1911 geschah sogar das Unerdenkliche, eine Frau erhielt den Nobelpreis in Chemie, Marie Curie. Auch sie hatte etwas völlig Unverständliches gemacht, die Radioaktivität entdeckt, wörtlich übersetzt „wirksamer Strahl“. Was sollte das sein? Einen Strahl könnte man sehen, aber hier? Nichts. Also konnte es ja nichts Brauchbares sein.

Da lag den Menschen die Vision eines Amerikaners schon näher, der 1913 seine Autos nicht mehr handwerklich herstellte, sondern an langsam laufenden Bändern produzieren ließ, um sie billiger zu machen. Überhaupt die Autos. Man hatte sich gerade erst mühsam an die neumodischen Gefährte gewöhnt, die lärmend und stinkend durch die Straßen ratterten und dort die treuen Pferde ersetzen sollten. Besonders weitblickende Köpfe wie Wilhelm II hatten da aber eine gefestigte Meinung: *„Ich glaube an das Pferd. Das Automobil ist eine vorübergehende Erscheinung.“* Was aber heute oft verdrängt wird, um 1910 endete auch langsam der Kampf der Antriebssysteme und der Verbrennungsmotor trat seinen Siegeszug an. Bis dahin hielten sich noch alle Technologien wacker im Rennen und auf der Piste. In den USA waren um 1900 ca. 40 Prozent der Automobile Dampfwagen, 38 Prozent Elektrowagen und 22 Prozent Benzinwagen. Der Höhepunkt der Elektroautowelle dort wurde 1912 erreicht: 20 Hersteller bauten insgesamt 33.842 Elektroautos. Auch in Deutschland gab es schon Elektroautos. Allein Berlin zählte eine größere Zahl Elektrodroschen. Bei Durchschnittsgeschwindigkeiten von damals ausreichenden 30 km/h hatten sie eine Reichweite von 100–120 km. Zur glei-

chen Zeit übernahmen auch Straßenreinigung, Feuerwehr und Post zahlreiche Elektrofahrzeuge, die zum großen Teil von der AEG-Tochter NAG gebaut wurden. Mit der Erfindung des elektrischen Anlassers (statt der bisherigen Anlasserkurbel) und billigeren Benzins verhalfen die übrigen Vorteile des Benziners (größere Reichweite, schnelles Tanken, keine empfindlichen Batterien) diesem aber dann doch zum Siegeszug.

Auch in der Kunst tat sich etwas. Wenig erfreulich, 1911 wurde die Mona Lisa aus dem Louvre gestohlen, 1913 tauchte sie dann in Florenz zum Glück wieder auf. In den Ruinen der altägyptischen Stadt Amarna und aus dem Staub der Jahrtausende heraus gelangte die Büste der Nofretete wieder ans Tageslicht und später, mit Zustimmung der ägyptischen Behörden, nach Berlin. Der Historismus in der Architektur mit seiner Neogotik und Neorenaissance ebte langsam ab, auch der Jugendstil verlor langsam seine Strahlkraft, dafür entstanden neue Kunstrichtungen wie der Expressionismus und der Kubismus. Persönlichkeiten wie Pablo Picasso, Wassily Kandinsky, Emil Nolde, Paul Klee standen für die künstlerische Aufbruchstimmung in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg.

\* \* \*

Und wie stand es in der Technik und der Energiewirtschaft? Auch dort summte und brummte es überall. In Holland entdeckt man 1911 das Prinzip der Supraleitung und definierte auch erstmals den Begriff Halbleiter. 1910 waren in Berlin, immerhin die Hauptstadt des Deutschen Reiches, aber erst 3,5 Prozent der Wohnungen ans Stromnetz angeschlossen. 1913 waren erst 20 Prozent der

Gemeinden in Deutschland mit Elektroenergie versorgt und 15 Prozent sämtlicher Haushalte am Netz. Eine erste Fußbank-Kirchenheizung in Deutschland wurde in die evang. Kirche in Tamm in Württemberg eingebaut und für die deutsche Volkszählung 1910 machte sich eine Lochkartenmaschine der Deutschen Hollerith-Maschinen Gesellschaft nützlich, auch so eine neumodische Technik, die kein normaler Mensch verstehen konnte. Löcher im Papier und dann damit rechnen, was sollte das sein?

Überall stieg die Spannung, auch im wörtlichen Sinne. Galt 1911 ein erstes 60-kV-Kabel bei Dessau als Pionierleistung, so war es 1912 bereits eine 100-kV-Drehstromübertragung bei Lauchhammer-Riesa. Es ging also voran. Noch aktuell sind die Gedanken, die sich Anfang 1914 die AEG und der VDE zum Thema „Nullung“ machten, und aus der heutigen Elektroinstallationspraxis nicht wegzudenken.

Und Strom und Bahn gingen schon seit 1879 zusammen, als Werner Siemens die erste Elektrolok, eigentlich eher ein Lökchen, auf der Berliner Gewerbeausstellung vorführte. Aber die Maschinen wuchsen und wurden größer und stärker. Besonders herausragend die Schnellfahrtversuche auf der Militär-Eisenbahn Marienfelde–Zossen–Jüterbog mit einem elektrisch betriebenen Drehstrom-Triebwagen von AEG, der am 27. Oktober 1903 schließlich 210,3 km/h erreichte. Für die „Normalbürger“ ging es gemächlicher zu. Zwar gab es schon einzelne Inselnetze für die elektrische Bahn, so z. B. in Südbaden oder in Schlesien. Die Verantwortlichen mussten aber auch an morgen denken. Deshalb wurde es Zeit, ein einheitliches System zu entwickeln. Die preußisch-hessische, die bayrische und die badische Staatsbahnverwaltung schlossen 1913 das „Übereinkommen betreffend die Aus-

führung elektrischer Zugförderung“ ab, die die einheitliche Fahrleitungsspannung auf 15 kV und die Frequenz auf 16 2/3 Hertz festlegte. Werte, die die DB AG und einige andere europäische Bahnen bis heute noch einhalten. Und wer denkt, alternative Energien seien dem fortschrittlichen Geist der heutigen Umweltbewegung entsprungen, liegt völlig falsch. Im gleichen Jahr 1913 erfolgte die Inbetriebnahme des ersten Kraftwerks, das die thermische Energie der „heißen Quellen“ bei Larderello (Italien) nutzte. Gleichzeitig entstand ein Solarkraftwerk mit fünf Parabolspiegeln, je 60 Meter lang, vier Meter breit, Kollektorfläche 1.200 Quadratmeter und 100 PS Leistung in Meadi in Ägypten.

In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg lag auch die Blütezeit der Unternehmensgründungen in der Energiewirtschaft. Kleinste und kleine Gemeindewerke entstanden, wer noch keines hatte, beeilte sich, den Anschluss nicht zu verpassen; gleichzeitig drängten größere EVU in den Markt, um mit „Konzessionsverträgen“ die umliegenden Gemeinden an sich zu binden und ganz nebenbei dort die Gründungen von kommunalen Werken zu verhindern.

Beispielhaft für mehrere große Flächenversorger mag die Entwicklung der Neckarwerke sein. Bereits 1872 gründete Heinrich Mayer in Esslingen eine eigene Firma und handelte mit Öl-, Gas- und Petroleumlampen, 1883 übersiedelte der Betrieb nach Stuttgart. Neben seinem dortigen Engagement für die Stuttgarter Straßenbahn widmete er sich besonders den elektrotechnischen Fragen seiner Zeit. Bereits 1893 erwarb er in Altbach das Gelände einer ehemaligen Papierfabrik zum Preis von umgerechnet 25 ct/m<sup>2</sup> einschließlich der Wasserkraftkonzession des Neckars. Aus alten Unterlagen geht hervor, dass Mayer bereits das Ziel verfolgte, den erzeugten Strom über weite Strecken hinweg zu ver-

kaufen. Mit einer Fernleitung zwischen Altbach und Göppingen wollte er die damals schon wirtschaftsstarke Stadt Göppingen anschließen. Das sollte aber nur der erste Schritt sein. Von Altbach aus sollten dann in einem Umkreis von bis zu 35 km alle Orte, die Interesse daran hatten und die wirtschaftlich zu versorgen waren, ebenfalls angebunden werden. Bereits damals war auch geplant, die Wasserkraftanlage mit einem Lokomobil, einer Art fahrbarem Dampfgenerator zu unterstützen. Maschinen und Schaltanlagen wurden Anfang 1904 fertig, die Genehmigungsurkunde für die gesamte Werksanlage wurde am 19. August 1904 ausgestellt. Aufgrund der überall entstehenden Stromversorgungsnetze und des rasant wachsenden Stromverbrauches war Mayer aber gezwungen, bereits ab 1900 Strom über das Lokomobil zu liefern. Bis 1904 waren so ca. 30 Orte mit Stromlieferverträgen gebunden, als „Eintrittskarte“ fungierte oft die Straßenbeleuchtung, die bis dahin meist noch auf pflegeintensiven und wenig erhellenden Öllampen basierte.

Der Stromverkauf war damals leider noch kein lukratives Geschäft, trotz oder gerade wegen der hohen Strompreise. Es wurde einfach zu wenig verbraucht. Im Jahre 1905 waren erstmals finanzielle Grenzen für das junge Unternehmen erreicht. Der Bau der Überlandnetze verschlang immense Investitionssummen in langfristige Anlagegüter, die Stromabgabe beschränkte sich aber nach wie vor hauptsächlich auf Lichtstrom und nur wenig Kraftstrom, da die Preise für ein Kilowattstunde sehr hoch lagen. Rechnet man den Strompreis in Arbeitsminuten um, so musste noch im Jahr 1913 ein Industriearbeiter acht Stunden und 29 Minuten arbeiten, um zehn kWh Strom kaufen zu können. Heute reichen weniger als fünf Minuten. Und das trotz aller inzwischen neu

erfundenen Umlagen und Abgaben. Das Unternehmen hatte also erheblichen Kapitalbedarf, die Lösung war, es 1905 in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln und Partner zu suchen. Einer drängte sich geradezu auf, die Gesfürel (Gesellschaft für elektrotechnische Unternehmungen), eine Gesellschaft der AEG Berlin. Das bisherige Unternehmen „Neckarwerke Altbach-Deizisau Heinrich Mayer“ firmierte um in „Neckarwerke Aktiengesellschaft“. Ab 1908 war die Gesfürel alleiniger Aktieninhaber und der Gründer Mayer wurde mit nie ganz geklärten Tricks aus seinem Unternehmen gedrängt. Der Stromabsatz wuchs inzwischen weiter stetig, die darbede Zeit der Jahrhundertwende war vorbei. Betrug der Absatz 1905 noch 4,2 Mio. kWh, so waren es 1910 bereits 13 Mio. kWh und 1917 dann (sicher auch kriegsbedingt) 46 Mio. kWh. Auch die Ausweitung in die Fläche ging rasch weiter. 1906 versorgten die noch jungen Neckarwerke immerhin 47 Gemeinden mit 160.000 Einwohnern, 1914 waren es schon 168 Ortschaften mit 370.334 Einwohnern. Langsam neigte sich die Goldgräberstimmung nun aber ihrem Ende zu. Die Claims im mittleren Neckarraum waren abgesteckt. Das Versorgungsgebiet der Neckarwerke stieß direkt an das der AEW Geislingen, der OEW, der UJAG und der KAWAG sowie weiterer kleinerer Unternehmen, die sich ihrerseits ein Stück des inzwischen lukrativen Kuchens gesichert hatten. Abgesehen von der späteren Übernahme der Enzgauwerke hatte sich damit das Versorgungsgebiet der Neckarwerke herausgebildet.

Neben den privatwirtschaftlich geführten Unternehmen wie den Neckarwerken und den kommunalen Stadtwerken (zu dieser Zeit aber auch noch oft in privater Hand) gab es noch eine dritte Form, die Zweckverbände. Ein wichtiges Unternehmen die-

ser Gruppe war die OEW, über die ebenfalls kurz berichtet werden soll. In der Zeit bis 1910 trat in der Erschließung der Fläche eine Stagnation ein. Die Städte hatten ihre Stromversorgung oder waren gerade mit deren Aufbau beschäftigt, die wirtschaftsstarke Gebiete wie der mittlere Neckarraum hatten private Flächenversorger, nur die ländlichen Gebiete mit geringer Besiedlungsdichte und wenig Gewerbe lagen weiterhin buchstäblich im Dunkeln. Die Privaten wollten nicht, weil zu wenig Ertrag in Aussicht stand, Städte gab es dort nicht, aber die Bevölkerung drängte die Politik immer vernehmlicher. So auch in Oberschwaben, der Region zwischen Ulm und Bodensee. Zwar gab es einige interessante Wasserkräfte, nur wer wollte investieren, Stromerzeugung ohne Kunden machte auch damals nicht richtig Spaß. Einige kleinräumige Versorger gab es zwar, aber alles Klein-Klein. Nun sollte der große Wurf folgen. Am 20.12.1909 war es so weit. Drei Amtskörperschaften, Ravensburg, Wangen und Tettnang, schlossen sich zum „Bezirksverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW)“ zusammen, unter sehr wohlwollender und fördernder Begleitung des württembergischen Innenministeriums. Die „Unterstützung“ ging manchmal so weit, dass die Ministerialen die kleinen Städte und Gemeinden mit sanftem oder stärkerem Druck in den neuen Zweckverband drängten, so die Klage von privaten, zu kurz gekommenen Investoren. Später, im Jahr 1914, gab der Verbandsvorsitzende Bockshammer anlässlich der Eingliederung mehrerer kleiner Elektrizitätswerke unumwunden zu: *„Es gehe um die Beseitigung mehrerer besonders lästiger Konkurrenten des Bezirksverbandes aus der Mitte seines Versorgungsgebietes heraus.“*

Bis Anfang 1910 traten so weitere Mitglieder bei, z. B. Biberach, Blaubeuren, Ehingen, Laupheim, Leutkirch, Münsingen,

Riedlingen, Saulgau und Waldsee. Überhaupt, so eigenbrötlerisch wie viele behaupten, waren die Oberschwaben nicht, zumindest nicht, wenn es ums Geschäft ging. Man war sogar bereit, Ausländer aufzunehmen und zu versorgen. Die drei preußischen Oberamtsbezirke Gammertingen, Hechingen und Sigmaringen wollten gerne mittun, dass das mit den als bürokratisch und arrogant verschrienen Preußen aber schwierig werden würde, ahnte man schon. Um sich den Aufwand eines hochmögenden Staatsvertrages zwischen Berlin und Stuttgart zu sparen, wurde pragmatisch vereinbart, dass die preußischen Bezirke mitmachen durften, sie wie Mitglieder gestellt würden, aber formaljuristisch eben keine waren. Man ging sogar noch weiter und erlaubte in einem besonders großzügigen Akt den Brüdern und Schwestern kurz hinter der westlichen Landesgrenze, mitzumachen, den badischen Gemeinden Adelsreute und Tepfenhart. Kurze Zeit später dehnte man sich noch weiter nach Nordwesten aus und konnte auch 16 Gemeinden des Oberamtes Reutlingen als Mitglieder begrüßen. Die Zeit war eben reif, die Menschen wollten von der neuen Energie Strom nicht nur lesen und hören, sondern sie in ihren ländlichen Gemeinden auch endlich nutzen.

Während sich in Württemberg also starke Flächenversorger in privaten Händen oder als Zweckverbände herausbildeten, verlief die Entwicklung in Baden gänzlich anders. Im Juli 1912 wurde durch das badische Innenministerium die Errichtung einer „Abteilung für Wasserkraft und Elektrizität“ bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus beschlossen. Auslöser waren die Vorgänge im Jahr 1891 um die Vergabe der Konzession zur Errichtung des Kraftwerks Rheinfeldern unter Federführung des Branchenprimus AEG (zur Erinnerung – AEG hatte wenig später auch



die Führung der Neckarwerke). Eher beiläufig erfuhren der Landtag und die Öffentlichkeit von dieser Konzessionsvergabe der Regierung zur Nutzung der Wasserkraft am Hochrhein, was zu einem Sturm der Entrüstung führte. Nebenbei, das Gebiet am Hochrhein wurde durch das Kraftwerk mit 16.000 PS und 20 Turbinen, damals das größte Wasserkraftwerk in Europa, zu einer zentralen Industrieregion. Aluminiumschmelze, Chlor-Alkali-Elektrolyse, Karbidproduktion, alles, was viel Strom brauchte, siedelte sich dort an. Auch Natriumperborat wurde dort erzeugt, ein wichtiger Bestandteil des in vielen Haushalten verwendeten „Persil“. Also alles sauber und gut? Nein. Die Wirtschaft und Industrie brachten Geld und Arbeit, aber der Staat hatte nach der Konzessionierung keinen Einfluss mehr. Und Politiker ohne Einfluss? Das ging gar nicht! Damals wie heute. Der Konzessionsvertrag war auf unbegrenzte Zeit geschlossen, die Strompreise waren dem Ministerium lediglich anzuzeigen und selbst bei unbotmäßigem Gewinn der Stromerzeuger war keine Pflicht zur Preissenkung gegeben. Also kein Vergleich zu heute, wo immer höhere Datenberge von immer mehr Behörden oft ultimativ angefordert werden und, zumindest im Netz, eine staatlich gerade noch zugestandene Eigenkapital-Verzinsung vorgegeben wird. Hintergrund des damaligen Problems war eigentlich, dass man bis dato Wasserrechte, also die Konzession zur Nutzung von Wasserkraft, nur an kleinteilige Mühlenbetriebe vergeben hatte und bei den großen Wasserkraftwerken den bisher bewährten Weg beschritt. Aber statt kleinen Müllern, die um ein Wasserrecht nachsuchten, sah man sich nun Großinvestoren mit lukrativen Geschäftsideen gegenüber. Ausgelöst von weiteren Projektanfragen am Oberrhein, entbrannte ein heftiger politischer Streit, wobei den Abgeordneten

schnell klar war, dass sie dieser Thematik keinerlei Fachkompetenz entgegenzusetzen hatten. Weitere Konzessionen in Laufenburg (1905) und Augst/Wyhlen (1907) wurden erteilt, die Bedingungen gegenüber dem Fall Rheinfelden jedoch deutlich verschärft. Die Landespolitik und auch die Regierung sahen dringenden Handlungs- und Regulierungsbedarf. Wenn heute von einer „Regulierungslücke“ die Rede ist, die „dringend geschlossen werden muss“, wird meist ein richtiges Fass aufgemacht. So auch damals. Man forderte also eine planmäßige Elektrifizierung unter staatlicher Aufsicht, damit auch Handwerk, Kleingewerbe, Landwirtschaft und private Haushalte von der billigen und arbeitssparenden Energie profitieren könnten. Als dann auch im Vorgarten der Residenz Karlsruhe, im Murgtal, um Wasserkraftkonzessionen nachgesucht wurde, ging die Regierung in die Offensive. Der Staat kaufte die baureifen Entwürfe in Forbach auf und plante, das Murgwerk in staatlicher Regie zu errichten und zu betreiben, die gewonnene Energie zu Selbstkosten zu verteilen und so privatwirtschaftliche Einflüsse auszuschließen. Im Dezember 1912 beschloss der Landtag dann nach eingehender Diskussion endgültig den Bau des Murgwerkes unter staatlicher Leitung der „Abteilung für Wasserkraft und Elektrizität“ beim Innenministerium. Die als Kunden angefragten Städte/kommunalen EVU sahen das Ganze wesentlich pragmatischer. Der Bürgermeister der Stadt Durlach erklärte 1912, *„dass man den Strom nehme, wo man ihn am billigsten bekomme“* und die Herkunft des Stroms aus *„vaterländischer Wasserkraft“* wenig Bedeutung hätte. Also schon damals eine *„Geiz ist geil“*-Mentalität, zum Glück war aber Verivox noch nicht erfunden.

Damit gab es in den Grenzen des späteren Bundeslandes Baden-Württemberg die drei wesentlichen Gesellschaftsformen

der Energiewirtschaft, das staatliche Unternehmen, die privatwirtschaftlichen Unternehmen und die Zweckverbände in Verbindung mit den kommunalen Stadtwerken. Ein weiteres Beispiel aus jener Zeit, das die Spannungen zwischen den öffentlichen Trägern und der zu Beginn so geschätzten Privatwirtschaft offenlegt, zeigt der Fall Berlin. Im Jahr 1913 billigte die Berliner Stadtverordnetenversammlung die Kündigung des Vertrages zwischen Magistrat und den Berliner Elektrizitäts-Werken (BEW) unter Leitung der AEG, weil man sich gründlich verkracht hatte. Wenn bis 1915 kein neuer Vertrag zustande käme, so die ultimative Drohung, dann ginge die BEW in den Besitz der Stadt über. Und so kam es auch, 1915 kaufte die Stadt Berlin die BEW für 136 Mio. Mark auf und überführte sie in ein kommunales Unternehmen, die spätere BEWAG.

Aber auch die Stadtwerke hatten ihre Probleme. Der Kampf zwischen Strom und Gas war trotz aller Beteuerungen der jeweiligen Interessenvertreter noch immer nicht ausgestanden. Haus- und Straßenbeleuchtung, Motoren und Wärmeerzeugung, alles ließ sich mit beiden Energien mehr oder weniger gleich gut betreiben. Und die Stadtwerke hatten oft beides im Angebot: den neuen, noch teuren Strom und die vorhandene Gas-Infrastruktur, beginnend beim Gaswerk, das Kohle zu Koks und Stadtgas verschwelte. Das konnte nicht ohne Folgen bleiben, auch nicht für die noch jungen Verbände, wie im letzten Kapitel schon kurz angeschnitten. Ob die Gasseite den Ärger angefangen hat, soll dahingestellt bleiben, jedenfalls wurden Berichte lanciert, heute würde man von Fake News sprechen, der Strom sei schuld an schlimmen Katastrophen, z. B. dem Brand des Stuttgarter Hoftheaters (obwohl, so Zeugen, in dem Raum, in dem der Brand ausbrach, keine Stromleitung

verlegt war). Darauf aufbauend entstand eine Propagandaschrift „Kein Haus ohne Gas“, die „bewies“, dass Strom viel gefährlicher als Gas sei. In der Generalversammlung des VdEW in Stettin wurde deshalb der Antrag gestellt, statistisches Material über die Gefährlichkeit von Gasanlagen zu sammeln. Das konnte den kommunalen Werken nicht gefallen, ihr „Stromherz“ wollte den Kampf, ihr „Gasherz“ wollte Ruhe und Frieden. Durch die geschlossene Haltung der Stadtwerke wurde der Antrag abgelehnt, was nun wieder die übrigen Unternehmensvertreter massiv verärgerte. Um beiden Seiten gerecht zu werden, wurde der Vorstand beauftragt, in Gesprächen mit dem DVGW für Frieden zu sorgen. Dort sagte man das auch zu, war aber weiterhin auf Krawall gebürstet. Am 14.3.1910 erfolgte durch den DVGW die Gründung der „Zentrale für Gasverwertung“, die sich als Hauptaufgabe *„die Unterrichtung des Publikums und der Behörden über die Vorzüge des Gases“* auf die Fahnen schrieb. Man fühlte sich durch die Elektrizitätswirtschaft bedroht, trotz aller beiderseitigen Beteuerungen. Und der Strom reagierte prompt. Am 22.10.1910 beschloss der Vorstand des VdEW, seinerseits eine „Zentrale zur Verwertung elektrischer Energie“ zu schaffen. Diese sollte aber nicht als Kampforganisation gegen die Gaswerke aufgezogen werden (was man dort jedoch genau so verstand), sondern mit der Zentrale für Gasverwertung gegen Petroleum und Kohle antreten. Dabei sollte sie *„... die ihr angeschlossenen Elektrizitätswerke (...) in der wirksamen Propaganda für ihre Erzeugnisse (...) unterstützen“*. Zusätzlich habe sie *„... dem Geschmack des großen Publikums angepasste Werbeschriften und Propagandaartikel (zu) verfassen, den Entwurf und die massenhafte Herstellung von ausgestalteten Prospekten (zu) übernehmen, Wandervorträge in Verbindung mit (...) Vorführungen und*

*kleinen Ausstellungen (zu) veranstalten*“. Und wenn man schon dabei war, am 28.1.1911 erfolgten auch gleich die Gründung und der Beitritt zu der „Geschäftsstelle für Elektrizitätsverwertung“ (Gefelek), also eine Vorläuferin von IZE und HEA. Das schmeckte der Gasseite wiederum überhaupt nicht. Das Fass des „brandgefährlichen Stromes“ aus dem Jahr 1907 wurde wieder aufgemacht und nun der Politik vor die Füße gekippt. Was folgte, war eine Diskussion zur Formulierung einer Polizeiverordnung zur Überprüfung von elektrischen Anlagen gegen Gebühr durch behördliche Sachverständige. Der VdEW wandte sich entschieden dagegen, auch weil eigenes Personal der Werke derartige Prüfungen schon vornahm und, wie spitzzünftig bemerkt wurde, nur zugelassene Installateure arbeiten dürften. Besonders ärgerlich – das Gasfach mit seinen Installationen blieb weiter von polizeilichen Verordnungen unbehelligt, *„obwohl dieses sowohl hinsichtlich der Unfall- als auch der Brandziffern die Elektrizitätsversorgung überrage“*. Ab 1914 wird das Aufregerthema dann aber wegen wichtigerer Fragen zu den Akten gelegt.

Wenn wir gerade bei der Politik sind, die hatte schon damals wegweisende und vor allem teure Ideen. So wurde 1912 der Entwurf eines Wassergesetzes zur Erschließung neuer Wasserquellen diskutiert. Danach sollte die Benutzung von Wasser besteuert werden, also z. B. die Entnahme und Wiedereinleitung von Kühlwasser in Kraftwerken. Zusammen mit dem wasserwirtschaftlichen Verband konnte der VdEW aber erreichen, dass nur der eigentlich viel wichtigere ordnungspolitische Teil des Wassergesetzes verabschiedet wurde, nicht aber der Gebührentatbestand. Der wurde dann zur Reifung für 75 Jahre in die Schublade gelegt, aus der er am 1.1.1988, gut abgehangen, als große Innovation im

Bereich Umweltschutz als Wasserpfeffing wie ein Karnickel aus dem Hut hervorgezogen wurde.

Aber auch beim Strom war vieles im Fluss. Am 6.3.1914 wurde ein Antrag im Preußischen Abgeordnetenhaus eingebracht, dass den Bestrebungen zur Bildung von Privatmonopolen bei Erzeugung und Lieferung von Strom entgegenzutreten sei. Zur Erinnerung, der Staat hatte sich bei der Gründung von EVU in Preußen bisher weitgehend herausgehalten, nun erkannte man also auch dort eine „Regelungslücke“. Der Minister stand dem Antrag wohlwollend gegenüber, allerdings, der Teufel steckte wie immer im Detail. Was man wollte, war klar: Einfluss und Aufsicht. Das Gewollte aber in Paragraphen zu gießen, war schwierig, wollte man nicht die Kommunen und die Großgrundbesitzer gegen sich aufbringen. Und gerichtsfest sollte es ja auch noch sein. Am 26.5.1914 hatte man endlich eine Idee. Statt der schwer umzusetzenden Regelung wurde als Ausweg ein Erlass formuliert, dass bei der Querung von Staatsbesitz (Wegen, Forsten, Domänen oder Wasserläufen) nicht nur die Genehmigung der besitzenden Stelle, sondern auch die des zuständigen Regierungspräsidenten einzuholen sei. Dieser dürfe aber nur zustimmen, wenn die allgemeinen Interessen berücksichtigt würden. Und als weitere politische Vorgabe, das Kartellamt möge die Luft anhalten, das EVU müsse zwingend innerhalb der Grenzen seines Versorgungsgebietes bleiben! Genau das Gegenteil von heute. Sage einer, die Ministerialen seien nicht wandlungsfähig. Zudem verlangte die Regierung ein Mitbestimmungsrecht, wenn kommunale Werke ganz oder teilweise an Private verpachtet würden. Ferner müssten die EVU auch auf jede Art von Lieferungs- und Installationsmonopol verzichten und die angebotenen Tarife müssten regelmäßig zur amtlichen

Prüfung vorgelegt werden. Wenn man die Unternehmen nicht direkt an die Leine bekam, so dachte man sich, dann eben über einen Umweg. Wir sehen, die Handlungsmuster der heutigen Politik haben eine lange Tradition, die Mechanismen sind aber die gleichen geblieben.

Nun wird es aber Zeit, wieder zu dem Gas- und Wasserfach zu blicken. Auch dort arbeitete man sehr erfolgreich: Der Gasverkauf boomte, das Thema Wasserreinhaltung stand inzwischen auch wieder auf der Tagesordnung, es gab richtig viel zu tun. Und natürlich, wie in allen Verbänden, musste man sich selbst auch die Wichtigkeit der eigenen Verbandsarbeit bestätigen, wenn einen die störrischen Mitglieder schon nicht in ausreichendem Maß lobten. Auf der DVGW-Verbandsversammlung 1910 betonte deshalb der DVGW-Vorsitzende:

*„In den Kommissionsarbeiten liegt ja eigentlich der Schwerpunkt, die Kraft unseres Vereins. Sie sind gewissermaßen die Arbeitsbienen, die ihren Rüssel in Form von Fragebogen und verschiedenen sonstigen schönen Rundschreiben in die einzelnen Gas- und Wasserwerke hineinstecken und überall das Brauchbare, den süßen Honig herausaugen, den sie nachher unter sich verarbeiten und in einer feinen wohlgeformten und genießbaren Form uns hier vorlegen, vollständig wabenfrei und geklärt bis ins Kleinste.“*

In der Verbandsarbeit hat sich seit damals also nicht wirklich viel geändert, abgesehen von der blumigen Form der Beschreibung. In den Arbeitskreisen summt und brummt es auch heute noch wie in einem Bienenstock, sie stecken ihre Rüssel dabei oft

bis tief in die Unternehmen, nicht immer zur Freude der Verantwortlichen, und versuchen dort, den mühsam gesammelten Honig der Erkenntnis abzusaugen. Aber die Verbände geben mit ihrem Output auch vieles zurück, z. B. im Dialog mit der Landespolitik. Das aber manchmal so bis ins Kleinste geklärt, wabenfrei und weichgespült, dass es die Mitglieder eher an süßen Honig erinnert als, wie von Einzelnen erhofft, an den sauren Wein der Wahrheit und Erkenntnis, den man gerne den Ministerialen eingeschenkt hätte. Aber so funktioniert eben Politik.

Auch sonst tat sich in diesen bewegten Jahren kurz vor dem Ersten Weltkrieg einiges. Den Vorläuferverband des DVGW, den „Verein deutscher Gasfachmänner und Bevollmächtigter deutscher Gasanstalten“ gab es ja schon seit 1859. Dort saßen die Großen der Zunft zusammen, die, die neben der Praxis auch die notwendige Theorie beherrschten. Aufgrund des damals allgemein ausgeprägten Standesbewusstseins blieb jedoch dem „Mittelstand“ des Faches die aktive Mitarbeit und der „Honig“ aus erster Hand verwehrt. Die Meister, Ingenieure und Techniker hatten, heute würde man sagen „auf der operativen Ebene“, keine vergleichbare Vereinigung, die dem Wissenstransfer und der Vernetzung diene. Bis zum Aufbau einer wirksamen KMU-Vertretung sollte es noch 90 Jahre dauern, also musste man sich anders helfen.

Die elitäre Gesinnung der Großen war auch damals schon mehr als ärgerlich, hatten sich doch inzwischen viele kleine, oft kommunale Gaswerke gegründet, die eher handwerklich orientiertes Personal beschäftigten. Und diese hatten auch ihren Stolz. Also, was macht man, zumal in Deutschland? Man gründet einen eigenen Verein. So auch hier. Dumm nur, dass man sich gleich

zu Beginn untereinander in die Wolle bekam. Also entstanden mehrere neue Gruppierungen mit Namen wie: „Verein technischer Beamter des Gas- und Wasserfachs“, alle aber mit den gleichen Zielen. Am 15.8.1910 gewannen die besonnenen Geister wieder die Oberhand und es erfolgte der Zusammenschluss der Vereinigungen Berlin und Ruhrort zum „Verband deutscher Gas- und Wasserfachbeamter e. V.“ (VDGW). Diesem traten dann am 4.6.1911 weitere Verbände mit Bezirksgruppen in Barmen, Bayern, Berlin, Bonn, Braunschweig, Bremen, Breslau, Dessau, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Erfurt, Frankfurt (Main/Oder), Freiburg, Gelsenkirchen, Görlitz, Halle, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Kassel, Koblenz, Köln, Krefeld, Lothringen, Magdeburg, Mecklenburg, Münster, Oldenburg, Ostpreußen, Posen, Sachsen, Stuttgart und Westpreußen bei. Um das verwirrende Thema paralleler und fast gleichnamiger Gas- und Wasserverbände zu potenzieren, beschloss dieser VDGW 1918 in Leipzig, auch Techniker und Meister des Elektrizitätsfaches aufzunehmen und firmierte deshalb um in „Verband deutscher Licht- und Wasserfachbeamter“ (DELIWA), der dann, noch viel später, im Jahr 2000, mit dem DVGW fusionierte.

Eine geradezu modern anmutende Diskussion entstand zum Thema Wasserqualität. Bereits 1900 wurde auf der Pariser Weltausstellung ein französisches Verfahren zur Ozonierung von Trinkwasser vorgestellt, dem sich die Firma Siemens sofort widmete. Hintergrund war, dass es immer noch zu Verkeimungen des Trinkwassers kam und man deshalb dringend Lösungen suchte. Leider, die Ozonierung war zu teuer und versagte zudem bei eingetrübten Wässern, also war es damit erst mal nichts. 1911 hatte man, wieder in Frankreich, eine neue Idee: Ultraviolett-

bestrahlung. Funktioniert hätte es auch, es gab damals aber auch hier technische Probleme. Wieder nichts. Dann kam in Amerika (USA) eine eher rustikale Idee auf: Chlorkalk. Im wasserarmen Sommer 1911 mit Notständen im Ruhrgebiet machte man Versuche und siehe da, es funktionierte. Jetzt schäumten die Wasserfachleute. Chemie in ihrem Trinkwasser? Geht gar nicht! Auf einem DVGW-Vortrag 1912 wetterte man unter großem Beifall: *„In der Zeit der Surrogate und der überall sich aufdrängenden chemischen Schöning und Auffrischung unserer Speisen sollte man nicht auch noch das Wasser chemisch verbessern wollen und die Wasserwerke zu Wasserapotheken und Hexenküchen machen.“* Aber Widerstand war zwecklos, ab 1915 setzte sich die Chlorierung des Trinkwassers immer mehr durch, zumindest partiell.

Noch ein weiteres Hygiene-Thema stand auf der Tagesordnung. Öfters trat bei Unterdruck, auch bei nur kurzen Druckschwankungen in den Wasserleitungen, belastetes Wasser aus den Kundenanlagen in die Wasserleitung zurück. Ein besonderer Brennpunkt waren Kesselanlagen, die zur Speisung direkt an die Wasserleitungen angeschlossen waren. Dort konnte unter bestimmten Betriebsbedingungen kontaminiertes Wasser aus dem Kessel zurück in die Wasserleitung gedrückt werden und so Verkeimungen in der Wasserleitung auslösen. Auch die gerade aufkommenden Klosettpülungen bildeten eine solche Gefahrenstelle, ebenso wie unsauber verarbeitete und nicht absolut dichte Wasserinstallationen. Das galt es zu beheben. Der DVGW formulierte deshalb 1913 die „Vorschriften für die Ausführung und Veränderung von Wasserleitungsanlagen“, eine wichtige und wegweisende Vorschrift, die bis heute zum Wohle aller weiterentwickelt wird.

Zwei Schlaglichter auf das, was sonst noch im Gas- und Wasserfach geschah:

- 1913:
- Die preußische Regierung beschloss nach Baden (1899) und Württemberg (1900) ein einheitliches Wassergesetz, zu dem der DVGW wesentliche Gutachten und Ideen beitrug.
  - Gründung der „Röhrenkommission des DVGW“ zu Fragen wie „Gasverteilung unter erhöhtem Druck“ oder „Schaffung einheitlicher Zeichen und Farben für die Rohrnetzpläne“.

\*\*\*

Ansonsten galt: Aufbruchstimmung aller Orten und der Glaube, dass es ungebremst so weitergeht. Obwohl, der rasant wachsende Militarismus, gepaart mit der Überheblichkeit der Nationalstaaten, erzeugte eine politische Gewitterstimmung, bei der es nur eine Frage der Zeit war, wann sich Blitz und Donner entladen mussten. Und die Entladung kam, schneller als gedacht. Am 28.6.1914 ermordete ein politischer Wirrkopf den österreichischen Thronfolger und dessen Frau. Wie ein bis zum Zerreißen gespanntes Federwerk lief nun in allen Ländern die politisch-militärische Maschinerie unaufhaltsam an. Für Vernunft und Diplomatie war nun kein Platz mehr, das Verhängnis nahm seinen Lauf. Die Völker vieler Länder zogen mit dem Gefühl, Gottes Segen liege jeweils auf ihrer Seite, in einen aus ihrer Sicht gerechten Krieg. Weil das aber alle Seiten dachten, führte der Weg für alle auch direkt ins Verderben. Als im Mai 1915 die deutsche Kriegsmarine das britische Pas-

sagierschiff Lusitania versenkte (das entgegen den britischen Be-  
teuerungen sehr wohl Waffen und Munition geladen hatte), war  
der Krieg eigentlich schon verloren, obwohl die USA erst am  
6.4.1917 Deutschland den Krieg erklärten.

Und wie ging es den Menschen? Die Kriegsbegeisterung  
war in der breiten Bevölkerung auch wegen der sich häufenden  
Todesnachrichten schnell verflogen. Not und Mangel griffen zu-  
dem immer weiter um sich. Schlechte Zeiten sind aber immer  
auch gute Zeiten für findige Köpfe. Der erste Beigeordnete der  
Stadt Köln machte von sich reden, weil er ein Sparbrot aus Mais,  
Gerste und Roggen entwickelte und ohne Brotmarken verkaufte.  
Erstmals wurde in Köln auch Gefrierfleisch an einkommens-  
schwache Schichten verkauft, nachdem durch ein Probeessen  
in einem Krankenhaus der Nachweis erbracht wurde, dass es  
genießbar war. Selbst vor dem Abfall schreckte der findige Beamte  
nicht zurück. Küchenabfälle mussten getrennt gesammelt werden,  
diese wurden nach dem Trocknen als Rinder- und Schweinefutter  
verwendet. Ach übrigens, der einfallsreiche Erste Beigeordnete  
der Stadt Köln hieß Konrad Adenauer, ein Name, den man sich  
merken sollte.

Auch mit ganz neuen Gefahren sahen sich die Menschen  
konfrontiert, den Luftangriffen mit Bomben. Einer der ersten  
Angriffe auf eine Großstadt erfolgte am 15. Juni 1915 in Karlsruhe.  
Dabei kam es zu 30 Todesopfern und 58 Verletzten. Bei dem in  
die Geschichte eingegangenen zweiten Angriff auf Karlsruhe am  
22. Juni 1916 gab es 169 Verletzte und 120 Tote, darunter 71 Kin-  
der, weil ein Zirkuszelt mit gerade stattfindender Nachmittagsvor-  
stellung getroffen wurde. Dass es sich um einen französischen  
Vergeltungsangriff auf einen zuvor von deutscher Seite am 1. Juni

ausgeführten Luftangriff auf das lothringische Bar-le-Duc handelte, bei dem 64 Menschen umgekommen waren, machte die Sache nicht besser. Bis zum Ende des Krieges wurden alleine auf die nahe zur Grenze Frankreichs liegende badische Stadt noch vierzehn Luftangriffe geflogen, mit insgesamt 168 Toten und 344 Verletzten.

Die Lebensbedingungen in Deutschland wurden im andauernden Kriegsverlauf immer kritischer. Es fehlten Grundnahrungsmittel wie Getreide und Kartoffeln, an anderen Stellen wurde aber von denen, die an der Quelle saßen, munter weiter mit Korn Schnaps gebrannt und Vieh mit Kartoffeln gemästet. Wer Lebensmittel hatte, hortete sie, zum Schaden derer, die auf die Versorgung angewiesen waren. Auch in der Industrie war alles auf Krieg eingestellt, allerdings fehlten die erfahrenen Facharbeiter, die inzwischen an der Front dienen mussten. Die Stunde der Frauen begann, die immer stärker in die Produktion integriert wurden. Hinzu kam allerorten die Sorge um die Söhne, Brüder, Ehemänner und Väter an der Front. Da zwischenzeitlich die USA zwar noch nicht direkt in den Krieg eingegriffen hatten, die Briten aber mit Mengen von Hilfsgütern versorgten, drängte die Heeresleitung auf eine baldige Entscheidung und begann im Februar 1916 die grausame, sinnlose und blutige Schlacht um Verdun. Als sie im Dezember 1916 endete, waren fast 380.000 Menschen tot, verwundet oder vermisst, ohne dass es zu wesentlichen Veränderungen in der Frontlinie gekommen wäre. Im November 1916 starb 86-jährig Kaiser Franz Joseph I in Wien, einer der wichtigsten Akteure. Und als Randnotiz, ebenfalls im November 1916, wurde der „Mönch“ Rasputin in St. Petersburg ermordet, eine der schillerndsten Gestalten am russischen Zarenhof.

\* \* \*

Wie in der gesamten Wirtschaft musste auch in der Energiewirtschaft der Gürtel immer enger geschnallt werden. Es fehlten auch hier die erfahrenen Fachkräfte, die Versorgung mit Material wie Buntmetallen brach ebenfalls zusammen. Aber nicht nur, dass Kupfer fehlte, nein, das Vorhandene musste teilweise an die Munitionsfabriken abgeliefert werden. Alleine die BEWAG wurde verpflichtet, aus allen nicht direkt notwendigen Maschinen, Generatoren und Trafos 644 Tonnen Kupfer auszubauen und an die Rüstungsindustrie zu liefern. Die verbliebenen Anlagen wurden nun radikal auf Verschleiß gefahren. Und so ging es allen EVU in Deutschland.

Noch ein weiteres drängendes Problem kam hinzu, der Kohlemangel. Der Krieg und die Rüstungsindustrie verschlangen immer mehr Kohle, das Personal in den Bergwerken wurde immer knapper und die Transportmittel wie Züge und Binnenschiffe wurden anderweitig eingesetzt. Die Folge: Kohle wurde knapp, deren Qualität immer schlechter und das Wenige wurde immer teurer. Die Kaufleute in den EVU raufte sich die Haare. Langlaufende Stromversorgungsverträge mit festgeschriebenen Vorkriegspreisen waren inzwischen ruinös, aber was konnte man tun, Vertrag blieb Vertrag. Vorreiter einer Lösung war einmal mehr die BEWAG. Erste Vertragsmodelle für Mittelspannungskunden enthielten jetzt Kohleklauseln, die den Strompreis an den Kohlepreis koppelten. Das wollte den Kunden nicht gefallen, zumindest denen nicht, die einen laufenden Vertrag hatten. Aber getreu dem Goethe'schen Erlkönig „*Und bist du nicht willig, so brauche ich Gewalt*“, reagierte die Stromwirtschaft. Sogar der VdEW beschäftigte einen Anwalt

zur Beratung der Mitglieder für die Fälle, wo sich Stromkunden einer Neufassung der Preise oder Verträge widersetzen. Manchmal kann sich ein gewonnener Prozess aber trotzdem zu einer Niederlage ausweiten. Zumindest langfristig, wie ein Blick in unsere Region zeigt.

Aufgrund der Kohlesituation passten auch die letztlich im Besitz der AEG befindlichen Neckarwerke eigenmächtig ihre Preise bei laufenden Verträgen an, sowohl für Endkunden als auch für Kommunen. Wohlgermerkt einseitig und ohne die Gemeinden auch nur zu hören. Da sich die Neckarwerke auch vorher schon im Umgang mit den Gemeinden z. T. sehr hoheitlich verhalten hatten, dort also recht unbeliebt waren, lief den selbst kriegsgeplagten Kommunalen nun die Galle über. Folge hiervon war, dass sich die unzufriedenen Kommunen zu einem losen Verbund zusammenschlossen, die Geburtsstunde des NEV. Und der würde den Neckarwerken noch richtig Arbeit machen.

Die Kohleversorgung der Kraftwerke wurde 1917 immer kritischer. Mitglieder des VdEW schlugen der Regierung vor, die notwendige Kohle bei den Kohlesyndikaten beschlagnahmen zu lassen. Dagegen wurde seitens der Kohlesyndikate scharfer Widerspruch eingelegt. Auch wegen der verworrenen gesamtpolitischen Lage blieb aber erst mal alles, wie es war. Nicht nur die Kraftwerke, auch die Gaswerke ächzten unter dem Mangel. Sie erhielten ebenfalls immer weniger Kohle, sollten aber immer mehr Gas erzeugen, da Petroleum für Beleuchtungszwecke nicht mehr verfügbar war. Mehr Verbrauch und weniger Erzeugung, das hatte Folgen, die Druckhaltung in den Gasnetzen litt erheblich. Zudem sollten wegen des nun ausgerufenen unsinnigen Hindenburg-Planes immer mehr Menschen und Material abgegeben wer-

den. Dieser Plan setzte der gesamten Industrie völlig illusorische Produktionsziele wie die Verdopplung der Munitionsproduktion und die Verdreifachung der Gewehr- und Geschützproduktion. Klar, das konnte nicht gehen, tat es auch nicht, vielleicht muss man sagen „zum Glück“.

Aber was taten die Gaswerke? Sie schufen eine Kohlenausgleichsstelle, die den Mangel verwaltete, und führten Sperrstunden beim Gas ein. Auch sollte die fehlende Steinkohle durch Braunkohle oder sogar Holz ersetzt werden, was in den Labors sogar funktionierte, aber großtechnisch eben nicht.

Die großen Umwälzungen machten auch vor dem VdEW nicht halt. Fehlendes Personal auch hier, dazu die sich ständig mehrenden Klagen der Mitglieder und weite Wege zur Reichsregierung, überall hakete es. Bis hierhin galt, dass der Verband eine recht lose Angelegenheit war, der jeweilige Vorsitzende (immer ein aktiver Unternehmensleiter) stellte sein Sekretariat für die administrativen Aufgaben des Verbandes zur Verfügung. Die Geschäftsstelle war also immer dort, wo der Vorsitzende seinen Sitz hatte. Eine kostengünstige Angelegenheit für die übrigen sparsamen Mitglieder, aber eher hinderlich in spannungsreichen Zeiten. Schon 1910 wurde auf der Hauptversammlung in Christiania, Dänemark (!), beschlossen, den VdEW in das Vereinsregister in Dresden eintragen zu lassen und eine „im Fach erfahrene Kraft zur Bearbeitung der technischen Fragen und zur Unterstützung des Vorsitzenden“ anzustellen. Die Anstellung erfolgte, der Eintrag aber nicht, weil das Dresdner Amtsgericht noch einige Satzungsänderungen wollte. Mittlerweile war es 1915 geworden und der Blick auf das Wesentliche hatte sich geändert. Also beschloss man, gleich eine grundlegende Neuordnung des Verbandes zu ent-



wickeln. Als einer der ersten Schritte wurde der Sitz von Dresden (wo der aktuelle Vorsitzende seinen Direktorensitz hatte) nach Berlin in eine neutrale Geschäftsstelle verlegt. Die eigentliche Eintragung erfolgte aber erst am 20.4.1918, nun als „Vereinigung der Elektrizitätswerke e. V.“.

Aber auch aus der Energiewirtschaft unseres Landes gab es 1917 Wichtiges zu vermelden, die Gründung des „Verbands der Elektrizitätswerke Württemberg und Hohenzollern“.

Der Gedanke, auch in Württemberg einen Landesverband zu gründen, war ja nicht neu. Einerseits gab es den schon 1906 gegründeten „Verband der Elektrizitätswerke am Mittelrhein“, zu dem auch badische und württembergische EVU gehörten, zum zweiten erwies sich der 1909 gegründete Bezirksverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW) als sehr erfolgreich. Also eigentlich ein idealer Interessenvertreter. Dieser war aber, wie schon geschildert, auch operativ tätig, er schied damit als überbetriebliche politische Interessenvertretung aus. Die Kriegsereignisse und in deren Folge die schwierige Versorgungslage mit Kohle und Betriebsstoffen ließen bei den Werken nun den drängenden Wunsch aufkommen, auch in Württemberg einen Bezirksverband des VdEW zu gründen. Nicht der allgemeine Erfahrungsaustausch, der bei der Gründung des VdEW noch im Vordergrund stand, war dabei die treibende Intention, sondern die Zusammenarbeit der EVU untereinander, die zu einer Verbesserung der Versorgungslage durch Austausch von Betriebsmitteln führen sollte. Ferner wünschte man sich, auch mit fachlicher Begleitung des VdEW, ein akzeptierter und einflussreicher Gesprächspartner bei der württembergischen Regierung zu werden, was sicher ebenfalls mit Blick auf die Versorgungslage wichtig war. Ein weiterer

Umstand mag mitgewirkt haben. Führende Personen der Energiewirtschaft forderten ab 1916 eine stärkere Zusammenarbeit der Elektrizitätswirtschaft in verschiedenen Ausprägungen, bis hin zu einer Verstaatlichung der Unternehmen. Wichtige Beiträge in dieser Diskussion lieferte 1916 der AEG Direktor Klingenberg mit seinem Vortrag vor dem VDE „Elektrische Großwirtschaft unter staatlicher Mitwirkung“, der vom Vertreter der AEG in Stuttgart, Oberingenieur Büggeln, auf württembergische Verhältnisse übertragen wurde. Zu dieser Zeit war, wie bekannt, die AEG verflochten mit der Gesellschaft für Elektrische Anlagen (Gesfürel), die auch im Land aktiv war. Dass man mit diesen Ideen auf der Höhe der Zeit war, zeigten die ersten Bestrebungen zur Sozialisierung der Energiewirtschaft, die nachfolgend noch detailliert betrachtet wird. Die Zeit war also reif, sich nicht nur im fernen Berlin durch einen Verband vertreten zu lassen, sondern auch im eigenen Land entsprechende Strukturen zu schaffen. Direktor Pilz von den Neckarwerken lud zur Gründungsversammlung des neuen Verbandes nach Esslingen ein und wurde dort auch gleich der erste Verbandsvorsitzende. Mit zu den Unterzeichnern der Gründungsurkunde gehörten die OEW, die KAWAG, das Städt. E-Werk Stuttgart sowie die Elektrizitätswerke Teinach, Neubulach und Sulz. Kurze Zeit später traten weitere EVU bei oder arbeiteten zumindest engagiert mit, die UJAG, die ZEAG, Städt. Werke Ulm und Reutlingen, das Alb EW, das Tuttlinger Überlandwerk und weitere kleinere Betriebe. Wie wichtig diese Zusammenarbeit war, sollte sich schon bald zeigen.

Auch beim Wasser gab es Interessantes zu vermelden. Noch unter König Wilhelm II wurde schon 1912 die Landeswasserversorgung gegründet, ein Unternehmen des Landes Württemberg. Trotz

der kriegsbedingt kritischen Umstände konnten 1917 das Wasserkwerk Niederstotzingen sowie die Leitung von Niederstotzingen bis zum Endbehälter Rotenberg bei Stuttgart in Betrieb genommen werden. Damit war für die Landeshauptstadt in diesen schlimmen Zeiten wenigstens die wichtige Wasserversorgung erst mal gesichert.

\* \* \*

Die Menschen in allen Ländern, die vom Weltkrieg direkt oder indirekt betroffen waren, hatten aber noch genug Sorgen. Besonders trostlos war die Versorgung in Russland. Zu den äußeren Problemen kam dort hinzu, dass die Bevölkerung in den Augen der Herrschenden besonders wenig galt. Folgerichtig kam es 1917 erst zu Unruhen und dann zu Streiks. Im März dankten der Zar und seine Familie ab und kippten damit die ganze Misere dem Parlament vor die Füße. Die Parlamentarier, im Herzen eigentlich monarchistisch gesinnt, waren aber völlig überfordert und auch ohne Rückhalt in der Bevölkerung. Und da hatten die oberste Heeresleitung und der Generalstab in Berlin eine besonders perfide Idee.

Ausgehend von dem Ziel, mit Russland einen Separatfrieden zu schließen und so Truppen für die Westfront freizubekommen, wollte man dafür sorgen, dass man sich in Russland mit sich selbst beschäftigte und keine Zeit mehr für Krieg hätte. Also karrte man den allseits bekannten Bolschewisten Lenin mit seinen Getreuen in einem versiegelten Sonderzug von der Schweiz durch Deutschland nach Russland in der Hoffnung, dass der dort so viel Unruhe erzeuge, dass wenigstens an der Ostfront Ruhe einkehrte. Und richtig, das Unglaubliche funktionierte. Im Dezember 1917 begannen Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und Russland,

denen im März 1918 der Frieden von Brest-Litowsk folgt. Welchem Terror-Regime man so aber den Weg geebnet hatte, wurde erst hinterher klar.

Aber auch in Deutschland kam es wegen der desolaten Verhältnisse zu Unruhen. Im April 1917 gab es erstmals Massenstreiks, allerdings versagten die Gewerkschaften den Streikenden ihre Unterstützung. Als dann auch noch mit der Anwendung des Kriegsrechtes gedroht wurde, brach der Streik (vorerst) mal zusammen. Aber es gärte weiter. Die Matrosen der deutschen Marine, das besondere Hobby von Kaiser Wilhelm II, begannen zu meutern. Aber nicht, weil der Krieg so schrecklich wäre, nein, sie hatten schlicht nichts zu tun. Die wertvolle Flotte sollte geschont werden, deshalb lag sie in den Häfen fest und es herrschte Langleweiligkeit. Erst mal bekam man die Meuterei von 400 Mann mit dem Kriegsrecht und drei Todesurteilen in den Griff, aber der Geist war aus der Flasche.

Eine Notiz am Rande, am 15. Oktober 1917 erschoss ein französisches Exekutionskommando die Tänzerin Mata Hari. Ob sie wirklich für die Deutschen spioniert hatte und wenn ja, welche Bedeutung ihre Tätigkeit hatte, konnte nie ganz geklärt werden. Und noch eine Notiz. In Berlin wird auf Betreiben der obersten Heeresleitung die „Universal Film AG“ kurz Ufa gegründet. Man wollte das Medium Film zur politischen und militärischen Beeinflussung des Volkes einsetzen, eine Idee, die einige Jahre später zur traurigen Perfektion weiterentwickelt werden würde.

Das Jahr 1918 begann, wie das Jahr 1917 endete, schrecklich. Im Westen hatte man mal wieder eine Offensive ausgerufen, aber Mensch und Material waren mürbe, man hatte einfach genug. Der Hurra-Patriotismus von 1914 war schon lange verfliegen und

untergegangen in Hunger, Dreck und Blut von vier Jahren Krieg. Die Truppenmoral war am Boden, der Nachschub fehlte und die Soldaten fühlten sich nur noch als Kanonenfutter. Die im Jahr 1917 aktiv in den Krieg eingetretenen USA führten immer mehr frische Soldaten an die Front und unvorstellbare Mengen an Material. Die oberste Heeresleitung tobte in ihren sicheren Hauptquartieren ob der mangelnden Kriegsbegeisterung an der Front, fühlte sich und ihre weitsichtigen Befehle gründlich missverstanden und gab die Schuld an der Misere der Truppe vor Ort.

Wieder eine Randnotiz, fast vergessen, starb am 28.4.1918 im Gefängnis-Krankenhaus Theresienstadt (Nordböhmen) der Serbe Gavrilo Princip an Tuberkulose, eigentlich ein unbedeutender Wirrkopf, hätte er nicht mit seinen Schüssen von Sarajevo den immer noch tobenden Ersten Weltkrieg ausgelöst.

In Deutschland hatte in diesen Jahren die oberste Heeresleitung schleichend die Macht im Reich übernommen. Der Reichskanzler trat dort zum Rapport bei den Generälen an und nicht umgekehrt und er musste sogar den Außenminister ablösen, weil der despektierliche Äußerungen zum Thema Frühjahressoffensive und Verhandlungsbereitschaft der Alliierten gemacht hatte. Selbst Kaiser Wilhelm empfängt nicht mehr die Generäle, er musste sich von diesen empfangen lassen. Auch das belegt den Realitätsverlust des Militärs. Während sie selbst in sicheren und gut versorgten Stellungen vom Endsieg schwadronierten, brach die Front an immer mehr Stellen wie ein Kartenhaus zusammen: Im Sommer 1918 brach in der Champagne auf einer Breite von 45 Kilometern die Front zusammen, und die Alliierten überrannten an der Somme im dichten Nebel so schnell die deutschen Stellungen, dass den Soldaten nicht mal die Zeit zum Rückzug blieb. Die Men-

schen zu Hause hungerten derweil weiter und beklagten ihre Toten. Aber langsam dämmerte es selbst den verbohrtten Militärs, dass das mit dem Endsieg wohl doch nicht klappte. Aber schuld wollten sie nicht sein. Also beauftragte (!) man im August die Politik, erste Friedensschritte vorzubereiten. Sie dürften aber erst dann die Initiative ergreifen, wenn das Militär endgültig grünes Licht gab. Im Oktober war es dann so weit. Nachdem Max von Baden mit Zustimmung des Reichstags und von Gnaden der Militärs Reichskanzler wurde, gab es Bewegung. Erstmals erhielten die Abgeordneten einen ungeschönten Bericht über die militärische Lage, sie waren nach all den militärischen Fake News der letzten Jahre schockiert. Auf Nachfrage und mit einigem Zögern empfahl General Hindenburg: „... *den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volk (...) nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden Soldaten das Leben.*“ Auf diese Idee hätte der geniale Heerführer, Kriegsheld und spätere Reichskanzler mit etwas logischem Nachdenken schon etliche Jahre und Millionen Tote früher kommen können.

Nachdem die Generalität also den Karren in den Dreck gefahren hatte, sollte es die Politik nun richten. Der schöne Nebeneffekt, man brauchte selbst gegenüber den Alliierten keine unpopulären Zugeständnisse machen und konnte zudem später eifrig an der Dolchstoßlegende und dem „Im Felde unbesiegt“-Mythos basteln. Der eigentliche Umbruch stand aber erst noch bevor. Zuerst meuterten in Kiel die Soldaten. Anders als im Jahr zuvor, aber nicht, weil sie nichts zu tun hätten, nein, nun wehrten sie sich gegen einige befohlene Himmelfahrtskommandos des Marinekommandos, das die Flotte im ehrenhaften Gefecht in der Nordsee untergehen sehen wollte. Die von den Matrosen in Gang gesetzte

Welle schwappte weiter in die Arbeiterschaft. Nicht zu vergessen, parallel tobte ja der Bürgerkrieg in Russland, von wo einige Gedanken auch in Deutschland auf fruchtbaren Boden fielen. Zur gleichen Zeit zerbrachen auch das Habsburger Reich und deren Monarchie in Wien. Zu guter Letzt, nun wörtlich zu nehmen, wurde der Waffenstillstand unterzeichnet und der Kaiser dankte ab (mehr dazu im nächsten Kapitel). Der Erste Weltkrieg war am 11.11.1918 (!) zu Ende. Dass die blutigste Zeit der Narren erst noch bevorstand, konnte zum Glück niemand ahnen.

\* \* \*

Und was tat sich in diesen letzten beiden Kriegsjahren in der Energiewirtschaft? Die Strom- und Gaswirtschaft ächzte weiter unter dem Kohlemangel und der Teuerung für Kohle. Daneben musste immer mehr Buntmetall abgegeben werden, die minderwertigen Ersatzstoffe belasteten zudem die Betriebssicherheit. Die Stimmung der Bevölkerung und damit auch die der verbliebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war auf dem Tiefpunkt. Hunger, Entbehrung und Sorge um die Angehörigen taten ein Übriges. Dass die Versorgung doch noch einigermaßen stabil war, ist aus heutiger Sicht fast ein Wunder. Und doch, außerhalb des Tagesgeschäftes tat sich erstaunlich viel. An einigen Stellen wurden jetzt 110-kV-Fernleitungen errichtet, um die Erzeugungsschwerpunkte zu verbinden. Beispiel Berlin: Nachdem eine große Explosion das Salpetersäurewerk Zschornowitz im Mai 1917 zerstört hatte, wollte man die frei werdenden Kraftwerkskapazitäten zur Versorgung von Berlin nutzbar machen. Sofort wurde mit dem Bau einer 132 km langen Leitung auf einer schon vorbereiteten Trasse

zwischen dem Bitterfelder Revier, dem Standort des Kraftwerks und Berlin begonnen und konnte auch in wenigen Monaten abgeschlossen werden. Damit ließ sich die Stromknappheit in Berlin etwas mildern.

Auch in unserem Land war man tätig. Im November 1918 ging die erste Teilstufe des Murgwerkes mit 22 MW in Betrieb, das erste Kraftwerk des badischen Staates, es belieferte bald danach über eine 110-kV-Leitung die Städte Karlsruhe und Mannheim. Wohlgermerkt, das eigentliche Pumpspeicherwerk mit seinem Stausee folgte erst einige Jahre später.

Das Thema der Vernetzung auf der Hochspannungsebene war auch in Württemberg mit staatlichem Druck selbst in diesen letzten Kriegstagen virulent. Das aber hatte eine Vorgeschichte, die auch mit dem Krieg zusammenhing. Seit 1914 war der Ausbau des Netzes, d.h. die Anschlussmöglichkeit kleinerer Gemeinden im sehr ländlichen Raum, praktisch zum Erliegen gekommen. Es fehlte an allem, an Material, Arbeitern, aber auch an Kohlen für die Kraftwerke. Und genau hier, bei den Kraftwerken, setzte eine Idee an. Der Stuttgarter Ingenieur Büggeln, selbst Mitinhaber eines kleinen E-Werks, machte den Verantwortlichen eine einfache Rechnung auf. Im Jahr 1914, so seine Ausführungen, gab es in Württemberg eine Erzeugungsleistung von rund 100.000 kW bei einer Erzeugung von 160 Mio. kWh. Das ergab eine Zahl der Vollbenutzungsstunden von 1.600 h/a. Grund für diesen schlechten Wert seien, so seine richtige Analyse, die vielen kleinen Versorgungsinseln, immerhin 250 selbstständige württembergische Elektrizitätswerke, von denen jedes seine eigenen Lastspitzen abfahren musste. Selbst dann, wenn der Nachbar gerade keine Lastspitze hatte. Und das kostete Unmengen von Kohlen, die man ja

gerade nicht hatte. Mit einer leistungsfähigen Vernetzung könnte das Problem gelöst werden. Auch die Wasserkraft der OEW könnte viel Kohle sparen, wenn deren überschüssiger Strom nach Stuttgart, Heilbronn oder Esslingen geleitet würde. Diese Rechnung bei den damals herrschenden Versorgungsproblemen zeigte Wirkung. Eine solche Vernetzung der Erzeugungs- und Abnahmeschwerpunkte im Königreich, auch unter Einbeziehung von Wasserkraft, z. B. der Iller, war kriegswichtig, also förderungswürdig. Gedacht war an eine Verbindung der großen Kohlekraftwerke in Heilbronn, Stuttgart und Altbach mit regionalen Wasserkraftwerken und auch mit Grenzübergabestellen nach Bayern und Baden, wo man ja schon eifrig an einem vergleichbaren System arbeitete. Diese Landessammelschiene mit einer Spannung von 110 kV sollte der Einstieg in eine staatliche „Landeskraftversorgung“ sein. Ein weiterer schöner Nebeneffekt: Da man in Württemberg den Gedanken eines staatlichen Werkes, anders als in Baden oder Bayern, scheute wie der Teufel das Weihwasser, andererseits aber auch keine großen Privatmonopole wollte wie im Ruhrgebiet, hatte diese Idee den Charme, dass vertrieblich die jeweiligen kleinen und mittleren EVU weiterhin die Platzhirsche bleiben konnten, jeder also Herr in seinem Haus blieb, nur die Kraftwerke wurden zusammengeschaltet. Bedingt durch die letzten Kriegsmonate und den Zusammenbruch der bisherigen staatlichen Systeme, bestand aber in der württembergischen Landespolitik eine „Willenslähmung des Staatsapparates“, woran auch die gleichgerichtete Diskussion auf Reichsebene nichts änderte. Lediglich der Idee der Landessammelschiene konnte man sich nicht gänzlich verschließen. Die 1918/1919 gegründete Württembergische Landeselektrizitätsgesellschaft (WLG) kam deshalb ohne staatliche würt-

tembergische Beteiligung als Gründung der Stadt Stuttgart, der Neckarwerke und des „Verbandes Württembergischer Industrieller“ zustande; bemerkenswerterweise beteiligte sich aber das Reich mit hohen Beträgen, zuletzt hielt man dort 95 Prozent. Hintergrund dafür war einerseits die aktuelle Sozialisierungsdiskussion der Energiewirtschaft im Reich und zum anderen, dass die WLG ein wichtiger Teil des deutschlandweiten Verbundsystems zwischen dem Saarland über Baden, Württemberg und Bayern bis nach Österreich werden sollte. Wie geplant wurde die WLG aber kein Vollversorger mit Erzeugung, Netz und Vertrieb, sondern ein reiner Hochspannungsnetzbetreiber. Als erste Leitung baute man die Verbindung Stuttgart–Niederstotzingen, Sitz des zentralen Pumpwerks der Landeswasserversorgung, die am 21.8.1921 als erste Hochspannungsleitung der WLG in Betrieb genommen wurde.

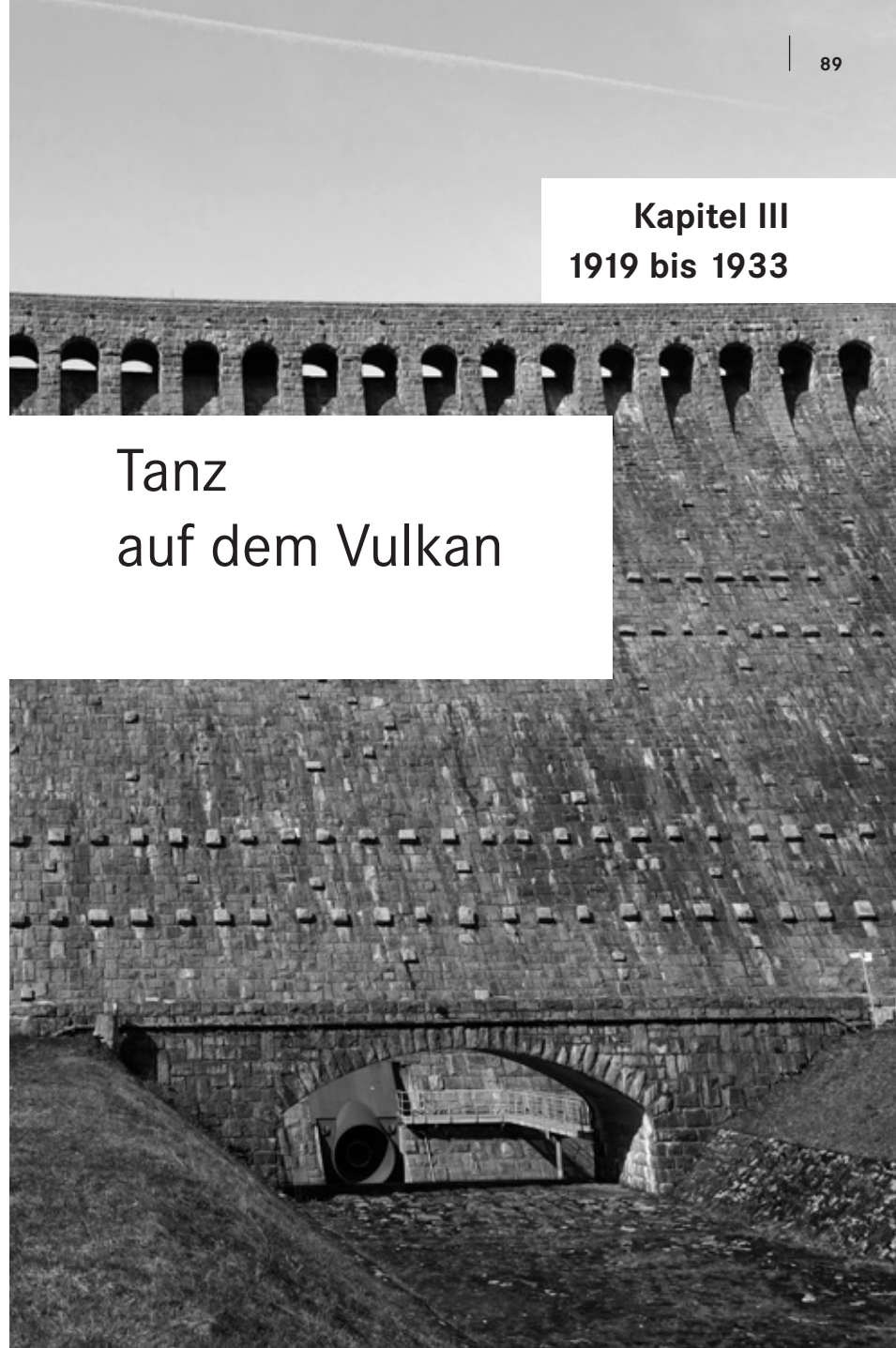
Wieder eine Notiz am Rande: Der Verein Deutscher Ingenieure gründet am 12.12.1917 den Normenausschuss der deutschen Industrie (NADI, später DIN). Gerade mal zehn Wochen nach der Gründung und in der Endphase des Krieges wurde die erste Norm, die DIN 1 veröffentlicht. Sie legte Maße von Kegelfstiften, konischen Verbindungen zur lösbaren Verbindung im Maschinenbau fest. Man musste schließlich auch in bewegten Zeiten Prioritäten setzen, Untergang hin oder her. Die letzte Ausgabe der DIN 1 wurde 1981 herausgegeben und im Oktober 1992 durch eine Europäische Norm DIN EN 22339 abgelöst.

Mit dem Ende des Jahres 1918 war nicht nur der Erste Weltkrieg beendet, sondern auch die vielhundertjährige Herrschaftsstruktur der Monarchie überhaupt. Dass aber nun alles gut würde, konnte man wahrlich nicht sagen. Es würde noch über 30 Jahre

dauern, bis sich stabile neue Strukturen herausbilden konnten. Aber das ahnten die Menschen damals zum Glück noch nicht, sie hatten andere Sorgen.

## Kapitel III 1919 bis 1933

# Tanz auf dem Vulkan





Der Krieg war aus. Endlich Frieden. Aber was für eine Zeit. Die gute alte Zeit vor 1914 war untergegangen, überall herrschte Hunger, Chaos, Anarchie, Revolution. Die Linken und Rechten bekämpften sich bis aufs Blut, dazwischen die zurückflutenden Soldaten, traumatisiert von den Materialschlachten und dem „industriellen Töten an der Front“, verletzt, verkrüppelt an Leib und Seele, ohne Möglichkeit auf Arbeit und Leben. Man darf heute nicht vergessen, nicht nur der Krieg war verloren, sondern das gesamte Staatsgebäude, die staatlichen Strukturen waren zerstört, zerfallen. Keine Monarchie mehr, alle 22 souveränen Fürsten in Deutschland waren abgesetzt oder hatten freiwillig abgedankt. Und das nicht immer so problemlos, wie der legendäre Satz von Sachsens Monarchen Friedrich August, den er angeblich den konsternierten Herren Revolutionäre entgegenraunzte: „*Dann macht doch eiern Drägg alleene*“, bevor er sich in den königlichen Ruhestand verabschiedete. Ob die Geschichte stimmt ist unklar, sie zeigt aber doch, dass regional die Monarchen sehr unterschiedlich mit der Situation umgingen. Auch in Stuttgart geschah eigentlich nichts. Gut, König Wilhelm II war als „liberaler Großbürger“ im Volk sehr beliebt, also wollte ihm auch niemand etwas antun. Als am 9.11.1918 die Schlosswachen entwapnet wurden und die Revolutionäre ins Stuttgarter Schloss fluteten, erwartete der König das Schlimmste. Doch nichts geschah. Die Eindringlinge wollten nur eines, nämlich aufs Dach, um dort die rote Fahne zu hissen. Danach zogen sie wieder ab, einfach so. Stuttgart feierte in seinen Straßen die Revolution und der König saß alleine im Schloss, abgemeldet, ignoriert, vergessen. Mit einer Mischung aus Empörung über diese Nichtachtung und Erleichterung, dass alles so glimpflich abging, bestieg er dann nach einigem vergeblichen Abwarten

auf die Herren Revolutionäre sein Fahrzeug und reiste nach Bebenhausen zu seiner Frau. So einfach kann eine geschichtliche Umwälzung ablaufen. Anders im Reich. Kaiser Wilhelm II klammerte sich mit Zähnen und Klauen an die Macht. Am 29.10.1918 hatte er sich schon mal vorsichtshalber ins belgische Spa abgesetzt, meinte aber immer noch, alles in der Hand zu haben. Als man ihn telefonisch drängte, doch bitte endlich offiziell abzudanken, zeigte sich einmal mehr der Grad seiner Verblendung. Er denke nicht daran, abzudanken wegen „*der paar Hundert Juden oder 1.000 Arbeiter*“, ließ er vermelden und drohte, von Spa aus mit seinen Truppen nach Berlin zu marschieren und alles zusammenzuschießen. Der letzte Reichskanzler von Kaisers und des Militärs Gnaden, Prinz Max von Baden, war völlig entnervt ob dieses Altersstarrsinns. Nach einer vorsichtigen Meldung der obersten Heeresleitung aus Spa, man könnte sich eventuell, rein theoretisch, aber nur mal so angedacht, eine Abdankung als Kaiser unter gewissen Umständen vorstellen, vermeldete Max seinerseits, obwohl sonst eigentlich kein Mann der zupackenden Entschlüsse, heute würde man sagen als Fake News, über die Presse, der Kaiser habe abgedankt. Der jetzt Alt-Kaiser tobte, „*der Schuft Max*“ habe sein Reich den Bolschewisten überlassen und überhaupt, „*das deutsche Volk ist eine Schweinebande*“.

Und noch eine Anekdote, auch nicht wirklich belegt. Während die gefakte Nachricht vom Rücktritt des Kaisers um 12 Uhr über die Ticker ratterte, saß Philipp Scheidemann im Restaurant des Reichstages und löffelte Kartoffelsuppe zu Mittag. Nur ungern ließ er sich von einigen Mitstreitern stören, aber die Sache dränge. Karl Liebknecht von der USPD, den ganz Dunkelroten, wolle die sozialistische Republik Deutschland ausrufen, meldete man ihm.

Da musste sogar die Kartoffelsuppe warten. Scheidemann trat um 14 Uhr ans Fenster des Reichstages und verkündete den dort versammelten Menschen die deutsche Republik. Anschließend widmete er sich angeblich wieder seiner Suppe. Die Linke schäumte, ebenso der jetzt ehemalige Kaiser, aber es half beiden nichts. Um 16 Uhr verkündete zwar Liebknecht seinerseits die sozialistische Republik, aber er war halt zwei Stunden zu spät. Und wer zu spät kommt, den bestraft das Leben, wird man etwa 70 Jahre später beim Untergang eines anderen Systems an fast gleicher Stelle ebenfalls zu einem real existierenden Kommunisten sagen. Ach, fast vergessen, um 15 Uhr traf ein Telegramm des frisch gebackenen Ex-Kaisers ein, er sei jetzt bereit, als Kaiser abzutreten, aber nicht als König von Preußen. Die Reichskanzlei antwortete prompt: Gemäß der aktuellen Nachrichtenlage sei der Kaiser bereits um 12 Uhr abgedankt, man könne mit dem Telegramm Wilhelms „nichts mehr anfangen“. So ging endlich auch in Berlin unter, was schon längst hätte untergegangen sein sollen.

Aber die Krise war noch lange nicht ausgestanden. Im Januar 1919 gründeten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die Kommunistische Partei Deutschlands. Beide wurden wenig später gefangen genommen und auf dem Weg ins Gefängnis von Offizieren der Begleitmannschaft erschossen. Aber ihre Ideen lebten weiter.

Es gibt aber auch Positives zu vermelden. Die erste Reichstagswahl nach dem Krieg fand statt. Und das Besondere? Erstmals durften Frauen völlig gleichberechtigt wählen. Ein wichtiger Fortschritt, die Ergebnisse waren es leider nicht. Nur in einem Punkt war sich das Volk einig, die Kommunisten hatten nirgendwo eine Chance und blieben, außer in Sachsen, im einstelligen Prozent-



bereich. Die SPD lag sowohl im Reich wie auch in Baden und Württemberg jeweils deutlich über 30 Prozent. Auf seiner konstituierenden Sitzung in Weimar (dorthin war der Reichstag wegen der Unruhen in Berlin umgezogen) wurde dann auch Friedrich Ebert (SPD) zum Reichskanzler gewählt. Doch politische und gesellschaftliche Normalität sieht anders aus. Der Umbruch war zu radikal, der Zerfall der staatlichen Ordnung zu grundlegend, um zur Tagesordnung überzugehen. Die politischen Ränder bekriegten sich unversöhnlich weiter. Seit 25. Februar 1919 herrschte Generalstreik, die Nerven lagen blank. Gedeckt von einem Befehl des Reichswehrministers eröffneten schießwütige Generäle das Feuer auf die Demonstranten. Am 12. März, als der Aufstand zusammenbrach, waren 1.200 Tote zu beklagen.

Auch die Wirtschaft regte sich wieder. Ein Beispiel: Die Glühlampenfabriken der AEG, von Siemens & Halske und der Auergesellschaft wurden in der neu gegründeten Osram GmbH KG zusammengeführt. Dem vorangegangen waren die internationalen Entwicklungen an der Wolfram-Fadenlampe und deren Durchbruch auf dem Markt nach dem Ersten Weltkrieg. Die Deutsche Gasglühlicht Gesellschaft hatte ihre elektrischen Lampen nach dem Übergang des Drahtmaterials von Osmium zu Wolfram als „Osram-Lampen“ bezeichnet. Der Markenname Osram setzte sich aus Osmium und Wolfram zusammen.

\* \* \*

Und was machte die Energiewirtschaft? Im Gegensatz zum Zweiten Weltkrieg fand der Erste Weltkrieg fast ausschließlich außerhalb Deutschlands statt. Damit war die technische Infrastruktur

der Energiewirtschaft im Kern durch die Kriegseignisse nur gering betroffen, allenfalls durch fehlendes Fachpersonal, Ersatzteile und Betriebsmittel, allerdings punktuell sehr stark abgewirtschaftet. Auch die Finanzsituation der Energiewirtschaft war kritisch. Immer noch gab es reichlich langlaufende Lieferverträge mit Gewerbe und Industrie, eigentlich eine gute Sache, wenn, ja wenn die galoppierende Kohleverteuerung nicht gewesen wäre. Das wirkte sich verheerend aus, denn Kohleklauseln gab es noch nicht überall und Kraftwerkskohle wurde immer rarer und teurer. Die Reichsregierung erließ deshalb eine vom VdEW angestrebte „Verordnung über die schiedsgerichtliche Erhöhung von Preisen bei Lieferung von elektrischer Arbeit, Gas und Leitungswasser“. Auf der Gasseite sorgte die Verabschiedung des „Gesetz über die Regelung der Kohlewirtschaft“ für höchste Aktivitäten. Auch die Gründung des Reichskokssyndikates, in dem sich alle Gaswerke und Kokserzeuger zusammenschließen mussten, führte zu Unmut der Unternehmen und Verbände, obwohl diese das Vorgängersyndikat als „Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Gaswerke“ 1904 selbst gegründet hatten. Trotz allem, die Kohleverversorgung der Gaswerke wurde immer kritischer. Das erzeugte Gas musste mit Wassergas (einem Gemisch aus Wasserstoff und Kohlenmonoxid) gestreckt werden, vereinzelt kamen auch Braunkohle und Holz als Rohstoff zum Einsatz. Das konnte nicht gut für die Gasqualität sein. Auf der Jahresversammlung des DVGW 1921 in Krummhübel (Niederschlesien) wurde deshalb eine Richtlinie für die Gasbeschaffenheit aufgestellt.

Die Kohleverteuerung hatte allerdings mehrere Ursachen. Der Friedensvertrag legte dem Reich hohe Reparationen auf, vornehmlich Transporttechnik (Lokomotiven, Güterwagen usw.) und

Lieferungen von Kohle an die Siegermächte. Hinzu kamen der Wegfall der saarländischen und oberschlesischen Kohlegruben sowie die insgesamt unruhige politische Situation. Das alles zusammen führte dann zu den schon geschilderten drastischen Engpässen bei der Belieferung von Kraftwerken und Gaswerken. Der eingesetzte Reichskommissar verkündete am 9.11.1919, dass es zu Einschränkungen beim Stromverbrauch für alle Privatkunden mit einem Verbrauch von mehr als 250 kWh/a (!) kommen müsse. Auch das Gewerbe war von den Sparmaßnahmen betroffen. In deren Folge nahmen viele Industriebetriebe, die etwas besser mit Kohle versorgt wurden, ihre veralteten Dampfmaschinen mit deutlich schlechteren Wirkungsgraden wieder in Betrieb, um der Vorgabe zum Stromsparen zu entgehen. Bezogen auf den gesamtwirtschaftlichen Output in kWh(el) pro Tonne Kohle war das zwar schädlich, wirtschaftlich aber nachvollziehbar.

Und noch etwas anderes bereitete der Energiewirtschaft Kopfschmerzen. In den Kriegsjahren hatte der Staat immer stärker in das Wirtschaftsleben eingegriffen, um die Versorgung mit kriegswichtigen Gütern sicherzustellen. Man sprach von einer „Militarisierung des Wirtschaftslebens“, also von einem dritten Weg zwischen klassischem Kapitalismus und Sozialismus. Den etwas weitsichtigeren Denkern war auch schon sehr früh klar, egal wie der Krieg ausging, für die spätere Umstellung auf eine Friedenswirtschaft würde der Staat diesen radikalen Durchgriff auf die Wirtschaft behalten wollen. Und dabei ganz vorn den Durchgriff auf die Energiewirtschaft. Es waren auch nicht nur die Vordenker der Linken, die diesen Weg propagierten. Nein, gerade auch die führenden Köpfe der Energiewirtschaft, allen voran Walter Rathenau, Aufsichtsratsvorsitzender der AEG, die ihrer-

seits an vielen Elektrizitätswerken beteiligt war, propagierten diesen Weg. Ob die dahinter stehenden politischen Ideen der Ministerialen mit den seinen übereinstimmten? Man weiß es nicht. Partiiell aber mit Sicherheit, wenn die AEG für die großräumige Energiewirtschaft mit einem modernen Verbundnetz und wenigen großen Spielern am Markt plädierte, also eine „elektrische Großwirtschaft unter staatlicher Mitwirkung“. Die politischen Denker hatten da eher eine Vorstellungswelt von „Wirtschaftsdienst als Staatsdienst und Volksdienst“ vor Augen mit „staatsmonopolistischer Bewirtschaftung“. Schon im Sommer 1917 entstand die Institution des Reichskommissars für Elektrizität, Gas und Wasser mit umfassenden Rechten zu Auskunftspflichten der EVU und Weisungsbefugnissen der Aufsichtsbehörden, alles auf Basis eines Ermächtigungsgesetzes von 1914, das sich eigentlich nur auf die Kriegswirtschaft bezog. Wir sehen, manche Ideen und besonders die Begrifflichkeiten wie „Ermächtigungsgesetz“ haben zum Teil eine lange und unschöne Tradition, auch in der Energiewirtschaft. Und die Parallelen gingen noch weiter. Zur Finanzierung der ungeheuren Kriegskosten sollte bitte schön auch der Energieverbraucher beitragen. Man plante mal wieder eine Besteuerung des Stromverbrauches, also eine Stromsteuer in Höhe von 5 Rpf./kWh, damals ein sehr hoher Betrag, heute umgerechnet ca. 2,55 ct/kWh, ebenfalls eine bekannte Größe. Nicht nur die berühmte Sektsteuer zur Finanzierung der kaiserlichen Kriegsmarine hatte also ein langes Leben, auch andere Ideen des Staatsapparates überdauern in den Amtsstuben viele Zeitenwenden.

Den EVU und dem VdEW passte die ganze Richtung nicht. Man wettete schon 1916 gegen den „Schrittmacher für den Staatssozialismus“, der „die Umwandlung von Produktionsmitteln in

Staatseigentum“ im Sinne von Marx und Engels sah. Dabei gab es bereits erste Ansätze einer staatlichen Energiewirtschaft. Weil die AEG den Bau eines Großkraftwerks wirtschaftlich fast an die Wand gefahren hatte, übernahm das Reich die Elektrowerk AG (EWAG), zunächst mal um die kriegswichtige Stromerzeugung sicherzustellen, aber sicher auch, um eine Keimzelle für seine staatswirtschaftlichen Vorstellungen zu besitzen. Die schon angesprochene Staatsbeteiligung in Höhe von 95 Prozent an der 1918/1919 gegründeten Württembergischen Landeselektrizitätsgesellschaft (WLG) wies in die gleiche Richtung.

Die Diskussionen über diese frühe Form der „volkseigenen Betriebe“ wogten aber nicht nur zwischen den EVU und der Reichsregierung, auch die Länder mischten mit. Denen gefiel zwar die Idee der umfassenden Regulierung, dass es aber einen großen Staatsmonopolbetrieb mit Sitz in Berlin geben sollte, passte ihnen nicht ins Konzept.

Mit dem Ende des Krieges und den damit einhergehenden politischen Umwälzungen durch Arbeiter- und Soldatenräte kam es dann zu weiteren Verwerfungen. Schon am 12.11.1918 forderte der „Rat der Volksbeauftragten“ die sofortige Sozialisierung der Industriezweige, die „nach ihrer Entwicklung zur Sozialisierung reif seien“. Nun wirkte sich aber einmal segensreich die über Jahrhunderte entwickelte und auch heute noch gepflegte Haltung deutscher Verwaltungen aus, denen es egal ist, wer unter ihnen die Herrschenden waren und was die wollten. So mutierten die neuen sozialistischen Ziele der Parteien recht schnell zu reinen rhetorischen Bekundungen, denen in der Realität ein wesentlich praktischeres Handeln gegenübertrat. In diesem Umfeld entstand dann auch die Idee der „Gemeinwirtschaft“, wo sich privates

Unternehmertum zwar in einem staatlich vorgegebenen Handlungsrahmen bewegen musste, dort aber große Freiheit genoss. Urheber dieses Konzeptes war ein AEG-Ingenieur und enger Mitarbeiter Rathenaus. Wer nun aber schon den weißen Rauch der Entwarnung aufsteigen sah, lag völlig falsch. Auch das neue Gedankengut hatte es in sich. Man wollte regionale „Elektrizitäts-Handelsgesellschaften“ gründen, die Produzenten, Verteiler und Energieabnehmer zusammenfassten und auch für die Energielieferbedingungen und Tarife zuständig waren. Ein anderes Modell war, das gesamte Reichsgebiet in abgegrenzte Versorgungsgebiete aufzuteilen, wobei sich in jedem Bezirk die „Stromunternehmen unter dem regelnden Einfluss des Reiches und der Bundesstaaten geschäftlich und betrieblich“ zusammenschließen sollten. Sicher wird bei diesen Ideen manchem heutigem Ministerialen ein wohliger Schauer über den gebeugten Rücken rieseln. Ein Leben ohne störrische EVU, alle an der langen Leine der väterlich sorgenden Ministerien, paradiesisch. Doch es kam anders, bald trat ein dritter Player auf das Feld, das Finanzministerium. Während bisher eher ideologisch gestritten wurde, hatte man dort völlig emotionslos festgestellt, dass man Geld brauchte. Und zwar dringend. Viel Geld. Einmal die Folgekosten des unseligen Krieges und dann waren da noch die hohen Kosten für soziale Leistungen für die Verwundeten, Heimatlosen und Arbeitslosen zu decken. Und wenn man nicht die Steuern erhöhen konnte, weil die Menschen ohnehin nichts hatten, mussten eben die lukrativen Industrien in den Staatsbesitz überführt werden. Man dachte da an alle kommunalen und privaten Kraftwerke mit mehr als 5.000 kW Erzeugungsleistung und an Versorgungsleitungen oberhalb von 50 kV. Also eigentlich an alles außer dem arbeitsaufwendigen Verteilnetz

in Städten und Gemeinden. Bei den Eisenbahnen hatte man als Staatsbahnen das Modell ja schon praktiziert und alle Länderbahnen in die Reichsbahn zwangsüberführt. Und die bekamen ja schon die Reparationsleistungen an die Siegermächte aufgedrückt. Eine feine Sache. Nun wollte man auch mit dem Strom richtig Kohle machen. Wenn das Finanzministerium das Ganze im Mantel einer zeitgemäßen sozialistischen Idee verkaufen konnte und die Linke jubeln würde, dann war das eben so. *„Entscheidend ist, was hinten rauskommt“*, hörte man viel später aus berufenem Politikermond und schon die Römer wussten, Geld stinkt nicht. Finanzminister Erzberger formulierte es intern aber sehr viel schöner und geschliffener: *„Die finanziellen Bedürfnisse könnten für das Gesetz nicht angeführt, vielmehr müssten die allgemeinen wirtschaftlichen Gesichtspunkte zur Begründung dargelegt werden.“* So eine Vernebelungstaktik bei Gesetzesbegründungen hätte heute sicher keine Chance, heute würden die Volksvertreter und Ministerialen immer offen schreiben, was beabsichtigt ist, oder?

Dumm nur, die Ländervertreter konnten auch lesen. Sie verstanden Sinn und Inhalt des Gesetzes schneller, als es den Reichs-Ministerialen lieb war. Und nicht nur das, sie entwickelten auch eine gemeinsame Taktik, ein entschiedenes „Ja, aber“. Das Gesetz wurde so weichgespült, dass der gesellschaftliche Vorwand zwar noch drin stand, dass aber die Länder immer dort erst gefragt werden mussten, wo ihre Interessen berührt waren, etwa dort, wo sie selbst eine Landesversorgung aufbauen wollten, z. B. in Baden, oder die Interessen der großen Kommunalverbände wie der OEW in Württemberg berührt waren. In stark veränderter Form, aber immer noch heiß umstritten wurde das Gesetz schließlich am 31.12.1919 erlassen.

Wie schon zu erwarten, es war keine Erfolgsstory. Die Länder, denen inzwischen selbst aufgegangen war, dass sich mit Strom Geld verdienen ließ, mauerten massiv. Zum Beispiel Baden. Im Februar 1920 reisen zwei hochrangige Beamte des Berliner Finanzministeriums (damals Schatzministerium) nach Karlsruhe, um dort über den Zuschnitt der zu bildenden Bezirksgesellschaft (die sich nicht an die Grenzen des Landes hielt) zu verhandeln, eine 51-Prozent-Beteiligung des Reiches durchzusetzen und festzulegen, wie die im Landesbesitz befindliche Infrastruktur des Murgwerkes und der Hochspannungsleitungen eingebracht werden könnte. Die Emissäre aus Berlin trafen nicht auf Gegenliebe. Die störrischen Badener verwiesen auf ihre eigenen unbestreitbaren Erfolge in der Elektrizitäts-Infrastruktur und bei dem länderübergreifenden Stromaustausch mit der Pfalz bis hin in das Saarland. Und überhaupt, das, was man in Berlin anstrebte, hatte Baden schon lange und sehr erfolgreich aufgebaut. Auch der Landtag unterstützte die Abfuhr, in der man forderte, *„dass der badische Staat diese von ihm gut gelöste Aufgabe ungeteilt in der Hand behalte“*.

Auch Sachsen und Bayern hatten funktionierende Großversorger, also gab es auch dort nichts zu holen. Als dann bekannt wurde, dass man in Berlin den widerborstigen Badenern doch eine Ausnahmegenehmigung vom Sozialisierungsgesetz gegeben hatte, brach das ganze Konstrukt wie ein Kartenhaus zusammen. Der endgültige Todesstoß erfolgte, als die „Niedersächsische Kraftwerk AG“, eine Beteiligung der Gesfürel, 1921 verkauft werden sollte. Statt das Unternehmen wie im Gesetz vorgesehen in Staatsbesitz zu überführen, ließ man zu, dass es an die RWE verkauft wurde. Damit war das Sozialisierungsgesetz der Energiewirtschaft ein Jahr nach seiner Verkündung bereits Makulatur.

Doch erst mal zurück nach Baden. Die dortige Stromversorgung lag ja seit 1912 in staatlicher Hand, war jedoch immer noch als „staatliche Abteilung Wasserkraft und Elektrizität“ im Innenministerium geführt. Das mittlerweile immer komplexere Geschäft war aber so gar nicht nach dem Geschmack der Beamten, denn nun waren Flexibilität und schnelle Entscheidungen bei hohem technischem Sachverstand gefragt.

Allerdings, der staatliche Durchgriff und die Gewinne für die Staatskasse sollten schon erhalten bleiben. Also überführte man am 1.7.1921 die „Abteilung“ des Innenministeriums in eine Aktiengesellschaft, genannt „Badische Landeselektrizitätsversorgung AG (Badenwerk)“, wobei alle Aktien im Besitz des badischen Staates verblieben. Laut Gesellschaftsvertrag war als Aufgabe formuliert: *„Die Gesellschaft soll insbesondere für die Bedürfnisse des badischen Landes elektrische Arbeit ausreichend und preiswert beschaffen und auf eine möglichst vollkommene Kraftwirtschaft hinwirken.“* Und das tat man auch. Nach nur vier Monaten beteiligte man sich an der Gründung des Großkraftwerks Mannheim (GKM), plante die Abrundung der Murgwerk-Gruppe mit einem der ersten deutschen Pumpspeicherkraftwerke (dem Schwarzenbachwerk) und ging 1928 die Gründung des Schluchseewerkes an. Im Jahr 1929 waren 99,4 Prozent aller Gemeinden in Baden so an ein öffentliches Netz angeschlossen, also eigentlich eine Erfolgsgeschichte.

Auch anderswo war man aktiv. Vor dem Hintergrund des Sozialisierungsgesetzes bzw. dessen Nachwirkungen wurden im ganzen Reich in rascher Folge Landesversorgungsunternehmen gegründet. Man wusste ja nicht, was denen in Berlin noch so alles einfällt, wenn ein eigenes Unternehmen da war, konnten sie es

einem erst mal nicht wegnehmen. Begonnen bereits 1917 mit der Gründung der Elektrizitätswerk Sachsen Anhalt AG folgten:

- 1921 Bayernwerk AG
- 1921 Badische Landeselektrizitätsversorgung AG (Badenwerk)
- 1923 Sächsische Werke AG
- 1924 Überlandzentrale Pommern AG
- 1925 Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW)
- 1925 Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (Umfirmierung)
- 1927 Preußische Elektrizitäts AG

Fast alle Unternehmen befanden sich ganz oder mehrheitlich in staatlichem Besitz oder im Besitz von Gebietskörperschaften. Aber auch die Privaten waren aktiv. Mit der Übernahme der Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft, vorm. W. Lahmeyer & Co. (EAG), Frankfurt, der Gründerin der RWE, durch die RWE selbst, gelang ein entscheidender Schritt zum Aufbau eines überregionalen Stromverbundnetzes. Mit übernommen wurden auch deren Tochtergesellschaften, darunter die 1909 von W. Lahmeyer gegründete KAWAG.

Und was tat sich in Württemberg? Zunächst einmal nichts. Trotz der Gründung der WLG, die ja die Keimzelle einer Württembergischen Elektrizitätsversorgung werden sollte, hielt man an den bewährten dezentralen Strukturen fest. Man scheute den staatlichen Einstieg, da er hohe Risiken und finanzielle Belastungen bedeutet hätte. Erst 1921 näherte man sich vorsichtig dem Gedanken an, sich an gemischtwirtschaftlichen Unternehmen finanziell zu beteiligen, um „ohne eine allzu starke finanzielle Belastung des Staates alle die Vorteile für den Staat sich zu ver-

schaffen, die mit einem eigenen selbständigen staatlichen Werke verbunden wären“. So gründete man im November 1921 die „Großkraftwerk Württemberg AG (Growag)“, um mit der Minderheitsbeteiligung die Stromversorgung im Unterland zu überwachen. Diese war unter Beteiligung der KAWAG zum Bau des großen Dampfkraftwerkes in Heilbronn gegründet worden. Doch gleich bekam man auch wieder Angst vor der eigenen Courage. Im Jahr 1922 wurde die WLG, mehrheitlich im Besitz des Reiches, in die „Württembergische Landeselektrizitäts-Aktiengesellschaft (WLAG)“ umgewandelt. Aus diesem Anlass boten die Gesellschafter, zu denen ja das Land Württemberg gerade nicht gehörte, einen 10-Prozent-Anteil für Württemberg an, allerdings mit erheblichem Aufschlag. Prompt wetterte man im Landtag gegen das Angebot. Es sei unerhört, so ein Abgeordneter, dass das Reich dem Land gegenüber „den Standpunkt des schnoddrigsten Kapitalisten einnimmt“. Erst 1925, nach vielem Bemühen hinter den Kulissen, übernahm Württemberg dann doch an der WLAG einen Anteil von 27,5 Prozent, vornehmlich aus Reichsbesitz. Damit war zumindest eine Sperrminorität erreicht. Inzwischen hatte man aber auch Blut geleckt. Im Sommer 1923 gründete man zusammen mit den stromerzeugenden Zweckverbänden eine zweite Landes-Verbandgesellschaft, die „Württembergische Sammelschienen AG“ (Wüsag) und behielt sich auch gleich die Sperrminorität vor. Dieses Unternehmen sollte besonders durch die Anbindung an das RWE-Netz zusätzliche Stromimporte aus dem Ausland, also Baden, Bayern und von der RWE sichern. Die RWE-Beteiligungs-Gesellschaften KAWAG und Growag bezogen ja schon Strom aus einer 220-kV-RWE-Leitung bei Hoheneck (Ludwigsburg), sodass ein wichtiger Verknüpfungspunkt gegeben war. Nun richteten sich die schwäbi-

schen Blicke begehrlisch nach Osten. Oder besser nach Südosten. Bereits in der Aufbauphase der Jahrhundertwende erkannte man die hohen Wasserkraftpotenziale Vorarlbergs. Nur, man konnte den Strom noch nicht gebrauchen, es fehlte an Leitungen und Abnehmern in dieser Region. Jetzt war es anders. Man wollte Strom, aber tunlichst wieder ohne staatliche Beteiligung. Also schickte man die OEW vor, an der langen Leine der Stuttgarter Regierung, die im August 1922 mit dem Land Vorarlberg und der „Bündner Kraftwerke AG“ aus Chur einen Landesvertrag (!) abschloss, der Württemberg ein Bezugsrecht von 140 Mio. kWh/a sicherte, wie der Innenminister später im Landtag genüsslich vermeldete.

\* \* \*

Es gab aber auch ein Leben außerhalb der Energiewirtschaft. Und da ging es mindestens genauso bewegt zu. Kurz nach Kriegsende kam es, wie es kommen musste. Die heldenhafte Generalität, die noch kurz vor Kriegsende die Politik vorschob, um die Kapitulation auszuhandeln, schwadronierte schon wieder. Allen voran erklärte Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss: „*Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden.*“ Nach seiner Ansicht hätten die Arbeiter in Deutschland, die Politiker im Reichstag und die schädliche Friedenspropaganda den Zusammenbruch der glorreichen deutschen Armee verursacht. Das war natürlich Wasser auf die Mühlen der ewig Gestrigen, der Freikorps, gebildet aus den Übriggebliebenen der Armee, und auch eines neuen Grüppchens, der Deutschen Arbeiterpartei. Für eine Veranstaltung im September 1919 lud diese einen bisher nicht aufgefallenen Redner ein, den

Infanteristen eines Münchner Freikorpsregimentes, Adolf Hitler. Begeistert von seiner leidenschaftlichen Rede erhielt dieser die Mitgliedskarte Nr. 555 und kurz darauf einen Sitz im Vorstand der Partei. Am 24.2.1920 erfolgte die Umbenennung der Deutschen Arbeiterpartei (DAP) in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP). An diesem Tag veröffentlichte die NSDAP auch ihr 25-Punkte-Programm mit den Hauptpunkten „Aufhebung des Versailler Friedensvertrages“, „Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft von Juden“ und „Stärkung der Volksgemeinschaft“.

Es gab aber nicht nur Unappetitliches in diesen Tagen, manchmal war auch Anlass zu „klammheimlicher Freude“, wie es später einmal heißen würde. Anlass: der von den Freikorps und der Generalität der Reichswehr am 12.3.1920 angezettelte Kapp-Putsch. Die Reichsregierung musste fliehen, zuletzt bis nach Stuttgart. Aber durch die dilettantische Vorbereitung der Rechts-Revolutionäre verlief das Ganze schnell im Sande. Und warum? Der 12.3. war ein Freitag, die oft noch monarchietreuen Staatsdiener und Beamten, auf die die Salon-Revolutionäre so große Hoffnungen setzten, hatten Wochenende. Und ein deutscher Beamter, wie alle anderen noch aus dem Kaiserreich stammend, musste schließlich Prioritäten setzen. Die Revolution hatte während der Dienstzeit stattzufinden, nicht in der Freizeit. Die Arbeiter, die die Hauptlast der Verteidigung der jungen Demokratie trugen, waren weniger zimperlich und riefen gleich zum Generalstreik auf. Und so brach der unblutige Kapp-Putsch am 17.3. in sich zusammen. Man sieht, eine geregelte Arbeitszeit bei den Beamten hat durchaus staatstragende Bedeutung.

Was gab es sonst noch zu vermelden? Im Juni 1920 wurde in Berlin die erste internationale Dada-Messe eröffnet und hinter-

ließ mit bisher nicht gekannten Exponaten und dem Slogan „*Die Kunst ist tot*“ ratlose und empörte Besucher. 1921 eröffnete die erste, zehn Kilometer lange Autobahn Deutschlands, die Avus (Automobilverkehrs- und Übungsstraße) in Berlin, die mit je zwei Richtungsfahrbahnen und mittigem Grünstreifen, zudem kreuzungsfrei ausgebaut, den künftigen Standard für die Autobahnen bildete. Schon 1927 forderte die Münchner Illustrierte dann den Bau weiterer Autobahnen u. a. mit dem Nutzen, dass dann schnellere Autos konstruiert werden könnten.

Aus Ägypten kam eine andere, alle elektrisierende Meldung – das intakte Grab eines Pharaos wurde entdeckt. Später berühmt als Grab des Tutanchamuns begeistern die Grabbeigaben bis heute die Menschen. Im Dezember 1922 erhielten Albert Einstein und der Däne Niels Bohr den Physiknobelpreis für ihre wissenschaftlichen Leistungen. Und noch eine Nachricht aus dem Deutschen Institut für Normung erreichte die Menschen: Die DIN 476 wurde veröffentlicht. Sie beschreibt u. a., dass das Seitenverhältnis der Schreibpapiere bei dem Verhältnis 1: 1,414 liegen soll, einem Format, das schon bei der Französischen Revolution erdacht, dann aber wieder vergessen wurde. Ach ja, bekannt wurde es unter der Bezeichnung A-Reihe, also z. B. A4.

Den Menschen lag aber etwas anderes näher. Im Januar 1923 besetzten die Franzosen und Belgier mit 60.000 Mann Infanterie, Artillerie und Panzern das Ruhrgebiet, weil nach Meinung der Reparationskommission absichtlich zu wenig Kohle und zu wenig hölzerne Telegrafmasten (!) geliefert worden war. Die Situation eskalierte. Der Reichskanzler verkündete den passiven Widerstand, d. h. einen Streik der Arbeiter für die Dauer der Besetzung. Die Besatzer revanchierten sich und beschlagnahmten

Industrieanlagen, Lohnfelder und Vorräte. Am 15.1. provozierte eine Gruppe von 500 Demonstranten die Franzosen mit einem Hasslied aus der militärischen Mottenkiste, die schossen zurück, ein 17-jähriger Schüler starb. Das war aber erst der Auftakt. Im März kam es in den Essener Kruppwerken zu einem weiteren Zwischenfall, als die Franzosen Fahrzeuge beschlagnahmten. Die Arbeiter verließen ihre Arbeitsplätze, ein Offizier „fühlte sich bedroht“ und ließ in die Menge feuern. 13 tote Arbeiter und 50 Schwerverletzte bleiben zurück. Alle Arbeiter beteiligten sich nun an den Streiks, besonders aber der Ausstand der Eisenbahner hatte die gravierendsten Auswirkungen. Viele der besonders störrischen Bahnmitarbeiter wurden deshalb sogar aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen und mussten umsiedeln. Den Briten und den USA passte aber die ganze Richtung nicht, weil sie zu Recht vermuteten, Frankreich ging es mehr um eine Machtdemonstration als um Reparationsleistungen. Auf Druck dieser beiden Länder lenkte Frankreich schließlich ein, schloss ein Abkommen und beendete die Besetzung im Juli/August 1925. Was blieb? 137 Tote, ein immenser wirtschaftlicher Schaden von über vier Milliarden Goldmark, ein massiver politischer Auftrieb für die Deutschnationalen und eine durchlittene Hyperinflation, die bis heute zu den wirtschaftlichen Urängsten in Deutschland zählt. Was war deren Ursache? Es gab schon bisher durch den verlorenen Krieg eine latente Inflationstendenz. Durch den Aufruf des Reichskanzlers zum passiven Widerstand wurden die Löhne für etwa zwei Millionen Arbeiter vom Staat übernommen, ebenso die Kosten für die zwangsausgesiedelten Eisenbahner. Da das Geld nicht erwirtschaftet wurde, druckte man es eben einfach und vergrößerte die Geldmenge, was wiederum die Wirtschaftskrise verstärkte und so

zu weiterem Bedarf an Papiergeld führte. Das brachte die ohnehin labile Währung endgültig aus dem Gleichgewicht. Die letztlich mit dem Krieg begonnene schleichende Inflation explodierte. Und alle waren betroffen, niemand konnte ihr entkommen, es sei denn, sein Vermögen bestand aus stabilen Sachwerten. Vor dem unseligen Krieg kostete eine Kilowattstunde Strom zwischen 16 und 40 Pf./kWh. Wie es nun aussah, schilderte ein Bericht der BEWAG:

*„Jeden Tag werden die Strompreise neu festgesetzt, alle verfügbaren Kräfte der Stadtwerke sind zum Geldzählen und Inkasso eingesetzt. Doch oft überholen die Entwicklungen alle Bemühungen. 275 Mark werden im Januar 1923 für eine kWh verlangt, am 7. Oktober sind es 60 Millionen Mark. Mitte November hat der Strompreis die astronomische Höhe von 420 Milliarden Mark je kWh erreicht.“*

Dabei waren die EVU selbst nur Getriebene. Lohnkosten und Materialpreise entwickelten sich parallel mit der Inflationsrate, und das zu einer Zeit, wo man die abgewirtschafteten Anlagen wegen der Versorgungssicherheit eigentlich dringend erneuern musste. Besonders gravierend war immer noch der Kohlemarkt. Trotz astronomischer Preise gab es aber nichts. Wie prekär die damalige Situation auch aus Sicht eines EVU war, sollen die folgenden Worte von Direktor Rehmer, Städtische Elektrizitätswerke Berlin, zeigen:

*„Zwar strömte das Geld in unvorstellbaren Mengen in die Kasse, aber seine Kaufkraft schwand mit jeder Minute. Der vollkommene Zusammenbruch der Stromversorgung wurde nur dadurch abgewandt, daß es dem zuständigen Vorstand*



*der BEWAG gelang, durch Hamburger Freunde 12.000 t englischer Kohle, die gerade in Hamburg angekommen waren, geliehen zu erhalten. Sie trafen auf den Kohleplätzen der Berliner Elektrizitätswerke ein, als die Kohlenplatarbeiter gerade die letzten Kohlen mit dem Besen zusammenfegten.“*

Auch Gas war massiv von der Inflation betroffen. Die Entwicklung der Gaspreise zeigt die nachstehende Tabelle:

Zeitpunkt	Gaspreis je m <sup>3</sup>
1905	14 Pfennig
1917	16 Pfennig
1922	3 Mark
März 1922	3,90 Mark
Dezember 1922	150 Mark
August 1923	150.000 Mark
September 1923	1.500.000 Mark
Anfang Oktober 1923	20.000.000 Mark
Ende Oktober 1923	3.000.000.000 Mark
3. November 1923	8.000.000.000 Mark
4. November 1923	25 Goldpfennig
März 1924	18 Pfennig

Dass unter diesen Bedingungen kein geordnetes Wirtschaftsleben stattfinden konnte, ist klar. Investitionen in Anlagen waren unkalkulierbar und wurden eingestellt. Aufträge blieben aus, die Arbeitslosenzahl explodierte wie auch die Geldentwertung, die Not und das Elend der Menschen. Es gab nur wenige, die

Gewinn aus diesem Elend ziehen konnten, die immer radikaleren Parteien am rechten und linken Rand des Spektrums und die Besitzer von Sachwerten. Nicht umsonst galt das Lied „*Wir versaufen unser Oma ihr klein Häuschen*“ aus dem Jahr 1922 als Hymne der Inflationszeit, die auch zeigt, welchem Geist letztlich die „verrückten goldenen Zwanzigerjahre“ in Berlin entstammten, der Konzentration auf das Leben im Hier und Jetzt. Die Zukunft, sogar das Leben und Überleben am nächsten Tag blieben ausgeblendet. Am 15. November 1923 war Schluss mit dem Taumel, die Rentenmark wurde eingeführt, der Umrechnungskurs betrug unvorstellbare 1: 1.000.000.000.000.

\*\*\*

Und was tat sich in diesen schweren Jahren bei den Verbänden? Auch auf den VdEW wirkte sich die Inflationszeit aus. Die Ausschusssitzungen mussten eingeschränkt werden, die Periodika „Mitteilungen“ erschienen nur noch monatlich und ein Teil der Belegschaft wurde entlassen.

Mit dem Ende der Inflation blickte man dann wieder vorwärts, auch in der Energiewirtschaft. Ein wichtiges Tätigkeitsfeld des Verbandes war immer noch der Tarifwildwuchs. Das klassische Tarifmodell war der lineare Preis mit relativ hohen Preisen je kWh. Mit der Zeit hatten sich darum viele Ausnahmeregelungen gruppiert, die nicht mal die Fachleute immer durchblicken konnten. Nach Eintritt wieder stabiler Verhältnisse hätte sich deshalb eine gute Gelegenheit geboten, dieses Tarifiedickicht zu lichten. Und ein guter Ansatz, so vereinzelt Meinungen, sei der Grundpreistarif, der einerseits die verbrauchsunabhängigen

Grundkosten für Anlagen und Netz abbildete und mit niederen Arbeitspreisen die Erzeugungskosten deckte. Noch 1904 wurde Erfurt für diese Idee von den Kollegen und dem Verband schwer gerüffelt.

1923 entschieden sich dann aber doch zwölf EVU, 1924 25 EVU und 1925 45 EVU für die Einführung der einfachen Grundpreistarife. Die überwiegende Mehrheit blieb bei den überkommenen linearen Tarifen, getreu dem Motto: Was Vater und Großvater gemacht haben, kann heute nicht falsch sein. Der VdEW versuchte vergeblich, eine Vereinheitlichung der Tarifgestaltung durchzusetzen, leider, die Zeit war noch nicht reif.

Und ein weiterer Blick nach vorn, die Zeit des Kohle- und damit Strommangels konnte ja nicht ewig dauern. Also müsste man sich heute um den Absatz von morgen kümmern. Auf der Hauptversammlung 1922 in Wiesbaden, also zu Beginn der großen Inflation, wurde deshalb die Notwendigkeit einer gut geführten Elektrizitätswerbung betont, „zumal die Gasseite über eine sehr gute Gaswerbung verfügt“. Dass man erst drei Jahre zuvor die „Geschäftsstelle für Elektrizitätsverwertung“ (Gefelek) von 1911 aufgelöst hatte, mag mancher verdrängt haben. So griff man 1924 nach der Währungsreform die Idee wieder auf und führte in Berlin eine Sondertagung des VdEW zum Thema Stromwerbung durch.

Die Tagung war mit einer Geräteausstellung verbunden, auf der vor allem die Elektrowärme im Vordergrund stand. Aufgrund des großen Erfolges beschloss der statistische Ausschuss des Verbandes, eine Unterkommission zu bilden, die sich mit der Werbung auseinanderzusetzen hatte. Diese Unterkommission nahm als Werbeabteilung ein Jahr später ihre Arbeit auf. Eine

„Literarische Abteilung“ wurde auch gleich eingerichtet, die neben der Schriftleitung und dem Verlag der „Mitteilungen“ die werblichen Fragen im weitesten Sinne behandeln sollte:

- Grundlagen der Werbung, Schaffung einer Werbemarke, Entwicklung einer Stromwerbepolitik
- Förderung der Werbung innerhalb des Mitgliederkreises, „Werbung für Werbung“, Bereitstellung von Texten, Lehrmitteln und Filmen, werblicher Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern
- Werbung nach außen, Beobachtung von Tages- und Fachpresse, Beteiligung an Ausstellungen, Förderung des „elektrischen Gedankens“ bei Behörden, Verbänden (Hausfrauenorganisationen) Architekten usw.
- Wettbewerbsabwehr, Austragung von Wettbewerbstreitigkeiten, energiewirtschaftliche Auseinandersetzung mit der Industrie des Ferngases, der Verbrennungsmotoren usw.
- Schulung der Sachbearbeiter und des Nachwuchses, Abhaltung von Werbeleiterkursen und Ausbildungskurse für Haushaltsberaterinnen

Und, um die Sache rund zu machen, wurden die Verbandsperiodika „Mitteilungen“ umbenannt in „Elektrizitätswirtschaft“. Damit sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass sie sich nicht mehr als reines Nachrichtenblatt für die Mitglieder betrachtete, sondern sich an einen größeren Kreis innerhalb und außerhalb der Branche richtete. Damit vollzog man aber einen Schritt nach, den der DVGW bereits 1921 gegangen war. Das bisher erschienene

„Journal“ firmiert dort nun unter „Das Gas- und Wasserfach. Journal für Gasbeleuchtung und Wasserversorgung“.

\* \* \*

Blicken wir nun wieder auf das Leben der Menschen, was sie bewegte, freute oder schmerzte. Dass die Ruhrbesetzung und in deren Gefolge die Hyperinflation nur wenige Gewinner, aber viele Verlierer zurückließ, stellten wir schon fest. Lebensentwürfe und Planungen für das Alter waren besonders betroffen. Mühsam angespartes Geld für einen auskömmlichen Ruhestand war verloren, Armut breitete sich bis in die obere Mittelschicht hinein aus. Nach der Entwertung der mit viel Pathos gezeichneten Kriegsanleihen war die Inflation nun der zweite Schlag gegen das Sparguthaben der Einzelnen. Dazu die darniederliegende Wirtschaft mit einem Heer von Arbeitslosen. Man fühlte unmittelbar die Not, das Elend und fragte sich, wo denn das eigene Geld geblieben war. Und man sah einige Reiche und Neureiche, Kriegsgewinnler, die mit vollen Händen prassten. Wie konnte das sein? Wer stellte in Deutschland wieder die Gerechtigkeit her? Und vor allem, wer war schuld? Diese schweren Fragen beantworteten die Randparteien des politischen Spektrums, Braun und Rot, mit einfachen, griffigen und falschen Botschaften. Und sie versuchten, diese Parolen mit Taten zu untermauern, um die explosive Stimmung für sich zu nutzen. Zeitgleich zum Höhepunkt der Inflation im November 1923 putschte deshalb Hitler mit einigen ehemaligen Reichswehrgenerälen in München. Oder besser, er versucht es zumindest. Die schwankenden Generäle, mal für, mal gegen den Putsch, wurden am 8.11. bei einer ihrer Versammlungen im Bürgerbräukeller

überrumpelt. Adolf Hitler stürmte mit einigen Getreuen in den Saal, schoss mit einer Pistole in die Decke, um sich Aufmerksamkeit zu verschaffen, und bearbeitete die Generäle zusammen mit dem herbeigeholten Ludendorff, um sie zum Putsch gegen Berlin zu überreden und die Reichswehr auf ihre Seite zu ziehen. Die stimmten halb und halb zu, schon deshalb, um den von vielen ungeliebten Gast schnell wieder loszuwerden. Sobald sie aus dem Bürgerbräukeller heraus waren, ergriffen einige auch Gegenmaßnahmen und verwiesen auf eine „abgepresste Erklärung“ im Bürgerbräukeller. Die Münchner Polizei war alarmiert, und das mit gutem Recht. Hitler und Ludendorff zettelten für den nächsten Tag den „Marsch zur Feldherrnhalle“ an, der kläglich scheiterte. 16 Tote blieben zurück. Ludendorff, früher neben Hindenburg Chef der Obersten Heeresleitung, Verantwortlicher für die gescheiterte Frühjahrsoffensive 1918 und einer der Väter der Dolchstoßlegende, wurde verhaftet. Hitlers Festnahme erfolgte zwei Tage später. Beide nutzten den im folgenden Jahr stattfindenden Hochverratsprozess mit agitatorischen Reden zu Angriffen auf die Republik. Während Ludendorff freigesprochen wurde, kam Hitler mit der Mindeststrafe von fünf Jahren Festungshaft davon, wobei ihm sogar eine Freilassung nach sechs Monaten Haft zugesichert wurde. Der Medienrummel im Gericht war enorm, 300 in- und ausländische Beobachter wollten am Prozess teilnehmen, lediglich 70 Journalisten passten in den Saal. Damit hatte sich Hitler die Bühne geschaffen, die er für seine Vorhaben brauchte. Und die Wirkung blieb nicht aus. Bei den Reichstagswahlen im Mai 1923 siegen die Extremen, die Deutschvölkische Freiheitspartei konnte sich von bisher drei Sitzen auf 32 Mandate verstärken, ihr Fraktionsvorsitzender wurde der gerade mit Mühe freigesprochene

Ludendorff. Größter Verlierer waren die Parteien der Mitte, insbesondere die SPD, die 85 Mandate einbüßte. Noch viel schlimmer, selbst wenn sich alle demokratischen Parteien solidarisierten, sie brächten keine Zweidrittelmehrheit mehr zustande. Damit war der Reichstag handlungsunfähig, denn die Extremen wollten keine Reformen, sie wollten den Umsturz. Klar war, dieses Parlament würde nicht von Dauer sein.

Es gab aber auch Positives. In Locarno wurden im Oktober 1925 die gleichnamigen Verträge unterzeichnet, die es Deutschland erlaubten, den Weg in die Weltgemeinschaft zurückzufinden und auch die Sanktionen des Versailler Vertrages etwas zu lockern. Das Werk gilt als erste deutsch-französische Annäherung unter den Außenministern Stresemann und Briand. Am 8.9.1926 konnte schließlich die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund verkündet werden. Wieder waren es Stresemann und Briand, die diesen außenpolitischen Erfolg durch persönliches gegenseitiges Vertrauen ermöglichten und dafür im gleichen Jahr zu Recht den Friedensnobelpreis erhielten. Die Annäherung an die Weltgemeinschaft hatte auch ganz praktische Auswirkungen. Immer noch war das Gebiet um Köln und Aachen von britischen und belgischen Truppen besetzt, denen auch die zivile Verwaltung unterstand. Endlich, am 1.2.1926 verließen die letzten Truppen Köln, wo der Oberbürgermeister Konrad Adenauer, wir erinnern uns an den ersten Beigeordneten aus der Kriegszeit, einen schulfreien Tag für die Kinder anordnete und ein großes Fest vor dem Kölner Dom.

Was passierte sonst noch in diesen bewegten Jahren? Im Januar 1924 starb Wladimir Iljitsch Lenin in Gorki bei Moskau an einem Herzinfarkt, der Mann, der im Auftrag der obersten Heeresleitung durch Deutschland nach Russland geschafft wurde, um die

dortige Revolution anzuheizen. Auf der anderen Seite der Welt, weit weg von den Wirren des Deutschen Reiches wurde eine ganz andere Nachricht gefeiert. In Detroit hatte Ford gerade sein zehnmillionstes Auto gefertigt. Durch die dort entwickelte Fließbandtechnik gelang es, den Verkaufspreis von zuvor 1.000 Dollar auf 298 Dollar zu senken. Von solchen Rekorden war man in Deutschland weit entfernt. Insgesamt fuhren im Reich erst ca. 100.000 Pkws, 52.000 Lkws und 60.000 Motorräder. Den Markt teilten sich unzählige Kleinhersteller, darunter Horch, Ley, Dixi, Fafnir und Stoeber, dazu noch Audi, BMW, Hanomag, NSU und Opel. Dazu kam 1926 durch die Fusion der „Daimler-Motoren-Gesellschaft“ mit der „Benz & Cie., Rheinische Automobil- und Motorenfabrik“ die Daimler Benz AG. Auch die Luftfahrt gewann an Bedeutung. Im Januar 1926 schlossen sich die Aero Lloyd und die Junkers Luftverkehrsgesellschaft zur „Deutschen Lufthansa AG“ zusammen. Ein weiterer luftiger Rekord sorgte ebenfalls weltweit für Aufsehen, am 12. Oktober startete in Friedrichshafen das Luftschiff LZ 126 zu seiner Überführungsfahrt nach New York, finanziert als Reparationsleistung Deutschlands an die USA. Am 15. Oktober traf die LZ 126 wohlbehalten bei ihrem dortigen neuen Eigentümer, dem US-Militär, ein. 30 Sonderzüge brachten damals viele Tausend Schaulustige nach Lakehurst zur Begrüßung des Zeppelins. Warum diese Aufregung? Der erste Nonstop-Flug mit einem Flugzeug, der Spirit of St. Louis, fand erst am 20. Mai 1927 statt, als Charles Lindbergh in einer Sardinienbüchse alleine den Atlantik überquerte. Da machte so eine große silberne Zigarre schon deutlich mehr her.

Aber auch ein anderes Ereignis ließ Deutschland im wahren Sinne des Wortes aufhorchen: Mit der Ankündigung „*Achtung!*

*Hier Sendestelle Berlin Voxhaus*“ begann am 29. Oktober 1923 die Ausstrahlung von regelmäßigen Rundfunksendungen, insbesondere Unterhaltungsprogrammen, in Deutschland. Viele Zuhörer gab es nicht, die preiswerten Rundfunkempfänger mussten erst noch entwickelt werden. Geschickte Bastler bauten sich aber aus wenigen Teilen einen Kristalldetektor, damit ließ sich das Programm zumindest über Kopfhörer verfolgen. In ganz anderen Größenordnungen dachte die Filmindustrie. Bereits der am 15.3.1922 uraufgeführte Film „Nosferatu“ setzte Maßstäbe in der Filmkunst, der am 10.1.1927 uraufgeführte zweieinhalbstündige Film „Metropolis“ gilt heute als Stummfilmklassiker schlechthin. Bislang unbekannte Errungenschaften wie Roboter, Einschienenbahnen und Bildtelefon wurden darin gezeigt. Inhaltlich übernahm er Motive von H. G. Wells Roman „Die Zeitmaschine“, wobei er ein düsteres Bild der Zukunft zeichnete. Insgesamt 600 km Film (= 350 h Spielzeit) wurden belichtet, die Kosten betragen unvorstellbare fünf Millionen Reichsmark. Der Film war aber ein finanzielles Debakel, die Ufa, durch die Inflation ohnehin schon angeschlagen, musste sich vertraglich an die amerikanischen Unternehmen Metro-Goldwyn-Mayer (MGM) und Paramount binden. Viel schlimmer – nach Metropolis gelangte die Ufa in die Hände des NSDAP-Wegbereiters Alfred Hugenberg, der sich schon ein veritables Medienimperium zusammengekauft hatte. Auch anderswo wurden Filme von bleibendem künstlerischem Wert geschaffen. In Russland entstand „Panzerkreuzer Potemkin“, ein Film über den Matrosenaufstand der russischen Schwarzmeerflotte, mit ebenfalls richtungweisenden Licht- und Schnitttechniken. Aus politischen Gründen wird jedoch der Film 1926 in Deutschland verboten. Zudem sind die unzähligen amerikani-

schen Slapstick-Klassiker zu nennen mit noch heute unvergessenen Namen wie Harold Lloyd, Buster Keaton und Charlie Chaplin, der aber auch vielschichtigere Filme drehte. Noch ein weiterer Protagonist betrat die Bühne. Am 18.11.1928 wurde der Film Steamboat Willie mit seinem auch heute noch bekannten Hauptdarsteller Micky Maus als einer der ersten Zeichentrick-Tonfilme in amerikanischen Kinos uraufgeführt. Der Erfolg der vielen Filmproduktionen blieb nicht aus. 1925 besuchten ca. zwei Millionen Menschen die etwa 3.000 Kinos im Reich. Die Menschen sehnten sich nach Ablenkung, Licht und Glimmer. Man hatte den Krieg und die Inflation mehr schlecht als recht überlebt, jetzt konnte es nur noch aufwärts gehen. Der Charleston erobert die Tanzparkette, der Jazz die Konzertsäle, die „Neue Sachlichkeit“ und der „Surrealismus“, die Museen, alles aber Entwicklungen zum äußersten Missfallen der Rechten.

\* \* \*

Und wie entwickelten sich die Technik und die Energiewirtschaft in diesen Jahren? Der Strombedarf stieg weiter und wichtige Kraftwerksprojekte konnten abgeschlossen werden. Im Jahre 1923 erfolgte die Inbetriebnahme des Großkraftwerks Mannheim durch die Investoren Pfalzwerke, Stadt Mannheim und Badenwerk. Erstmals wurde dort mit Hochdruckheiße Dampf, also mit Frischdampf von etwa 100 bar und 420 Grad Celsius gearbeitet. 1924 folgte die Inbetriebnahme des Walchensee-Kraftwerkes der Bayernwerk AG mit den größten Generatoren der damaligen Zeit, zwei Drehstrommaschinen mit je 20.000 kVA, 500 U/min. Und noch mal zurück ins Land, 1926 wurde das Schwarzenbachwerk fertiggestellt. Mit

einer Höhe von 65 m ist die 400 m lange Schwergewichtsmauer eines der ersten Pumpspeicherwerke Deutschlands. Der 2,2 km lange Stausee entspricht einer Speicherkapazität von 10,5 Mio. kWh. Wegen der Restriktionen des Versailler Vertrages durfte beim Bau der Mauer kein Sprengstoff verwendet werden, sondern man musste mit flüssiger Luft arbeiten. Eine gefährliche Technik, auch deshalb war der Tod von insgesamt 14 Arbeitern zu beklagen.

In Niederstotzingen wurden die Netze der Landessammelschiene der Württembergischen Landeselektrizitätsgesellschaft WELAG (110 kV) mit denen der OEW (55 kV) über Umspanner zusammengeschlossen. Seit 1925 war zudem ein Stromaustausch mit Bayern und ab 1928 mit Baden möglich. Damit konnten die reichen Wasserkräfte aus Vorarlberg, Bayern und Baden für Württemberg genutzt werden. Zudem konnte das Badenwerk ab 1926 den Verbundbetrieb mit der RWE aufnehmen, das spätere deutschlandweite Verbundnetz nahm erste Formen an. Auch werblich ging man neue Wege. Die BEWAG startet 1926 ihr Teilzahlungssystem Elektrissima E<sup>3</sup>. Bereits früher gab es in Mannheim, Nürnberg und Mainz erste Versuche mit Abzahlungsgeschäften, das Modell der BEWAG galt aber als Durchbruch. In enger Zusammenarbeit mit dem Einzelhandel bezahlte die BEWAG die vom Kunden „gekauften“ Geräte beim Einzelhändler und zog den Kundenkredit ratenweise mit der Stromrechnung ein. Höchstgrenze für die einzelne Anschaffung waren 500 RM. Auch die Ausführung von Elektroinstallationsarbeiten war mit diesem Modell möglich. Alle Beteiligten, die Kunden, die BEWAG und die Installateure sowie der Einzelhandel, äußerten sich sehr zufrieden. Dieses System förderte den Absatz elektrischer Geräte in dieser Zeit, die immer noch von den Nachwehen der Inflation gezeichnet war. Und man

setzte gleich noch einen drauf. Versuchsweise stellten die BEWAG, ebenfalls in ihrem Elektrissima E<sup>3</sup>-Programm, die ersten elektrischen Heißwasserspeicher auf und belieferten sie mit einem Sondertarif von 8 Rfp/kWh zwischen 20 Uhr und 6 Uhr, also mit Nachtstrom.

Auch eine andere Gruppierung soll kurz betrachtet werden, die einerseits der Gegenpart der Gas- und Kohlekraftwerke war, nun aber selbst ins Gasgeschäft einstieg. Das Rheinisch-Westfälische Kohle Syndikat (RWKS) war ein Verkaufskartell mit zentraler Preisfestsetzung und Mengenregulierung für Kohle. Ziel war es, durch Steuerung der Marktparameter einen „ungesunden“ Konkurrenzkampf unter den beteiligten Zechen zu unterbinden. Alleine die Wortwahl „ungesunder Konkurrenzkampf“ würde heute sicher körperliche Schmerzen bei den Kartellämtern auslösen, aber so ändern sich die Zeiten. Das RWKS legte für ihre Mitglieder jährlich neue Beteiligungsziffern, also Fördermengen fest, um Überangebote zu vermeiden. Das war die eine Seite. Andererseits hatte man aber auch ein Problem. War es 30 Jahre vorher eher der Umstand, dass eine zu hohe Gasnachfrage zu Koksbergen führte und deshalb ein Kartell, die „Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Gaswerke“ entstand, war es nun umgekehrt, die Kohlezechen und Verhüttungsbetriebe hatten durch die Koksproduktion mehr Gas, als sie brauchten. Und das wollten die Syndikatsbetriebe gerne loswerden, aber bitte auch zu geordneten, sprich auskömmlichen Preisen und ohne „ungesunden Konkurrenzkampf“. Und damit sich nicht jede Kokerei nur mit ihrem Hinterhof, sprich ihrer nächsten Stadt beschäftigen sollte und auch etwas Versorgungssicherheit dem Geschäft guttat, gründete das Kohle-Syndikat gleich eine eigene Ferngasgesellschaft des Ruhrberg-

baus. Sie sollte die bei der Kokserzeugung für die Stahlwerke anfallenden Gasmengen verteilen und auch gleich vermarkten. Die Gesellschaft wurde am 11.10.1926 als „Aktiengesellschaft für Kohleverwertung“ gegründet. Dieses ganze Ansinnen passte dem DVGW aber nicht ins Konzept, störte es doch die Kreise der Gaswerke und des eigenen Syndikats. Nach Meinung des DVGW führe das zu einem Sterben der kleineren Gaswerke in den Städten, also seiner Mitglieder. Auf der Jahrestagung 1927 in Kassel wurde deshalb klar festgestellt, dass die Städte keinesfalls ihr Recht auf Gaserzeugung und Verteilung aufgeben sollten. Man empfahl eher den Aufbau von Gruppenversorgungen und erteilte den Plänen einer Ferngasversorgung eine klare Absage. Und hatte die Verbandsmeinung etwas geholfen? Natürlich nicht. Die Interessengruppen der Kohlewirtschaft waren zu mächtig. Der holprige Name „Aktiengesellschaft für Kohleverwertung“ wurde schon 1928 gegen das griffigere Wort „Ruhrgas“ getauscht und der gelang es trotz der Haltung des DVGW gegen Ferngas bereits 1927, die Städte Dortmund und Hagen an ihr Ferngasnetz anzuschließen. 1928 folgte Hannover. Ziel war es, Ferngas nach Berlin zu bringen. Hier hatte man sich aber erst einmal verrechnet. Zur gleichen Zeit errichtete nämlich die Deutsche Continental Gas Gesellschaft zusammen mit Magdeburg eine „Großgaserei“, die große Teile Mitteldeutschlands zusammen mit Leipzig und Halle mit Gas und Koks belieferte, also ebenfalls ein Ferngasunternehmen. Und denen konnte es nicht recht sein, wenn ein lästiger Konkurrent im eigenen Vorgarten Rohre verlegte. Die Conti wollte also unbedingt der Ruhrgas den Weg nach Berlin versperren. Als das gelang und wieder Ruhe eingekehrt war, breitete sich die Ruhrgas später in den Westen und Süden Deutschlands aus.

Etwa zeitgleich tobte in Deutschland noch ein anderer Krieg (der damals auch so bezeichnet wurde), ein veritabler Elektrokrieg, wo es wie im Wilden Westen um die Sicherung der letzten freien Goldgräber-Claims ging. Aber nicht mitten im Nirgendwo, nein, sondern mitten in Deutschland. Die Beteiligten? In der westlichen Ecke die RWE von Großunternehmer Hugo Stinnes. In der östlichen Ecke die EWAG, jenes Unternehmen, das das Reich aus dem AEG-Konzern herauskaufte, und dazwischen, in der Mitte, der preußische Staat. Wie schon geschildert, ging man überall in den Ländern des Reiches daran, Versorgungsunternehmen in staatlicher Hand zu gründen. Nun eben auch, reichlich spät, in Preußen. Dumm nur, dass sich schon einige Platzhirsche die besten Filetstücke gesichert hatten, eben RWE in den preußischen Rheinprovinzen und EWAG u. A. den Großraum um Berlin. Vom ganzen schönen preußischen Staat blieb so nur ein relativ schmaler Korridor vom Main bis zur Nordsee, wo Preußen seine Beteiligungen in der neu zu gründenden Nordwestdeutsche Kraftwerke AG zusammenfassen wollte. Dazu hatte man u. a. 1925 in einer Blitzaktion einem Schweizer Bankhaus die Mehrheit an der Siemens Elektrische Betriebe AG in Hamburg abgekauft, auf die schon die RWE mehr als nur ein Auge geworfen hatte. Mit dem Alleingang der Staatsregierung, am Parlament vorbei (gab es so etwas nicht 90 Jahre später in Baden-Württemberg auch?), hatte man sich so 1925 in der Mitte Deutschlands einen ernst zu nehmenden Konkurrenten der etablierten Konzerne geschaffen. So ein Vorgehen störte den sorgfältig austarierten Burgfrieden der Großen empfindlich. Also taten sich der private RWE-Konzern und die reichseigene EWAG zusammen und kauften sich die Braunschweigischen Kohlen Bergwerke AG (BKB) in Helmstedt. Wäh-

rend das für die EWAG noch einigermaßen Sinn machte, da Helmstedt in deren Versorgungsgebiet lag, mag es für die RWE, deren Gebiet ja weiter westlich, jenseits des preußischen Sperrriegels lag, eine Revanche für die Hamburger Geschichte gewesen sein. Preußen schäumte, das schrie nach Rache. Und die Gelegenheit kam 1926, als die Preußen, wieder unter größter Geheimhaltung und mithilfe einer Schweizer Privatbank, die Elektrizitätswerk Zukunft AG samt Braunkohleindustrie in Weisweiler bei Aachen kauften. Eine Investition ohne elektrizitätswirtschaftlichen Sinn, da das Kraftwerk weit ab vom eigenen Gebiet lag, aus preußischer Sicht sogar noch hinter der RWE, dem ungeliebten Nachbarn. Der Kauf erfolgte nur in der Absicht, die RWE in ihrem ureigensten Interessengebiet zu treffen. Mittlerweile positionierte sich auch die kommunal geprägte VEW an der Seite Preußens. Nicht aus reiner Liebe, nein, man war der ständigen aggressiven Vorstöße der RWE in ihrem eigenen Gebiet überdrüssig und getreu dem Motto „die Feinde meiner Feinde sind meine Freunde“ sucht man vorsichtig die Nähe zum inzwischen von NKW zu „Preußen Elektra“ umbenannten Partner. Und Preußen legte nach. Die Stadt Frankfurt suchte einen Partner für die Strombelieferung. Um diese durch die Preußen Elektra und deren Kraftwerk Borken nach Frankfurt zu ermöglichen, verzögerten die preußischen Behörden die Baugenehmigungen für die RWE Südleitung nach Hoechst mit formalen Pingeligkeiten so lange, bis Frankfurt seine Lieferverträge eben mit Preußen Elektra und nicht mit RWE abschloss. Wegen des auch von der Presse publizistisch begleiteten Elektrokrieges und der hohen Investitionssummen rumorte es inzwischen aber im preußischen Landtag, den die Akteure bisher fast immer trickreich umgingen. Schließlich einigte man sich Mitte

1927 auf einen gegenseitigen Austausch der Helmstedter und Weisweiler Braunkohleaktivitäten und schloss zudem einen auf 60 Jahre angelegten Demarkationsvertrag, der die jeweiligen Interessensphären gegenseitig absicherte. Der Pulverdampf verzog sich langsam, jeder konnte wieder seinen Geschäften nachgehen.

Nachdem hier nun die Friedenstauben in den Himmel gestiegen waren, ist es wieder an der Zeit, auf die Branchenverbände zu blicken. Das Thema Tarife und deren Wildwuchs konnten, wie schon berichtet, niemanden zufriedenstellen. 1926 fand deshalb eine Tagung des Tarifausschusses des VdEW in München statt. Ziel war es, die „Münchner Richtlinien“ zur einheitlichen Gestaltung von Tarifen zu verabschieden. Es wurde beschlossen, einen eigenen Ausschuss zur Beratung der Tariffragen einzusetzen. Der machte sich auch gleich ans Werk. Für einen (fast) linearen hohen Arbeitspreis sprach, dass er die „Wertschätzung“ der Kunden für die elektrische Arbeit fördere, für einen Grundpreistarif sprach, dass er die hohen Grundkosten für die Anlagen zur Erzeugung und Verteilung besser abbildete. Auch die Werke waren sich uneins. Einige berichten, dass bei der Einführung von Grundpreistarifen die Kunden starken Widerstand leisteten, da sie im Grundpreis eine „wucherisch hochgetriebene Zählermiete“ zu erkennen glaubten. Sonderuntersuchungen bei einzelnen EVU, darunter auch die OEW, sollten allgemeingültige Grundlagen schaffen und zur Klärung beitragen. Allen Bemühungen zum Trotz konnten die Mitglieder des Tarifausschusses im Jahr 1933 den Grundpreistarif nur empfehlen, eingeführt wurde er von den Mitgliedswerken dann doch eher schleppend.

Inzwischen kam das Thema Stromwerbung ganz gut voran. Die seit 1926 von der Werbeabteilung des VdEW sporadisch her-



ausgegebenen gedruckten Werbeanregungen wurden nun in regelmäßiger Folge als „Werbedienst“ veröffentlicht, woraus sich später die Zeitschrift „Der Werbeleiter“ entwickelte. Im gleichen Jahr wurde den Mitgliedswerken auch das Nachrichtenblatt „Stromverbraucher“ zur Weitergabe an die Kunden angeboten, ein Vorläufer der späteren unternehmenseigenen Kundenzeitschriften. Außerdem veranstaltete die Werbeabteilung regelmäßig Kurse für Haushaltsberaterinnen und Lehrerinnen zum richtigen Umgang mit elektrischen Kochgeräten. Dazu gehörte auch, dass der VdEW eine Reihe von erfolgreichen Fachtagungen durchführte, u. A.:

- Tarifwesen und Konsumerhöhung (1/1918),
- Elektrisches Kochen (10/1929),
- Starkstrom und Rundfunk ( 9/1930),
- Elektrowärme in Industrie, Haushalt und Gewerbe (9/1930),
- Fortschritte in der Elektrifizierung des Haushaltes (11/1931).

Im Jahr 1930 richtete der VdEW sogar eine eigene Lehr- und Versuchsküche ein. Als weiterer Vorstoß der Werbeabteilung des VdEW konnten die Gründungen der „Zentrale für Lichtwerbung“ und der „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Installateur- und Beleuchtungsgewerbes“ sowie der „Elektrogemeinschaften“ angesehen werden. Alles Initiativen, die das Fachhandwerk und die planerischen Berufe an die Stromanwendung heranführen sollte.

Noch ein weiteres Thema verdient Aufmerksamkeit. Dazu müssen wir aber nochmals etwas zurückblicken. Bereits am 27.11.1915 bekam der VdEW Konkurrenz. Ins Vereinsregister Ber-

lin wurde der „Bund der Elektrizitätsversorgungsunternehmen Deutschlands e. V.“ mit 95 Mitgliedern eingetragen, in dem sich die privaten EVU zusammenschlossen. Sie hoben sich, wie schon angeführt in mehreren Fragen stark von den Interessen der kommunalen EVU ab, wobei der VdEW zwangsweise neutral bleiben musste. Auch die Abwehr von Angriffen gegen die Privaten, insbesondere aus dem politischen Raum, war Gegenstand der Bemühungen der neuen Gründung. Bemerkenswert, alle Privaten blieben aber gleichzeitig Mitglied beim VdEW. In den ganzen Jahren gab es einen Hauptstreitpunkt – die Steuerbefreiung der kommunalen Unternehmen. Im Gegensatz zu heute, wo alle EVU von den Steuerbehörden gleich „intensiv und aufmerksam“ betreut werden, mussten damals die EVU in öffentlicher Hand weder Umsatz- noch Vermögens- noch Körperschaftssteuer bezahlen. So etwas wurmte natürlich und die Privaten mit ihrem neuen Verband schossen auch bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit gegen diese Regelung. Doch vergebens. Aber die Kommunalen blieben wachsam. 1925 gründeten sie als Gegenspieler des Bundes der Privaten die „Interessengemeinschaft kommunaler Elektrizitätswerke“ (Ike) mit 100 Mitgliedern. Haupttätigkeitsgebiet war, wie zu vermuten, der Kampf gegen die Aufhebung des Steuerprivilegs, das der Bund der Privaten so vehement forderte. Anfänglich wurden in die Ike nur Gemeindewerke aufgenommen, zu den Länder- und Reichsunternehmen bestand sogar eine Distanz, die sich mit den Jahren aber milderte. 1932 war es dann so weit, ihr konnten nun auch die staatlichen und reichseigenen EVU beitreten. Diese änderte daraufhin ihren Namen in „Interessengemeinschaft staatlicher und kommunaler Elektrizitätswerke Deutschlands“ (Iske).

Ein zweiter Kriegsschauplatz der Iske neben dem Thema Steuern kommt einem heute seltsam bekannt vor, die Wirtschaftlichkeit und Daseinsberechtigung von Stadt- und Gemeindewerken. Immer wieder kam aus allen möglichen politischen Richtungen die Behauptung, dass die Tarifgestaltung der kommunalen EVU ungünstiger sei als die der Privaten. Auch trat man mit aller Kraft der im Reichswirtschaftsministerium vorherrschenden Meinung entgegen, „dass sich die Betätigung der Gemeinden auf Elektrizitätswirtschaftlichem Gebiet überlebt habe und dass die Bedeutung der kommunalen Werke der Vergangenheit angehöre“. Wir erkennen, das Gedankengut mancher Beamten in Behörden und Ministerien ist punktuell von starken Beharrungskräften geprägt.

Und, endlich, findet man auch wieder etwas aus den beiden Verbänden im Lande. Wir erinnern uns, es gab ja zwei Interessenvertretungen. Einmal den „Verband der Elektrizitätswerke am Mittelrhein e. V.“ und zum anderen den „Verband der Elektrizitätswerke Württembergs und Hohenzollern e. V.“. Am 30./31.3.1928 fand in Stuttgart eine gemeinsame Tagung der beiden Landesverbände statt. Dir. Pirrung (auch diesen Namen sollte man sich noch merken), Vorsitzender des VEWH, also des württemberger Verbandes, führte eingangs aus: *„Wenn wir vor etwa einem Monat in Worms die Frage diskutiert haben, ob es zweckmäßig sei, dass zwei Nachbarverbände ihre scheinbaren Grenzen niederreißen, um einmal auf der einen oder anderen Seite zusammen zu kommen, wenn wir erwartet hätten, dass ein Widerspruch käme, haben wir uns getäuscht. Freudigen Widerhall hat der Vorschlag hüben und drüben gefunden.“* Der Vorsitzende des VEM ergänzte in seiner Einleitung: *„Wir vom Verband der Elektrizitätswerke am Mittelrhein haben*

*gerne die Gelegenheit wahrgenommen, einmal nach Stuttgart, das ja auch unserem Verband angehört, zu kommen, um unseren Gedankenaustausch hier durchzuführen.“* Sowohl ein Vertreter des österreichischen Verbandes wie auch zwei Vertreter des Bayrischen Verbandes sowie die Spitze des VdEW waren vertreten. Gegenstand der Tagung waren aktuelle Informationen aus der Politik und der Branche, das Verhältnis zu den Installationsfirmen, ein Bericht des VdEW Tarifausschusses mit einem klaren Plädoyer für den Grundpreistarif und ein Bericht des Leiters der Werbeabteilung im VdEW Dr. Müller über die Konsumsteigerung im Kleinverbrauch durch moderne Werbung. Weiterführende Gedanken in Richtung Zusammenschluss oder wenigstens einer dauerhaften Zusammenarbeit sind jedoch nicht überliefert.

Auch der DVGW ging mit der Zeit. Auf der Hauptversammlung 1927 in Kassel wurde beschlossen, die fachliche Vereinsarbeit nach amerikanischem Muster neu zu organisieren. Folgende Fachabteilungen wurden gebildet:

- Ausbildung und Soziales
- Gas-Wissenschaft und Forschung
- Gastechnik
- Gaswirtschaft und Betriebsführung
- Gasverteilung
- Wasser-Wissenschaft
- Wasserbau und Betrieb

Und 1929 fand in Berlin die große Veranstaltung „Deutsche Ausstellung Gas und Wasser Berlin 1929“ statt. Sie wurde ein voller Erfolg. An ihr beteiligten sich der DVGW und verschiedene Mit-

gliedsunternehmen. Im Rahmen der Ausstellung wurde auch die Jahreshauptversammlung mit 300 ausländischen Ehrengästen abgehalten.

Inzwischen nahm der Wettbewerb zwischen Strom und Gas erneut unerfreuliche Ausprägungen an und die gegenseitigen Nickeligkeiten in den jeweiligen Werbepostillen wurden langsam lästig. Der Vorsitzende des DVGW führte Verhandlungen mit Vertretern der Elektrizitätsseite, um „Missstimmungen“ zu beseitigen. Man einigte sich im „Frieden von Halle“ darauf, in der Werbung künftig gegenseitige Angriffe zu unterlassen und die Leistungen zur Steigerung der Lebensqualität der jeweils anderen Energieform anzuerkennen. Das war auch bitter nötig. Der DVGW musste inzwischen gegen nach seiner Meinung irreführende Verlautbarungen von Elektrizitätswerken bei der Gasanwendung und über den günstigeren Stromverbrauch beim Kochen vorgehen. Um das zu professionalisieren, wurde 1931 ein eigener Pressesprecher eingestellt. Seine Aufgabe: bei kritischen Berichten über Gas oder Lohhudelei über Strom sofort auf die Tagespresse mit Dementis zuzugehen und vorbereitend Kontakte mit der Presse zu knüpfen. So richtig nach Waffenstillstand und einer neu entdeckten gegenseitigen Liebe roch das aber nicht.

Und was tat sich außerhalb der Verbände, in den Mitgliedswerken? Hier hatten sich, wir berichteten schon, die Neckarwerke während des Krieges durch eine sehr hoheitsvolle Geschäftspolitik bei den Gemeinden unbeliebt gemacht. Auch im Jahr 1929 schwelte der Konflikt immer noch auf kleiner Flamme weiter. Die in dem NEV zusammengeschlossenen Kommunen bemühten sich seit geraumer Zeit, Einfluss auf die Geschäftspolitik der NW zu erhalten. Die Gesfürel/AEG trug aber mit ihrer sehr starren Hal-

tung bei der Erneuerung von Konzessionen in den Gemeinden stark zur Verhärtung der Fronten bei.

Endlich, 1929, gelang es, die Beziehung zur Gesfürel grundsätzlich neu zu ordnen. Kern war die Übereinkunft, das Aktienkapital der NW von 20 auf 30 Millionen Reichsmark zu erhöhen und davon neue Aktien im Nominalwert von acht Millionen RM dem Verband NEV zu überlassen. Damit war der NEV mit Sitz und Stimme in den Gremien der NW vertreten. Im Gegenzug verpflichtete sich der NEV, dass mindestens 206 der offenen 211 Konzessionsverträge bis zum 1.3.1930 auf das Zieljahr 1954 verlängert würden. Solche „Sammelvereinbarungen“ sollen in der jüngsten Geschichte, wie in der Branche zu hören war, ja auch nicht unbekannt sein.

Bleiben wir noch kurz in Württemberg. Das Fehlen eines landesweiten, womöglich landeseigenen Großunternehmens machte sich immer stärker und störender bemerkbar. Mittlerweile sprach man von Württemberg als „Elektrizitätsbalkan Deutschland“ und als „Kolonie großer Stromkonzerne“, womit man natürlich die RWE und die AEG/Gesfürel meinte, die beide mit der KAWAG im Gebiet um Ludwigsburg und die NW um Esslingen schon starke Brückenköpfe hatten. Dass zudem der 1924 begonnene Bau einer 800 km langen 380-kV-Höchstspannungsleitung vorankam und das Teilstück Brauweiler–Hoheneck (Stuttgart) in Betrieb gegangen war, machte die Sache um nichts erfreulicher. Bereits 1928 wurde ein Vertrag der RWE mit den NW (AEG) über die Strombelieferung abgeschlossen, wobei man im Land auch nicht so recht wusste, was die vorhatten. Im Endausbau sollte die RWE-Leitung die Rheinisch Westfälischen Kohlekraftwerke mit den Wasserkraftwerken in Vorarlberg verbinden, also eigentlich ein sinnvoll-

les Vorhaben. Dir. Pirrung von der OEW galt als aktiver Kämpfer für ein „Schwabenwerk“ unter kommunaler oder staatlicher Führung, das sich solchen „Kolonialisierungsideen“ entgegenstemmen sollte. Die OEW selbst war ja inzwischen durch viele Zusammenschlüsse kleinerer Unternehmen zu einem großen Flächenversorger zusammengewachsen und kannte die Vorteile. Dir. Pirrung sorgte sich um diese ausländische Konkurrenz mit ihrem einnehmenden Wesen wenn er feststellte, *„Wenn es nicht gelingt, einen vernünftigen Föderalismus zu erreichen, würde das Land der Monopolstellung der RWE im Laufe der Zeit praktisch ausgeliefert sein“*. Über die KAWAG und die wichtigen Hochspannungsleitungen zeichne sich diese Entwicklung nun immer deutlicher ab.

Derweil ging man beim westlichen Nachbarn im Windschatten des landeseigenen Badenwerks in Ruhe seinen Geschäften nach. Zwar beginnt man auch hier mit den Stromlieferungen des Badenwerks an die Württembergische Landeselektrizitäts AG, aber ohne expansionistische Gedanken. Und wenn andere gute Ideen hatten, war man durchaus aufgeschlossen. Besonders im Endkundenvertrieb. Wie so oft galt im Tagesgeschäft auch hier: „Plagiat ist die höchste Form der Anerkennung“, wenn man sich am Beispiel der BEWAG orientierte. In einem internen Bericht informierte das Badenwerk 1929 über seinen Geräteverkauf zusammen mit der Wormser Firma Salvis. In den Jahren 1924 bis 1929 wurden insgesamt 15.747 Koch- und Heizapparate verkauft, davon 14.220 Geräte auf Basis einer Ratenzahlung, also gemäß dem BEWAG-Modell. An der Spitze der verkauften Geräte standen 9.775 Bügeleisen, gefolgt von 1.953 Kochern, 44 Fußwärmern, 35 Staubsaugern, 364 Fönen und 138 Waschmaschinen. Allein 1929/1930 wurden vom Badenwerk 450 Kochherde direkt verkauft,

in der Folgeperiode waren es sogar 722 Geräte. Und man legte nach. Am 26.2.1932 informierte das Unternehmen in einem Rundschreiben alle Kassenboten (wenn der Strommann zweimal klingelt, ja, so was gab es) über eine Preisaktion zum elektrischen Kochen. Während der Lichtstrom im normalen Wohnungstarif 27 Rpf. bzw. bei Staffelung zehn Rpf. kostete und der Lichtstrom für Geschäfte, Werkstätten und öffentliche Gebäude 45 Rpf. kostete, war der durch besondere Zähler gemessene Kochstrom von März bis Oktober für nur acht Rpf. und von November bis Februar für zehn Rpf. je kWh zu haben. Und das bei Kochstrom, also der „Mittagsspitze“, heute würde man Peak sagen, aber das gab es damals noch nicht.

Auch die BEWAG griff wieder zum Rotstift. Mit neuen Werbemaßnahmen versuchte sie 1932, ihren Absatz weiter zu stärken. Sie senkte die Tarifpreise für Wärme im Haushalt auf acht Rpf./kWh. Daneben führte sie einen Tarif für vollelektrische Haushalte ein, wo der Arbeitspreis ebenfalls bei acht Rpf./kWh lag und ein Grundpreis entsprechend der Zimmerzahl berechnet wurde, also schon ein sehr zukunftsweisender Ansatz. Die Neckarwerke hatten ebenfalls eine besonders clevere Idee. Wie könnte man die Menschen zu einem größeren Verbrauch anreizen? Man schuf 1930 den Niederblocktarif. Je nach Wohnungsgröße wurde ein Mindestverbrauch von 36 kWh bzw. 42 kWh je Monat festgelegt. Wer weniger Strom verbrauchte, zahlte 45 Rpf./kWh, wer mehr verbrauchte zahlte nur 10 Rpf./kWh. Abgerechnet wurde jeden Monat. Klar dass jeder Kleinabnehmer versuchte, den Verbrauch so zu puschen, dass er in die Zehn-Pfennig-Kategorie kam. Viele stellten deshalb gleich auf das elektrische Kochen um, damit war das kein Problem und die Neckarwerke waren auch zufrieden. Sag einer, einfallsreiche Tarifgestaltungen seien eine Erfindung

der Wettbewerbszeit.

\* \* \*

Außerhalb der Energiewirtschaft gab es ebenfalls Großprojekte und Ideen. Ein besonders monströses aus dem Südwesten soll kurz angesprochen werden. Manchmal ist die Natur schon recht lästig. Zum Beispiel am Bodensee. Konstanz wäre z.B. eine ideale Hafenstadt. Direkter Zugang zur Schweiz und Österreich, viel Platz für einen Großhafen, z.B. im Wollmatinger Ried, das ist eh nur ein wert- und nutzloser Sumpf. Dazu über den Rhein eine direkte Anbindung nach Rotterdam. Dumm nur, der Rheinfluss, der lag dazwischen. Das müsste in den fortschrittsgläubigen 1920er-Jahren aber technisch zu lösen sein.

Erst mal wurden also Pläne entwickelt. Die einen wollten das Hindernis einfach wegsprengen, andere einen Kanal von 100 m Breite zwischen Stein und Schaffhausen graben. Dabei gab es die Pläne eigentlich schon lange. Schon 1662 wollten geschäftstüchtige Holländer das lästige Hindernis beseitigen. Die Idee mit dem Kanal wurde dann 1868 entwickelt und 1924 gründeten über 200 Kommunen den Gemeindeverband Oberrhein, der sich auch gleich ans Werk machte. Letztlich war es aber der schwarze Freitag 1929, der den Ideen das finanzielle Lebenslicht ausblies und, man muss es zugeben, die Nationalsozialisten, denen eine gemeinsame Wasserstraße mit der streng neutralen Schweiz ein Graus war. Final entschieden wurde aber erst 1973, als ein Volksentscheid des Kantons Thurgau endgültig Schluss machte mit diesem Unsinn.

Und wie sah das Leben der Menschen in dieser Zeit aus?

Äußerst zwiespältig. Die Lebenssituation besserte sich langsam, zumindest für die meisten, Ruhe und Stetigkeit kehrten aber noch nicht ein. Gerade die politischen Ränder triumphierten immer stärker und beherrschten auch die Straße. So schrieb 1928 Joseph Goebbels: *„Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. (...) Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache. (...) Uns ist jedes gesetzliche Mittel recht, den Zustand von heute zu revolutionieren.“* So denkt mancher Rechtsausleger sicher heute auch wieder. Auch die Linke machte mobil. Am 1. Mai 1929 gab es in Berlin, besonders in Wedding und Neukölln, Straßenschlachten, die 31 Menschenleben kosteten. Zwar wurden daraufhin landesweit einige rote Gruppierungen verboten, ruhiger im Land wurde es aber nicht. Bei der Reichstagswahl 1928 gab es einen leichten Linksrutsch. Die SPD legte kräftig zu, auch die Kommunisten hatten Erfolge, die Deutschnationalen verloren dagegen deutlich, auch die NSDAP verlor zwei der bisher 14 Sitze im Reichstag (insgesamt 491 Sitze) und blieben so in der Bedeutungslosigkeit. Zumindest noch.

Auch aus der Wirtschaft gab es Neuigkeiten. Im April 1928 gelang Opel der Start eines mit Pulverraketen angetriebenen Rennwagens, der es immerhin auf 238 km/h brachte. Er sollte laut Opel die Vorstufe zu einem Raketen-Weltraumflug sein, für den mit großem werblichem Getöse Teilnehmer gesucht wurden. Hunderte meldeten sich, auch eine wagemutige Frau war unter den Interessenten. Opel, zu dieser Zeit der größte Fahrzeughersteller im Deutschen Reich, traute man allerhand zu. Am 17.3.1929 kam aber der Donnerschlag. Die Eigner, die beiden Opel-Brüder, verkauften zunächst 80 Prozent der Anteile an General Motors, bis 1931 über-

nahm GM das Unternehmen dann vollständig. Die hochfliegenden Pläne waren vergessen.

Wenn wir gerade beim Fliegen sind, in Friedrichshafen begann mit der LZ 127, der „Graf Zeppelin“, der Linienflugverkehr zwischen Deutschland und den USA. Ein Flug dauerte noch 111,5 Stunden, das aber bei dem hohen Komfort einer Schiffsreise. In Berlin wurde 1929 der erste US-Tonfilm gezeigt, der die neue Filmära einläutete. Sofort gab es mahnende Stimmen, die betonten, dass der Tonfilm das Gehör und die Augen verderbe und nervenzerrüttend wirke. Nur die alte Form aus Stummfilm und einem Orchester im Kino biete Entspannung und Erbauung. Auch das Bedenkenträgertum in Deutschland ist also keine aktuelle Erscheinung, sondern hat selbst mit den abstrusesten Ideen eine lange Tradition.

Im gleichen Jahr macht sich eine Akademie für Filmkunst in Hollywood daran, die besten künstlerischen Leistungen durch einen Academy Award auszuzeichnen. Die kleine vergoldete Statue erhielt später den Namen Oscar. Angeblich soll eine Sekretärin der Academy beim Anblick der Figur spontan ausgerufen haben „Der sieht ja aus wie mein Onkel Oscar!“. Der erste mit dem Oscar ausgezeichnete Schauspieler war übrigens der Deutsche Emil Jannings. In Deutschland kam 1930 der Film „Die drei von der Tankstelle“ in die Kinos und wurde von Anfang an ein großer Erfolg, der die Menschen begeisterte. Es gab aber auch unschöne Szenen in der Filmwirtschaft. Aufgrund von rechten Krawallen wurde das noch heute zu Recht bekannte filmische Meisterwerk von Lewis Milestone „Im Westen nichts Neues“ verboten. Es zeigte den Krieg ungeschönt und mit seiner ganzen Menschenverachtung. Das konnte aber den rechten Kriegstreibern nicht gefallen. Drei Län-

der hatten deshalb Indizierungsanträge gestellt, Sachsen, Bayern und Württemberg.

Ein anderer Tiefschlag wirkte sich positiver aus. Nach einem unfairen Verhalten von Jack Sharkey wurde dieser vom Ringrichter disqualifiziert und Max Schmeling zum Weltmeister im Schwergewicht erklärt. Kein strahlender Sieg, aber das Ergebnis zählt. Und auch eine gute Bekannte erblickte das Licht der Welt. 1929 war das Buch „Die Biene Maya“ der Spitzenreiter auf dem Buchmarkt. 700.000 Exemplare waren erschienen, daneben noch 17 Ausgaben für den internationalen Markt, darunter amerikanische, afrikanische, hebräische und japanische Übersetzungen.

Auch der Vatikan macht von sich reden. Seit 1871 waren Rom und das Vatikangebiet in das Königreich Italien eingegliedert. Nun, 1928, kam es nach langem Streit zu einer Übereinkunft, der zufolge der souveräne Staat Vatikanstadt gegründet wurde. Eine der Gegenleistungen: Der Vatikan verzichtete auf seine Ansprüche auf den früheren Kirchenstaat, der große Teile Italiens umfasste. Und noch eine gute Nachricht, obwohl viele das damals so nicht wahrnahmen: In London wurde von Alexander Fleming das Penicillin entdeckt.

Es gab aber auch weniger schöne Nachrichten. In Paris endet 1929 eine Konferenz, die die Reparationsverpflichtungen Deutschlands entschärfen sollte. Man wurde sich auch einig, die jährlichen Zahlungen wurden gesenkt und gestreckt. Nun liefen die vorgesehenen Zahlungsverpflichtungen aber bis 1988. Das war wieder Wasser auf die Mühlen der Rechten, die das Abkommen lautstark und auf breiter Front angriffen und die politischen Verhandlungsführer der Weimarer Republik allesamt verteufelten.

Und dann kam es noch schlimmer – Weltwirtschaftskrise!

Nach der Hyperinflation 1923 der zweite Schlag gegen die deutsche Wirtschaft. Ursache war wie so oft: Gier frisst Hirn. In den USA waren die Jahre 1920 bis 1929 ein einziger Boom. Ständig wachsende Umsätze und Gewinne, steigende Absatzzahlen und neue Rekorde, alles befeuerte die Lust am Konsum. Alle Bevölkerungsschichten kauften, was der Markt hergab, vieles auf Kredit. Auch in Aktien wurde investiert, ebenfalls häufig auf Kredit, denn der strömende Gewinn ließ die Zinsen leicht verkraften. Aber wie 2008 war irgendwann auch schon damals Schluss. Diesmal am 24.10.1929. Zwar erfolgten auch schon vorher immer mal wieder kleinere Kursberichtigungen, nun gab es aber beim Absturz kein Halten mehr. Die Aktienkurse kollabierten, viele Aktionäre, insbesondere die Kleinen, verloren innerhalb von Tagen ihr Vermögen, sie standen vor dem Nichts. Doch, etwas hatten sie noch, die Kreditschulden, mit denen sie die Aktien gekauft hatten. Die Zinsen konnten sie nicht mehr bedienen, die Banken kündigten die Kredite, gingen aber letztlich selbst bankrott, da die Schuldner pleite waren. Folge war, dass in USA ca. ein Drittel der Banken liquidiert werden mussten. Damit brach aber auch die Kreditversorgung der Realwirtschaft zusammen. Und die hatte ohnehin schon Probleme genug. Weil die Menschen kein Geld mehr hatten, kauften sie nicht. Deshalb konnte auch nichts mehr produziert werden und damit gab es auch keine Einnahmen mehr. Das führte zu Massenentlassungen, was den Abwärtsstrudel nur weiter befeuerte. Nun zogen die US-Großbanken die Auslandskredite ab und exportierten so den Finanzcrash. Besonders Deutschland war gefährdet. Noch immer kämpften hier die Banken mit den Auswirkungen der Hyperinflation, hohe kurzfristige ausländische Kredite waren ins Reich geflossen, die die Banken aber als langfristige Kredite aus-

reichten. Der Abzug der Gelder traf die Banken nun ins Mark. Erste kleinere Institute gingen sehr schnell pleite, eine Berliner Großbank folgte 1931. Nun verloren die Menschen jedes Vertrauen und stürmten die Banken, um ihr Geld abzuheben. In der Folge mussten die Banken für einige Tage schließen. Wie in USA so auch in Deutschland, die Menschen hatten kein Geld mehr, die Firmen konnten nichts verkaufen (die Industrieproduktion sank um fast 42 Prozent) und bekamen selbst auch keine Kredite mehr und gingen nun ihrerseits pleite mit der Folge von erneuter Massenarbeitslosigkeit. Während 1929 1,4 Mio. Arbeitslose registriert waren, stieg die Zahl bis Ende 1930 auf fünf Millionen Arbeitslose und lag schließlich 1932 bei 6,1 Mio. Arbeitslose, denen nur zwölf Millionen Beschäftigte gegenüberstanden. Der Reichskanzler Brüning reagierte mit Notverordnungen, mit denen er eine radikale Sparpolitik betrieb: Kürzung von Arbeitslosengeld, Kürzung der Renten, Kürzung der Beamtgehälter, Absenkung der Löhne um 45 Prozent, Kürzung aller Wohlfahrtsausgaben. Zudem erhöhte er die indirekten Steuern und führte neue Steuern ein. Um die Unternehmen zu entlasten, senkte er direkte Steuern, aber das half nichts mehr. Durch seine prozyklische Haushaltspolitik brach das wirtschaftliche System Deutschlands endgültig zusammen, ein weiterer Triumph für die Rechten.

Eine Fußnote sei hier angeführt: Auch die Rechten hatten ein Problem, Adolf Hitler hatte keine deutsche Staatsbürgerschaft. Nach dem Ersten Weltkrieg verlor er die österreichische Staatsbürgerschaft, ohne dass er eine andere erhalten hätte. Nun wollte er ohne großes Aufsehen nach Deutschland eingebürgert werden. Das gelang mit einem Trick. Die Regierung des Landes Braunschweig ernannte ihn am 25.2.1932 zum Regierungsrat mit der

Folge, dass er damit automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erhielt. Aus seiner Sicht kein Tag zu früh. Nun erst konnte er als Reichskanzler kandidieren. Die Reichstagswahl im Juli 1932 wurde zum Triumph für die NSDAP. Mit 37,4 Prozent stellte sie die stärkste politische Kraft im Reich. Die im Vorfeld der Wahl stattfindenden Straßenschlachten zwischen ihr und der KPD hatten ihr nicht geschadet, eher genutzt. Noch waren sie aber nicht am Ziel ihrer verhängnisvollen Träume. Einen Reichskanzler Hitler wollte selbst der rechte Reichspräsident Hindenburg nicht und Hitler wollte kein Vizekanzler unter Franz von Papen sein. Zusammen mit der KPD hatte die NSDAP eine negative Mehrheit, d.h. sie konnten den Reichstag lahmlegen. Also noch mal Neuwahlen. Die achten Wahlen seit 1919. Die NSDAP verlor zwar etwas, verfügte aber immer noch zusammen mit der KPD über die negative Mehrheit. Hitler griff erneut nach der Macht, Hindenburg wollte immer noch nicht, also alles wieder offen.

Aus den Trümmern des unseligen Krieges entstand in den angeblich goldenen Zwanzigern ein wirtschaftlich ruiniertes Land, das gerade dabei war, sich wieder aufzurappeln. Die Weltwirtschaftskrise trieb es zurück ins Elend mit der Folge, dass sich noch mehr Menschen den radikalen Parteien zuwandten. Der Tanz auf dem Vulkan, der die 20er-Jahre prägte und einen trügerischen Glanz verbreitete, war zu Ende, der Ausbruch des Vulkans stand unmittelbar bevor.

## Kapitel IV 1933 bis 1945

# Größenwahn und Untergang







**E**in schlimmes Jahrzehnt stand Deutschland bevor, vielleicht das schlimmste seiner Geschichte. Zuerst der Beginn eines tausendjährigen Reiches, dann dessen krachender Untergang nach nur zwölf Jahren in einem alles vernichtenden Inferno. Aber, auch das gehört zur Geschichte, eine Entwicklung in der Energiewirtschaft, die die nächsten 60 Jahre entscheidend beeinflussen sollte. Doch dazu später.

Zuerst zur weiteren Entwicklung nach der Reichstagswahl im November 1932. Hitler wollte gerne Reichskanzler werden, Hindenburg wollte das verhindern und den NSDAP-Führer nur zum stellvertretenden Kanzler machen, das wollte Hitler wieder nicht. Und so zankte man sich weiter über den Jahreswechsel hinaus. Der Januar 1933 begann mit einem Macht- und Intrigenspiel erster Güte. Jeder mauschelte mit jedem, das Zentrum träumte davon, die NSDAP mithilfe der konservativen Kräfte und der parlamentarischen Regeln an die lange Leine zu bekommen; Hitler sicherte zu, die parlamentarischen Gremien und die rechtliche Stellung der Reichswehr zu achten. Auf allen Seiten also nur selbsterklärte aufrichtige und dem Wohl des Volkes verpflichtete Ehrenmänner (unter 584 Abgeordneten befanden sich nur 33 Frauen, vornehmlich bei den linken Fraktionen). Als Hitler dann noch zusagte, die Rechte des Reichspräsidenten Hindenburg zu achten, bröckelte dessen Ablehnung. Da auch Hindenburgs Sohn informell eine nie ganz geklärte Rolle als Hitlers Unterstützer spielte, gab der greise Reichspräsident am 30.1.1933 nach und ernannte Hitler zum Reichskanzler. Die Rechten tobten vor Begeisterung, die SA marschierte und nicht wenigen dämmerte, dass das ein Marsch in den Abgrund werden könnte. Das Chaos ließ auch nicht lange auf sich warten. Am 27.2. brannte der Reichstag, angeblich

die Tat eines einzelnen Warrkopfes, was aber so sehr gelegen kam, dass manche dahinter die organisierende Hand der Braunen zu erkennen glaubten. Sofort am 28.2. wurde eine Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ erlassen. Sie setzte die sieben wesentlichen Artikel der Verfassung kurzerhand außer Kraft, die die bürgerlichen und persönlichen Freiheiten garantierten. Weil sich der Reichstag zum 1.2. bereits selbst aufgelöst hatte, standen schon wieder Wahlen an, diesmal aber unter keinem freiheitlichen Stern. Die NSDAP nutzte ihre Regierungsgewalt massiv aus, um die anderen Parteien, vor allem die des linken Spektrums, im Wahlkampf zu behindern. Trotz aller Mühe und Terror gelang es der NSDAP aber nicht, die erhoffte absolute Mehrheit zu erreichen, sie kam auf 43,9 Prozent. Zusammen mit anderen rechten Gruppierungen reichte es aber für eine stabile Mehrheit mit 340 von 647 Sitzen. Und das reichte wiederum, um das „Ermächtigungsgesetz“ zu erlassen, das es Hitler und seinen Gesinnungsgenossen erlaubte, für vier Jahre Gesetze ohne das Parlament zu erlassen, die zudem sogar der immer noch geltenden Verfassung widersprechen durften. Man kann deshalb nur nochmals feststellen, Ermächtigungsgesetze haben in Deutschland zu keiner Zeit etwas Gutes gebracht.

Die neuen Machthaber verloren auch keine Zeit und nutzten die umfangreichen Machtinstrumente zu ihrem Vorteil weidlich aus. Schon im April folgt das Gleichschaltungsgesetz, das die föderalistischen Strukturen in Deutschland zerschlug und den Ländern die Eigenständigkeiten weitgehend nahm. Im Mai wurden die Gewerkschaften aufgelöst und ihr Vermögen in die „Deutsche Arbeitsfront“ überführt und im Juli wurde die NSDAP zur faktisch einzigen zulässigen Partei in Deutschland erklärt. Als

Reichspräsident Hindenburg 1934 starb, wurden die bisherigen Befugnisse des Reichspräsidenten auf den „Führer und Reichskanzler“ Adolf Hitler übertragen, der nun praktisch Reichskanzler und Reichspräsident in einer Person war. Auch mit dem Terror gegen vornehmlich jüdische Bürgerinnen und Bürger verlor man keine Zeit. Schon ab April 1933 wurden nicht arische, meist jüdische Beamte, Juristen, Künstler und Ärzte aus ihren Ämtern gedrängt. Besonders beschämend, vielfach beglichen deren angebliche „Freunde und Bekannte“ dabei selbst noch offene wirtschaftliche und persönliche Rechnungen oder schauten einfach nur weg. Selbst die Kirchen, damals ein wichtiger Machtfaktor, waren uneins und strichen, von mutigen Einzelpersonen abgesehen, das Gebot der christlichen Nächstenliebe aus ihrem Handlungsspektrum. Selbst das Fanal der Bücherverbrennungen am 10. Mai 1933 bewirkte kein wirkliches Erwachen aus dem nationalistischen Taumel, im Gegenteil. Nachdem die Parteien ausgeschaltet und die öffentliche Meinung gleichgeschaltet war, traute man sich sogar, im November 1933 wieder eine Reichstagswahl abzuhalten. Vorsichtshalber gab es aber nur eine Einheitsliste mit Angehörigen der NSDAP und von der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot, ebenfalls tiefbraunen Mitstreitern um Alfred Hugenberg, wir erinnern uns, dem Medienzaren, der sich neben Zeitungen auch schon die Ufa einverleibte.

Überhaupt die Medien. Seit Joseph Goebbels am 13. März 1933 zum Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda ernannt worden war, nutzte er alle Möglichkeiten des jungen Mediums Rundfunk. Nur dumm, die Empfänger waren noch teuer und somit nichts für Goebbels Hauptzielgruppe, die „Volksgenossen“ aus der unteren und mittleren Arbeiter- und Angestellten-schicht. Aber es nahte Abhilfe. Auf der Berliner Funkausstellung

im August 1933 wurde der Volksempfänger vorgestellt, ein einfaches, aber ausreichendes Gerät für leistbare 76 RM, das von allen 28 deutschen Radioherstellern in gleicher Ausstattung hergestellt wurde. Da die bisherigen Marken-Rundfunkempfänger ca. 200 bis 400 RM kosteten, war das schon ein gewaltiger Fortschritt und der Erfolg blieb nicht aus. Bis Ende 1933 wurden 680.000 Geräte verkauft. Auch wieder eine Errungenschaft, die die NSDAP fälschlich für sich reklamierte, der technische Grundstein dieser Entwicklung lag deutlich früher. Wie auch bei der im Juni 1933 erfolgten Gründung der „Reichsgesellschaft zum Bau von Autobahnen“, die suggerierte, die Partei hätte die Idee zu dem Konzept der Autobahnen gehabt. Alles das fügte sich aber bei den Wählerinnen und Wählern zu einem Stimmungsbild, das die neuen Machthaber rechtzeitig vor der Wahl in einem sehr positiven Licht erstrahlen ließ. Selbst die Kirchen wollten nicht abseits stehen. Einige Bischöfe waren sich nicht zu schade und riefen sogar zur „freudigen Stimmabgabe für den Führer“ auf, ein Appell, der nicht ungehört blieb. Auch weil die SA „Wahlschleppdienste“ organisierte, also störrische Wähler zu den Urnen „begleitete“, lag die Wahlbeteiligung bei 95,2 Prozent mit einem Wahlergebnis für die Einheitsliste von 92,1 Prozent. Parallel zur Wahl gab es eine Volksabstimmung zum Austritt aus dem Völkerbund, die ebenfalls mit 95,1 Prozent im Sinne der Machthaber ausging.

\* \* \*

Und was tat sich in diesen bewegten Zeiten in unseren Verbänden? Richtig, sehr viel und leider, man muss es so feststellen, sehr viel Zeittypisches. Auch in unserem Wirtschaftszweig konnte und

wollte man sich dem Mainstream nicht entziehen. Immerhin, zum 1.1.1933 hatte der VdEW in Deutschland 534 ordentliche und 15 außerordentliche Mitglieder, aus außerdeutschen Staaten sind 92 ordentliche und drei außerordentliche Mitglieder des Verbandes zu verzeichnen. Und, das ist besonders zu betonen, alles waren freiwillige Mitglieder. Nun aber änderten sich die Rahmenbedingungen. Noch im gleichen Jahr passte sich der Verband sehr schnell den politischen Entwicklungen an. Am 30.6.1933 wurde auf der Hauptversammlung in Essen der Leiter der HEW Dr. Otte gewählt. Die „Elektrizitätswirtschaft“ betonte in einem Artikel über diese Zeit, veröffentlicht 1943:

*„Die Leitung (Anmerkung: des Verbandes) wurde durch die Einführung des Führerprinzips straffer, von Versammlungsbeschlüssen unabhängig, der Aufgabenkreis größer und durch vorübergehende Einbeziehung in die Gesamtorganisation der gewerblichen Wirtschaft Deutschlands bedeutungsvoller.“*

Ob wirklich alle Mitgliedsunternehmen und deren Direktoren dies auch so sahen, darf bezweifelt werden, aber wie überall, man ordnete sich unter. Im gleichen Jahr erhielt der Verband auch einen neuen Namen, „Reichsverband der Elektrizitäts-Versorgung“ (REV); keine Sorge, man wird ihn sich nur kurz merken müssen, weitere Umwandlungen standen in Kürze an. Ach übrigens, die „Interessengemeinschaft staatlicher und kommunaler Elektrizitätswerke Deutschlands“ (Iske), hervorgegangen aus der 1925 gegründeten „Interessengemeinschaft kommunaler Elektrizitätswerke“ (Ike), beschloss, sich aufzulösen, nachdem der Deutsche Gemeinde-

tag die Gewähr gegeben hatte, dass dieser die Interessen der kommunalen EVU künftig mit vertrete. Damit verschwand eine Organisation, die ein Vorläufer des 1949 gegründeten VKU war. Und als hätten sie es geahnt, fast zeitgleich hatte auch der Vorstoß des Bundes der privaten EVU aus dem Jahre 1929 zum Thema Besteuerung kommunaler EVU nun endlich doch den erwünschten Erfolg. Die vom Reichstag beschlossene Untersuchung war 1933 abgeschlossen, durch den politischen Wechsel aber ohne Bedeutung. Die neuen Machthaber kümmerten sich nicht um parlamentarische Mehrheiten, sondern beschlossen, das Steuerprivileg der in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe abzuschaffen. Die Siegesfreude des „Bunds der Elektrizitätsversorgungsunternehmen Deutschlands e.V.“ der privaten EVU währte aber nur kurz. Er beschloss kurz nach diesem Erfolg seine Auflösung und ging am 25.7.1934 in Liquidation, sicher auch politischen Entwicklungen folgend.

Und weiter ging es mit schnellen Schritten. Durch das „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft“ vom 27.2.1934 wurde die Zusammenarbeit des REV (vormals VfEW) mit anderen Gruppen der deutschen Wirtschaft neu bestimmt. Die Energiewirtschaft wurde als Hauptgruppe 13 in die Gesamtorganisation der deutschen Wirtschaft eingegliedert. Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes vom 27.2.1934 trat im November in Kraft. Sie besagte:

*„Die gewerbliche Wirtschaft wird in die Reichsgruppen Industrie, Handwerk, Handel, Banken, Versicherungen und Energiewirtschaft zusammengefaßt und in diesen werden Wirtschaftsgruppen gebildet. Die Wirtschaftsgruppen haben die Stellung von rechtsfähigen Vereinen. Der jeweilige Leiter*

*erläßt die Satzung der Gruppe und bestellt mit Zustimmung des Leiters der übergeordneten Gruppe den Stellvertreter und einen Geschäftsführer, der die laufenden Geschäfte nach seiner Weisung führt.“*

In einem weiteren Erlass wurde geregelt:

*„Die Wirtschaftsgruppe Elektrizitätsversorgung (WEV) wird als alleinige Vertretung ihres Wirtschaftszweiges anerkannt. Ihr werden alle Unternehmungen angeschlossen, die andere mittelbar oder unmittelbar mit Energie versorgen. Dies gilt auch für Unternehmen, die diese Tätigkeit neben einer anderen Gewerbetätigkeit ausüben (z.B. Mühlenbetriebe).“*  
(Anmerkung: Alle Texte teilweise gekürzt.)

Damit trat die Wirtschaftsgruppe Elektrizitätsversorgung zum 1.1.1935 an die Stelle des „Reichsverbandes der Elektrizitätsversorgung“ (REV), vormals VdEW. Auch die anderen Gruppierungen, z. B. die regionalen Verbände wie „Verband der Elektrizitätswerke am Mittelrhein e.V.“ und „Verband der Elektrizitätswerke Württembergs und Hohenzollerns e.V.“ wurden zwangsweise zusammengefasst. Lediglich in den Bezirksgruppen dürfte sich die weitere regionale Arbeit abgespielt haben. Dies konnte aber nicht mehr als ein Gedankenaustausch gewesen sein, da eine wirksame Gestaltungsarbeit mit Diskussion und demokratischen Abstimmungen nicht mehr möglich war.

Dies zeigte beispielhaft auch die Mitgliederversammlung der Bezirksgruppe Württemberg in Friedrichshafen am 14.6.1935. Sie diente der Überführung des früheren Bezirksverbandes in

die württembergische Untergliederung der neuen WEV. Daneben wurde noch, in der Zeit entsprechenden Worten (die hier nicht zitiert werden sollen), die Wandlung in der Rechtsauffassung im neuen Deutschland erläutert und grundsätzliche Ausführungen über die gegenwärtigen Tagesfragen gemacht. Als Rahmenprogramm erfolgte die gemeinsame Anreise mit einem neuen, noch nicht im regulären Verkehr eingesetzten Schnelltriebwagen der DRG mit Erläuterungen durch hochrangige Vertreter der Reichsbahn und eine Besichtigung des Luftschiffs „Graf Zeppelin“ sowie der im Bau befindlichen LZ 129 „Hindenburg“, die später ein so tragisches Ende nehmen sollte. Als Damenprogramm fand ein Omnibusausflug nach Salem, Heiligenberg und Meersburg statt, am zweiten Tag eine gemeinsame Schifffahrt mit der „Ravensburg“ zu der Insel Mainau. Immerhin, wenn man schon nichts arbeiten und beschließen durfte, sollte wenigstens gefeiert werden.

Wie schon gesagt, den Namen REV brauchte man sich nicht zu merken. Die Aufgaben des erst 1933 gegründeten REV/VdEW wurden 1935 in die WEV überführt, der Verband selbst aber nicht aufgelöst. Die Politik braucht ihn noch. Ihm oblag es, die Beziehungen zu den ausländischen Mitgliedern und Organisationen aufrechtzuerhalten und wissenschaftliche Fragen zur Elektrizitätsversorgung weiter zu behandeln. Um zu verhindern, dass sich eine Parallelstruktur zur WEV bildete, und um die politische Kontrolle auch hier auszuüben, trat die WEV als korporatives Mitglied dem Verband bei und setzte den Leiter der WEV auch gleich als Leiter der REV/VdEW ein. Ohne an dessen Aufgabenstellung etwas zu ändern, wurde der Name dieser Vereinigung im Jahre 1940 von früher VdEW, nun REV, wieder auf „Vereinigung der Elektrizitätswerke“ geändert.

Dem Gas- und Wasserverband DVGW ging es nicht besser. Schon im April 1933 setzte die NSDAP einen Kommissar beim DVGW ein, der den Auftrag hatte, die „Leistungsfähigkeit der gasfachlichen Organisationen in einheitlicher Form zu erhalten und sie planmäßig im nationalwirtschaftlichen Sinne auszubauen“. Am 24.6.1933 wurde der „Reichsverband des deutschen Gas- und Wasserfaches“ gegründet, dem analog zum REV bei der Elektrizität ebenfalls kein langes Leben beschieden war. Schon am 6.3.1934 wurde er wieder liquidiert. Seine Aufgabe übernahm die „Wirtschaftsgruppe Gas- und Wasserversorgung“ (WGW), analog zur WEV beim Strom.

Im 75. Jahr seines Bestehens wurde der parallel noch bestehende DVGW 1934 umgegliedert und die Satzung geändert. Statt eines kollegialen Vorstandes aus den Fächern Gas, Wasser und des stimmberechtigten Generalsekretärs wurde in der Person von Richard Nübling, Generaldirektor der TWS, ein Vereinsvorsitzender installiert, der faktisch alleinbestimmend war und somit das überall propagierte „Führerprinzip“ auch hier einführen konnte. Immerhin, er schlug bei seiner ersten Rede auch neue Töne an, als er ankündigte *„mit der Elektrizität gemeinschaftlich zu denken und zu wirken. Ich möchte deshalb dem Reichsverband der Elektroversorgung zurufen: Wir wollen zusammenarbeiten und wir wollen nun einmal wirklich und mit ernsthafter Gesinnung den Versuch machen, den Energietechniker zu schaffen, der bisher noch nicht da gewesen ist.“* Den anwesenden Fachleuten und Werkleitern wurden aber auch die Leviten gelesen. Ein Vortragender, der „Stabsleiter der Kommission für Wirtschaftstechnik der Reichsleitung der NSDAP“, machte unmissverständlich die Erwartungshaltung an den DVGW klar. Er forderte „ein aus innerster Überzeugung kom-

mendes offenes und freimütiges Bekenntnis zum Nationalsozialismus“. Und nicht nur das. Mit abschätzigen Worten geißelte er den Eigennutz vieler Organisationen, die sich mit vielen Worten zu den Zielen bekannten, aber mit noch mehr Argumenten zu belegen versuchten, dass gerade ihre Existenz, ihr Anliegen von zentraler Bedeutung sei und mit vielen „Zitaten des Führers“ bei jeder wirtschaftlichen Äußerung zu belegen versuchten, dass gerade sie den Nationalsozialismus unterstützten. Starke Worte, die aber zeigen, wie schwer es schon 1934 war, sich ein eigenes Gedankengut zu bewahren.

Auf der Jahrestagung in Königsberg 1935 erfolgen weitere Klarstellungen. Der „Vereinsführer“ der WGW machte deutlich, *„dass der Verein seine ganze Arbeit und Zielsetzung der nationalsozialistischen Staats- und Wirtschaftsführung aufs Engste anzupassen hat.“* Auch der Leiter der Wirtschaftsgruppe Gas und Wasserversorgung Tiemessen stieß ins gleiche Horn, wenn er feststellte, *„alle Arbeiten werden in vollster Übereinstimmung mit dem Gedankengut und den Grundsätzen der NSDAP durchgeführt.“*

Es gab aber auch Positives aus Königsberg zu vermelden. Man einigte sich mit der Wirtschaftsgruppe, dass diese künftig die wirtschaftspolitischen, juristischen und sozialen Belange des Gas- und Wasserfaches betreue, der DVGW aber weiterhin die technisch-wissenschaftlichen Aufgaben übernehmen solle. Damit war die Existenz des DVGW erst mal gesichert. Dennoch, man muss sich das klar vor Augen führen, innerhalb von nur zwei Jahren wurden die beiden wichtigsten Verbände der Energiewirtschaft von eigenständigen, diskussionsfreudigen und um die besten Impulse ringenden Organisationen auf Reichs- und Länderebene in willfährige zahnlose Claqueure des neuen Regimes verwandelt.

Auf der Jahrestagung des DVGW 1935 griff man dann den Gedanken der friedlichen Koexistenz mit dem Strom auf und erklärte mit Blick auf die Werbeaktivitäten nicht mehr: *„Du kannst mir, was du willst erzählen, zum Kochen werd ich Gas stets wählen“*, und auch nicht: *„Es hat sich schon herumgesprochen, auch du kannst jetzt elektrisch kochen!“*, sondern: *„Gas ist gut und Strom ist's auch, weil ich da nichts vom Ausland brauch.“* Noch etwas holprig das Ganze, aber zum einen waren zu der Zeit die wirklich reimestarken Intellektuellen in Deutschland schon nicht mehr hoch angesehen oder bereits emigriert und zum anderen, viel wichtiger, man konnte zeigen, dass man verstanden hatte oder, besser, dass man verstanden haben musste. Eben das Führerprinzip.

Vor der WEV Bezirksgruppe Berlin-Brandenburg wurde am 9.12.1935 ein Vortrag zum Thema Fahrzeugtechnik gehalten, der auch ein Plädoyer für Stadtgasfahrzeuge beinhaltete. Diese eigneten sich besonders, so der Tenor, wenn ein vorhandener Fuhrpark umgestellt würde. Auch hierzu, so die Forderung an die Energiewirtschaft, sollten endlich Gastankstellen geschaffen werden. Im gleichen Jahr war in Hannover schon die erste Gastankstelle eröffnet worden, der bald weitere im ganzen Reich folgten. Der geplante flächendeckende Ausbau wurde aber nie erreicht.

Im Zentrum der Betrachtungen der WEV standen aber die Elektrofahrzeuge, wenn betont wurde, dass alleine in Berlin, nach Erhebungen von Juli 1935, 2.000 Elektrofahrzeuge gemeldet waren und reichsweit 20.000 Fahrzeuge fuhren. Gefordert wurde, dass die EVU die Verbreitung der Fahrzeuge durch das Aufstellen von öffentlichen Ladestationen fördern und ausreichend für diese Technik werben sollten. Interessenten müssten in der Lage sein, Leihfahrzeuge in ihren eigenen Betrieben einzusetzen, um sich

von den Vorteilen zu überzeugen. Allerdings wies man auch darauf hin, dass eine Geschwindigkeit von 25 bis 30 km/h in den Stadtgebieten ausreichen müsse und eine Fahrstrecke von 60 bis 80 km am Tag ideal sei. Alles darüber Hinausgehende schädige die Batterien. Wir erkennen, abgesehen von den wünschenswerten Geschwindigkeiten und dem Fahrradius haben sich die politischen Forderungen zum Thema Elektromobilität in den letzten 80 Jahren nicht grundlegend geändert.

\* \* \*

Zwei kurze Einschübe seien hier gestattet, bevor wir uns weiter der Energiewirtschaft zuwenden. Sie betreffen zwei Personen, die wir im Auge behalten wollten.

Einmal ist dies Dr. Konrad Adenauer, der einfallsreiche Bürgermeister von Köln aus den Kriegsjahren. Bockig bis zur Halsstarrigkeit war es kein Wunder, dass er sich, inzwischen OB von Köln, auch mit den Parteigranden anlegte. Schon 1931 kam es zur ersten größeren Auseinandersetzung, als die NSDAP in einer nächtlichen Aktion die Rheinbrücken mit Hakenkreuzfahnen beflaggte. Adenauer ließ – nach seiner späteren eigenen Darstellung – die Fahnen mit Verweis darauf, dass die Brücken öffentliche Bauwerke seien, unverzüglich wieder entfernen. Durch seine Standhaftigkeit in dieser nur scheinbaren Bagatelle geriet Adenauer in das Visier der SA, die sogar öffentlich Geld für „die Kugel Adenauers“ sammeln ließ. Es gibt auch andere Darstellungen dieses Vorfalls, wie auch immer, er blieb ein widerborstiger Zeitgenosse, der sich nicht „gleichschalten“ ließ. Und er machte weiter. Erneut verbot er am 18. Februar 1933 jeglichen Flaggen-

schmuck beim Besuch Hitlers, ein ungeheurer Affront in dieser schon parteigläubigen Zeit.

Als die Zentrumspartei (die Stütze Adenauers) in Köln bei den Kommunalwahlen vom 12. März 1933 schließlich unterlag, wurden die Rechnungen beglichen. Die NSDAP enthob Adenauer am 13. März 1933 seines Amtes als Oberbürgermeister. Vorsichtshalber tauchte er danach erst mal bei einem befreundeten Abt im Kloster Maria Laach unter, wechselte dann häufig die Wohnsitze und lebte, immerhin erst 57 Jahre alt, bis 1945 als Pensionär und Erfinder in innerer Emigration.

Die zweite Person, der wir uns kurz widmen wollen, ist Dir. Pirrung. Wir lernten ihn als Vorsitzenden des „Verband der Elektrizitätswerke Württembergs und Hohenzollern e.V.“ kennen, als er am 30./31.3.1928 in Stuttgart die gemeinsame Tagung der beiden Landesverbände eröffnete. Ursprünglich hatte er im Auftrag der Stuttgarter Firma Reisser ab 1908 rund 50 Elektrizitätswerke im süddeutschen Raum betreut, war also in der Branche bestens vernetzt. Ab 1919 avancierte er als Vorstand der Reisser-Elektrizitäts-Versorgungs-AG, von denen er 1924 zu den Oberschwäbischen Elektrizitätswerken (OEW) nach Biberach an der Riß wechselte, die er als Direktor sehr erfolgreich führte und dabei stets in den Verbänden aktiv war.

Am 10. April 1933 wurde OEW-Direktor Pirrung als Gegner des Nationalsozialismus vom Lauf der Zeit und einigen „Volksgenossen“ eingeholt und „bis auf Weiteres beurlaubt“. Er führte dann sehr erfolgreich ein Sachverständigenbüro für Energiewirtschaft und Wasserkraftnutzung, also sein ureigenstes Terrain. Und wir werden ihm wieder begegnen, die Branche würde ihn noch brauchen.

\* \* \*

Was gab es sonst noch aus unserem Wirtschaftszweig zu vermelden? Die EVU durften seit 1933 die eigenen Stromzähler in betriebseigenen Werkstätten reparieren, justieren und amtlich verplomben, wenn sie ein elektrisches Prüfamt hatten. Die Neckarwerke beschloss deshalb, sich zum Preis von 27.445 RM eine solche Zählerprüfstelle einzurichten, die Hauptprüfstelle 40.

Eine wichtige Meldung aus der Region. Es wächst zusammen, was zusammengehört, würde man über 50 Jahre später sagen. Die bisherigen drei Betriebe der Stadt Stuttgart, das städtische Gaswerk, das Elektrizitätswerk und das Wasserwerk wurden am 1.5.1933 zu den neuen TWS zusammengefasst. Treiber war Dr. Strölin, vormals kaufmännischer Geschäftsführer im Stuttgarter Gaswerk und Geschäftsführer des Landesverbandes der Württembergischen Gaswerke, nun neuer und linientreuer OB der Stadt Stuttgart, der aus seiner bisherigen Tätigkeit hervorragende Innenkenntnisse der städtischen Versorgungsbetriebe hatte.

An anderer Stelle wurde derweil noch laboriert. Die Idee einer Landesenergieversorgung Württemberg ähnelte immer noch eher der Echternacher Springprozession (zwei Schritte vor, einer zurück). Die WELAG und die Wüsag fusionierten am 14.12.1934 zur „Elektrizitäts-Versorgung Württemberg“ (EVW). Durch den am gleichen Tag abgeschlossenen Konsortialvertrag erhielt die EVW die Aufgabe eines Landesversorgungsunternehmens/Verbundunternehmens. Allerdings belieferte die EVW keine Endkunden. Das Land war mit 27,07 Prozent beteiligt, das Reich mit 20,56 Prozent, die Neckarwerke und TWS jeweils mit 12,64 Prozent.

Und eine weitere Änderung, die uns auch heute noch seltsam bekannt vorkommt: Am 30.7.1934 erschien die „Verordnung über die Mitteilungspflicht in der Energiewirtschaft“, die den Energieversorgungsunternehmen auferlegt, Änderungen bei Tarifen und Lieferbedingungen, aber auch den Bau oder die Stilllegung von Anlagen, dem zuständigen Ministerium anzuzeigen. Der Reichswirtschaftsminister könnte dann den Vorhaben widersprechen. Gleichzeitig wurde eine Preisaufsichtsbehörde installiert, die auch über die allgemeinen Versorgungsbedingungen wachte.

Dann kam der ganz große Wurf, ein wichtiges Gesetz wurde formuliert das viele auch heute noch angesichts der modernen Gesetzes- und Verordnungsflut in keiner schlechten Erinnerung haben. Am 13.12.1935 erfolgte die Verabschiedung eines Energiewirtschaftsgesetzes. Was waren die Hintergründe? Ein Kernanliegen der damaligen Politik war es, so viel wie möglich zentral und im Sinne der Partei zu regeln. Die Elektrizitätswirtschaft wuchs dagegen in den Jahren ab 1900 sehr schnell, aber uneinheitlich. Private EVU standen neben kommunalen oder staatlichen Betrieben. Einzelne Länder hatten erfolgreich versucht, ein Landeselektrizitätsunternehmen zu installieren, z.B. Baden, andere Länder setzten auf Einzelinitiativen von privater Seite oder auf Gebietskörperschaften und größere Regionalunternehmen, z.B. Württemberg. Alle diese Wege führten zum Erfolg, die Länder waren fast flächendeckend elektrifiziert. Ärgerlich nur, dass der Kleinkrieg „große mächtige Verbundunternehmen mit Großkraftwerken“ vs. „kleine und mittelgroße kundennahe Strukturen in kommunaler Hand“ immer noch nicht richtig ausgestanden war. Die herrschende Politik konnte und wollte sich hier nicht eindeutig positionieren, da ihr bewusst war, dass die Fragen diffizil, falsche Entschei-



dungen folgenreich und die eigene Sachkompetenz überschaubar war. Aber vor dem Sachverstand der Techniker kapitulieren widerspricht dem politischen Selbstverständnis, damals wie heute. Einerseits neigte man damals dem Zeitgeist entsprechend zu großen monumentalen Strukturen, andererseits liebäugelte man auch mit kleinteiligen Unternehmen, da diese leichter zu beherrschen und zu lenken waren. Nicht zu vergessen, man wollte auch keinen Ärger mit den regionalen Parteikadern heraufbeschwören, da sich diese inzwischen selbst mit Posten und Pöstchen in der Energiewirtschaft versorgt hatten. Deshalb unterblieben in dem Gesetz alle diesbezüglichen Festlegungen und man konzentrierte sich auf das, was man erreichen wollte, ein reichsweit einheitliches Gesetz, das die Energiewirtschaft und deren Ziele regelt. Entsprechend dem damaligen wirtschaftlichen Denken könne, so die herrschende Meinung, die Strom- und Gasversorgung nur auf monopolistischer Grundlage effizient funktionieren (ein geographisches Areal – ein EVU), wobei hier bewusst nicht zwischen großen und kleinen Strukturen unterschieden wurde. Als Gegenpol sollte durch eine umfassende staatliche Aufsicht mit starken Instrumenten verhindert werden, dass es zu monopolbedingten Fehlentwicklungen käme. Bereits die Präambel des Gesetzes brachte das zum Ausdruck:

*„Um die Energiewirtschaft als wichtige Grundlage des wirtschaftlichen und sozialen Lebens im Zusammenwirken aller beteiligten Kräfte der Wirtschaft und der öffentlichen Gebietskörperschaften einheitlich zu führen und im Interesse des Gemeinwohls die Energiearten wirtschaftlich einzusetzen, den notwendigen öffentlichen Einfluss in allen Angelegenhei-*

*ten der Energieversorgung zu sichern, volkswirtschaftlich schädliche Auswirkungen des Wettbewerbs zu verhindern, einen zweckmäßigen Ausgleich durch Verbundwirtschaft zu fördern und durch all dies die Energieversorgung so sicher und billig wie möglich zu gestalten.“*

Das Gesetz beinhaltete in seiner ersten Fassung nur 19 Paragraphen. Einerseits wurde festgelegt, dass durch die Ausweisung von Demarkationsgrenzen die „schädlichen Auswirkungen des Wettbewerbs“ unterblieben, andererseits bestand innerhalb der Demarkationsgrenzen eine Anschluss- und Versorgungspflicht gegenüber Kunden sowie eine staatliche Preisaufsicht und der Zwang, allgemeine Versorgungsbedingungen zu erlassen.

By the way: Parallel zum Energiewirtschaftsgesetz wurde die Tarifffrage einmal mehr diskutiert. Nach einer Übergangszeit sollten alle Tarife auf einen Grundpreistarif umgestellt werden, der sich aus einem festen Grundpreis und einem Arbeitspreis für den tatsächlichen Stromverbrauch berechnete. Aber noch gab es Widerstände, viele wollten an dem Bewährten festhalten.

\*\*\*

Und was bewegte die Menschen in diesen Jahren noch? Die Deutsche Reichspost eröffnet im Oktober 1933 die erste allgemeine Telefon-Fernschreibverbindung der Welt zwischen Hamburg und Berlin. Die Deutsche Lufthansa vermeldet im Februar 1934 ebenfalls Wichtiges: den ersten planmäßigen Postflugdienst nach Südamerika. Aber nicht einfach so wie heute, nein, etwas komplizierter war es schon. Die erste Teilroute begann am Landesflughafen

Stuttgart-Böblingen und reichte bis Sevilla, wo eine Ju 52 die Post bis nach Las Palmas übernahm. Dort wurde wieder umgeladen, in das Flugboot Dornier Wal, das sie über eine Zwischenstation in Britisch Gambia und eine weitere Station auf hoher See beim dort kreuzenden, als schwimmendem Flugzeugstützpunkt ausgebautem Dampfer „Westfalen“ schließlich in vier Tagen nach Brasilien brachte. Und die Gebühren? Je Brief ein Auslandsporto von 25 Rpf., zuzüglich eines Luftpostzuschlags von 1,25 RM, also alles relativ günstig.

Von besonderem Interesse der Menschen, damals wie heute, war der Urlaub. Lag der Anspruch in der Weimarer Republik noch bei acht bis zwölf Tagen im Jahr, verlängerten ihn die neuen Machthaber auf zwei bis drei Wochen. Sicher war ein Grund, die traditionell linke Arbeiterschaft mit dieser Maßnahme auf ihre Seite zu ziehen. Und sie setzten noch einen drauf. Im ebenfalls faschistischen Italien hatten die deutschen Parteioberen die Organisation „Nationales Freizeitwerk“ kennengelernt, das sie nun zu Hause unter dem Namen „Kraft durch Freude“ im November 1933 kopierten. Dabei ging es nicht nur um Urlaube wie Schiffsfahrten (z. B. mit den Kreuzfahrtschiffen „Wilhelm Gustloff“, „Der Deutsche“ und die „Dresden“) oder Bäderaufenthalte (wie im heute noch bekannten Seebad Prora auf Rügen), sondern auch um Film und Theater und den später weltbekannten KdF-Wagen, den man zwar ansparen konnte, der wie so vieles aber nie ausgeliefert wurde. Erst im Wirtschaftswunder der 1950er-Jahre machte er als Käfer von sich reden.

Eine eher entlarvende Geschichte für die Machthaber war dagegen der Röhm-Putsch im Juni 1934. Ernst Röhm, ein Nazi der ersten Stunde, baute die SA (Sturm-Abteilung) für die Partei auf,

ein Sammelbecken der von den Wirtschaftskrisen der 20er übrig gebliebenen Verlierer aus den eher unteren sozialen Randgruppen. In den Anfangsjahren der Partei für die Schmutzarbeit überaus nützlich, wurden sie nach der Machtübernahme, als man der Partei einen seriösen Anstrich geben wollte, nur noch lästig. Leider, mit über 400.000 Mitgliedern, war sie ein gewichtiger Faktor. Dessen war sich auch deren Chef Röhm bewusst, der ebenfalls mit einem starken Ego ausgestattet war. Sein Ziel war, die SA und die Reichswehr zusammenzuführen und mit dieser Macht im Rücken eine zweite braune Revolution anzustoßen. Hitler wurde diese Sache frühzeitig bekannt und er inszenierte zusammen mit der ihm durch Himmler treu ergebenen SS einen Gegenputsch. Neben Röhm wurden nach offiziellen Zahlen 82 weitere hochrangige SA- und Reichswehrmänner ermordet, andere Zahlen sprechen von 150 bis 200 Ermordeten, auch deshalb, weil die Partei die Gelegenheit nutzte, weitere unliebsame Personen in ihrem Umfeld gleich mit zu beseitigen. Was blieb? Die SA wurde durch das Einsetzen systemtreuer Führer an die kurze Leine genommen, die SS, ursprünglich Hitlers „Leib- und Prügelgarde“, sogar der SA unterstehend, wurde zu einer eigenständigen Organisation aufgewertet, die durch Himmler aber immer treu an die Seite Hitlers geführt wurde. Eine weitere Folge der Vorgänge: Nach dem Tode von Reichspräsident Hindenburg im August 1934 wurde die Wehrmacht nicht mehr auf das Reich, sondern auf Adolf Hitler persönlich vereidigt.

Auch das bewegte die Menschen: Am 5.11.1934 wurde ein Reichskommissar für die Preisbildung eingesetzt, dessen Aufgabe es war, volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preise in der industriellen Produktion und im Handel durchzusetzen. Erste Maßnahme:

eine Meldepflicht für Preis- und Gewinnspannengestaltung. Auch die Energiewirtschaft unterlag diesen Regeln.

Ein erbitterter Streit, seit 1918 von vielen Seiten mit Inbrunst geführt, endete am 15.9.1935. Vor dem Ersten Weltkrieg waren die Farben der deutschen Flagge Schwarz-Weiß-Rot. Unter ihnen zogen die Soldaten auch in den Ersten Weltkrieg. Nach dem Zusammenbruch und der Revolution 1918 legte das Parlament die Farben der Revolution von 1848 als Reichsfarben fest, Schwarz-Rot-Gold. Man hatte aber die Rechnung ohne das Volk gemacht. Angeheizt von den ewig Gestrigen von ganz rechts über die Freikorps bis weit in die Reichswehrführung hinein, wurde über alle politischen Grenzen hinweg erbittert gestritten. Einig war man sich nur darin, dieses demokratische Teufelszeug von 1848 wollte man nicht. Folglich torpedierte man die neuen Farben, wo es ging. Aber damit war nun Schluss. Hitler, seit 1934 Reichspräsident und Reichskanzler in einem, legte fest, dass die neuen Farben Schwarz-Weiß-Rot zu sein hätten, allerdings in anderer Anordnung als bisher. Rot als Grundfarbe, darauf ein weißer Kreis und in diesem ein schwarzes Hakenkreuz. Hitler selbst soll diese Grafik bereits 1920 als Parteiflagge konzipiert haben. Nun wurde die Vereinsflagge einer rechten Splittergruppe im Reichsflaggengesetz als Nationalflagge fixiert. Was für ein Aufstieg.

Es gab aber auch eine technische Neuerung zu vermelden. Ab 22.3.1935 wurde ein regelmäßiges Fernsehprogramm ausgestrahlt. Montags, mittwochs und samstags wurden zwischen 20.30 Uhr und 22.00 Uhr Filme und Wochenschauen gesendet. Aufgrund der sehr teuren Empfangsgeräte wurden nun öffentliche Fernsehstuben eingerichtet, also kleine Kinos für noch kleinere Bildschirme. Wenn wir gerade bei den Medien sind, die Regis-

seurin Leni Riefenstahl wurde für ihren Parteitagfilm von 1934 geehrt. Inhaltlich eine einzige kritiklose NSDAP-Verherrlichung, setzte sie dennoch Maßstäbe in der Bildgestaltung und der Lichtführung, die lange nachwirkten.

Und eine Anekdote, die Geschichte machte. Bei der technischen Abnahme zum Eifelrennen auf dem Nürburgring am 3. Juni 1934 wogen die gemeldeten Mercedes-Rennwagen nicht die maximal zulässigen 750 kg, sondern 751 kg. Über Nacht entfernten die Mechaniker den weißen Lack von den Wagen und senkten so das Gewicht auf den zulässigen Wert. Das typisch silbern glänzende Aluminiumblech kam dabei zum Vorschein, das dem Rennwagen W 25 und seinen Nachfolgern den Namen „Silberpfeil“ einbrachte. Bei der Europameisterschaft 1935 belegten die Silberpfeile dann sogar die drei ersten Plätze gleichzeitig.

Das wichtigste Sportereignis des Jahres 1936 waren die olympischen Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen und die Sommerspiele in Berlin. Beides Anlässe, um der Welt das Bild des guten, sportlich fairen und verlässlichen Deutschlands vorzuspielen. Insbesondere die Sommerspiele waren eine propagandistische Meisterleistung. Die in Massenaufmärschen mittlerweile geübten Organisatoren und Volksgenossen inszenierten eine Sportshow, wie sie die olympische Bewegung bisher noch nicht gesehen hatte. Da die SA und die SS zu einer absoluten Unauffälligkeit verdonnert wurden, waren es auch für Deutschland selbst friedliche Tage. Die internationale Presse zeigte sich begeistert. Diese Veranstaltung sei das großartigste Sportereignis, das die Welt je gesehen habe, meldete der Observer, während der Daily Telegraph die Spiele als eine der glänzendsten in der Reihe der neuzeitlichen Olympiaden bezeichnete. Lediglich die New York Times plagte

dunkle Vorahnungen, als sie feststellte, *„Hält man sich an die Nazi-Demonstrationen (...), so erscheint die olympische Fackel mehr wie ein Zündscheit als ein Symbol (...) des internationalen Sports“*.

Auch technisch wurde alles aufgefahren, was ging. Alleine die Reichsbahn beförderte in 21 Tagen 2.159 Sonderzüge mit 3,9 Mio. Fahrgästen, was allerdings die Berliner S-Bahn noch toppte. Sie verzeichnete 28,4 Mio. Fahrgäste während der Spiele. Auch das deutsche Fernsehen hatte seinen Großauftritt. Der gerade ein Jahr zuvor in Betrieb genommene Fernsehsender Paul Nipkow übertrug die Bilder in 20 öffentliche Fernsehstuben. Die ersten drei elektronischen Kameras der Welt kamen zum Einsatz, wegen der noch sehr geringen Lichtempfindlichkeit stellte Leitz in Wetzlar Objektive mit bis zu 40 cm Durchmesser und 50 kg Gewicht her. Eine andere angewandte Technik: Auf dem Dach eines „Übertragungswagens“ stand eine Filmkamera, die das Geschehen aufnahm. Der Film lief direkt aus der Kamera über einen lichtdichten Schacht in das Innere des Fahrzeug, wo er im Durchlauf entwickelt und fixiert wurde und dann, noch nass, von einem elektronischen Filmabtaster aufgenommen wurde. Die Bilder waren denkbar schlecht, 180 Zeilen, erst später im Jahr 1936 gelang es, die Norm auf 375 Zeilen hochzusetzen. Allerdings erst auf der Berliner Funkausstellung 1939 wurde ein kaufbarer „Einheits-Fernsehempfänger E1“ vorgestellt und der Bau verschiedener Fernsehsender im Reich bekanntgegeben. Das Gerät hatte nun 441 Zeilen und sollte 650 RM kosten, das entspricht heute ca. 2.700 Euro. Eine Notiz am Rande: Einer der maßgeblichen Ingenieure, die an diesem Projekt arbeiteten, war Walter Bruch, der spätere Erfinder des PAL-Farbfernsehens, das in Deutschland 1967 in Betrieb ging.

Aber es gibt auch elektrisierende Meldungen. Im olympischen Dorf in Döberitz bei Berlin waren die männlichen Athleten aus aller Welt untergebracht. Es wurde von der Partei mit dem fast zynisch anmutenden Namen „Dorf des Friedens“ bedacht und bestand im Wesentlichen aus 136 eingeschossigen und fünf zweigeschossigen Wohnbauten, einem großen Speisehaus und einem Küchenhaus, daneben noch verschiedene Sportanlagen und Begegnungspunkte. Das Speisehaus „Haus der Nationen“ bestand aus 38 Speisesälen, die jeweils einer Nation zur Einnahme des Essens und der Geselligkeit dienten. Es war so geplant, dass vom obersten der drei terrassenartig angelegten Stockwerke aus das Olympiastadion zu sehen war. Und, viel wichtiger, es wurde elektrisch gekocht. Das Wirtschaftsgebäude war mit 40 Küchenbereichen ausgestattet, die zusammen einen Anschlusswert von rund 2.300 kW hatten.

Auch abseits der Olympiade tat sich einiges. Im südbadischen Höllental stellte die Reichsbahn die Strecke Freiburg-Titisee auf elektrische Zugförderung um. Das Bemerkenswerte: Die Strecke war als Großversuch konzipiert, bei dem der Strom nicht wie üblich eine Spannung von 15 kV und eine Frequenz von 16 2/3 Hz hatte, sondern er wurde mit 20 kV und 50 Hz direkt aus dem Badenwerk-Netz entnommen. Einige Lokomotiven wurden dazu speziell umgebaut, da die Serienloks nicht verwendbar waren. Der Versuch endete am 20.5.1960 mit der Umstellung auf die bahnüblichen Werte 15 kV, 16 2/3 Hz.

Unter dem Motto *„Kampf dem Verderb“* wurde 1936 eine weitere Initiative gestartet. Nach der Einführung von elektrischen Licht- und Wärmegeräten im Haushalt sollten nun auch elektrische Kühlschränke entwickelt und verkauft werden. Die EW

berichtete, dass 1935 erst 50.000 Geräte in Deutschland arbeiteten, das entsprach ca. 0,3 Prozent der Haushaltungen. In den USA waren bereits 25 bis 30 Prozent der Haushalte ausgestattet. Um die Markteinführung durch die EVU zu forcieren, schlug man vor, die Tarife entsprechend der eingesetzten Kühltechnik zu gestalten. Die Kompressionskühlschränke sollten in den normalen Haushaltstarif eingestuft werden, die Absorptionskühlschränke ließen sich aufgrund ihrer periodischen Arbeitsweise in den Heißwassertarif einstuft. Zur weiteren Absatzförderung regte man an, die Kühlschränke in das bei vielen EVU angebotene Abzahlungssystem einzubinden. Modelle von 28 l bis 130 l Inhalt kosteten zwischen 245 RM bis 550 RM. Nach dem Volksempfänger, dem Volkswagen, nun der Volkskühlschrank.

Die EW berichtete 1936 von einem neu entwickelten Magnetophon. Beim Tonfilm dominierte das Lichttonverfahren, bei dem auf einer separaten Spur ein Lichtband den Ton speicherte. Zur magnetischen Schallaufzeichnung wurde damals noch ein Stahldraht genutzt, der an einem Elektromagneten mit konstanter Geschwindigkeit vorbeigezogen wurde.

Nunmehr war es ein mit einem eisenpulverhaltigen Material beschichteter Film. Eine Filmspule für ein 25-minütiges Gespräch hatte einen Durchmesser von 25 cm und ein Gewicht von nur einem Kilogramm. Das Magnetophon konnte als Koffergerät geliefert werden. Eine gesamte Anlage, z. B. ein Diktiergerät, umfasste drei Koffer, von denen einer das Laufwerk enthielt, ein zweiter den Verstärker und das Mikrofon und der dritte den Lautsprecher. Über eine Fernsteuerung konnte man das Gerät vom Mikrofon aus bei Gesprächspausen oder Diktierpausen stoppen, sodass man Filmmaterial sparen konnte. Wie beim früheren Stahl-

draht war auch der beschichtete Film löschbar und konnte neu beschrieben werden.

\* \* \*

Die „Elektrizitätswirtschaft“ befasste sich auch mit Grenzwissenschaften. Sie berichtete 1936 in zwei Artikeln über den erfolgreichen Einsatz von Wünschelruten zum Auffinden von Kabeln und führte aus: *„Die Untersuchungen haben gezeigt, dass, wenn durch einen sensitiven und erfahrenen Wünschelrutengänger eine Begehung erfolgt, es durchaus möglich ist, nachträglich einen genauen Kabellegeplan anzufertigen.“* Vielleicht sollte ein Netzbetreiber diese „richtungweisende Technik“ einmal aufgreifen. Sicher sind die Regulierungsbehörden gerne bereit, die Kosten bei der Netzentgeltermittlung anzuerkennen, es käme auf einen Versuch an.

Mehr diesseitig war dagegen ein Vorstoß des Gasfachs. Dort propagierte man 1936 als neue Rechnungseinheit für seine Erzeugnisse die „Kilowärme“ (1.000 WE) statt den Kubikmeter Gas (ca. 4.200 WE). Die Stromwirtschaft war hochgradig elektrifiziert und unterstellte, dass hier bewusst die Nähe zu Kilowattstunden suggeriert werden sollte. Laut Definition des Gasfaches hatte ein Kubikmeter Gas 4.200 WE oberen Heizwert und 3.900 WE unteren Heizwert. Bei einem Verkaufspreis von 20 Rpf./m<sup>3</sup> entsprach der Preis für eine Kilowärme ca. fünf Rpf., für Strom aber zehn Rpf. je Kilowattstunde. Beide Energiemengen und Einheiten waren zwar nicht vergleichbar, aber das wussten nur die Fachleute. Die Stromseite wettete entschieden gegen diese neue Begrifflichkeit, die nach ihrer Meinung nur zur Erzielung eines

billigen Wettbewerbsvorteils eingeführt werden sollte, was das Gasfach natürlich energisch bestritt.

Dazu passend fand in München am 24.5.1936 die 77. Jahrestagung des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern sowie die Jahrestagung der Wirtschaftsgruppe Gas- und Wasserversorgung statt. Der Leiter der Reichsgruppe Energiewirtschaft beklagte, dass der Wettbewerb zwischen Elektrizität und Gas immer noch in unlauterer Form geführt würde: *„Die damit verknüpfte Vergeudung von Kräften und Mitteln kann sich die deutsche Energiewirtschaft nicht länger leisten.“* Es wurde in Aussicht gestellt, dass eine Schiedsstelle für Streitfälle in Wettbewerbsfragen errichtet würde. Auf der gleichen Sitzung gab man auch bekannt, dass die Einschaltung der Gaswerke in die Treibstoffwirtschaft geplant sei. Der Einsatz von Stadtgas als Treibstoff habe einen hohen Stellenwert.

Am 27.4.1936 erfolgte die Tagung der Bezirksgruppe Württemberg der WEV. Berichtet wurde über die Württembergische Elektrizitätsversorgung sowie Aufbau und Aufgaben der württ. Elektrizitätswirtschaft. Ein Blick auf die Mitgliederzahlen lohnt sich, wobei man bedenken muss, dass alle Unternehmen in die WEV zwangsweise eintreten mussten. Statt der heutigen 244 Mitgliedsunternehmen waren es damals alleine in Württemberg im Strombereich 8.500 Mitglieder, von denen aber nur 44 Prozent mehr als 5.000 kWh/a lieferten. Werke mit einer Abgabe von mehr als 25.000 kWh/a hatten einen Anteil von nur 7,5 Prozent. Über 93 Prozent waren also Verteilerwerke mit 5.000–25.000 kWh/a Abgabe. Fachlich gab es nichts Spektakuläres, der Ausschuss für Luftschutz berichtete über die unzureichenden Informationen für Verdunkelungsübungen und bat die Hauptstelle in Berlin um klare Ausführungsrichtlinien. Der Werbeausschussvorsitzende wies auf

die Erfolge bei der gerade laufenden Architektenwerbung hin und stellte eine Kühlschrankswerbung in Aussicht.

Ein Jahr später war man da schon weiter. Die Bezirksgruppe Württemberg berichtete stolz, dass die zum 1.4.1936 eingestellte „Werbedame“ bei den Mitgliedswerken ca. 600 Hausbesuche durchführte und einige Vorträge zum Thema elektrisches Kochen in württembergischen Gemeinden abgehalten hatte. Also auch hier ein kleinteiliges Geschäft, allerdings mit einigen Fallstricken. Seit November 1936 waren sämtliche Ausstellungsvorhaben der EVU vorab den örtlichen Landesstellen des „Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“ vorzulegen.

Aber die Politik kam auch sonst nicht zu kurz. Gab es bisher schon eine Meldepflicht für Preisanpassungen, war nun ganz Schluss mit der Marktwirtschaft. Ab dem 26.11.1936, rückwirkend zum 18.10.1936 waren Preiserhöhungen oder Änderungen der Liefer- und Leistungsbedingungen zum Nachteil der Kunden verboten. Das blieb nicht ohne Folgen, wie wir noch sehen werden.

Und es ging noch weiter. Die Leine, an der die Partei die Energiewirtschaft wie alle Wirtschaftszweige führte, wurde weiter gekürzt. Der Aufgabenkreis der Wirtschaftsgruppe Elektrizitätsversorgung wie auch der der Wirtschaftsgruppe Gas- und Wasserversorgung wurde durch Erlass des Reichswirtschaftsministeriums zum August 1937 näher umrissen. Zu den Aufgaben beider Gruppen gehören u. A.:

- die fachliche Beratung und Betreuung der Energieversorgungsunternehmen,
- der Erfahrungsaustausch auf technischem, wirtschaftlichem und kaufmännischem Gebiet,

- Untersuchungen und Richtlinien zur Absatzförderung sowie die
- Beschaffung und Ausarbeitung aller Unterlagen, die der Leiter der Reichsgruppe für seine Maßnahmen auf dem Gebiet der Energiepolitik anfordert.

Während die ersten Punkte bereits der Aufgabenstellung des früheren VdEW entsprachen, machte der letzte aufgeführte Punkt deutlich, dass die Machthaber in der WEV nicht (nur) eine Interessenvertretung sahen, sondern auch ein Werkzeug zur Gestaltung ihrer eigenen Politik. Da man zudem die Entscheidungsebenen der EVU und GVU zwischenzeitlich „gleichgeschaltet“, also mit linientreuen Volksgenossen besetzt hatte, konnten nur punktuelle Abweichungen von der politischen „Lehrmeinung“ erfolgen. Demzufolge reduziert sich die Arbeit der Verbände auf die technischen Fragen, gesellschaftliche Gestaltung abseits der Parteimeinung war nicht mehr möglich, da innerhalb der Verbände ausdrücklich das „Führerprinzip“ galt. Anweisungen des Leiters und der Ministerien und Bewirtschaftungsstellen galten rechtlich als „bekannt gemacht“, wenn sie in der Zeitschrift „Elektrizitätswirtschaft“, die mittlerweile das Organ des WEV war, veröffentlicht wurden. Damit war aus der „Elektrizitätswirtschaft“ das offizielle Mitteilungsblatt der Reichsgruppe Energiewirtschaft und der Wirtschaftsgruppe Elektrizitätsversorgung wie auch des Reichswirtschaftsministeriums geworden. Bemerkenswert bei der heutigen Lektüre der damaligen Ausgaben und Artikel ist, dass oftmals eine klare Trennung zwischen rein technischen Berichten und Texten von Verfassern mit sehr systemtreuer Gesinnung bestand. Auch fällt auf, dass die regelmäßigen Fachbeiträge über

EVU in Frankreich, England oder USA sehr objektiv, bei gebotem Anlass auch sehr anerkennend formuliert waren.

Neben Parteiideologen mit langen Scheuklappen waren also immer noch Fachleute in den Redaktionen, die interessante Themen aufgriffen. Im Juni 1937 lautete ein Thema „Elektrische Speicherheizung“. Insbesondere die Sächsischen Werke Dresden berichteten über interessante Anlagen, die sie im Zeitbereich 1924-1936 errichtet hatten. Eine Warmwasser-Speicherheizung mit 7,5 m<sup>3</sup> Inhalt und einer Spreizung von 140°C zu 60°C wurde mit einem Elektroden-Durchlauferhitzer von 150 kW betrieben. Eine Fußbodenspeicherheizung, allerdings nur zur Grundtemperierung, bestand aus einem Kiesbett auf der Rohdecke, in der 2 1/4-Zoll-Gasrohre eingebettet waren, die die eigentlichen Heizkörper beinhalteten. Auch über eine Fußbodenspeicherheizung mit Wärmespeicher-Senkofen wurde berichtet. Dieser bestand aus Hohlsteinen und Serpentin-Steinriesel mit den eingebetteten Heizkörpern. Durch die Hohlsteine ließ sich Luft blasen, die den Boden von unten erwärmte und, etwas abgekühlt, durch Luftschächte in den Raum eintrat.

Und noch ein Fakt: Im Deutschen Reich lag der Stromverbrauch je Kopf der Bevölkerung bei durchschnittlich 635 kWh/a, also doch deutlich unter den heutigen Werten von über 1.200 kWh/a im Mehrpersonenhaushalt.

Noch ein Thema für Fachleute: Die BEWAG setzte 1938 erstmals als Trafokühlmittel Clophen ein. Die unbrennbare Flüssigkeit sollte im Betrieb getestet werden. Clophen ist ein Gemisch polychlorierter Biphenyle (PCB) oder Gemische von PCB mit polychlorierten Benzolen, die als Elektroisierflüssigkeiten eingesetzt wurden. Über viele Jahre bewährte es sich in Trafos und Kondens-

satoren hervorragend, zeitweise war es sogar für Trafos in Anlagen mit hohem Personenverkehr wie Kaufhäusern vorgeschrieben, bis es dann ab 1989 wegen seiner hohen Toxizität im Brandfall verboten wurde.

Auch ein altes Thema trat nun erneut auf den Plan, der Grundpreistarif. Da die Diskussion über diese Tarifart seit Jahren ergebnislos geführt wurde, folgte nun der politische Durchgriff. Am 25.7.1938 wurde er durch eine Verordnung des Reichskommissars für die Elektrizitätswirtschaft Pflicht. Auch die Preishöhe wurde politisch festgelegt. Zugelassen wurden zwei Grundpreistarife mit Arbeitspreisen von höchstens 8 Rpf./kWh im Tarif 1 und 15 Rpf./kWh im Tarif 2. Der Grundpreis orientierte sich im Regelfall an der Zahl und an der Größe von Räumen (Privathaushalt) oder an der installierten Leistung (Gewerbe). Die EVU durften aber eine bestimmte Mindestabnahme fordern, woraus sich dann der fast lineare Kleinstabnehmertarif als drittes Tarifmodell entwickelte. Diese drei Tarife hielten sich mit geringeren Veränderungen bis ins neue Jahrtausend. Allerdings ist die politische Vorgabe eine Sache, die Realität eine andere – damals wie heute. Selbst wenn alle Beteiligten mitzogen, die Umstellung auf Grundpreistarife brachte einen erheblichen Aufwand. Und die Kunden meuterten noch immer, sahen sie doch im Grundpreis wie bisher schon eine extrem erhöhte Zählergebühr. Auch die Tarifberatung zwischen den beiden Grundpreistarifen und dem Kleinstabnehmertarif war Neuland. Einige Unternehmen setzten dazu sogar neuartige Lochkartenmaschinen ein.

Abweichend vom Strom wurde in der Tarifordnung für Gas 1939 der Zonentarif als Regelverbrauchstarif eingeführt. Abhängig von z.B. der Wohnungsgröße, wurde ein Grund- oder Regel-

verbrauch vorgegeben, darüber hinausgehende Abgabemengen wurden zu einem günstigeren Preis berechnet.

Im Lande, speziell in Württemberg, brodelte derweil eine alte Frage auf großer Flamme, die der Landeselektrizitätsgesellschaft. Die Diskussion, die in Württemberg stark zergliederte Versorgerlandschaft zusammenzufassen, lief ja schon seit Mitte der 20er-Jahre. Der Stuttgarter OB Dr. Strölin, der gleichzeitig stellvertretender Leiter der Reichsgruppe Energiewirtschaft war, der dem WEV übergeordneten Institution, verkündete im Stuttgarter Gemeinderat, dass es zu einer Flurbereinigung der Energiewirtschaft kommen müsse. Es sei notwendig, „eine Reihe von kleineren leistungsschwachen und gemeindlichen Erzeugungs- und Verteilungsbetrieben zusammenzufassen“. Die Gemeinden könnten aber als Treuhänder auf dem Gebiet der Energiewirtschaft weiter ihre Aufgaben erfüllen. Doch die Realität kam ganz anders, als von Strölin gewünscht. Ein starker Befürworter dieser Idee war in früheren Jahren auch der Leiter der OEW Pirrung, obwohl politisch zur Gegenseite zählend. Dass er und andere sich in den 20er-Jahren nicht durchsetzen konnten, lag sowohl an der erfolgreichen Arbeit der Zweckverbände im Land wie auch an deren politischem Rückhalt bis in das Reichsinnenministerium. Auch nach der politisch durchgesetzten Zwangsablösung Pirrungs 1933 war die OEW weiter die treibende Kraft. Hatten sich die Befürworter aber durch die neuen Machtverhältnisse Rückenwind erhofft, warteten sie nun leider vergeblich. Selbst die neuen Kreisleiter, die den Gedanken eines Landesunternehmens eigentlich fördern sollten, mauerten. An der Spitze der Zweckverbände und Gemeindewerke saßen jetzt eben diese Kreisleiter der NSDAP oder andere verdiente Parteigranden. „*Sobald diese Leute aber im Sattel saßen (...), woll-*



ten sie von ihren Kompetenzen als Verbandsvorsitzende nichts oder möglichst wenig preisgeben“, wurde kritisch vermerkt. 1938 ließ sich der württembergische Landeswirtschaftsminister Schmid seine Ideen der Zentralisierung von Gauleiter Murr absegnen, der ohnehin, wie Stimmen unbewiesen munkelten, seinen Kollegen Gauleiter Wagner in Baden um das Badenwerk und damit dessen Position beneidete.

Also schritt er ans Werk, es galt ja das „Führerprinzip“. Ober sticht Unter. Das hatte in diesem Fall aber einen Nachteil. Reichsinnenminister Frick war ein erklärter Befürworter der Zweckverbände, ihn musste man zuerst aushebeln. Und wie auch heute noch gelegentlich bei Verwaltungsvorgängen, man sagte der vorgesetzten Ebene einfach nichts oder man sagte es zu spät. Also informierte man das Reichsinnenministerium über das Vorhaben erst dann, als dessen Beamte nicht mehr wirksam einschreiten konnten. Erst kurz vor der Beschlussfassung erfolgte die Information Berlins. Das Schreiben, in dem das Reichsinnenministerium die Landesregierung daraufhin anwies, die „Endgültigen Entschlüsse“ vorerst zurückzustellen, wurde zwar am 3.4.1939 in Berlin abgeschickt, erreichte das Stuttgarter Innenministerium aber rätselhafterweise erst am 11.4. Zu diesem Zeitpunkt waren die entscheidungsgebenden Versammlungen mit ihren notariellen Beschlüssen längst abgehalten. Man konnte, leider, leider nun nichts mehr ändern. Aber auch der Sitzungsverlauf bot ein seltsames Bild. Den von Minister Schmid bereits im Januar 1939 nach Stuttgart zitierten Verbandsvorsitzenden wurden die Papiere des Zusammenschlusses und damit das Todesurteil ihrer Zweckverbände einfach vorgelegt. Ihnen blieb nichts übrig, als sich dem Diktat zu beugen und den Beschluss zähneknirschend „zustim-

mend hinzunehmen“, wie es ein Verbandsvertreter formulierte. Zwangsweise zusammengeführt wurden:

- Oberschwäbische Elektrizitätswerke
- Gemeindeverband Überlandwerk Hohenlohe-Öhringen
- Gemeindeverband Überlandwerk Tuttlingen
- Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach-Station
- Zweckverband Überlandwerk Aistaig
- Gemeindeverband Elektrizitätswerke Enzberg-Mühlhausen
- Gemeindeverband Überlandwerk Ingelfingen-Hohebach
- Gemeindeverband Elektrizitätswerk Kocherstetten

Formal erfolgte die Gründung der neuen Gesellschaft, der Energieversorgung Schwaben, am 4.4.1939 durch Einbringung der Anlagen und Werte der Verbände in die 1934 gegründete „Elektrizitäts-Versorgung Württemberg“ EVW. Der Zweckverband OEW nahm dabei eine herausgehobene Stellung ein und blieb als Besitzer von 48 Prozent der Anteile auf gemeinnütziger Grundlage bestehen. Der hohe Aktienanteil erklärte sich aus den eingebrachten großen Sachwerten, immerhin versorgte die OEW zu diesem Zeitpunkt ein Gebiet von ca. 8.700 km<sup>2</sup> mit einem Netz von 8.900 km Länge. Auch brachten die OEW wichtige Erzeugungskapazitäten ein, hier ist insbesondere deren Beteiligung an der Vorarlberger Illwerke AG zu nennen. Dampfkraftwerke aber fehlten noch. Zum Entsetzen von Strölin (OB Stuttgart/TWS und treuer Parteigenosse), der sich den Zusammenschluss von Gemeindewerken ganz anders vorgestellt hatte, mussten die TWS ihr gerade im Bau befindliches Kraftwerk Marbach an die EVS

abtreten. Als Gegenleistung erhielten die TWS Aktien der EVS und vertraglich gesicherte Strommengen, was aber viele Jahre später ebenfalls zu Zerwürfnissen führte, da die Kosten- und Preisvorstellungen zwischen EVS und TWS öfters deutlich auseinanderlagen. Nach nicht ganz gesicherten Informationen soll Strölin bis zu Reichswirtschaftsminister Göhring persönlich gereist sein, um diesen Aderlass seiner TWS zu verhindern. Gauleiter Murr hatte aber alles bereits festgezurrert und der frühere Leiter der TWS, Spiedel, war inzwischen als Vorstand der EVS ernannt. Auch andere mussten Federn lassen. Die Erweiterung des Kraftwerks Altbach der NW wurde in „engstem Einvernehmen“ mit der EVS zu deren Stärkung zur Verfügung gestellt. Selbst die UJAG bekamen den Druck des neuen politischen Großversorgers zu spüren. Die EVS übernahm 1940 nach längeren Verhandlungen die maßgebende Mehrheit an der Überlandwerk Jagstkreis AG. Der Stromverband Jagstkreis hatte seinen 50-Prozent-Anteil an der UJAG im Austausch gegen Aktien und Darlehen auf die EVS übertragen. Die Rheinelektra hatte von ihrem Anteil an der UJAG, ebenfalls 50 Prozent, 25 Prozent an die EVS verkauft. Damit besaß die EVS 75 Prozent der Anteile an der UJAG und umfasste so schließlich ein Versorgungsgebiet von ca. drei Vierteln des Landes Württemberg.

Man hatte auch 1939 weiter Großes vor. Gauamtsleiter Rohrbach erklärte in der EW, dass es nicht beim Ordnen der Stromversorgung bleiben könne. Auch die Gasversorgung solle, wenn das Ferngasnetz aufgebaut ist, der EVS angegliedert werden. Und die Wasserversorgung, die seit 1912 bei der Landeswasserversorgung in guten Händen lag, sollte ebenfalls der EVS einverleibt werden. Lässt sich das noch einigermaßen nachvollziehbar erklä-

ren, regierte andernorts der schiere Größenwahn. Auf der Wasserwirtschaftstagung am 27.4.1939 führte der linientreue Direktor Christaller, OEW, aus, dass eine Wasserstraße, „ein süddeutscher Mittellandkanal“, zwischen Donau/Iller und dem Neckar zu bauen sei. Dies hätte größte Vorteile für die Wasserversorgung Württembergs, die Wasserkraftnutzung (immerhin 400 m Gefälle zwischen Ulm und Mannheim) und die Schifffahrt, da dann eine direkte schiffbare Verbindung Saar, Neckar und Donau bestände, auf der man z. B. günstig Kohle transportieren könne.

Und was tat sich in diesen energiepolitisch bewegten Zeiten im Nachbarland Baden? Eigentlich nichts, sieht man von der Umbenennung der bisherigen „Badischen Landeselektrizitätsversorgung AG“ in „Badenwerk Aktiengesellschaft“ im Jahr 1938 ab. Dahinter steckte aber theoretisch mehr, als es den Anschein hatte. Das Badenwerk, hervorgegangen aus einer Abteilung eines Ministeriums, hatte zu Beginn den staatlichen Auftrag, eine sozialverträgliche Landesstromversorgung sicherzustellen. Es stand so bewusst gegen die Modelle der privatwirtschaftlichen Unternehmen, wie z. B. der RWE. In der „neuen Zeit“ galt dieses Denken aber wenig, es musste Platz machen für die technisch-ökonomische Realität der Großkraftwirtschaft. Da das Badenwerk aber inhaltlich gute Arbeit leistete, blieb wenig zu ändern.

Auch die Idee der Windenergie war schon geboren. Wirtschaftlich würde diese Art der Energieerzeugung aber nur, so meldete die EW, wenn für große Leistungen und Höhen geplant werde. Eine Anlage von 2.000 kW bei 100 m Höhe und 50 m Rotor Durchmesser würde zu Gestehungskosten von 4 Rpf./kWh führen, also teurer als der Strom aus Kohlekraftwerken sein. Man plane deshalb mit Anlagen von 20.000 kW, 500 m Höhe und 160 m

Rotordurchmesser. Damit ließen sich Kosten von einem Rpf./kWh erreichen, sie seien also günstiger wie Kohlekraftwerke mit 1,6 Rpf./kWh. Zumindest bei der Papierform überstiegen wir damit sogar die heutigen Größenordnungen.

Die Mitgliederzahlen des WEV lagen 1938 auch im Reich gegenüber dem des früheren VdEW sehr viel höher. Während der VdEW 1933 nur 534 freiwillige Mitglieder hatte, wurden nun im WEV 9.411 Mitglieder verzeichnet. Dies lag aber, wie schon ausgeführt, nicht an der Begeisterung der EVU für die WEV, sondern an dem Gesetz von Februar 1934. Durch die militärische Besetzung nicht deutscher Gebiete, z. B. Österreich 1938, mussten sich auch die dortigen EVU einordnen, sodass 1941 der „Verband“ einen Stand von 11.038 Mitgliedsunternehmen verzeichnen konnte.

Der geplante Krieg warf auch in unserer Branche aber schon seine Schatten voraus. Die Verordnung von 1939 zur Sicherstellung der Elektrizitätswirtschaft führte zur Schaffung der „Reichsstelle für die Elektrizitätswirtschaft (Reichslastverteiler)“. Ihr wurden umfangreiche Befugnisse zugeordnet.

Die Reichsstelle konnte

- die Abgabe der zur Verfügung stehenden elektrischen Energie an die Verbraucher nach dem Grad der Dringlichkeit regeln und den EVU sowie den Besitzern von Eigenanlagen die hierzu erforderlichen Anweisungen erteilen,
- Verbraucher vom Strombezug dauernd oder vorübergehend ausschließen oder in der Stromabnahme beschränken und

- alle Maßnahmen treffen, die die Aufrechterhaltung der Energieversorgung der wichtigen Verbraucher sicherstellen.

Damit sollte schon mal vorgebaut werden. Um kriegswichtige Betriebe oder das, was man dafür hielt, zu versorgen, konnten so schon mal einzelne andere Betriebe oder auch ganze Ortschaften abgeschaltet werden. Auch unliebsamen Mitbürgern konnte man damit den Strom und das Gas abdrehen, Anschluss- und Versorgungspflicht hin oder her.

\*\*\*

Und wie stellte sich das Leben der Menschen in jenen letzten Vorkriegsjahren dar? Zuerst die guten Nachrichten. Schon 1936 wurde auf der Berliner Automobilausstellung der Prototyp des Volkswagens vorgestellt. Im Auftrag von Hitler entwickelte Ferdinand Porsche in seinem Stuttgarter Ingenieurbüro einen viersitzigen Wagen für unter 1.000 RM. Allerdings, wie spätere Patentstreitigkeiten zeigten, könnte Porsche mehr als nur einen schnellen Blick auf den tschechischen Fahrzeughersteller Tatra und dessen Entwürfe eigener Modelle geworfen haben. Zur Realisierung von Porsches Projekt sollte die Organisation „Kraft durch Freude“ beitragen. Da sich kein damaliger Hersteller bereitfand, das Vorhaben durchzuführen, wurde die Deutsche Arbeitsfront mit der Umsetzung beauftragt. Und wie immer in dieser Zeit – man dachte in gigantonomischen Maßstäben. Irgendwo im Nirgendwo, in der Nähe des Dorfes Fallersleben, wurde man fündig. Die Grundstücksbesitzer, die Grafen von der Schulenburg, Schlossherr von

Wolfsburg, verkauften und so konnte das neue Werk ab 1938 entstehen. Zuvor hatte man eifrig bei den Ford-Werken in Dearborn, USA, abgekupfert, dem damals modernsten Automobilwerk überhaupt. Der Vorteil war, die Planer konnten das Werk um den geplanten Volkswagen herum entwerfen und bauen und so die Produktionsabläufe optimieren. Und was hatten die Menschen davon? Zumindest die Hoffnung, zu einem Kaufpreis von 990 RM ein Auto zu erhalten. Der Betrag wurde in Raten von fünf RM angespart und mit Sparmarken auf einer Sparkarte quittiert. Allerdings, viele sparten an, erhalten hatte dann niemand einen VW. Als das Werk 1939 fertig wurde, fehlten noch viele Spezialmaschinen und auch das notwendige Material für die Massenfertigung. Das Wenige, das gebaut wurde, ging als Kübelwagen an die Wehrmacht.

Auch aus dem Ausland kamen interessante technische Meldungen. Im Februar 1937 meldete der amerikanische Konzern Du Pont die Erfindung von Nylon beim Patentamt an. Im Jahr 1938 begann General Electric mit der Produktion von Leuchtstoffröhren nach Patenten des deutschen Erfinders Edmund Germer. Ebenfalls in den USA wurde die heute noch berühmte Golden Gate Brücke für den Verkehr freigegeben. Mit sechs Autospuren und einer Höhe von 67 m über dem Wasser stellte sie einen Meilenstein in der Verkehrsinfrastruktur dar. Kleine Notiz am Rande: Der an der Planung maßgeblich beteiligte Brückensachverständige Ammann hatte als Mitarbeiter an der Planung und dem Bau der 1897 errichteten Kabelhängebrücke über die Argen bei Kressbronn mitgewirkt, die die gleichen Techniken wie die Golden Gate Brücke anwandte, natürlich in viel kleinerem Maßstab. Die heute noch genutzte Brücke wird deshalb oft als kleiner Vorläufer der Golden Gate Brücke bezeichnet.

Ebenfalls Neuland betrat die Firma Focke, die den ersten Hubschrauber der Welt im November 1937 präsentiert. Die Flugkapitänin Hanna Reitsch führte ihn in Anwesenheit des Luftfahrtpioniers Charles Lindbergh in Berlin Tempelhof vor.

Noch eine Meldung vom Sport: Die deutsche Nationalelf besiegte die dänische Auswahl 1937 mit 8:0. Der neue Reichstrainer war Sepp Herberger, der mit dem „Wunder von Bern“ 1954 als Bundestrainer sein Meisterstück ablieferte. Seine zahllosen Anekdoten und Sprichworte sind auch heute noch präsent.

1938 machte eine spektakuläre Meldung die Runde, deren Bedeutung aber wohl nur von wenigen Zeitgenossen richtig eingeschätzt werden konnte. In der Zeitschrift „Naturwissenschaft“ meldete der Physiker Otto Hahn das Unglaubliche, die Spaltung von Atomen. Das Element Uran zerfällt nach Neutronenbeschuss in zwei mittelschwere Elemente, die somit künstlich geschaffen wurden. Die Fachwelt war fasziniert, damit hatte niemand gerechnet, da man bis dahin glaubte, das Neutron werde absorbiert und der Urankern so immer schwerer. Lise Meitner, die emigrierte Partnerin Hahns, untermauerte die Entdeckung mit theoretischen Einordnungen. Und, so nebenbei, bei dieser Spaltung würde eine Energie von ca. 200 Megaelektronenvolt freigesetzt. Das alles verstand aber fast niemand. Die Menschen maßen der Meldung deshalb keine Bedeutung bei, auch nicht die Einwohner von Hiroshima und Nagasaki, wenn sie von dem Geschehen überhaupt erfuhren.

Und noch eine technische Leistung. In Peenemünde wurde im Juni 1939 das erste Flugzeug mit einem Antrieb durch Flüssigkeitsraketen erprobt. Die He 176, entwickelt von den Ernst Heinkel Flugzeugwerken mit Wernher von Braun (dem Vater des späteren

Mondlandeprogramms der USA), erreichte eine nicht gesicherte Höchstgeschwindigkeit von 750 km/h.

So weit die eher positiven Nachrichten aus der Zeit des Vorabends des Zweiten Weltkrieges. Soweit man angepasst und unauffällig lebte, keine Merkmale hatte, die den Machthabern missfielen, und sich auch sonst systemtreu verhielt, war es sicher eine Zeit, die vielen Menschen angenehm in Erinnerung blieb. Es ging gefühlt aufwärts, man war wieder wer, nichts schien unmöglich und jeder hatte Anteil an den neuen technischen Möglichkeiten.

Aber die anderen? Die nicht Angepassten, die Stigmatisierten dieser Zeit? Viele verloren alles, bis hin zu Leib und Leben, und kaum jemand wagte, für sie Partei zu ergreifen. Sei es aus Angst, ebenfalls in den Strudel hineingezogen zu werden, sei es aus „klammheimlicher Freude“, es denen mal gezeigt zu haben, sei es, weil man noch persönliche Rechnungen offen hatte oder weil man sich schlicht am Eigentum anderer bereichern wollte. Wie in allen Diktaturen waren echte und falsche Denunziationen an der Tagesordnung und das Regime war nicht bemüht, wahr und falsch zu trennen. Blicken wir also noch mal kurz und schlaglichtartig zurück bis ins Jahr 1935, welche negativen und schändlichen Meldungen hierzu vorlagen.

Die „Nürnberger Gesetze“ von 1935 bildeten sicher nicht den Anfang, sie waren aber der in Paragrafen gegossene Ausdruck eines grenzenlosen Rassenwahns. Alleine Titel wie „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ zeigen den absoluten Mangel an Empathie und Menschlichkeit, die doch unsere christlich geprägte Kultur auszeichnen sollte. Die parallele schrittweise Entrechtung besonders der jüdischen Mitbürgerin-

nen und Mitbürger war oft auch begleitet vom Willen, sich deren Hab und Gut billig oder kostenlos anzueignen.

In Spanien brach 1936 der Bürgerkrieg aus, befeuert nicht nur von nationalem Pathos der dortigen Rechten unter General Franco, sondern auch von ausländischen Mächten. Die UdSSR liefert Kriegsmaterial an die Linken, die auch begeisterten Zulauf von Intellektuellen aus der ganzen Welt erhielten. Deutschland und das faschistische Italien unterstützen ihrerseits die Rechten mit Menschen und Material. Besonders unrühmlich, die deutsche Legion Condor, wo 5.000 deutsche Soldaten verdeckt in die Kämpfe eingriffen. Auch die Luftwaffe mischte mit, manche sagen, Spanien war ein Trainingsfeld unter Realbedingungen für die Kampf- und Sturzkampfflieger.

Der Juni 1937 traf die Zeppeline besonders hart. Der erst vor fast genau einem Jahr offiziell in Betrieb genommene regelmäßige Liniendienst Deutschland–USA kam durch die Katastrophe von Lakehurst wieder zum Erliegen. Die LZ 129 Hindenburg explodiert unter nie ganz geklärten Umständen beim Landeanflug, 33 Menschen fanden den Tod. Damit war ein so hoffnungsfroh gestartetes Kapitel Luftfahrtgeschichte mit einem Schlag beendet, ein Schlag, von dem sich die Technik der Zeppeline bis heute nicht erholte.

In München wurde im Juli 1937 die Ausstellung „Entartete Kunst“ eröffnet, die, als Wanderausstellung konzipiert, „Beispiele undeutscher Kultur“ zeigen und stigmatisieren sollte. Dass viele der der „Säuberung“ zum Opfer gefallenen Werke heimlich bei Parteibonzen landeten oder im Ausland verscherbelt wurden, erfuhr die Öffentlichkeit erst viel später. Damit erfolgte nach der Bücherverbrennung von 1933 ein weiterer Schlag gegen die künstlerische Freiheit im Land.

Eine besonders schändliche Facette der NS-Zeit sei hier eingefügt. Den Begriff Konzentrationslager gab es schon ab den 1933er-Jahren, als die SA-Banden damit ihre Hinterhof-Folterstätten schönredeten. Nach dem Röhms-Putsch und der Entmachtung der SA zogen Himmler und seine SS diese Aufgaben an sich. Im August 1937 meldete er mit der Fertigstellung des Lagers Buchenwald Hitler Vollzug. Nun gab es in Deutschland vier Lager, die später um viele Außenstellen ergänzt wurden. Dort installierte die SS das furchtbare und unfassbare System des industriellen Tötens von Menschen.

Anderorts aber großer Jubel für einen (fast) militärischen Überfall. Als deutsche Truppen am 12. März 1938 in Österreich einmarschierten, trafen sie auf keinerlei Widerstand, im Gegenteil, überall wurden sie von großen Teilen der Bevölkerung begeistert begrüßt. Eine vier Wochen später abgehaltene Volksabstimmung erbrachte 99 Prozent Zustimmung zum „Anschluss“, sowohl in Österreich selbst wie auch in Deutschland. Eine Notiz am Rande: Der Kaiserenkel Otto von Habsburg konnte an der Abstimmung nicht teilnehmen, da gegen ihn ein Verfahren in Wien lief. Er hatte in einer französischen Zeitung die Welt aufgefordert, gegen das Unrecht Deutschlands an dem österreichischen Volk einzutreten. Die NS-Propaganda machte daraus: Er habe „das deutsche Geschlecht der Habsburger mit dem Makel befleckt, den letzten Separatisten der deutschen Geschichte gestellt zu haben“. Ob der so Gescholtene diese Verunglimpfung später nicht sogar als Auszeichnung empfand, ist nicht überliefert.

Und wieder einmal schlachtete das Regime einen tragischen Vorfall zu seinem Vorteil aus. Am 7.11.1938 erschoss der 17-jährige Herschel Grünsparn, ein emigrierter polnischer Jude,

in Paris den dortigen Legationssekretär aus Empörung über die Behandlung seiner Eltern in Deutschland. Die Nazis schlachteten das nach dem seit dem Reichstagsbrand gewohnten Muster aus. Der Höhepunkt war eine Hetzrede von Hitler, die in die schon vorab geplante Reichspogromnacht mündete. Horden von SA-Männern zerstörten ausgewählte jüdische Ziele in ganz Deutschland und hinderten auch Feuerwehren, gelegte Brände zu löschen. Zusammen mit den in den folgenden Tagen eingeleiteten Maßnahmen sollten die Juden aus dem Wirtschaftsleben herausgedrängt und, soweit sie vermögend waren, zur Emigration veranlasst werden. Dazu mussten sie aber ihr Vermögen der Partei übereignen.

Nach dem „Anschluss Österreichs“ folgte nun der nächste Schlag gegen internationales Recht. Und wieder nutzte Hitler im März 1939 einen äußeren Anlass, um seine Vorhaben umzusetzen. Die Tschechoslowakei, als einer der Nachfolgestaaten von Österreich-Ungarn aus mehreren Volksgruppen zusammengewürfelt, war ohnehin ein fragiles Gebilde. Mehrfach umgeformt und umbenannt, zuletzt im Oktober 1938, kam es im März 1939 erneut zu inneren politischen Kämpfen. Zuerst flüchtete sich der slowakische Ministerpräsident nach Berlin, nachdem ihn der tschechische Staatspräsident verhaften lassen wollte. Der Geflüchtete erhielt durch Hitler einige Zusagen, die ihn gestärkt zur Rückkehr bewegten. Nun reiste der tschechische Staatspräsident nach Berlin und bat dort seinerseits um Hilfe. Die gewährte Hitler ebenfalls, aber nur unter der Zusage, dass die Wehrmacht in die Tschechoslowakei ohne Widerstand einmarschieren durfte, die Landesteile Böhmen und Mähren an Deutschland angeschlossen wurden und der Rest als deutsches Protektorat unter deutscher Kontrolle kam. Zähneknirschend wurde das akzeptiert, der deutsche Einmarsch

in Prag erfolgte ohne Blutvergießen. Und was machten die Westmächte? Nichts, sie waren völlig überrascht. Das Einzige waren Protestnoten, die den jeweiligen deutschen Botschaften zugeleitet werden sollten, diese verweigerten aber die Annahme. Wieder war Hitlerdeutschland mit seiner taktierenden Gewaltpolitik erfolgreich und ohne Kriegserklärung durchgekommen.

Der nächste Schlag führte aber ins Verderben. Am 1. September überfiel Deutschland Polen, was den Zweiten Weltkrieg und den anschließenden Untergang auslöste.

\* \* \*

Im Folgenden werden nur noch die Energiewirtschaft betreffende Aspekte punktuell behandelt. Die Kriegsereignisse selbst, den Bombenkrieg und seine Folgen für die Energiewirtschaft und die Bevölkerung zu schildern, würde den Rahmen dieser Betrachtungen sprengen.

Deshalb zunächst einen Blick ins Land. Nach dem erzwungenen Zusammenschluss verschiedener Werke zur EVS sollte 1941 auch der NEV diesem Verbund einverleibt werden, obwohl es sich dabei ja um eine Vereinigung der Konzessionsgemeinden der Neckarwerke handelte. Diese interessierten auch nicht weiter, das eigentliche Ziel der EVS war, die Aktien des NEV an der NW zu übernehmen. Der Verbandsvorsitzende und Esslinger OB Klaiber leistete erbitterten Widerstand. Auch sonst nicht auf Linie mit der NSDAP traute er der EVS und ihrer Führung wenig Gutes zu, zu frisch waren die Erinnerungen im Umgang mit den quasi enteigneten Zweckverbänden bei der Gründung der EVS. Zwar konnte er einen vollständigen Zusammenschluss verhindern, nicht aber die

„Gleichschaltung des NEV mit der EVS“. Von seinen zehn Aufsichtsratssitzen bei den Neckarwerken musste der NEV drei für Vertreter der EVS frei machen, im Gegenzug erhielt der NEV zwei Aufsichtsratssitze bei der EVS. Auch anderswo ging die EVS sehr rigide und im Sinne der neuen Machthaber vor. Sie führte in ihrem Geschäftsbericht für 1940 aus, dass sie zehn kleine private EVU mit zum Teil veralteten Ortsnetzen übernommen habe. Den bisherigen Besitzern wurden aber großzügig die Wasserkraftanlagen belassen, wobei sich die EVS verpflichtete, die Überschüsse abzunehmen.

Der Aderlass der TWS durch die Zwangsabtretung des Kraftwerkes Marbach war in Stuttgart noch nicht verschmerzt, man wollte aber weiter in die Stromerzeugung investieren. Da kam der Strombedarf eines großen Nachbarn nebenan gerade recht. Der Gesellschaftsvertrag zum Bau des Heizkraftwerkes Untertürkheim zwischen den TWS und Daimler-Benz wurde am 11.8.1940 geschlossen. Ziel war es, die Stadt Stuttgart und die DB-Werksanlagen mit Strom und Wärme zu versorgen. Die TWS hofften auch, nach der Zwangsabtretung des Kraftwerkes Marbach, doch noch Strom aus eigenen Dampfkraftwerken beziehen zu können.

Auch beim Gas bewegte sich etwas. Der „Zweckverband Gasversorgung Württemberg“ wurde am 12.2.1940 als Zusammenschluss von 27 württembergischen Gemeinden gegründet. Der Verband hatte insbesondere den Anschluss der Verbandsmitglieder an eine Ferngasversorgung zu betreiben. Vorsitzender wurde, was Wunder, Dr. Strölin, OB Stuttgart, und Herr Bauser, Leiter der Bezirksgruppe Württemberg-Hohenzollern der Wirtschaftsgruppe Gas- und Wasserversorgung. Jetzt brauchte man aber noch das Ferngasunternehmen. Das wurde dann im Januar

1942 als „Südwestdeutsche Ferngas AG“ in Stuttgart gegründet, an der das Reich, die Länder Württemberg und Baden und die Zweckverbände Gasversorgung Württemberg, Gasversorgung Baden und Gasversorgung Elsass beteiligt waren. Das Grundkapital betrug zehn Millionen Reichsmark. Geschäftsführendes Vorstandsmitglied war der Werkleiter der Abteilung Gasversorgung der TWS.

Trotz des Krieges blickten einige immer noch hoffnungsfroh in die Zukunft und dachten, zeittypisch, in großen Dimensionen. Der Generalbevollmächtigte für die Energiewirtschaft Dillgardt (OB Essen) sprach sich wie Strölin (OB Stuttgart/TWS) im April 1940 gegen eine Zusammenfassung der Energiewirtschaft zu einem reichsweiten Unternehmen wie z. B. die Reichsbahn oder die Reichspost aus. Dennoch sollten die EVU zu größeren Gebietsversorgungsunternehmen zusammengefasst werden. Gemeindewerke in Städten bis 10.000 Einwohner sollten in das vorlagerte Unternehmen übergehen, bei EVU größerer Städte müsste von Fall zu Fall entschieden werden, die Werke größter Städte sollten erhalten bleiben. Auch der Gedanke der „Reichssammelschiene“ wurde weiterentwickelt. Diese könne z. B. in den Händen einer einzigen Gesellschaft ohne oder mit Beteiligung der EVU liegen. Ausdrücklich wurde auf die englische Lösung durch das National Grid und das Central Electricity Board verwiesen. Auch Strölin sympathisiert mit der Idee, die Elektrizitätsgroßerzeugung und Großverteilung als geschlossenes Reichsunternehmen auszubilden. Manche dieser Positionen lesen sich heute wieder seltsam aktuell, aber zentralistisches Gedankengut hat offensichtlich immer Konjunktur. Die Anfang der 2000er-Jahre diskutierte „Deutsche Netz AG“ lässt jedenfalls grünen.

Dass dieses Thema auf der Tagesordnung stand, zeigt ein weiteres Beispiel. In den Zeitschriften „Elektrizitätswirtschaft“ und „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ tobte im März 1941 ein Meinungsstreit zum Thema kommunale Unternehmen. Ein Autor verteidigte vehement die Interessen der KMU, wenn er schrieb, er sehe *„in letzter Zeit (einen) auffallend hartnäckig vertretenen Totalitätsanspruch der Großunternehmen der Elektrizitätswirtschaft“*, der den Bestand der leistungsfähigen Klein- und Mittelbetriebe infrage stelle. Und es müsste *„zu einer schweren Schädigung führen, wenn man den Bestrebungen interessierter Großunternehmen nach einer (...) eigensüchtigen Monopolisierung der Stromerzeugung (...) nachgeben wolle“*. Die Elektrizitätswirtschaft als offizielles Verbandsorgan des WEV und damit der NSDAP hielt dem entgegen, es komme nicht auf *„kommunal oder nicht kommunal an, sondern auf volkswirtschaftlich zweckmäßig oder unzweckmäßig“* und strich die aus ihrer Sicht wichtigen Vorteile der Großraumwirtschaft heraus. Auch sei in der deutschen Elektrizitätswirtschaft ein räumliches Ausmaß erreicht, das mit kommunal bestimmter Wirtschaftsführung nicht mehr in Einklang zu bringen sei. Zudem sei die oft beschworene Abnehmernähe nicht dadurch gegeben, dass *„der Leiter eines EVU inmitten seiner Abnehmer sitze, sondern nur durch günstigste Versorgungsbedingungen“*. Eindeutiger würden es Vertreter der „Großraumwirtschaft“ heute auch nicht sagen können. Dass hinter der Diskussion die Reichspolitik steckte, wurde aber schnell offensichtlich. Die WEV als Zwangsverband hatte nach Meinung des zuständigen Generalinspektors auch die Aufgabe, *„alle nicht leistungsfähigen, die Entwicklung der Elektrizitätsversorgung hemmenden Betriebe aufzulösen und in den Besitz leistungsfähiger Unternehmen zu über-*



führen“. Die Zentralisierung der Energiewirtschaft war also ein politisches Anliegen der höchsten nationalsozialistischen Stellen.

Kurz zurück zu einem alten Thema. Wie schon vorhergesagt, es gab immer noch keine Ruhe beim Grundpreistarif Strom. Im März 1940 beklagt die WEV in der EW, dass die Umstellung der Tarife auf Grundpreistarife nur schleppend lief, obwohl sie laut Verordnung vom 25.7.1938 innerhalb eines Jahres erfolgt sein sollte. Insbesondere die kommunalen Unternehmen leisteten hinhaltenden Widerstand. Sie befürchteten Einnahmeausfälle und die Verärgerung ihrer Bürger. Auch die komplizierte Beratung, welcher Tarif bei welcher Abnahmemenge und Zimmerzahl der richtige sei, erschwerte die Einführung. Der WEV bestätigte, dass es z. T. zu starken Einnahmeausfällen in den Unternehmen kommen könne, er forderte aber, dass *„jeder Abnehmer in denjenigen für ihn zur Verfügung stehenden Tarif eingestuft wird, der für ihn den niedrigsten Preis ergibt“* (das heute noch gültige Prinzip der Bestabrechnung). Andererseits wurde den Kunden augenzwinkernd auch eine Mitverantwortung zugeschoben, wenn man feststellte:

*„Es wird weder für die erste Einstufung der Abnehmer noch für die spätere laufende Handhabung verlangt, dass das Versorgungsunternehmen von sich aus die Abnehmer in den jeweils vorteilhaftesten Tarif einstuft. Die Anwendung beruht vielmehr auf dem Grundsatz, dass der Abnehmer sie wählen kann. Er trägt auch die Verantwortung dafür, ob er richtig oder falsch gewählt hat.“*

Das war zwar ein Widerspruch zur ersten Forderung, aber in dieser widerspruchsvollen Zeit sicher nicht von Bedeutung.

Vom EVU wurde aber gefordert, dass es seine Kunden durch Beratung in die Lage versetzte, die richtige Entscheidung zu treffen. *„Dabei sollte am besten gezeigt werden, wie sich aus dem festen Grundpreis und dem verbrauchsabhängigen Arbeitspreis der Durchschnittspreis entwickelt.“*

Und weiter hieß es:

*„Man wird wohl am besten tun, den Tarif als etwas Gegebenes anzunehmen und nicht durch langatmige Begründungen und Erläuterungen den Aufbau der Kosten an den Anfang zu stellen.“*

Aber es half nichts, auch 1941 bestand noch Beratungsbedarf. Die EW besprach 1941 sehr umfassend einen Werbefilm mit dem Titel *„... sagt mein Mann“* der *„Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Elektrowirtschaft“*, der anhand von Spielszenen dieses komplizierte Thema des Grundpreises beleuchtete. Mit einer Spieldauer von ca. zehn Minuten sei er geeignet, von EVU in eigenen Veranstaltungen und auch als Vorfilm in Kinos eingesetzt zu werden. *„Der Film ist zugleich ein Beispiel für die Vorteile, die auf dem Gebiet der Tarifaufklärung in der (...) Möglichkeit der zentralen Bereitstellung von Werbemitteln liegen.“* Ein Jahr später machte man dann Nägel mit Köpfen. Im Deutschen Reich galt nun ein Einheitstarif. Der Grundpreis betrug für einen Raum 1,20 RM, für jeden weiteren Raum 0,30 RM mehr. Der Arbeitspreis betrug acht Rpf./kWh, bei Mindestabnahmen vier bis sechs Rpf./kWh. Den Nachtstrom gab es für vier Rpf./kWh. Außerdem erläuterte die EW nochmals ausführlich die Preisstoppbedingungen, die seit

dem 26.11.1936 galten. Selbst wenn inzwischen eine Preissenkung durchgeführt wurde, ist eine spätere Anhebung auf die Preise des Stichtages verboten. Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen, dass *„Kostenerhöhungen von dem EVU zu tragen sind, bei dem sie auftreten. (...) Eine Ausnahmegewilligung kommt nur in Betracht, wenn die Weiterführung des Betriebes (...) gefährdet würde und die Aufrechterhaltung des Betriebes volkswirtschaftlich gerechtfertigt erscheint.“* Und wenn man schon dabei war, die ungeliebten kleinen EVU auszuschlachten, der Generalbevollmächtigte für die Energiewirtschaft betonte im April 1940, *„insbesondere Kupfer und Blei aus stillliegenden oder nicht unbedingt benötigten Anlageteilen (sind) im Interesse der Kriegswirtschaft auszubauen.“*

Trotz aller äußeren Sorgen in den Kriegsjahren, es blieb immer noch Zeit für die kleinen Nickeligkeiten des Alltags. Die „Elektrizitätswirtschaft“ berichtete im August 1941 empört über einen Artikel im „Das Gas- und Wasserfach“ von Juli 1941, wo es hieß:

*„Die elektrische Energie hat ohne Zweifel Vorzüge, die niemand verkennt. (...) doch einem muß aus volkswirtschaftlichen Gründen entgegengetreten werden, der Verwendung von elektrischem Strom (...) zur Wärmeerzeugung, also beispielsweise für Kochen und Heizen.“*

Die EW blieb nichts schuldig und führte ihrerseits aus:

*„Nach diesen Äußerungen ist nun wohl tatsächlich damit zu rechnen, daß demnächst das gasbetriebene Heizkissen, die gasbeheizte Rundfunkröhre, der kleine Gastauchsieder für den Haushalt (...) auf den Markt kommt.“*

Auch ein sehr modern anmutendes Thema stand mitten im Krieg auf der Tagesordnung. Die EW stellte 1940/41 mehrfach umfassend die „Fortschritte in der Ausnutzung der Windkraft zur Stromerzeugung“ vor. Die Artikel basierten auf Unterlagen der „Reichsgemeinschaft Windkraft“, die am 13.10.1939 ihre Arbeit aufnahm. Sie setzte die Arbeit der Vorgängergesellschaft „Windkraft-technische Gesellschaft“ von 1932 fort. Ein Artikel befasste sich mit den schon sehr verbreiteten Anlagentypen in der UdSSR und in den USA mit Leistungen von 70 bis 80 kW, überwiegend jedoch Kleinwindanlagen bis sieben Kilowatt. In Weimar wurde laut EW ein Versuchsfeld für Windkraftwerke errichtet. Die größte Anlage war 30 m hoch und hatte eine Leistung von 50 kW. Bei einem kalkulierten Anschaffungspreis von 17.500 RM sollte der Klemmenpreis etwa 9,3 Rpf./kWh betragen und so im Bereich des Verkaufspreises für Strom liegen. Auf Basis dieser Erfahrungen sollten später Projekte für Anlagen mit 1.000 kW bis 10.000 kW realisiert werden.

Eine weitere, ebenfalls in die Zukunft weisende Meldung: Zwischen dem Kraftwerk Elbe der EWAG und dem Umspannwerk Marienfelde der BEWAG wurde 1942 über eine Strecke von 115 km der Bau einer Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung mit 200 kV begonnen. Zum Einsatz sollten Quecksilberdampfmodule kommen, die sowohl den Strom gleichrichten wie auch an der Ausspeisestelle wieder in Wechselstrom umwandeln konnten. Die Anlage war 1945 tatsächlich betriebsbereit, wurde aber durch sowjetische Truppen abgebaut und später zwischen Moskau und Kashira 1950 in Betrieb genommen.

Noch ein Thema mit Auswirkungen auf unser Land. Die 1894 mit maßgeblicher Beteiligung der AEG gegründete „Gesellschaft für elektrische Unternehmungen“ (Gesfürel) wurde Anfang

1942 mit der AEG verschmolzen. Die Gesfürel, eine Beteiligungsgesellschaft, die ab 1900 als Kapitalgeber für die Gründung und den Aufbau zahlreicher EVU wirkte, brachte u. A. 65 Prozent der Neckarwerke und 20 Prozent der Amperwerke in die AEG ein.

Ein anderes Thema, wie aus der Zeit gefallen: In Heilbronn wurde 1942 die Beratungsstelle „Gutes Licht“ eröffnet, die das Elektrizitätswerk der Stadt zusammen mit der „Deutschen Arbeitsfront“, Amt „Schönheit der Arbeit“, eingerichtet hatte.

Auch anderswo ging das Leben außerhalb des Krieges weiter. Zwar tobte schon der Bombenkrieg über Deutschland, alleine im Mai 1942 griffen 1.000 englische Bomber gleichzeitig die Stadt Köln an, aber selbst in Fachmedien verbreitete man noch business as usual. Die WEV informierte im Juni 1942 (!) ausführlich über ihre Tätigkeit. In dem Block „Elektrizität in Haushalt und Gewerbe“ wurde über den aktuellen Stand der Elektroherde, die „Wärmebereitung in Volkswohnungen“ und die „Schaffung eines deutschen Volkskühlschranks“ berichtet. Durch „Beschluss des Reichswohnungskommissars“ sollte jede neue Volkswohnung künftig einen Volkskühlschrank mit einem Volumen von 60 bis 90 l zu einem Preis von 150 RM erhalten. Zudem wollte man einen Gaskühlschrank entwickeln.

Und weiter: Der Elektrowärmeausschuss des VdEW tagte am 2.11.1942 in Berlin. Ein Schwerpunktthema war die Wärmepumpe. Ziel sei es, durch diese besonders in der Schweiz weiterentwickelte Technik einen wirkungsvollen Beitrag zur Schonung der natürlichen Ressourcen zu erreichen. Folgerichtig hielt Prof. Dr. Bauer von der Eidgenössischen Hochschule einen Grundlagenvortrag, bei dem die Funktionsweise einer Wärmepumpe anschaulich dargestellt wurde. Dieser Text war in großen Teilen in der EW abgedruckt.

Und noch eine Meldung, die vor dem Hintergrund des Krieges fast unglaublich erscheint. Der WEV beschäftigte sich im November 1943 mit der Lebensdauer von Glühlampen. Bereits seit Dezember 1927 gab es eine Vereinbarung zwischen dem VdEW und der Glühlampenindustrie, die Lampen so zu bauen, dass sie bei einer Überschreitung der Nennspannung von 3,5 Prozent eine Lebensdauer von 1.000 h hätten. Hintergrund war, dass die Faktoren Lampenwirkungsgrad – Glühdrahttemperatur – Lebensdauer in direktem Zusammenhang stehen. Je höher die Lebensdauer sein sollte, desto niedriger muss die Glühdrahttemperatur sein und desto niedriger wurde der Wirkungsgrad. Aufgrund der aktuellen Situation wurde zwischen WEV und der Industrie jetzt festgesetzt, dass die Lampen nun eine Lebensdauer von 1.500 h haben sollten.

\* \* \*

Zwischendurch mal was Positives. Am 8. August 1942 wurde in London nach Schneewittchen, Pinocchio und Dumbo der fünfte abendfüllende Zeichentrickfilm von Walt Disney uraufgeführt, Bambi. In deutsche Kinos kam der Film allerdings erst 1950. Trotz des Krieges blieb die Ufa aber immer noch produktiv, im März 1943 kam der Film „Münchhausen“ in die Kinos.

\* \* \*

Auch aus der Energiewirtschaft im Land gab es eine positive Meldung. Im November 1943 erfolgte die Inbetriebnahme der ersten Maschinensätze der Stufe Witznau des Schluchseewerkes. Damit waren der obere und der mittlere Teil der Schluchseegruppe

betriebsfähig. Aufgrund der Kriegsereignisse musste ab 1944 der Weiterbau der Stufe Waldshut eingestellt werden. Die Stufe Witznau ging vollständig erst im März 1950 in Betrieb, die Teilbetriebnahme der Stufe Waldshut erfolgte im Juni 1951.

Der Krieg mit seinen schrecklichen Auswirkungen kam jetzt aber immer näher. Die Förderwerke Niederstotzingen und Schotthof der Landeswasserversorgung wurden wegen ihrer hohen Bedeutung für die Wasserversorgung im Juni 1943 vorsorglich getarnt, die Dächer, Wege und Fassaden mit grüner Farbe eingefärbt und die Fenster mit Blendschutz versehen. Sorge bereitete aber die im Dachgeschoss eingebaute Flak-Stellung, die einerseits vor Bomberverbänden nicht schützen konnte, andererseits aber feindliche Flugzeuge anziehen könnte. Bei einem Angriff am 18.11.1944, der eigentlich dem Flugplatz Leipheim galt, erfolgten vermutlich wegen der Geschütze auch Angriffe auf die Förderwerke. Nach diesem Ereignis konnte die Landeswasserversorgung erreichen, dass die Flaktürme abgebaut wurden.

Auch Treibstoff wurde zur Mangelware. Im Deutschen Reich verkehrten schon 1942 ca. 19.000 Fahrzeuge mit Holzvergaser.

Im Mai 1943 zerstörten englische Flugzeuge mit einer speziellen Bombenabwurftechnik sowohl die Edertalsperre wie auch die Möhnetalsperre. Infolge der Flutwelle durch die zerstörten Staumauern ertranken weit über 1.500 Menschen. Eine Sanierung der Mauer und der Wasserkraftanlagen konnte erst nach dem Krieg durchgeführt werden.

Und doch, trotz aller Kriegsereignisse, der Amtsschimmel wieherte weiter. Im Septemberheft der EW von 1943 wurde ein Rundschreiben der WEV veröffentlicht, unter welchen Bedingungen Mitarbeiter (= „Gefolgschaftsmitglieder“) von der Arbeit fern-

bleiben konnten. Sofern ihre Wohnung durch z. B. Bomben beschädigt wurde und geräumt werden musste, mussten sie sich spätestens am zweiten Tag bei den Vorgesetzten melden und um Arbeitsfreistellung bitten. Kein Grund zur Freistellung war aber, wenn sie lediglich ausgebombten Verwandten oder Bekannten helfen wollten. *„Wenngleich die Notwendigkeit gegenseitiger Hilfe durchaus anerkannt werden muß, steht doch zweifelsfrei (...) der Betrieb im Interesse der Aufrechterhaltung der Produktion in erster Linie.“* Ebenfalls 1943 berichtete die EW über das Thema Ersatz bei Kriegsschäden gemäß der Kriegssachschädenverordnung und der Praxis des Reichskriegsschädenamtes. In typisch deutscher Detailverliebtheit wurde geregelt, wann wer entschädigt wird. Wurde z. B. eine Kundenanlage durch einen Luftangriff zerstört, konnte kein Schadensersatz des EVU geltend gemacht werden. Wurde neben der Kundenanlage auch die EVU-Zuleitung zerstört, war ebenfalls keine Entschädigung zu erwarten, da der ausfallende Abnehmer auch bei intakter EVU-Anlage keinen Strom beziehen würde. Anders aber, wenn nur die EVU-Anlage und nicht die Kundenanlage getroffen wurde. Dann sei mit einer Entschädigung zu rechnen.

War schon bisher eine halbwegs normale Arbeit nicht mehr möglich, verschlimmerte sich die Situation ab 1944 immer mehr. Bereits seit Kriegsbeginn war Stuttgart wie viele andere Städte im Südwesten ein bevorzugtes Ziel von Luftangriffen. Seit dem Angriff am 19.10.1944 musste wie anderswo die Gaserzeugung bis nach Kriegsende vollständig eingestellt werden.

Ende des Jahres 1944 hatte die Elektrizitätswirtschaft durch Bombenschäden, Überlastung und Überalterung der Anlagen bereits ein Drittel ihrer Leistungsfähigkeit eingebüßt. Das Notpro-

gramm von Januar 1945 konnte nur noch wenige Rüstungsbetriebe mit Strom versorgen. Wenig später waren 50 Prozent der Kapazitäten zur Stromerzeugung zerstört oder nicht betriebsfähig, hinzu kamen Probleme mit dem Kohletransport und der Kohleförderung, die auf 4 Prozent (!!!) des einstigen Maximums abgefallen war. Die Netzfrequenz sank aus diesen Gründen zeitweilig auf 44 Hz.

Vermutlich wegen Angriffen auf den Rangierbahnhof Kornwestheim fielen mehrfach Hauptleitungen der Landeswasserversorgung nach Ludwigsburg aus. Zur Sicherung der Wasserversorgung sollte eine zusätzliche Leitung gebaut werden, aufgrund des allgemeinen Bauverbotes brauchte man aber eine Sondergenehmigung. Diese wurde wegen des hohen Stahlbedarfes abgelehnt, ein Ministerialer aus dem zuständigen Ministerium in Berlin schrieb an die LW: *„Im Übrigen glaube ich, dass die Lage von Ludwigsburg im Falle eines Luftangriffes noch lange nicht so schlimm ist wie die der Städte im norddeutschen Küstenraum und in Westdeutschland.“*

Die letzten Kessel des Dampfkraftwerkes Münster mussten wegen Bombenschäden der Anlage abgeschaltet werden. Damit fielen auch die Einspeisungen in das Cannstatter Fernwärmenetz weg. Um zumindest die Versorgung des Cannstatter Krankenhauses aufrechtzuerhalten, stellt man Anfang 1945 im Hof des Werksgeländes eine Dampfkessel als stationären Dampferzeuger zur Netzspeisung auf. Im Betriebsbericht der LW hieß es:

*„Am 21.4.1945 wurde durch Kriegseinwirkung die Aubrücke über den Neckar bei Münster und damit der in sie eingelegte Teil der Zonenleitung Ludwigsburg zerstört. (...) Nach Fertigstellung der (...) Notleitung konnte die Vollversorgung der*

*Ludwigsburger Zone durch die Landeswasserversorgung erst nach Kriegsende am 31.5.1945 wieder aufgenommen werden.“*

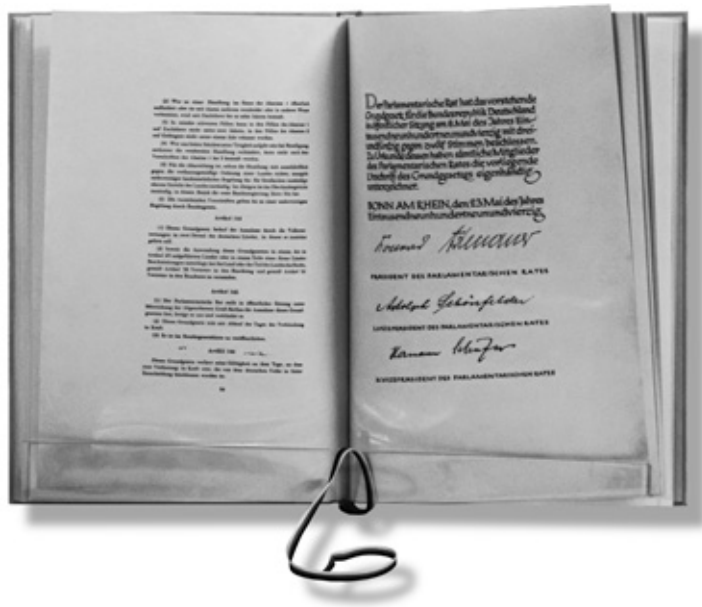
Schon im November 1943 war das Geschäftsgebäude des DVGW in Berlin bei einem Angriff vollständig zerstört worden. Bei den Berliner Wasserwerken musste ein Notquartier bezogen werden. Den Bombenangriffen fielen auch das Gasinstitut an der Uni Karlsruhe und das Gaswärmeinstitut in Essen zum Opfer. Die Verbandsarbeit für Strom, Gas und Wasser in Berlin wurde mit immer kleineren Stäben fortgeführt, Hauptthema war die technische Beratung bei der Katastrophenhilfe der Werke. Mit der Einnahme Berlins kamen auch diese Arbeiten zum Erliegen.

Das Tausendjährige Reich war nun nach nur zwölf Jahren in einer selbst verursachten Orgie aus Blut und Gewalt untergegangen. Millionen Menschen fanden den Tod, unermessliche Kulturgüter wurden vernichtet und vielversprechende technische Entwicklungen auf Jahre verzögert. Das uns interessierende Verbandswesen der Energiewirtschaft, ohnehin durch die Zwangszusammenfassung in WEV und WGW behindert, kam zum Erliegen, da die tragenden Mitgliedsunternehmen andere Sorgen hatten als die Diskussion von Zukunftsthemen.

**Kapitel V**  
**1945 bis 1965**

Aufbruch  
zu neuen Ufern





8. Mai 1945, die Stunde null. Das deutsche Militär hatte bedingungslos kapituliert, das geordnete Staatswesen des Deutschen Reiches war aber schon weit vorher schleichend zusammengebrochen. Marodierende Banden von SS und SA, auch Einzelpersonen aus dem Dunstkreis der Nationalsozialisten, schwangen sich vielerorts zu Richter und Henker in einer Person auf und terrorisierten die ohnehin schon geschundenen Menschen. Auch deshalb wurden die Truppen der USA, der Sowjetunion, Englands und Frankreichs von den verbliebenen Einwohnern oft als Befreier begrüßt. Das Elend fand aber noch lange kein Ende. Mit der Kapitulation 1918 waren schon einmal die politischen Strukturen zusammengebrochen, aber zumindest die Infrastruktur blieb damals weitgehend unversehrt. Anders 1945. Neben der gesellschaftlichen und moralischen Ordnung lag auch alles andere in Trümmern. Besonders die Städte mit ihren strukturlosen Schuttbergen wirkten wie ausgelöscht. Zu den zurückgebliebenen, meist ausgebombten Menschen kamen nun Kriegsheimkehrer, die oft genug ihre Familie und ihre frühere Wohnung vergeblich suchten, und Geflüchtete und Vertriebene, die auf einen Neuanfang hofften. Und alle vereinte ein Wunsch – leben. Das bedeutete aber erst einmal überleben. Besonders schlimm war es in den Städten, wo sich leider manchmal die ersehnten Befreier nicht als die erhofften Freunde und Helfer entpuppten und die Bevölkerung nun ihrerseits drangsalierten. Auch auf dem Land, in den Dörfern und Kleinstädten war das Leben hart und entbehrensreich, aber die Eingessenen hatten oft noch funktionierende Familienstrukturen, die sie auffingen und so das Überleben sicherten. Aber schon bei den Geflüchteten, meist aus den östlichen Reichsgebieten, begann die Differenzierung. Man

empfang sie oft genug als Eindringlinge, denen man mit äußerstem Misstrauen begegnete. Zu alledem, sehr schnell kamen oft auch gesinnungswandelbare Parteigenossen wieder an die Schalthebel der Macht, die sie in eigener Sache eifrig nutzten. Meist galt das archaische Recht des Stärkeren, wer nicht kämpfte, hatte schon verloren. Die Lebensmittelmarken, oft nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt waren, sicherten kein Überleben. Die Folge waren dann im Jahresverlauf 1945 bis zur Währungsreform Schwarzmarkt und Hamsterfahrten. Doch auch dafür brauchte man Infrastruktur: Schienen und Bahnanlagen (in der britischen Zone waren im Mai 1945 von rund 13.000 Streckenkilometern nur 1.000 km befahrbar, in der französischen Zone von 5.667 km nur 500 km). Auch die Wasserstraßen fielen weitgehend aus, da alleine der Rhein von 36 gesprengten Brücken und Behelfsbrücken mit geringer Durchfahrthöhe blockiert war. Zusätzlich brauchte man auch fahrfähige Lokomotiven und Wagen, Kohlen für die Lokomotiven und Menschen, die bereit waren, zu arbeiten, statt für ihre Familien Lebensmittel zu organisieren.

Der Krieg in Deutschland war also beendet, die Potsdamer Konferenz zementierte auf Jahrzehnte hinaus den Status unseres Landes, aber bei aller Not, wie sah es anderswo aus? Flucht und Vertreibung. Jetzt nicht mehr die Juden, sondern die Deutschen selbst, das Pendel schwang zurück und traf Schuldige und (erneut) Unschuldige. Am schlimmsten traf es aber Japan. Auch dort Schuld und Unschuld eng beieinander, japanische Gräueltaten in China und Korea wurden nun noch mal übertroffen. Dachten wir Deutschen, der Bombenkrieg über Hamburg, Pforzheim oder Dresden wäre ein Blick in die Hölle gewesen, wurden wir eines Besseren belehrt. Amerika öffnete nun das Tor zur Hölle selbst. Am 6. und

8. August 1945 überschritt Amerika diesen Point of no Return und radierte zwei japanische Städte, Hiroshima und Nagasaki in einem bis dahin unvorstellbaren Inferno vollständig aus. Einschließlich der Spätfolgen durch die Verstrahlung wird heute mit bis zu 500.000 Opfern gerechnet. Was oft übersehen wird, ursprünglich waren die beiden Bomben zum Abwurf über Deutschland bestimmt, nur das Kriegsende am 8. Mai 1945 verhinderte ihren Einsatz.

Aber zurück in unser Land, das erst noch eine Nation werden wollte. Konrad Adenauer machte wieder von sich reden. Nachdem er die NS-Jahre als allerdings wenig erfolgreicher Erfinder (beleuchtetes Stopfeisen, vegetarische Wurst) verbracht hatte, wurde er, weil unbelastet, schon am 4.5.1945 von der amerikanischen, später von der britischen Besatzungsmacht wieder zum Kölner Oberbürgermeister ernannt. Sie hätten es aber besser wissen können. Wer den Nazis trotzte, hielt die steifen Briten allemal aus. Als diese verlangten, zur Gewinnung von Brennstoffen den gesamten Grüngürtel von Köln abzuholzen, kam es zum Krach. Am Ende warfen sie ihn schon am 6. Oktober wieder aus dem Amt, angeblich wegen Unfähigkeit. Er musste Köln sofort verlassen und durfte sich auch nicht mehr politisch betätigen. Zumindest dieses letzte Verbot hoben sie im Dezember 1945 wieder auf. Adenauer konnte sich so in Ruhe dem Aufbau der CDU und der demokratischen Strukturen in Deutschland widmen. Auch die SPD sammelte sich. Hier waren es Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer, die als maßgebliche Kräfte den Neuaufbau betrieben. Eine alte Frage bewegte dort aber die Gemüter: Wie sollte sich die SPD von der KPD abgrenzen und wo sollten die politischen Grenzen liegen? Die Diskussion darüber blieb lange offen, letztlich klären konnte



das erst das Godesberger Programm vom 15. November 1959. Damit erfolgte dann der Wandel der SPD von einer sozialistischen Arbeiterpartei hin zu einer Volkspartei.

Für die meisten Menschen war Politik aber weit weg. Sie bewegten viel praktischere Fragen. Immer noch fehlten Lebensmittel, Wohnungen, Strom und Wasser. Ohne Strom konnte man ja noch leben, aber ohne Wasser? Selbst wenn Wasserwerke noch funktionierten, ohne Strom arbeiteten keine Pumpen, Wasserleitungen waren vielerorts zerstört, ebenso die Wasserhochbehälter. Alles im wahrsten Sinne des Wortes löchrig wie ein Schweizer Käse, in den Wasser hineinzupumpen keinen Sinn machte. Aber auch hier fanden sich Männer und Frauen, die kurz nach der Stunde null bereit waren, zu arbeiten und mit notdürftigsten Mitteln die Infrastruktur zumindest behelfsmäßig zusammenzuflicken.

Eine Anekdote am Rande: In der amerikanischen Zone waren die Besatzer über das Wasser erst einmal geschockt. Es schmeckte nicht, besser, es schmeckte nach nichts und es roch auch nicht. Das war höchst verdächtig, denn das Wasser sollte nicht nur sauber sein, wie es die Deutschen ständig behaupteten, sondern rein, wie wir es später von der Waschmittelwerbung lernen. Und dann müsste es riechen wie zu Hause in den USA, nach Chlor. Tat es aber nicht. Also forderte die amerikanische Besatzungsmacht, dass das Trinkwasser grundsätzlich gechlort werden solle. Da bissen sie aber bei den wackeren Wasserwerkern auf Granit. Zwar wusste man schon von den Römern „Vae victis“, wehe den Besiegten, aber alles musste seine Grenzen haben. In gutes deutsches Trinkwasser sollte amerikanisches Chlor? Da könnte ja jeder kommen! Und triftige Gründe, mit denen man

seine Haltung begründen könnte, es nicht zu tun, gab es ja zum Glück genug. Einmal die höheren Kosten und fehlendes Chlor, aber auch die fehlenden Einrichtungen in den Wasserwerken und fehlende Fachkräfte, denn Chlor war ja erst mal giftig. Aber so? Nun ja, man hätte ja wirklich gerne geholfen, aber leider, leider. Als Kompromiss legte man dann fest, nur das Wasser direkt für die Besatzungsmächte zu chlorieren. Damit konnten beide Seiten wieder gut leben.

Noch etwas behinderte die Menschen, die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen. Oder besser, deren Grenzen. Schon auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 wurden die Grenzen der Zonen festgelegt. Am 5. Juni 1945 übernahmen die Oberbefehlshaber der Besatzungsmächte die Regierungsgewalt über Gesamtdeutschland. Vereinzelt wurden die Besatzungszonen auch neu zugeschnitten bzw. dort, wo die militärische Situation anders war als in Jalta festgelegt, entsprechend korrigiert.

Die Briten und die US-Amerikaner räumten deshalb zum Leidwesen der Bevölkerung Sachsen, Thüringen und Teile von Mecklenburg, um sie zum 1. Juli 1945 der sowjetischen Kontrolle zu überlassen. Im Gegenzug erhielten die Westmächte die drei Westsektoren Berlins. Am 10. Juli rückten französische Besatzungstruppen in das Saarland ein, das von den US-Truppen verlassen wurde. In Baden-Württemberg wurden die von Frankreich besetzten Städte Karlsruhe und Stuttgart geräumt und den Amerikanern übergeben.

Der finale Grenzverlauf zwischen den Besatzungszonen nahm jedoch keine Rücksicht auf gewachsene Ländergrenzen. Die Schnittlinie zwischen der amerikanischen und der französischen Zone in unserem späteren Bundesland verlief entlang der Auto-

bahn Karlsruhe–Stuttgart–Ulm und zerschnitt so die Länder Baden und Württemberg jeweils in zwei Teile, wobei Frankreich seine Zone nochmals in die Teilländer Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern aufteilte. Da die Besatzungsmächte in ihren Zonen später dann jeweils eigene Verwaltungsstrukturen aufbauten, entstanden so drei neue Länder, die sich auch politisch nicht unbedingt Sympathie entgegenbrachten. Sicher war diese Art der Zonenaufteilung und die Zerschlagung der landsmannschaftlichen Strukturen später auch mit ein Grund dafür, dass die alten Länder Baden und Württemberg relativ einfach zum Südweststaat vereinigt werden konnten.

\*\*\*

Wenden wir uns nun endlich der Energiewirtschaft und dem Verbandswesen zu. Die ersten Herausforderungen bestanden 1945 darin, aus den zoneninternen Erzeugungsmöglichkeiten und dem Strombedarf die Fehlmengen zu ermitteln. Diese Differenz war schon groß genug. Hinzu kam, dass etwa 25 Prozent der erzeugten Elektrizität an im Krieg von Deutschland besetzte Nachbarländer geliefert werden musste (z.B. 90 MW an Frankreich, 80 MW an Belgien, 30 MW an Österreich). Aber woher nehmen? Viele Kraftwerke und Fernleitungen waren zerstört und selbst wenn beides noch vorhanden war, womit die Kraftwerke befeuern? Speziell die Kohleversorgung der südwestdeutschen Länder, insbesondere für Wärmekraftwerke und Gaswerke, war wegen der zerstörten Infrastruktur völlig unzureichend. Das Ausmaß der Zerstörung im Bereich Gas verdeutlichen folgende Zahlen: Von 373 gasversorgten Städten in der brit. Zone erhielten nur noch 60 Gas, das Rohr-

netz in Hamburg wies 16.000 Schadstellen auf, von 80 Kokereien arbeiteten nur noch 18 und diese auch nur teilweise. Als Folge des Kohlemangels in den Wärmekraftwerken wurden die noch intakten süddeutschen Wasserkraftwerke verstärkt zur Stromerzeugung genutzt. Insbesondere die Kraftwerke mit Speicherbecken waren aber schnell erschöpft, die anderen arbeiteten trotz fehlender Ersatzteile hart an der Leistungsgrenze. Die Folge waren Frequenzeinbrüche bis herunter auf 45 Hz. Und wie immer, Not machte auch hier erfinderisch. Warum sollte man diese Idee nicht kultivieren und die Netzfrequenz ganz gezielt absenken? Untersuchungen ergaben, dass je Hz Absenkung die Netzlast um 3,9 Prozent zurückging. Allerdings stieg die Blindleistung um 22 Prozent je Hz, was zu einer Spannungsverminderung auf den Hochspannungsleitungen führte, die ihrerseits eine weitere Lastsenkung zur Folge hatte. Die Betreiber der thermischen Kraftwerke protestierten aber gegen diesen Trick, da sie befürchteten, dass bei verminderter Frequenz die Drehzahl an den Generatoren zu gefährlichen Resonanzschwingungen an den Turbinenschaufeln führen könnte.

Aber es half nichts, Strom war nicht genügend da, die Siegermächte bedienten sich zudem vorrangig, der Rest musste für die Restbevölkerung eben reichen. Wie auch immer. Deshalb wurde der Stromverbrauch wieder streng rationiert. Genehmigt waren 500 Wh/Tag und Zähler (das waren 15 kWh/Monat!) zuzüglich 50 Wh/Tag und Person für Beleuchtung. Zusätzlich gab es 1,2 kWh/Tag und Zähler sowie 200 Wh/Tag und Person, wenn elektrisch gekocht wurde. Elektrische Raumheizung oder elektrische Warmwasserbereitung wurde bei Strafe verboten. Und wer sollte die Überwachungssuppe auslöffeln? Natürlich die EVU, die hatten ja sonst nichts zu tun. Der Strom- und Gasableser musste

also die Einhaltung der abnehmerindividuell festgelegten Kontingente überwachen. Wurden Überschreitungen festgestellt, musste der Anschluss stillgelegt werden und schwere Geldstrafen drohen. Alleine bei der Bewag ergingen 1946 so 57.600 Strafbescheide. Allerdings, überprüfen ließ sich der Verbrauch nur dort, wo es Zähler gab. Die gab es aber nicht überall. Noch am 30.9.1946 rechnet die Bewag 9.370 Niederspannungskunden wegen fehlender Zähler pauschal ab.

War das schon bei Strom in der Realität fast nicht durchführbar, bei der Gas-Rationierung machte man es noch komplizierter. Mit der Formel  $V(m^3) = 13 \cdot (n/3 + 1)$  (n= Anzahl der Personen im Haushalt) versuchte man, eine objektive Grundlage zu schaffen. Wer mehr verbrauchte, musste zur Strafe zehn Reichsmark je  $m^3$  bezahlen. Die noch im Krieg propagierte Gasheizung war natürlich verboten und wenn einem Gaswerkdirektor nachgewiesen werden konnte, dass er von einer Heizgasverwendung wusste, hatte auch er eine Geldstrafe von 5.000 RM zu bezahlen. Ein kleiner Vorteil war, das Wenigste, was im Moment fehlte, waren Reichsmark-Scheine, und umsetzen ließen sich die Auflagen eigentlich auch nicht. Da die wenigen unzerstörten Wohnungen durch Zwangseinweisungen von Vertriebenen überbelegt waren, die der Berechnung zugrunde liegende Personenzahl also ständig schwankte und normale Brennstoffe wie Holz und Kohle auch fehlten, resignierten die GVU bald. Wirksamer zur notwendigen Drosselung des Gasverbrauches war es dann, ganze Netzteile bis zu sechs halbe Tage pro Woche abzuschalten. Eine Anmerkung am Rande, in der französischen Zone gab es 1949 eine Besonderheit, das Konservengas. Über Zeitungsanzeigen machte die Militärbehörde darauf aufmerksam, dass zum Einkochen von Lebensmit-

teln in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September Gas-Sonderkontingente in Anspruch genommen werden konnten (1 Person  $15 m^3$ , 2 bis 3 Personen  $25 m^3$  usw.). Ferner gab es in verschiedenen Zonen Gas-Sonderkontingente für Kinder ( $15 m^3$ /Monat), Kranke ( $15 m^3$ /Monat) und Schwangere ( $10 m^3$ /Monat). Wie das aber in einer Zeit der Wohnungsnot und Zwangseinweisungen abgerechnet werden sollte, blieb ein Rätsel.

\*\*\*

Neben fehlendem Material und Brennstoff fehlten auch Menschen, zumindest die richtigen. Erfahrenes Personal war eine Seltenheit, Wehrdienst, Verwundungen oder Tod, ja sogar der berüchtigte Volkssturm hatten die Zahl der verfügbaren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gründlich dezimiert. Hinzu kam, dass gerade die Verantwortungsträger erst dann wieder in die Speichen greifen durften, wenn sie „entnazifiziert“ waren, sie also als politisch unverdächtig galten oder als „Mitläufer“ zumindest toleriert wurden. Da die NSDAP bei ihrer „Gleichschaltung“ nach 1933 aber sehr gründlich bei der Postenversorgung ihrer Anhänger vorgegangen war, blieben nur wenige Personen übrig, die kündigt, erfahren und politisch unbelastet waren. Die übrigen mussten sich der „Entnazifizierung“ stellen und hoffen, dass sie einen „Persilschein“ erhielten, der ihnen eine „weiße Weste“ bescheinigte. Und das konnte dauern. Mancher überzeugte Parteigenosse rutschte erfolgreich durch das Sieb, mancher kritische Geist der 30er-Jahre wurde zu Unrecht erneut aussortiert. Aber so war das schon immer bei Gesinnungsprüfungen, in Kopf und Herz konnte noch niemand schauen und am Ende entschied oft die Schauspielkunst.

\* \* \*

Doch zurück zur Energie- und Wasserwirtschaft. Es fehlte in jenen Tagen also an allem, Personal für Reparatur und Betrieb, Personal für Leitung und Verwaltung und ebenfalls sehr schmerzlich, an Material, Ersatzteilen und Kohle. Geld war zwar oft da, die alte Reichsmark, aber man erhielt nichts mehr dafür. Wer etwas Verwendbares hatte, behielt es, ein Verkauf für Reichsmark, egal zu welchem Preis, war ein schlechtes Geschäft. Hinzu kamen die extrem misstrauischen Militärbehörden, die sich auch untereinander nicht immer vertrauten. So nagte z. B. der erzwungene französische Abzug aus Karlsruhe und Stuttgart doch etwas am gerade wiedererstarkten Selbstbewusstsein der „Grande Nation“. Hinzu kam, dass sich die Bevölkerung in diesen Gebieten über den französischen Abzug sehr offen erleichtert zeigte, da deren Soldaten sich in einigen Fällen nicht sonderlich korrekt gegenüber der Zivilbevölkerung verhalten hatten, sei es, dass manche sich für die deutsche Besetzung Frankreichs rächen wollten, sei es aus anderen Gründen. Viele begrüßten die Amerikaner nun als die eigentlichen Befreier. Und das konnte auch schmerzen.

Aber auch ohne solche Probleme lief alles sehr schwierig. Zuerst waren die Zonengrenzen buchstäblich das Ende der Welt, wollte man nicht bei Nacht und Nebel über die Trennungslinie schleichen. Anfangs gab es noch keinen tragfähigen Interzonenverkehr, weder für Menschen noch für Material. Das war besonders schmerzlich für EVU, deren Infrastruktur sich an den alten Landesgrenzen ausgerichtet hatte, z. B. das Badenwerk und die EVS. Beide Unternehmen waren zerschnitten in Süd und Nord ohne jede Möglichkeit der Zusammenarbeit, des Materialaustau-

ches und des Einsatzes der wenigen Fachleute. Die französische Militärverwaltung hatte sich zudem noch etwas Besonderes einfallen lassen, wohl weil man das ständige Klagen und Fordern der Werke satt hatte. Dort war es den EVU unter Strafe verboten, sich mit ihren Anliegen direkt an die Militärverwaltung zu wenden. Alle Materialbestellungen, Berichte usw. waren über besondere Dienststellen in Freiburg und Reutlingen einzureichen, was Problemlösungen auch nicht gerade beschleunigte.

Da die Besatzungsmächte aber auch selbst Strom, Gas und Wasser benötigten und weil ihnen das Schicksal der Bevölkerung nicht ganz egal sein konnte, schließlich waren drohende Epidemien auch kein Ausweis für eine ordentliche Zonenverwaltung, setzten sie am Anfang Sonderoffiziere ein, die die Arbeit der EVU überwachten. Der gemeinsame Kontrollrat der Besatzungsmächte in Berlin erließ schon 1945 Verordnungen auch zum Thema Stromversorgung. In jeder Zone sollte ein Kontrolloffizier mit seinem Stab die Durchführung überwachen. In der französischen Zone wurde sofort nach der Besetzung ein „Beauftragter für die Elektrizitätsversorgung“ bestellt, „der von einem Stab leitender Herren der größeren EVU unterstützt wird“. Das Problem, die leitenden Herren waren meist frühere Parteimitglieder. Einer fand sich aber, Prof. Pirrung, den wir schon kennenlernten. Am 10.4.1933 von der NSDAP als Direktor der OEW abgesetzt, stand er nun als Leiter des EVS-Teils in der französischen Zone zur Verfügung. Er genoss ein hohes Vertrauen.

In der amerikanischen Zone ging man vergleichbar vor. Auch hier regelte zuerst das Militär selbst die Stromversorgung, ließ sich aber ab Ende 1945 durch einen deutschen „Advisory Board“ unterstützen. Und wenn die verantwortlichen Offiziere

nicht nur etwas vom Militär verstanden, sondern auch von der Energiewirtschaft, konnten sie auch einiges bewegen. Dennoch zeigte sich sehr schnell, dass der frühere direkte Austausch zwischen den Werken doch einige Vorteile geboten hatte. Seien es Ersatzteile, die ein Nachbar noch hatte, Reparaturmaterialien, Kohle oder einfach nur Ideen, man wollte wieder miteinander reden. Geburtshelfer war die Stuttgarter Regierung von Württemberg-Baden (der amerikanischen Zone), die mit dem Aufbau vorankommen wollte. Und dazu brauchte man natürlich an vorderster Stelle die Energiewirtschaft.

In der Olgastraße in Stuttgart, wo eine entsprechende militärische Dienststelle ihren Sitz hatte, trafen sich von da an Vertreter verschiedener EVU, um über den aktuellen Stand, aber auch die spezifischen Sorgen zu berichten. Dabei darf nicht vergessen werden, dass das freie Verbandsleben nicht erst 1945, sondern bereits 1934 endete, als alle EVU in der WEV und alle GVV in der WGW zwangsvereinigt wurden. In der amerikanischen Zone trafen sich deshalb u. A. Herr Pütz/Herr Schmidt, EVS, Dr. Kaun, TWS, Dr. Marguerre, GKM, Herr Xander, NW, Herr Mann, Ellwangen, Herr Tegethoff, Kawag, und Herr Burkhardt, Heilbronn. Alles aktive Vertreter der Verbändelandschaft vor der Zwangsvereinigung zur WEV. In Südwürttemberg war besonders Herr Pirrung zu nennen, der nun wieder in die Speichen griff und sogleich vorschlug, in den neuen Grenzen das frühere Verbandsleben wieder aufzunehmen. Die ersten tastenden Kontakte gingen also eher auf persönliche Bekanntschaften und zwischenmenschliches Vertrauen zurück als auf alliierte Vorgaben.

Und wieder, wie schon fast 100 Jahre zuvor, tat die Gas- und Wasserwirtschaft den ersten Schritt. Am 30.11.1945 wurde

dort der „Verband der Gas- und Wasserwerke Württembergs und Badens“ gegründet. Die Kollegen aus der französisch besetzten Zone hätten gerne mitgemacht, leider durften sie nicht. Die Besatzungsmacht war nun mal sehr misstrauisch und gemeinsame Sache mit Betrieben aus der amerikanischen Zone, das ging erst recht nicht. Erst zwei Jahre später, am 22.8.1947, erfolgte die Gründung eines Gas-Wasser-Verbandes in Südbaden und am 21.10.1947 in Südwürttemberg-Hohenzollern.

Anders als fast hundert Jahre zuvor, ließ der Strom diesmal nicht so lange auf sich warten, vermutlich auch deshalb, weil einige der handelnden Personen sowohl Strom als auch Gas und Wasser in ihren Unternehmen vereinigten. So auch Dr. Kaun (TWS). Er war nicht nur bei der Gas-Wasser-Seite aktiv, er förderte auch Ende 1945 das Entstehen eines Stromverbandes. Inzwischen hatte man in Württemberg noch ein zusätzliches Problem, wie sollte es mit der EVS weitergehen? Die 1939 gegründete EVS wurde nach 1945 wie alles in der Zeit des Nationalsozialismus Entstandene kritisch beäugt. Sollte man sie wieder in die früheren, damals zwangsvereinigten Zweckverbände zerlegen? Sollte sie in eine reine Übertragungsnetz- und Beschaffungsgesellschaft umgeformt werden, die den dann wieder selbstständigen Altgesellschaften zuarbeitete? Es war wiederum dem Einfluss von Prof. Pirrung zu verdanken, dass das Modell EVS unverändert in die Nachkriegszeit hinübergerettet wurde, zunächst einmal aber eben aufgespalten in zwei verschiedene Sektoren-EVS, aber das sollte sich bald geben.

Die kleine Anekdote eines Zeitzeugen sei gestattet, die zeigen soll, wie trickreich damals gearbeitet werden musste. Schon im August 1940 hatten die TWS mit der Firma Daimler-Benz

vereinbart, ein gemeinsames Kraftwerk zu bauen, das auch, weil kriegswichtig, sofort begonnen wurde. Leider konnte es kriegsbedingt nicht mehr in Betrieb gehen und erlebte das Kriegsende als Bauruine. Zuerst als Beseitigung von Bombenschäden getarnt, wurde 1946 durch die TWS aber verbotenerweise am HKW Untertürkheim weitergebaut. Als das bei der amerikanischen Besatzungsmacht bekannt wurde, mussten Dr. Kaun, TWS, und Dr. Klett, OB Stuttgart, zur amerikanischen Militärregierung nach Berlin reisen, um sich für diese Unbotmäßigkeit zu verteidigen. Durch deren geschicktes Argumentieren, schließlich baue man ja nur, um die verehrte Besatzungsmacht mit ausreichendem Strom zu versorgen, ließ sich nach einigem Hin und Her erreichen, dass doch weitergebaut werden durfte.

Damit war aber der Ärger noch nicht zu Ende. Noch in der Kriegszeit wurden wichtige neue Bauteile für das HKW in den weniger bombengefährdeten Außenbereichen Stuttgarts hinterstellt. So gelangte ein neuer Dampf-Kondensator an die Laderampe des Güterbahnhofes in Urach. Dumm nur, das lag nun in der französischen Zone. Dort hatte man die Wertigkeit dieser Anlage zwischen den langsam sich auflösenden Verpackungsmaterialien zum Glück noch nicht erkannt. Wenn aber jemand die Bedeutung der Anlagenteile erkennen würde, stand nicht zu erwarten, dass diese von der französischen Militärregierung freigegeben werden würden. Schließlich, Ersatzteile fehlten überall.

Zusammen mit örtlichen Eisenbahnern versuchte man deshalb, das Bauteil „bei Nacht und Nebel“ heimlich auf einen Güterwagen zu verladen und diesen über die Zonengrenze zu schieben. Leider gab es in Urach keine Tiefladewaggons mit abgesenkter Ladefläche und auf normale Wagen verladen, passte die Fuhre

nicht unter einer Brücke hindurch. Dumm gelaufen, nun musste man es doch offiziell versuchen. Ein Vertreter der Stadt Stuttgart pilgerte nach Baden-Baden zur französischen Militärregierung. Dort erklärte er, dass die Anlage für ein Kraftwerk bestimmt sei, das ganz wesentlich zur Bahn-Stromversorgung in der französischen Zone beitragen sollte. Dass man die gleiche Geschichte schon vorher den Amerikanern erzählt hatte, was soll's, die redeten sicher nicht miteinander. Nach einigem Nachfragen und interner Diskussion wurde die „Ausfuhrgenehmigung“ dann glücklich doch erteilt.

\* \* \*

Hier ist es Zeit, noch eine weitere Anekdote einzuflechten. In den 30er-Jahren entwickelte Prof. Porsche in Stuttgart den VW Käfer, damals noch als KdF-Wagen. Anfang der 40er wurde die Fabrik in Wolfsburg gebaut, die nun in der britischen Besatzungszone lag. Trotz ihrer Schäden durch die Kriegshandlungen lief dort schon 1945 die Arbeit wieder an, zuerst zur Reparatur von beschädigten Militärfahrzeugen, danach wollte man die ersten 20.000 Käfer für die britische Militärverwaltung bauen. Zur Erinnerung, in dem Werk, extra für den KdF-Käfer gebaut, waren bis dahin noch nie in großem Stil Käfer vom Band gelaufen. Nun aber, endlich, gab es den Startschuss. Aber konnte man dieses Gebilde überhaupt ein Auto nennen? Angeblich übersandten die Militärs ein Fahrzeug nach England zur Begutachtung. Britische Fahrzeugexperten, sicher eher von dem Niveau eines Rolls-Royce geprägt, befanden britisch – hoheitsvoll, dass das Fahrzeug nicht den technischen Erfordernissen eines Automobils entspräche und empfahlen, das

Werk abzureißen. In jedem Fall sah man auf dem Weltmarkt oder dem britischen Markt im Käfer keine Konkurrenz.

Anderswo war man aufgeschlossener für die Beutestücke. Besonders die amerikanische Besatzungsmacht exportierte in großem Stil militärische Entwicklungen aus der Kriegszeit. Genannt sei hier beispielhaft die Horten H IX, der erste strahlgetriebene Nurflügler, der, beabsichtigt oder unbeabsichtigt, sogar radarabsorbierende Eigenschaften hatte. Er gleicht verblüffend dem amerikanischen Tarnkappenbomber B2 aus den 80er-Jahren. Für die V2-Raketen interessierten sich alle Alliierte und versuchten, welche zu erhalten um sie zu untersuchen. Die Amerikaner erbeuteten bei ihrem Vormarsch einen Zug mit zehn fertigen V2, die sie mit Werner von Braun und seiner Mannschaft als Beipack gleich in die USA mitnahmen. Dort bildeten die V2 die Grundlage der amerikanischen Raketenentwicklung, deren Höhepunkt die Mondlandung unter Federführung von eben diesem von Braun im Jahre 1969 war.

\*\*\*

Doch zurück zum Landesverband oder besser zu dem, was er einmal werden sollte. Nach 1945 waren, wie schon festgestellt, Männer wie Prof. Pirrung mit ihrer weißen Vita besonders gefragt, zumal dann, wenn einer das Vertrauen von gleich zwei Militärverwaltungen, der französischen und der amerikanischen, genoss. In Biberach lebend übernahm er sofort nach der französischen Besetzung die Leitung der dortigen EVS, letztlich seine alte Wirkungsstätte aus den Zeiten, als er dort die damals noch selbstständige OEW führte. Er war aber auch in Stuttgart Berater des mittlerweile eingesetzten Ministerpräsidenten in Württemberg-Baden,

Reinhold Maier, also in der amerikanischen Zone. Von Pirrung stammte, wie schon gesagt, auch die Idee, den alten Verband der Elektrizitätswerke wieder aufleben zu lassen. Ende 1945 beschloss also eine Versammlung der oben genannten Herren (damals gab es noch weniger Frauen in leitenden Positionen wie heute), die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Man fand auch gleich einen Geschäftsführer, Herrn Rößler, der vor dem Zusammenbruch den Landesverband der WEV leitete und ebenfalls in Biberach lebte. Den Chef des Verbandes hatte man also schon mal, jetzt brauchte es auch ein Büro. Das war aber leichter gesagt als getan. Stuttgart war wie alle Städte stark zerstört, Vertriebene und Heimkehrer strömten herein und jetzt noch ein Büro für einen Verband freimachen, den es letztmals 1934 gab, da musste man andere Prioritäten setzen. Die EVS und die TWS, obwohl selbst ausgebombt und nur behelfsweise untergebracht, wollten helfen und von ihrem knappen Raum eine Fläche abtreten. Nun zeigten sich aber Sensibilitäten, die später nicht immer so ausgeprägt waren. Man wollte durch eine räumliche enge Verflechtung zwischen dem Verband und den Großen der Zunft nicht den Anschein von Abhängigkeiten erwecken. Nein, es musste auch anders gehen und es ging anders. Wieder half Prof. Pirrung aus. Neben seinem Haus in Biberach besaß er als Berater der amerikanischen Militärverwaltung und des Ministerpräsidenten immer noch eine Wohnung in Stuttgart beim Kriegsbergturm und diese Privatwohnung stellte er zumindest teilweise zur Verfügung. Dort siedelte sich dann auch der Verband an, bis er Anfang 1952 in ein neues eigenes Domizil wechselte.

Aber wir greifen vor. Die ersten Verbandsgedanken konzentrierten sich als natürliche Weiterentwicklung des alten Vorkriegs-

„Verbandes der Elektrizitätswerke Württembergs und Hohenzollern“ auf Württemberg. Und Baden, mit dem man in der amerikanischen Zone zu Württemberg-Baden zwangsvereinigt war? An den alten „Verband der Elektrizitätswerke am Mittelrhein“ dachte niemand mehr, er war ja damals auch über Staatsgrenzen hinweg aktiv und damit in der Nachkriegszeit nicht konsensfähig. Da schon zu diesem Zeitpunkt aber die Idee eines Südwest-Bundeslandes diskutiert wurde, dachte man eher bezogen aufs „Ländle“, an einen Landesverband für Baden und Württemberg und dieser natürlich beide Zonen umfassend. Zunächst musste man aber noch kleinere Brötchen backen, erst mal ging es um die amerikanische Zone, also um Württemberg-Baden. Wieder waren es alte Bekannte, die Kontakte knüpfen konnten. Direktor Schraeder von den Stadtwerken Mannheim war vor dem Zwangszusammenschluss in der WEV Vorsitzender des „Verbandes der Elektrizitätswerke am Mittelrhein“ gewesen, also des „älteren Verbandsbruders“, gegründet 1906. Mit ihm suchte man das Gespräch und natürlich mit dem Badenwerk, ohne dessen Wohlwollen in Baden ebenso wenig ging wie ohne das der EVS in Württemberg. Zumindest in Verbandsfragen. Dort war man in Person des Direktors Fettweis nicht abgeneigt. Da man aber seine schwäbischen Nachbarn und ihr „einnehmendes Wesen“ kannte oder es zumindest mal unterstellte, forderte man gleich den periodisch wechselnden Verbands-Vorsitz zwischen Baden und Württemberg. Und so stand es auch in der Satzung, in der es in § 12 Abs. 6 Fassung vom. 9.11.1950 heißt:

*„Das Amt des ersten Vorsitzenden soll für jede Amtsdauer in regelmäßigem Wechsel zwischen einem Vertreter der würt-*

*tembergischen und der badischen Mitgliedswerke ausgetauscht werden. Solange der Vorsitz bei einem württembergischen Mitgliedswerk liegt, soll das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden durch einen Beauftragten der badischen Mitgliedswerke wahrgenommen werden und umgekehrt.“*

So ist das eben unter Nachbarn, man kennt sich, man vertraut sich, aber wie schon Lenin sagte: *„Vertrauen ist gut, Kontrolle (oder eben die geschriebene Satzung) ist besser“*. Nachdem nun alles klar war, konnte man zur Tat schreiten. Im Mai 1946 wurde in einer Versammlung bei den TWS in Stuttgart der Zusammenschluss besiegelt, d.h. nun existierte der Verband der „Elektrizitätswerke Württemberg-Baden e.V.“, der in der Privatwohnung von Prof. Pirrung am Kriegsbergturm residierte. In der französischen Zone dauerte es noch etwas, dort konnte erst im März 1947 der „Verband der Elektrizitätswerke Württemberg-Hohenzollern“ unter Leitung von Prof. Pirrung gegründet werden.

Und was tat sich in Südbaden? Auch dort war man zwischenzeitlich aktiv geworden. Und einmal mehr war es Prof. Pirrung, der in die Speichen griff. Er hatte ja, wie schon angeführt, mittlerweile von der französischen Besatzungsmacht den Auftrag erhalten, die Elektrizitätsversorgung in ihrer Zone zu organisieren. Und das war nicht nur Württemberg-Hohenzollern, sondern eben auch Südbaden. Da selbst er aber nicht überall sein konnte, tat er sich mit Dr. Kromer vom Badenwerk zusammen. So entstand noch im Jahre 1945 eine lose Vereinigung zur engeren Zusammenarbeit der Werke. Wie in Württemberg so auch hier, die Materialzuteilungen und die Arbeit der Lastverteilung liefen über diese Vereinigungen, so zeigten alle EVU großes Interesse, mit dabei zu



sein. Am 11.6.1947 genehmigten die französischen Behörden dann endlich die Gründung des Verbandes. Am 24.7.1947 gab auch das Wirtschaftsministerium Südbaden seine Genehmigung zur Verbandsgründung. Flink wie man war, hatte man aber schon am 4.7.1947 die Gründungsversammlung mit den Vertretern von 20 Mitgliedswerken abgehalten, die erste Sitzung des vorläufigen Vorstandes fand dann am 15.7.1947 statt. Dass der junge Verband erst am 20.8.1947 ins Vereinsregister in Freiburg eingetragen wurde, störte nicht weiter, die Aufforderung „*Net rumsitze, gschafft wird!*“ galt schließlich nicht nur in Württemberg.

Und auch beim Gas/Wasser ging es in der französischen Zone weiter. Am 22.8.1947 stimmte die französische Militärregierung der Gründung des „Verbandes der Gas- und Wasserwerke Südbaden“ in Freiburg zu. Am 22.10.1947 konnte sich auch der „Verband der Gas- und Wasserwerke Württembergs und Hohenzollern“ mit Sitz in Reutlingen konstituieren.

Auch anderswo war man aktiv. In allen Zonen bildeten sich sowohl bei Gas/Wasser wie auch bei Elektrizität Arbeitsgemeinschaften, die die Interessen der Werke bündelten und die auch wieder „über den Tellerrand hinaus blicken“ wollten. Ausgehend von einem ersten Gespräch in Ulm entstand am 26.8.1947 die „Arbeitsgemeinschaft der Elektrizitätswerksverbände in der amerikanischen Besatzungszone“, die die Verbände Württemberg-Baden, Bayern und Hessen umfasste. In der englischen Besatzungszone, die sich über Norddeutschland erstreckte, hatte inzwischen Direktor Sihler, Hamburg, die Sprecherfunktion der dortigen Interessenvertretung. Nun wollte man weiter zusammenwachsen. Ein erstes Gespräch zwischen ihm und Vertretern von Württemberg-Baden am 30.9.1947 in Wiesbaden verlief sehr

Erfolg versprechend. Herr Sihler brachte sogar schon einen fertigen Plan zum organisatorischen Aufbau eines Wirtschaftsverbandes Elektrizitätswirtschaft in Deutschland mit. So konnte noch im Jahr 1947 die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft der Elektrizitätswerke (AdEW)“ erfolgen, also des Vorgängers des VDEW/BDEW. Aber wie immer, der Teufel steckte im Detail. Über das große Ganze bestand schnell Einigkeit, im Klein-Klein verhakete man sich dann doch. Die Interessen waren wie schon 40 Jahre vorher einfach zu unterschiedlich. Hier Kommunale, dort Private und dazu noch ein paar Genossenschaften, das Ganze gewürzt mit dem ewig jungen Disput Groß – Mittel – Klein und noch garniert mit landsmannschaftlichen Befindlichkeiten, von denen die zwischen Baden und Württemberg sicher nur eine von vielen war. Hier sei als Zeitzeuge Direktor Burkhardt, Ehrenmitglied des Verbandes Württemberg-Hohenzollern zitiert, der, ansonsten sehr diplomatisch, dazu ausführte:

*„Es sei nicht verschwiegen, dass die geschlossene Willensbildung unserer Vereinigung von Anfang an dadurch problematisch wurde, dass die Mitglieder je nach Unternehmensform unterschiedliche Wirtschaftsziele verfolgten und auch gesetzlich ungleich behandelt wurden. (...) Es bedurfte vieler Zusammenkünfte und auch wenig freundlicher Auseinandersetzungen, bis nach Bildung der Bundesrepublik aus der Arbeitsgemeinschaft die ‚Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW)‘ geworden ist.“*

Man sieht, misstrauisches Beäugen der anderen Mitglieder und das Erkennen einer jeweils eigenen, tief empfundenen

Benachteiligung macht nicht erst heute den Hauptamtlichen im Verband das Leben schwer, sondern liegt genau genommen in unserer DNA.

Kleine Notiz am Rande, Deutschland lag immer noch in Trümmern, die Menschen waren mit dem Überleben beschäftigt, aber eines feierte wieder fröhliche Urstände: die Bürokratie. Am 6.4.1948 machte das Stuttgarter Finanzamt dem noch jugendlichen Landesverband Ärger. Offenbar deutschlandweit stellten sich die Finanzbehörden auf den Standpunkt, dass die Tätigkeit von Verbänden einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb darstellte und somit körperschafts- und umsatzsteuerpflichtig sei. Der Verband der Gas- und Wasserwerke Württembergs und Badens richtete ein klar formuliertes Schreiben an das Finanzamt mit mehreren Verweisen auf entsprechende Urteile. Das Schreiben endete mit der lapidaren Feststellung: *„Ihr Einverständnis voraussetzend haben wir keine Körperschaftssteuererklärung für 1946 abgegeben“*, womit das Finanzamt sicher nicht einverstanden war. (Ob man sich heute so eine klare Ansage noch trauen würde?). Diesem Schreiben schloss sich der Verband der Elektrizitätswerke Württemberg-Baden mit Schreiben vom 13.5.1948 ausdrücklich an, nachdem er sich bei der Vereinigung Hessischer Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke sicherheitshalber Informationen eingeholt hatte.

Wie schon beim Strom fanden nun auch die Gas- und Wasserverbände zusammen. Im April 1948 schlossen sich die Verbände aus Württemberg-Baden, Bayern und Hessen zu einer Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Gas- und Wasserwerke (AGW) zusammen, aus der dann kurze Zeit danach der „Verband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V. (BGW)“ mit Sitz in

Bonn hervorging. Nach der Gründung der AGW/BGW entstand auch gleich eine lebhaftige Diskussion um deren Verhältnis zum DVGW, weil man in den jeweiligen Aufgabenstellungen gewisse Überschneidungen sah. Eine Befragung ergab aber, dass über 66 Prozent der Mitglieder die bestehende Struktur mit beiden Gruppierungen behalten wollten. Am 23.10.1950 wurde in Bad Ems deshalb eine Vereinbarung zwischen DVGW und AGW/BGW beschlossen, die die jeweiligen Selbständigkeiten betonte, aber eine enge Zusammenarbeit bis hin zur Verzahnung der Vorstände und der in Personalunion geführten Landesgeschäftsstellen regelte. Diese eigentlich kostenoptimalen Strukturen sollten später aber noch erhebliche Probleme bereiten.

\* \* \*

Wie erlebten die Menschen diese Zeit? Besonders in Erinnerung blieb der Winter 1946/47. Er war einer der kältesten Winter des 20. Jahrhunderts. Zerstörte Transportwege, vereiste Flüsse, fehlendes erfahrenes Personal in den Kohlegruben, verschlissene oder zerstörte Maschinen und die Kohleentnahme der Besatzungsmächte für eigene Zwecke oder als Reparationsleistungen verschärfte die Kohleknappheit. Die Abschaltzeiten für Strom betragen wieder bis zu 40 h/Woche. Bei der Stromerzeugung traf es Bayern besonders hart. Durch zwei Abkommen mit Österreich war man verpflichtet, die halbe Erzeugung der Grenzkraftwerke am Inn, dazu noch ein 30-MW-Winterband und noch Kohlelieferungen als Abgeltung für eigentlich jahrzehntelang vertraglich gesicherte Leistungen zu liefern. In Folge davon lag die Netzfrequenz Anfang November 1946 bei z. T. unter 40 Hz.

Neben den Kraftwerken fehlte die Kohle auch für die Raumheizung. Die Menschen froren in den Ruinen und den behelfsmäßigen Wohnungen. Überall an den Bahnstrecken vor Signalen warteten Männer, Frauen und Kinder, dass von den wenigen Lokomotiven und Kohlewaggons etwas Kohle erbeutet werden konnte. Der Kölner Erzbischof Frings hatte den Mundraub für eigenen Bedarf zum Überleben in dieser Situation ausdrücklich für erlaubt erklärt, folglich nannte man den „Kohleklaue“ „fringsen“.

Die Menschen der britischen Zone traf es besonders hart. Bereits im März 1946 erklärte die Besatzungsmacht, dass sie nicht mehr genügend Brotgetreide verteilen könne, da man in England selbst die Nahrungsmittelzuteilungen an die Bevölkerung kürzen musste und im Übrigen die Deutschen an allem schließlich selbst schuld hätten. Im Februar 1947 konnten die USA das Elend nicht mehr mit ansehen. Sie forderten die Briten auf, endlich genügend Nahrungsmittel zu liefern, weil die deutsche Bevölkerung „auf dem niedrigsten Versorgungsstand seit 100 Jahren“ stehe und „wenn die westliche Zivilisation in Europa überleben soll, muss sie auch in Deutschland überleben“. Schon im gleichen Jahr lief dann auch der nach dem amerikanischen Staatssekretär George Marshall benannte Plan an, der schließlich die Wende brachte. Allerdings, die Demontagen der Industrie auch in den westlichen Zonen gingen weiter. Die Briten veröffentlichten im Oktober 1947 eine Liste mit 682 Betrieben, die demontiert werden sollten, vornehmlich Schwerindustrie. 25 Prozent des Demontagematerials sollten zudem in die UdSSR gehen, die ihre Zone parallel dazu ebenfalls „ausbeutete“.

Zusätzliche Sorgen oder besser zumindest politische Hoffnungen hatte man in der sowjetischen Zone. Im April 1946 erfolgte

dort die nicht ganz freiwillige Vereinigung der SPD und der KPD zur SED. Ziel der „neuen“ Partei sei die „Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistisch-demokratische Republik“, ein Ziel, zu dem sich viele Montagsdemonstranten vor der Wende 40 Jahre später sicher auch bekannt hätten, nur lag dazwischen der „real existierende Sozialismus“ der DDR, wie ihn sich Erich Honecker vorstellte. Aber auch andere gaben sich in jenen Jahren Programme, an die sie sich später nur ungern erinnern ließen.

*„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. (...) Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. (...) Kohle ist das entscheidende Produkt der gesamten deutschen Volkswirtschaft. Wir fordern die Vergesellschaftung der Bergwerke.“*

Das waren Auszüge aus dem Ahlener Programm, nicht von einer linken Partei, nein, sondern von der CDU.

Ach übrigens, im Juni 1946 fanden in Württemberg-Baden, also der amerikanischen Zone, Landtagswahlen statt. Die Ergebnisse waren: CDU 41 Sitze, SPD 32 Sitze, DVP 17 Sitze und KPD 10 Sitze.

Ein nächster großer Meilenstein auf dem Weg zu normalen Verhältnissen war die Währungsreform 1948, die aber eine län-

gere Vorgeschichte hatte. Schon in den Jahren 1943/1944 befasste sich an der Nürnberger Handelshochschule ein Professor mit der Frage, wie sich die Wirtschaft und die Währung nach einem verlorenen Krieg neu gestalten ließe. Damals galten solche defätistischen Gedanken eigentlich schon als Hochverrat, aber Ludwig Erhard schreckte das nicht. Weil auch sonst politisch ziemlich unbelastet, hoben ihn die Alliierten schon 1945 als Minister in die bayrische SPD-geführte (!) Regierung. Ab 1947 leitete er die Expertenkommission Geld und Kredit der Bi-Zone (britische und amerikanische Zone) und ab 1948 als Direktor für die Wirtschaftspolitik aller drei Westzonen. Also genau das, was man eine steile Karriere nennen kann. Dabei äußerte er aber nun immer häufiger extrem befremdliches Gedankengut.

In einer Zeit, wo selbst die CDU von „Vergesellschaftung“ redete, sprach er von der Freigabe des Marktes, der Preise und Aufhebung vieler Zwangsbewirtschaftungen. Nicht nur die Parteien aller Farben lehnten das ab, auch die Alliierten sahen in staatlich fixierten Preisen, Warenzuteilungen und Bezugsscheinen für alles Mögliche die Lösung der aktuellen Fragen. Und dann kam ein weltfremder Wissenschaftler und faselte etwas von freiem Markt? Gut, man hatte ihn ja selbst zum Direktor für Wirtschaftsfragen gemacht, aber dass der sich tatsächlich eigene Gedanken machte und störende Ideen entwickelte, war damit doch nicht gemeint gewesen. Eine beklagenswerte Haltung, die sich auch heute noch in mancher Personalpolitik von Politik und Wirtschaft wiederfindet.

Andererseits, allen Beteiligten war schon seit Kriegsende klar, dass sich mit der Reichsmark kein Staat mehr machen ließ, schon gar kein neuer. Es gab einfach zu viel davon. Die Nazis hat-

ten zur Rüstungsfinanzierung kein Geld erwirtschaftet, sondern einfach gedruckt, schon immer der Anfang vom Ende. Dieses Geld musste nun erst einmal wieder aus dem Markt, genauso wie 30 Jahre zuvor bei der großen Inflation. Also druckten die Alliierten ab September 1947 eine neue Währung, die Deutsche Mark. Aus einer Druckerei in New York wurden 5,7 Milliarden DM (500 Tonnen Papier in 23.000 Holzkisten) per Schiff nach Bremerhaven und von dort nach Frankfurt gebracht, von wo man es dann in alle drei Zonen verteilte.

Am 20. Juni 1948 kam dann der große Tag. Einmal, wenn auch nur ganz kurz, waren alle Menschen gleich. Jeder erhielt 40 DM Bargeld. Im Windschatten dieser Aktion gelang ein Tag vorher auch der große Coup des Ludwig Erhard, er verkündete eigenmächtig, dass die Bewirtschaftung und Preisbindung der meisten Waren aufgehoben sei. Ohne Genehmigung der Alliierten. Die tobten natürlich. Erhard wurde zum amerikanischen Militärgouverneur Lucius D. Clay persönlich zitiert, der ihn auch gleich anraunzte, was ihm eingefallen sei, die Besatzungsvorschriften zu ignorieren! Wie habe er die eigenmächtig abändern können? Ludwig Erhard, der diese Szene später gelegentlich zum Besten gab, pflegte dann mit vergnügtem Schmunzeln fortzufahren, wie er den Vorwurf parierte: *„Herr General, ich habe die Vorschriften nicht abgeändert, ich habe sie abgeschafft.“* So ist das eben, wenn man Menschen Verantwortung gibt, die denken und handeln können und, besonders ärgerlich, dann auch noch recht behalten. Aber die Alliierten waren nicht die Einzigen, die tobten. Die Gewerkschaften riefen für den November zum Generalstreik auf, selbst die weitblickende Marion Gräfin Dönhoff schrieb im Sommer 1948 in der ZEIT:

*„Wenn Deutschland nicht schon eh ruiniert wäre, dieser Mann mit seinem vollkommen absurden Plan, alle Bewirtschaftungen in Deutschland aufzuheben, würde das ganz gewiss fertigbringen. Gott schütze uns davor, dass der einmal Wirtschaftsminister wird. Das wäre nach Hitler und der Zerstückelung Deutschlands die dritte Katastrophe.“*

Auch große Geister können irren, wie wir an dieser Einschätzung sehen.

Sehr zum Ärger vieler Berufsskeptiker und Bedenken-träger – die Währungsreform von Ludwig Erhard funktionierte. Zuerst noch etwas schleppend, weil die ungewohnte Freiheit zu heftigen Preisausschlägen führte, dann aber rüttelte sich alles auf das Beste zurecht. Viel wichtiger, plötzlich gelangten schon lange vermisste Waren wieder auf den Markt. Die Menschen standen staunend vor den frisch reparierten Schaufenstern (gegen D-Mark gab es auch Glas) und konnten sich erst mal nicht satt sehen. Nur leider, nun fehlte das Geld. Denn die Kunden mussten ja auch in D-Mark bezahlen, die sie, abgesehen von den ersten 40 DM, erst selbst verdienen mussten. Aber nach einigen Verwerfungen beruhigte sich das Ganze und das Wirtschaftswunder konnte beginnen. Schon ein Jahr später war klar, Erhard hatte recht. Nicht nur, dass es wieder fast alles zu kaufen gab, es wurde auch gekauft. Was niemand für möglich hielt, zum 1. Januar 1950 konnte man die Lebensmittelmarken abschaffen, niemand brauchte sie mehr, es gab ja alles. Lediglich Zucker und Fette blieben noch kontingenti-ert. Aber damit konnte man leben.

Einen sehr unschönen Nebeneffekt gab es aber trotzdem. Der Sowjetunion und in deren Gefolge der DDR passte die ganze

Richtung nicht. Zum einen ließ die selbstbewusste Freigabe der Warenbewirtschaftung die eigenen Bürger und Bürgerinnen nun ihrerseits unangenehme Fragen an die Herrschenden stellen. Dann die Sache mit der D-Mark und überhaupt, was von den zum Klassenfeind gewandelten ehemaligen Verbündeten kam, musste rein ideologisch betrachtet ja falsch sein. Dass es doch funktionierte, war eine einzige Provokation. Als die Proteste bei den Westalliierten nichts bewirkten, schritt man selbst zur Tat und riegelte Westberlin ab, zu Lande und zu Wasser. Nur die Luftkorridore abzuriegeln, das ging leider nicht. Aber wer würde schon auf die wahnsinnige Idee kommen, eine Großstadt wie Berlin aus der Luft zu versorgen? Mit Lebensmitteln, Baustoffen, Industriebedarf und Kohlen. So ein Unsinn, das könnte nie funktionieren.

\* \* \*

Auch unsere Branche blickte nicht ganz ohne Sorge auf den Tag X, die Währungsreform. Schon im Januar 1948 hatte der Verband der Gas- und Wasserwerke Württembergs und Badens ein Rundschreiben mit dem Titel *„Vorbereitungen der gemeindlichen Versorgungsbetriebe für den Fall der Währungsumstellung“* verbreitet, das für alle und nicht nur für die Gemeindewerke interessant war. Die Mitglieder, so der Rat, sollten jede Rechnung immer schnellstmöglich bezahlen, damit man nicht am Tag nach der Umstellung wertvolle neue D-Mark weggeben musste. Sollen sich doch die andern mit der Reichsmark herumschlagen, wir hatten sie erst mal los, so der Gedanke. Man riet auch, die Münzzähler im Auge zu behalten, damit man nicht noch nach der Währungsumstellung wertlose Reichsmarkmünzen angedreht bekam. Und ein Drittes, man sollte

immer direkt bei der Zählerablesung kassieren. Das widersprach zwar dem ersten Rat, vielleicht wollte man es sich hier mit den Privatkunden nicht gleich wieder verderben, vielleicht wollte man aber auch nur die eigene Liquidität aufbessern.

\* \* \*

Aber schon wieder zogen Wolken in der Weltpolitik auf, im Juni 1950 begann der Krieg in Korea. Unter dem Vorwand der Wiedervereinigung, Korea war in eine nördliche, sowjetisch beeinflusste Hälfte und in eine südliche, amerikanisch beeinflusste Hälfte gespalten, drangen nordkoreanische Truppen in den Süden ein und besetzten fast ganz Südkorea. Mit Rückendeckung der UN schlugen die USA dann hart zurück und ein Stellvertreter-Krieg begann. Auf der ganzen Welt bangten die Menschen vor einem dritten Weltkrieg, insbesondere in Deutschland, wo sich beide Großmächte auf deutschem Boden ja ebenfalls bis an die Zähne bewaffnet und hautnah gegenüberstanden. Wie berechtigt die Sorgen waren, zeigte sich Ende des Jahres. Mit ihrer geballten Militärmacht hatten die USA Nordkorea nun ihrerseits überrollt.

Jetzt trat völlig überraschend ein neuer Player auf den Plan, China. Der Klassenfeind USA an den eigenen chinesischen Grenzen, das durfte nicht sein. Mit einem starken militärischen Kontingent überrollte nun China wiederum die amerikanischen Truppen und trieb sie buchstäblich in die Flucht. Und das Unglaubliche geschah, der amerikanische Präsident drohte China mit dem Einsatz der Atombombe. Das Verbrechen an zwei japanischen Städten hätte so fast eine Fortsetzung gefunden. Die Folge war, sowohl die

UdSSR wie auch China setzten nun alles daran, selbst die Bombe zu bauen. Das Gleichgewicht des Schreckens begann.

Blicken wir nun aber wieder zurück in unser noch nicht existierendes Land Baden-Württemberg. Sowohl bei Strom wie auch bei Gas/Wasser gab es jeweils drei Verbände, die zwar gut zusammenarbeiteten, was aber bei abgestimmtem Auftreten eher hinderlich war. Um das Weitere klarer zu sehen, muss man kurz in die Landespolitik oder besser in die Politik der drei Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden blicken. Am 1.7.1948 hatten die drei (westdeutschen) Militär-Gouverneure den provisorischen Ländern in ihren Besatzungszonen den Auftrag gegeben, Vorschläge für eine Neugliederung der späteren Bundesländer zu machen. Und da gab es im Südwesten erst mal Krach.

Man war sich eigentlich nur einig, dass man sich uneinig war. Württemberg-Baden wollte gerne wieder mit Württemberg-Hohenzollern zusammengehen, eine Länderehe mit (Süd-)Baden hätte man noch hingegenommen, Südwürttemberg wollte von Herzen den neuen Südweststaat mit Nordwürttemberg, Hohenzollern und Baden. Und (Süd-)Baden? Die wollten überhaupt nicht. Je südlicher, desto ablehnender. Einer wollte aber ganz besonders, Reinhold Maier, Ministerpräsident von Württemberg-Baden. Mit vielen guten Worten, heißem Werben und manch grenzwertigen Verfahrenstricks gelang es ihm, am 9.12.1951 eine Volksabstimmung durchzuführen. Das Ergebnis blieb umstritten, aber dennoch, am 25.4.1952 hob man das neue Bindestrich-Land Baden-Württemberg aus der Taufe. Dass es dabei mancherorts emotionale Schrammen und viele blaue Flecken gab, ist verständlich, einige wirken bis heute noch nach, nun aber eher unter der Überschrift Lokalkolorit.

\* \* \*

Schon vor der Volksabstimmung, erst recht danach, befasste man sich im Vorstand des Landesverbandes Württemberg-Baden mit dem Thema Verbändefusion. Und damals ging es auch nicht einfacher voran als fast 60 Jahre später bei der Verbindung BGW-VDEW auf Bundesebene. Dabei waren nun erst mal die Stromer im Ländle noch unter sich. In der Vorstandssitzung am 12.11.1951 beauftragte man den Vorsitzenden, mit seinen Kollegen, dem Vorsitzenden des südwürttembergisch-hohenzollerischen Verbandes und dem Vorsitzenden des südbadischen Verbandes, *„eine Aussprache herbeizuführen und festzustellen, ob eine Zusammenlegung der Verbände allseits erwünscht sei“*. Um sicherzugehen, wollte man auch gut gemeinte, aber störende Einmischungen vom Bundesverband verhindern. Deshalb beauftragte man den Vorsitzenden zudem, den VDEW mit deutlichen Worten zu bitten, in diese Sache nicht von außen einzugreifen.

Bevor es im Verband weitergeht bis zur Lösung, würden eh noch einige Jahre vergehen, alles braucht schließlich seine Zeit, erst einmal wieder zurück zur bundesdeutschen Energiewirtschaft. Die RWE machte am 7.6.1948 mit neuen Ideen in der Fachwelt von sich reden. Wurde bisher das Verbundnetz fast überall mit 220 kV betrieben, schlug sie nun vor, ein Netz für 400 kV aufzubauen. In einem Schreiben an Badenwerk, Bayernwerk, EVS, HEW, Preußenelektra und VEW verwies man auf die Notwendigkeit einer langfristigen Verbundnetz-Planung und auf den anzustrebenden Energieaustausch mit dem Ausland. Notwendig sei es, ohne Rücksicht auf bestehende Gesellschaftsgrenzen ein westdeutsches Verbundnetz zu planen, das auch internationale

Entwicklungen einschlieÙe. Eine gemeinsame Plattform zur Abstimmung der geplanten technischen Vorhaben wäre ebenfalls sinnvoll. Und die sollte es auch bald geben. Im Haus der Mainkraftwerke in Frankfurt-Höchst gründete man am 15.11.1948 die „Deutsche Verbundgesellschaft e.V. (DVG)“ durch die Unternehmen Badenwerk, Bayernwerk, EVS, HEW, Preußenelektra, RWE und VEW, die man am 30.5.1949 in das Vereinsregister Heidelberg eintragen ließ. Am 18.11.1949 konnte die neue Gesellschaft noch die Bewag und die Elektrowerke AG Berlin in die DVG aufnehmen. Damit hatte die DVG neun Mitglieder, dabei würde es im dem sehr elitären Verband auch künftig bleiben.

Bei der EVS schaute man inzwischen auch wieder auf den Energievertrieb. Am 2.8.1949 gründete sie in Ulm die Elektrogemeinschaft der EVS, die die Marktpartner EVU und Elektrohandwerk zusammenbrachte.

In den Jahren 1933 (von OEW) und 1934 (z.B. von TWS, KAWAG, UJAG) waren schon die Vorläuferorganisationen in Württemberg ins Leben gerufen worden. Deren Satzungen richteten sich aber, dem damaligen Zeitgeist entsprechend, am „Führerprinzip“ aus. Unterstützt wurden diese ersten Elektrogemeinschaften durch eine „Elektrofront“, die den Geräteverkauf forcieren und die widerspenstige EVU auf den ideologisch rechten Weg bringen sollte. Nach 1945 erloschen diese Vereinigungen. Nun kam es zu einer Neugründung, die sich unpolitisch auf das Wesentliche beschränkte. Dazu gehörten Schulungsmaßnahmen, wie die erste Versammlungsreihe zeigte: *„Gute Elektrogeräte und richtige Motorengröße (gedacht für die Landwirtschaft)“*.

\* \* \*

Es gab aber auch außerhalb der Branche wichtige Entwicklungen. Einmal beendete die Sowjetunion die Blockade von Berlin, Warentransporte konnten nun wieder per Lkw, Bahn und Schiff in die Stadt gelangen. Und in den drei Westzonen ging es auch politisch voran. Der Parlamentarische Rat unter dem Vorsitz von Konrad Adenauer hatte eine Verfassung, vorerst nur für Westdeutschland erarbeitet. Die Alliierten bemäkelten zwar einige Punkte, aber der Kompromissvorschlag wurde dann doch am 23. Mai 1949 angenommen. Nun ging alles ganz schnell, im August 1949 war Bundestagswahl, zu der 18 Parteien antraten. Mit 31 Prozent gewann Adenauers CDU/CSU, gefolgt von der SPD mit 29,2 Prozent und der FDP mit 11,9 Prozent. Insgesamt saßen Vertreter von elf Parteien im Parlament. Am 12. September erfolgte dann die Bundespräsidentenwahl, im zweiten Wahlgang wurde der Württemberger Theodor Heuss (FDP) gewählt. Er schlug Adenauer als Bundeskanzler vor, der dann auch die Mindestzahl von 202 Stimmen (von 402 Sitzen des Bundestages) erhielt. Spötter behaupteten später, ausschlaggebend für Adenauer sei seine eigene Stimme für sich selbst gewesen. Und wie schon bei der Währungsreform – das alles passte dem östlichen Nachbarn überhaupt nicht. Aus Verärgerung zogen sie nach. Am 7. Oktober gründete man die DDR und am 11. Oktober wählte man die Länderkammer.

Viele Menschen, besonders in Südbaden, bewegte 1950 aber noch etwas ganz anderes, ein monströses Projekt tauchte wie das Ungeheuer von Loch Ness wieder aus der Versenkung auf. Schon im März 1943 hatte vor dem Hintergrund der Stromengpässe das Schluchseewerk mit fördernder Unterstützung der stets in überzogenen Dimensionen denkenden braunen Partei geplant, die Wutachschlucht in einen gigantischen Stausee mit 110 ha

Größe zu verwandeln. Zum Vergleich, das Oberbecken der Schwarzenbachtalsperre hat 66 ha. Beim Zusammenfluss der Gutach mit der Haslach unterhalb von Lenzkirch sollte ein 60 m hoher Damm errichtet und das Wasser durch einen 20 km langen Stollen zum bestehenden Werk Witznau geleitet werden. Die wichtigsten Genehmigungen lagen damals schon vor, zum Glück fehlte es kriegsbedingt an Baumaterial. Das Badische Landeskulturamt hob als Naturschutzbehörde 1950 alle Ausnahmegewilligungen aus der Kriegszeit dazu auf, aber die Landesregierung setzte per Weisung die Bewilligungen zur Realisierung nun wieder in Kraft, damit hätte das Projekt doch noch gebaut werden können. Sofort erhoben sich laute Proteste in der Bevölkerung. Es dauerte aber noch bis Ende der 50er-Jahre, um das Projekt dann doch erfolgreich beerdigen zu können.

\* \* \*

Und was tat sich inzwischen bei den Landesverbänden in Baden-Württemberg? Zuerst, natürlich, ging es ums Geld. In der Vorstandssitzung des Verbandes Württemberg-Baden am 26.6.1951 beriet man das als kritisch angesehene „Gesetz zur Investitionshilfe der deutschen gewerblichen Wirtschaft“. Hintergrund des Gesetzes: Kredite für die notwendigen Aufbauinvestitionen von dem nach der Währungsreform noch nicht entwickelten Kapitalmarkt waren nur schwer erhältlich. Anders als der Titel suggerierte, ging es bei dem Gesetz aber nicht um einen staatlichen Zuschuss, sondern man wollte erst mal ca. eine Milliarde D-Mark in der Wirtschaft einsammeln und dann von einem Kuratorium wieder an bedürftige Betriebe, insbesondere im Bereich Kohle-



bergbau, Eisen- und Stahlindustrie sowie Energiewirtschaft verteilen. Der Vorstand beklagte in der Sitzung, dass man die EVU mit ca. fünf Prozent auf den Bruttogewinn zusätzlich belasten wolle. Hinzu kam, dass man sich von dem Kuratorium nichts versprach, da dort praktisch kein Vertreter der EVU saß. Man riet den Mitgliedern: *„Kampf um gleichmäßige Anteile an der Begünstigung. Erste Etappe dieses Kampfes: Den Betrag der Belastung ins eigene Werk zu investieren und mit dieser Begründung Antrag auf Befreiung stellen.“* Schon damals musste man sich als erfolgreiches EVU also ständig dagegen wehren, dass Außenstehende mit allen möglichen Begründungen versuchten, in die Kasse zu greifen. Aber auch der eigene Bundesverband machte sich unbeliebt. 1952 gab es Unstimmigkeiten wegen der Beitragszahlungen. Der VDEW hatte sich direkt an die Mitglieder gewandt, um die Beiträge dort und nicht wie bisher über den Landesverband einzuziehen. In der Vorstandsdiskussion wurden *„ernste Bedenken gegen eine stückweise Aufgabe unserer Selbstständigkeit vorgebracht“*. Die finanzielle Selbstständigkeit liege insbesondere im Interesse der kleinen und mittleren Werke. Sofern solche Wege in Norddeutschland, wo es nur Landesgruppen statt selbstständiger Landesverbände gab, beschritten würden, könne das kein Maßstab für Süddeutschland sein. Die wackeren Schwaben mussten nach einigen Monaten aber zurückstecken. Man hatte sich geeinigt, dass der VDEW künftig selbst die Beiträge einziehen könne, der Landesverband könne die von ihm benötigten Mittel anmelden und das Geld vom VDEW zugeteilt bekommen. Ein richtiger Sieg in eigener Sache sieht allerdings wahrlich anders aus.

Auch an anderer Stelle drohte Ärger mit dem VDEW. Wie so oft begann es mit einer eigentlich guten Idee. Am 15.2.1952 wurde

die „Hauptberatungsstelle für Elektrizitätsanwendung (HEA)“ vom VDEW, dem ZVEI und einigen EVU gegründet. Sie sollte „allgemeine Aufklärungsarbeit über die Eigenart der elektrischen Energie und deren rationelle Anwendung leisten“. Ihre Zeitschrift hatte folgerichtig den Namen „Elektrizität“, später wurde sie dann in „Strompraxis“ umbenannt. So weit, so gut. Nur, im Südwesten war man da schon weiter. Der Landesverband hatte zusammen mit der Elektroindustrie die AEB (Arbeitsgemeinschaft Elektroberatung Württemberg und Baden e. V.) mit Sitz in Cannstatt schon lange vorher aufgebaut. Damit, so der Vorstand des Verbandes Württemberg-Baden, sah man einen Vorsprung vor den übrigen Ländern und der erst später gegründeten HEA. Deren Wunsch war es aber, dass sich der Landesverband trotzdem für eine intensive Werbung bei seinen Mitgliedern zugunsten der HEA einsetzen möge. Man einigt sich im Vorstand, dass diese Frage nicht vom Landesverband, sondern von der AEB selbst zu behandeln wäre. Der Vorstand beauftragte folgerichtig die AEB, Verhandlungen zu deren Eingliederung in die HEA aufzunehmen. Als diese weiter drängelt, bekundet man der HEA in bester schwäbischer Tradition: *„Unser Verband wird selbstverständlich die Bestrebungen der HEA unterstützen, allerdings müssen sich derartige Einrichtungen mehr den Grundsatz wirklicher Sparsamkeit zu eigen machen.“*

Auch das Thema Pressearbeit stand schon damals auf der Tagesordnung. Die EVS hatte im Vorstand vorgeschlagen, *„zeitnah Ereignisse und Probleme der Energiewirtschaft (...) vom Landesverband aus in die Presse zu bringen“*. Man beschloss deshalb, einen *„kleinen Ausschuß zu bilden, der lose und nur aus wenigen Herren bestehen soll. (...) Zu den jeweiligen Besprechungen sollen (...) die Sachkenner aus dem Kreis der Landesfachausschüsse herangezogen*

werden.“ Bemerkenswert, im Vorstand und im LK Kommunikation wurden 60 Jahre später fast gleichlautende Beschlüsse gefasst.

\* \* \*

Blicken wir zwischendurch mal wieder zu den Menschen im aufstrebenden Wirtschaftswunderland. Zuerst erkennen wir einen handfesten Skandal, der die junge Republik gefühlt an den Rand des Abgrundes führte. Im Januar 1951 kam ein Film ins Kino, aber was für einer. Schlecht inszeniert und schlicht langweilig, so lautete das Urteil von Filmkennern. Trotzdem stürmte man die Kinos, wenn die Aufführung nicht schon vorher wie vielerorts praktiziert polizeilich verboten wurde. Und warum? Der Film „Die Sünderin“ behandelte die Themen Selbstmord und Prostitution, viel wichtiger als soziale Betrachtungen war den Besuchern aber sicher etwas anderes, Hildegard Knef ließ sich in einigen kurzen Nacktszenen sehr freizügig sehen. Vertreter der Kirchen tobten, sprachen gar von einem entsittlichenden Film, ehrbare Bürger und Bürgerinnen demonstrierten in den Innenstädten und verbarrikadierten Kinos. Letztlich kamen über sieben Millionen Zuschauer in die Kinos, viele sicher auch deshalb, um sich zutiefst entrüsten zu können. Was blieb, als sich die Wogen glätteten? Die Karriere der Schauspielerin startete durch und zum Entsetzen der Kritiker, die Welt ging nicht unter. Offenbar war der liebe Gott toleranter als seine irdischen Vertreter.

Aber auch ganz weltliche Themen wiesen in die neue Zeit. Am 18. April 1951 wurde die Montanunion als Vorläufer der EU gegründet. Sie ging auf eine Initiative des französischen Außen-

ministers Robert Schuman zurück, der Konrad Adenauer die gemeinsame Kontrolle der Montanindustrie der Mitgliedstaaten vorschlug sowie deren Zugang zu Kohle und Stahl, ohne Zoll abführen zu müssen. Hauptziel des Vertrages: die Sicherung des innereuropäischen Friedens durch die gegenseitige Kontrolle der kriegswichtigen Güter Kohle und Stahl und die Sicherstellung der Produktion und der Energieversorgung mit Kohle. Diese erste übernationale Staatengemeinschaft in Europa bildete dann auch einen zentralen Baustein des Wirtschaftswunders und die Basis zur späteren europäischen Einigung.

Und noch ein wichtiger Vertrag: Im Mai 1952 wurde die Bundesrepublik Mitglied in der europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVP), die das Ziel hatte, eine europäische Armee zu schaffen. Als dies 1954 letztlich scheiterte, überführte man die Idee in die schon seit 1949 existierende Nato. Die DDR nahm den EVP-Beitritt zum Anlass, ihre Grenzen zur Bundesrepublik mal wieder abzuriegeln sowie eine eigene „Volksarmee“ aufzubauen. Viel wichtiger aber, die Idee gemeinsamer Streitkräfte Frankreichs und Deutschlands lebte 50 Jahre später wieder auf.

Für viele Menschen dagegen unerreichbar – am 25. Dezember 1952 begann in der Bundesrepublik erstmals wieder die Ausstrahlung von Fernsehprogrammen. Die Technik hatte man seit der Übertragung der Olympiade 1936 deutlich verbessert, es blieb aber der für Normalbürger unerschwingliche Preis der Geräte von 1.150 DM, wohlgemerkt schwarz-weiß. So kamen nur ganze 4.000 Besitzer von Fernsehern in den Genuss der Ausstrahlung. Eine Anmerkung, in den USA war schon ein Jahr zuvor, am 7. Juli 1951, das Farbfernsehen an den Start gegangen.

In den Nachrichtensendungen von Funk und Fernsehen gab es am 17. Juni 1953 auch Dramatisches zu berichten. Eine Erhöhung der Arbeitsnorm bildete den Auslöser einer großen Protestveranstaltung in Ostberlin. Durch unkluges Verhalten der SED-Parteiführung entwickelte sich daraus ein politisch unterlegter Volksaufstand, der erst mithilfe russischer Panzer niedergeschlagen werden konnte. Insgesamt kamen nach DDR-Angaben 21 Menschen um, 187 wurden verletzt und 1.200 wurden verurteilt. Am 17. Juni gedachte man bis zur Wiedervereinigung in der Bundesrepublik jährlich dieser damaligen Ereignisse.

Endlich mal was richtig Positives, mögen sich die Deutschen am 4. Juli 1954 gedacht haben. Durch einen Sieg über Ungarn wurde völlig überraschend die deutsche Elf unter dem seit 1936 amtierenden Reichs-/Bundestrainer Sepp Herberger Fußballweltmeister. Vielen Menschen auch heute noch im Ohr, die legendäre Rundfunkreportage von Herbert Zimmermann: „*Rahn müsste schießen, Rahn schießt, Tor, Tor, Tor, Tor, Tor für Deutschland.*“ Die anschließende Heimfahrt mit der Bahn (!) gestaltete sich für die Fußballer zum Triumphzug durch Deutschland.

\* \* \*

Blicken wir nun aber wieder auf unsere Branche. Heute oft vergessen, damals sehr problematisch, die Strompreisfixierung. Noch aus Kriegstagen waren die Strompreise (allgemeine Tarife) behördlich festgeschrieben, Änderungen musste das Ministerium genehmigen und dort zeigte man sich häufig bockig. Man muss auch bedenken, dass der Strompreis, verglichen mit heute, relativ

hoch lag. So musste ein bundesdeutscher Arbeiter 1952 für zehn Kilowattstunden Strom ca. 70 Minuten arbeiten.

Schon 1951 gab es in der Frage von Preisanpassungen Diskussionen im Vorstandsvorstand. Aufgrund der angespannten Investitionslage in den Werken und der steigenden Umlagen und Kosten musste man endlich die Preise anpassen. Nach vielem Argumentieren und gutem Zureden konnte man schließlich eine Preiserhöhung erreichen und schon gab es wieder Gegenwind. Der Verband der Teigwarenindustrie Würt.-Bad. wurde im Wirtschaftsministerium vorstellt und bat, die für 1.1.1952 erlaubte allgemeine Strompreiserhöhung wegen der Notlage für seinen Wirtschaftsbereich auszusetzen. Das Ministerium wandte sich um Auskunft an unseren Landesverband, der feststellte, dass die EVU selbst in einer Notlage seien und man zudem keinen Präzedenzfall schaffen sollte. Leider nutzte dies nichts, das Wirtschaftsministerium ordnete an, die Preiserhöhung für die Teigwarenindustrie auszusetzen.

Um einmal neue Wege zu beschreiten, kam man im Vorstandsrat auf die Idee, dem Ministerium einen „Strompfennig“ vorzuschlagen. Man erhoffte sich daraus einen Beitrag von 22 Mio. DM, den man den notwendigen Investitionen zuführen wollte. Die Idee hatte auch ein aktuelles Vorbild. 1952 führte die Post das „Notopfer Berlin“ ein, eine kleine Briefmarke im Wert von zwei Pfennig, die man zusammen mit normalen Briefmarken verkaufte. Und was bei Berlin geht, kann der Stromwirtschaft im Lande nicht verwehrt werden, dachte man. Leider, wie nicht anders zu erwarten, nach einigem Kanzlei-Trost aus den Ministerien musste man das Projekt still beerdigen. Nur war damit das Problem der Investitionsengpässe nicht gelöst.

Ende 1952 begann die nächste Runde für 1953 und in eigener Sache zeigte sich das Ministerium bei Preisfestsetzungen wesentlich großzügiger und flexibler. Das Wirtschaftsministerium hatte nach langem Drängen der Verbände einer Erhöhung der allgemeinen Tarifpreise zugestimmt. Für diese Zustimmung wurden aber dem Verband Württemberg-Baden 5.000 DM, dem Verband Württemberg-Hohenzollern und dem Verband Südbaden jeweils 3.000 DM in Rechnung gestellt. Die ständig nervenden EVU und ihr Verband hatten ja auch genügend Arbeit gemacht, dachte man in den Amtsstuben sicher. Die Wogen schlugen hoch, die Verbands-oberen versuchten aber, zu dämpfen. Man befürchtete im Vorstand, dass zu starker Widerspruch dazu führen könne, dass künftig das Ministerium die einzelnen Mitgliedsunternehmen direkt beaufschlagen würde. Mit einigem Verhandlungsgeschick konnte man aber dann doch erreichen, dass die Beamten ihre Forderungen halbierten.

Aber das Preisthema beschäftigte die Verbände und die Energiewirtschaft noch weiter regelmäßig und auf allen Ebenen. Eine Lösung wäre ja gewesen, die Genehmigungspflicht aus der Vorkriegszeit schlicht zu kippen. Anfang 1954 bat der VDEW den Landesverband, in der Frage Strompreisfreigabe auf politischer Ebene nichts zu unternehmen. Jeder Vorstoß des Landesverbandes oder einzelner Werke hin zu einer Freigabe oder einer individuellen Sondergenehmigung würde in Frankfurt bei den dortigen Verhandlungen mit dem Bund als störend empfunden. Bestenfalls könne man bei Besprechungen in kleinstem Kreis mit der ministeriellen Preisbildungsstelle versuchen darauf hinzuwirken, dass diese auf Bundesebene die VDEW-Bestrebungen politisch unterstütze. Das Ministerium mäkelte aber nicht nur bei den Preisen. Anlässlich

einer Unterredung erwähnten Vertreter des Wirtschaftsministeriums 1954, dass eine Reihe von Bürgerbeschwerden im Rahmen der Netzumstellung (Anpassung der Spannung auf 220/380 V) und anderer Berührungspunkte zwischen EVU und Kunden eingegangen seien, und bemängelten, „*dass der Kundendienst verschiedener EVU zu wünschen übrig lasse. (Insbesondere) der manchmal etwas ‚monopolistische Umgangston‘, der in Mitteilungen u. Ä. (angewandt) werde, (sei zu beklagen).*“ Der Vorstandsrat empfahl allen Mitgliedern, die nicht über die Geschäftsführung der EVU gehenden Schreiben im Sinne dieser Anregung auf ihre Anmutung zu prüfen.

Und noch zwei wichtige Ereignisse aus dem Jahr 1954. Die Sowjetunion nahm in Obninsk den ersten wirtschaftlich geführten Kernreaktor der Welt in Betrieb und synchronisierte ihn am 27.6.1954 mit dem Netz. Er hatte bei einer thermischen Leistung von 30 MW eine elektrische Bruttoleistung von 6 MW. Immerhin, die Anlage arbeitete bis zum am 20.4.2002.

Für unser Land weit wichtiger: Unter Federführung der TWS gründeten am 25.10.1954 13 Städte und Gemeinden die Bodensee-Wasserversorgung. Am 11. Februar 1956 begannen die Bauarbeiten für die Förder- und Aufbereitungsanlagen am Bodensee sowie die erste Hauptleitung vom Bodensee nach Bietigheim. Nach nur zwei Jahren und acht Monaten gingen die Anlagen am 16. Oktober 1958 in Betrieb. Eine Besonderheit des Rohrnetzes stellte die rund 24 Kilometer lange unterirdische Durchquerung der Schwäbischen Alb, der sogenannte „Albstollen“, dar. Und dann, Ende 1958 floss das erste Bodenseewasser, gefördert bei Sipplingen, über 168 km nach Stuttgart. Die Förderanlage und die Leitung hatten 215 Mio. DM gekostet, von denen die TWS 24 Mio. DM übernahm. Heute beliefert die Bodensee-Wasserversorgung über

ihre 184 Mitglieder insgesamt 320 Städte und Gemeinden mit etwa vier Millionen Einwohnern mit Trinkwasser. Eigentlich strebten die TWS schon damals eine Verbindung LWV-BWV an, beide hatten ihren Sitz in Stuttgart, beide machten (fast) das Gleiche, aber wie so oft, erst gab es politische Rücksichtnahmen auf handelnde Personen, dann einige Sachzwänge und zum Schluss hatten sich die Strukturen so verfestigt, dass ein solcher Schritt nicht mehr möglich war.

Wie ging es aber inzwischen mit der Verbändefusion im Südwesten weiter? Schon am 7.10.1952 nahm die Sache erstmals konkrete Formen an. Wieder beriet der Vorstand die Lage und es gab auch wichtige Neuigkeiten. Der Verband Württemberg-Hohenzollern hatte in seiner Mitgliederversammlung am 23.5.1952 bereits beschlossen, sich aufzulösen und/oder sich mit dem Verband Württemberg-Baden zu verschmelzen. Anders dagegen in Südbaden, wo die erst kurz zurückliegende politische Niederlage in der Länderfrage noch gewaltiges Grimm bereitete. Der südbadische Verband hatte am 26.5.1952 einstimmig beschlossen, „vorerst noch selbstständig wie bisher zu bleiben. Eine Verschmelzung zu einem Gesamtverband wurde als verfrüht angesehen.“ Der Vorstand vom Verband Württemberg-Baden zeigte sich aber noch optimistisch und beschloss, mit der Verschmelzung mit Württemberg-Hohenzollern noch zuzuwarten, bis auch Freiburg zum Zusammenschluss bereit sei. Gleichzeitig wurde der Vorstand aber beauftragt, schon mal alles Notwendige zu veranlassen.

Aber die Zeit verstrich und die Südbadener konnten oder wollten immer noch nicht. Weiteres Zuwarten half also nicht mehr. Auch die Gas- und Wasserverbände standen in den Fusions-Startlöchern und diesmal wollten die Stromer die Nase mal vorn haben.

In der Sitzung vom 16.7.1953 tauchte das Thema Verschmelzung deshalb als zentraler Punkt auf. Man machte sich notgedrungen mit dem Gedanken vertraut, nur die Verbände Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zu verschmelzen, aber die Tür für Südbaden sollte offen bleiben. Es gab aber noch ein weiteres grundsätzliches Problem zwischen den drei Verbänden. In der Frage der Verbandsform war man unterschiedlicher Meinung. Während sich Freiburg eher dem Modell Landesgruppe zuneigte, weil man so den vermuteten dominierenden Stuttgarter Einfluss durch den VDEW neutralisiert sah, favorisierten die beiden anderen Verbände eher das Modell selbstständiger Landesverband. Also gab es neue Fronten und neuen Gesprächsbedarf. Erst mal traf man sich im Oktober und November 1953 zum informellen Gedankenaustausch in kleiner Runde. Südbaden betonte, dass man prinzipiell *„einerseits einer Verschmelzung nicht so ablehnend gegenüberstehe, wie es scheint, dass man aber die Eigenständigkeit doch erhalten wolle, deshalb die Tendenz zum Landesgruppenmodell“*. Wenn es zu einer einheitlichen Landesorganisation käme, man war ja prinzipiell dazu bereit, müssten sich aber die südbadischen Werke auf einer eigenen Informationsplattform weiterhin separat austauschen können. Die Kosten hierfür bezifferte man auf ca. 5.000 bis 6.000 DM jährlich, die bitte schön aus der dann verschmolzenen Landesorganisation heraus aufzubringen seien. Andernfalls könnte man sich höchstens auf eine Arbeitsgemeinschaft der Verbände einlassen, wobei die Außenwirkung gegenüber VDEW und der Politik, also das, was wirklich Arbeit macht, durchaus durch Stuttgart übernommen werden könne. Nun kochten langsam aber auch in Stuttgart die Emotionen hoch. Im Verband Württemberg-Baden sah man jetzt die Zeit reif, die Ver-

schmelzung mit Württemberg-Hohenzollern zu vollziehen, sollten die Südbadener doch in ihrer gelb-roten Südwestecke bleiben. Kühlere Gemüter sorgten aber wenigstens dafür, dass die Fusion so erfolgte, dass Südbaden jederzeit ebenfalls noch beitreten könnte.

Auch für die Mitgliederversammlung drängte die Zeit, hatte man doch die Vorstandswahlen entgegen der Satzung mit hoffnungsfrohem Blick auf die baldige Fusion bisher immer wieder zurückgestellt. Die Versammlung Anfang 1954 musste aber einen Vorstand wählen, deshalb beauftragte man den Wahlausschuss folgerichtig, für die Besetzung der Gremien mehrere Alternativen vorzubereiten.

Dann war es endlich so weit. Doch halt, es gab schon wieder Ärger. Diesmal mit Nordbaden. Doch der Reihe nach. Auf der Mitgliederversammlung am 23./24.2. in Bad Cannstatt wollten die Mitglieder der Verbände Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern die Verschmelzung beschließen. So weit bestand Einigkeit. Uneinigkeit bestand, was Wunder, bei den Vorstandsposten. Die Besetzung glich aber auch einem Eiertanz. Für die Benennung des 15-köpfigen Vorstands wurde gefordert: sechs Vertreter kommunaler EVU, fünf Vertreter gemischtwirtschaftlicher EVU und vier Vertreter privater EVU. Ferner sollte der Vorstand folgenden Forderungen genügen: acht Techniker, sieben Nichttechniker; fünf Badener, zehn Württemberger. Wegen dieser letzten Position sahen nun die bisher eher friedfertigen Nordbadener (gelb-)rot. Gleichberechtigung habe man sich anders vorgestellt, so tönte es. Dem Protest ihrer Vertreter entgegnete man schwäbisch-kühl, dass später beim Beitritt von Südbaden die Zahl noch um drei zusätzliche badische Vertreter erweitert werden könne.

Nun ja, fünf Sitze zu zehn Sitzen, Parität sieht wahrlich anders aus. Und die Südbadener nahmen diese Sitzverteilung sicher als weitere Bestätigung ihres berechtigten Misstrauens gegenüber allem, was aus Stuttgart kam. Man raufte sich aber zusammen, denn es musste ja weitergehen. Mit Wirkung von Februar 1954 erfolgte der Zusammenschluss der beiden Landesverbände Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zum „Verband der Elektrizitätswerke Baden-Württemberg e. V.“ (VdEW).

Auch die Arbeitsgemeinschaft mit Südbaden als kleinster gemeinsamer Nenner kam voran. Der Vorstand des VdEW beschloss, die Vereinbarung mit dem südbadischen Verband zur Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft der Elektrizitätswerksverbände in Baden-Württemberg“. Die Geschäftsführer bildeten diejenigen der beiden Mutterverbände VdEW und Südbaden. Um misstrauische Seelen zu beruhigen, wurde ausdrücklich betont, dass beide Verbände ihre Selbstständigkeit behalten, sich aber verpflichten, alles zu unternehmen, was dem Geist einer echten Arbeitsgemeinschaft entspricht. Die Arbeitsgemeinschaft sollte so lange bestehen, bis die beiden Verbände vereinigt seien. Und so blieb es dann auch für die nächsten 26 Jahre. Der südbadische Verband führte sein Eigenleben, ließ sich aber bei allen Sachfragen und bei politischen Themen gerne vom (Haupt-)Landesverband aus vertreten bzw. übernahm die dort erarbeiteten Papiere.

Aber auch Gas/Wasser hatte mit den Länderbefindlichkeiten zu kämpfen. Endlich, am 2.7.1954, vereinigten sich die beiden Verbände Württemberg-Baden sowie Württemberg-Hohenzollern zum Verband der Gas- und Wasserwerke Baden-Württemberg e. V. Auch hier bleiben die misstrauischen Südbadener erst mal unter sich.

Anders sah es beim Verband der kommunalen Unternehmen (VKU) aus. Im Jahr 1949 in Rüdenheim gegründet, vertrat dieser explizit die Interessen der kommunalen Unternehmen mit ihren oft besonderen Fragestellungen. Da sich die anderen Branchenverbände (z.B. der VdEW) bei ihrer jeweiligen Satzungs-gestaltung viel Mühe gaben, die kommunalen Werke als zahlen-mäßig größte Mitgliedergruppe auch bei sich angemessen zu berücksichtigen, gab es viele Parallelitäten. Pikant dabei auch, außer EVS, Neckarwerke und Badenwerk waren fast alle großen Mitgliedsunternehmen im VdEW kommunale oder kommunal dominierte Unternehmen, die zudem oft in den Vorständen der Landesorganisationen des VdEW und des VKU, manchmal sogar personenidentisch vertreten waren. So gesehen hätte es eigentlich keine wesentlichen Differenzen in der Interessenvertretung geben dürfen. Wie aber auch in der Badenfrage – man nahm die Kommunalen aller Größenklassen gerne die Gelegenheit wahr, sich gegenüber den Großen der Zunft bei allen Gelegenheiten erst einmal benachteiligt zu fühlen. Und ein gemeinsames klares Feindbild bietet heute wie damals ja auch ein hohes Identifikationspotenzial. Bis 1968 wurde die VKU-Landesgruppe Baden-Württemberg sogar geschäftsstellenmäßig durch den Landesverband VGW betreut, dieses kostenoptimale Verfahren endete erst, als der nebenamtliche VKU-Geschäftsführer aus den TWS ausschied und zur Bodenseewasserversorgung wechselte. Und die war eben nicht kommunal, zumindest nicht so direkt.

Zurück zum Strom, besser zu der Stromerzeugung. Hier wollte man neue Wege beschreiten und Atom war gerade en vogue. Nach 1945 war Deutschland aber jede Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Kernenergie untersagt. Erst mit den Pariser Ver-

trägen 1955 erhielt Deutschland wesentliche Souveränitätsrechte zurück und damit auch die Möglichkeit der nuklearen Forschung. Im gleichen Jahr schon ging es dann voran. Die Unterzeichnung der Gründungsurkunde der „Kernreaktor Bau- und Betriebs-gesellschaft mbH“ in Karlsruhe, Vorgängerin des Kernforschungszentrums Karlsruhe, heute KIT, erfolgte 1956. Die Landesregierung wollte 1956 auch eine „Arbeitsgemeinschaft zur Erzeugung elektrischer Energie und Wärme durch Kernspaltung“ gründen. Diese sollte zunächst die Ausbildung von ca. 25 Personen mit Kraftwerkserfahrung übernehmen, die die EVU beistellen sollten. Alle Werke mit mehr als 50 Mio. kWh/a wollte man ansprechen. Man war sich zwar einig, *„dass die ersten Atomkraftwerke in Deutschland nicht vor 10 bis 15 Jahren in Betrieb gehen können“*, andererseits hatte die RWE einen Versuchsreaktor mit zehn MW in Planung und wollte dort einen Betrag von 35 Mio. DM investieren. Um die Sache zu fördern, überlegte man, dass die Geschäftsstelle des VdEW *„die geschäftliche Abwicklung der Arbeitsgemeinschaft vornehmen soll“*.

Unter dem Namen „Arbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg zum Studium der Errichtung eines Kernkraftwerkes“ erfolgte dann im gleichen Jahr die Gründung. Beteiligte waren TWS, EVS, Neckarwerke, Badenwerk, Stadtwerke Karlsruhe und das Großkraftwerk Mannheim. Diese Arbeitsgemeinschaft ging 1960 in die Nachfolgegesellschaft „Kernkraftwerk Baden-Württemberg Planungsgesellschaft mbH“ über, die sich sofort an die Planung des KKW Obrigheim machte. 1964 wurde dann die Kernkraftwerk Obrigheim GmbH durch 13 Gesellschafter gegründet, darunter die EVS mit 35 Prozent und das Badenwerk mit 28 Prozent. Das Stammkapital belief sich auf etwa 100 Mio. DM. Und in Karlsruhe

ging 1961 der Forschungsreaktor 2 (FR 2) am Kernforschungszentrum in Betrieb. Er war der erste Reaktor in der Bundesrepublik Deutschland, den man nach eigenem Konzept und in eigener Verantwortung baute.

Kurz zurück in die Rubrik Tagesgeschäft und eine Anekdote zum Thema Strom unter dem Titel „kleine Ursache, große Wirkung“. Ein Stadtwerk aus BW fragte 1956 den VdEW schriftlich wegen Waschmaschinen an. *„In unserem Versorgungsgebiet werden z.Z. von Haushaltabnehmern sehr viele vollautomatische Waschmaschinen mit einem Anschlußwert von 6 bis 8 kW angeschafft. Erfahrungsgemäß waschen die meisten Hausfrauen am Montag früh, so daß durch diese Ansammlung von Waschmaschinen eine Spitze entsteht, die sich auf Dauer ungünstig auf die Gesamtbelastung auswirkt. Nach der Tarifordnung besteht u.E. keine Möglichkeit, die Spitze dem Abnehmer anzurechnen“*, so das Schreiben. Das Stadtwerk bat den Verband, die Möglichkeiten der Anrechnung zu prüfen und auch im Mitgliederkreis zu fragen, ob andere EVU mit diesem Sachverhalt ebenfalls Schwierigkeiten hätten. Der Ausschuss Stromtarife des VdEW befasste sich in seiner Sitzung am 11.2.1957 mit dieser Anfrage und beschloss, beim Wirtschaftsministerium den Antrag zu stellen, dass bei Geräteleistungen von über 6 kW Zuschläge entsprechend den Gewerbetarifen erhoben werden können. Aus heutiger Sicht kann man sicher sagen: glückliche Zeiten, als man für ein solches Problem noch so viel Muße aufbringen konnte.

Und noch ein Blick zum Gas. Nicht nur beim Strom ging es aufwärts, auch der Gasabsatz wuchs erfreulich. Waren es 1948 noch 5,5 Mrd. m<sup>3</sup> Gas, so betrug 1957 die Abgabe bereits 15,5 Mrd. m<sup>3</sup> Gas. Dieses Gas wurde wie bisher fast ausschließlich

aus Steinkohle als Stadtgas produziert, es entstand als Verbundprodukt also Koks. Und wie schon in der Vergangenheit, mal gab es von einem zu viel, mal vom anderen zu wenig. Da die Zechen die Möglichkeit hatten, aus eigener Kohle Koks für die Stahlindustrie zu erzeugen, schwankte die Koks nachfrage für die Gaswerke der Städte sehr stark. Bei nachlassender Stahlkonjunktur stagnierte der Koksabsatz, auch deshalb, weil die Kunden als Brennstoff für Schulen, Behörden und Betriebe immer häufiger Öl einsetzten. Die Suche nach Alternativen begann und das Erdgas geriet schnell in den Fokus. Erdgas wurde ursprünglich bei der Gewinnung von Erdöl lediglich abgefackelt, seit Anfang der 1920er-Jahre aber als Energieträger für die Wirtschaft genutzt. In Westdeutschland betrug die Energienutzung von Erdgas Anfang der 1960er-Jahre nur ein Prozent der fossilen Primärenergie. Da war also noch Luft nach oben, zumal die Kokereianlagen in den Städten langsam zum Himmel stanken. Als erste Großstadt in Westdeutschland stellte dann Oldenburg 1959/60 vollständig auf Erdgas um. Dieses kam aus Lastrup, einer etwa 45 km entfernten Erdölförderstelle. Von den 1,6 Mio. DM, die die Umstellung kostete, fiel eine Million D-Mark auf die Umstellung der Geräte bei den Kunden an.

Zeit also, dass sich der Südwesten auch mit dem Thema beschäftigte. Zwar gab es schon seit Januar 1942 die Südwestdeutsche Ferngas AG, inzwischen weitgehend im Besitz der TWS. Man wollte aber mehr. Gedacht war an eine Gesellschaft, die einerseits das große Versorgungsgebiet der MVV im nordbadischen Bereich erfasste und andererseits das Gebiet der TWS in der Landesmitte abdeckte. Von da aus wollte man dann die wichtigsten Abnahmeschwerpunkte des Landes verrohren und mit Erdgas beliefern. Das Kon-



zept der künftigen GVS wurde im Haus der TWS entwickelt und dann am 6.3.1961 von den Städten Baden-Baden, Göppingen, Mannheim, Pforzheim, Reutlingen, Stuttgart und Ulm sowie der Südwestdeutschen Ferngas AG realisiert. Karlsruhe beteiligt sich nicht, da man dort über günstiges Raffineriegas verfügte und die Ruhrgas zudem sehr früh die Stadt an ihre Pipeline anschloss. Und Erdgas galt zumindest damals noch als fast heimischer Energieträger. Nach einigen kleineren Gasvorkommen entdeckte man 1964 bei Probebohrungen in der Nordsee westlich von Helgoland in einer Tiefe von 2.925 Metern Erdgas, das man auch erschloss.

Und wie ging es bei den beiden Südwestverbänden weiter? Erstmals traten Anfang 1957 die Vorstände der „Arbeitsgemeinschaft der Elektrizitätswerke in Baden-Württemberg“, also des südbadischen Verbandes und des VdEW, zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Das Kernthema bildete, was sonst, die Strompreisregulierung. Einerseits stand man mit der Preisbildungsstelle des Landes in Verbindung, andererseits bemühte sich der VDEW beim Bundeswirtschaftsministerium um die Möglichkeit einer Verbesserung der Finanzierung. Es scheint dem VDEW auf politischer Ebene signalisiert worden zu sein, dass eine Lösung vor der Bundestagswahl am 15.9.1957 nur schwer möglich sei, aber eine Verordnung könne man auf den Weg bringen. In diesem Fall erwartete man aber, dass vor der Wahl auf Preiserhöhungen der Elektrizitätswirtschaft verzichtet würde. Eine Eingabe der EVU in BW an das Land in dieser Sache könne das Vorhaben des VDEW empfindlich stören und solle bitte schön unterbleiben, signalisierte man auch nach Stuttgart. Man einigte sich beim VdEW darauf, mit der Eingabe an die Preisstelle noch vier Wochen zu warten, bis sich die Erfolgsaussicht des VDEW-Vorstoßes absehen

ließe. Nun müssen Vertreter der Kartellämter ruhig bleiben und Nerven behalten, bevor sie weiterlesen.

Unter der Prämisse, dass die Preisstelle des Landes einer Erhöhung zustimme, stellte sich dann aber, so die weitere Diskussion, die Frage der Umsetzbarkeit. Die württembergischen Flächenversorger zeigten sich von einem positiven Bescheid überzeugt und vermuteten auch, dass ihre Aufsichtsorgane einer Preiserhöhung zustimmen könnten. In deren Gefolge könnten dann wohl die Weiterverteiler ebenfalls nachziehen. Problematisch sei die Sache in Stuttgart bei den TWS, weil dort die Werkleitung gegenüber dem Gemeinderat bereits eine Preiskonstanz zugesagt hatte. Deshalb könnte es für Heilbronn und Ulm schwer werden, eine Erhöhung zu begründen. Im badischen Landesteil bemühte man sich zudem generell um eine Preiszurückhaltung, sodass nicht mit einem gemeinsamen Vorgehen zu rechnen war. Damit ständen, so die Diskussion, die Unternehmen am Pranger, die die schwer erkämpfte Preiserhöhung tatsächlich realisierten. Auch nicht schön, aber die Politik half bereitwillig und gerne aus der Klemme, sie tat nämlich nichts. Auch Monate später gab es keine Genehmigung. Der Vorstandsrat des VdEW blieb in seiner Sitzung einhellig bei der Meinung, dass vor der Bundestagswahl nichts mehr zu erreichen sei und selbst wenn, würden die eigenen Aufsichtsorgane der EVU nur schwerlich mitgehen. Man wollte also die verbleibende Zeit bis zur Wahl dazu nutzen, im Gespräch mit dem Land Überzeugungsarbeit zu leisten. Man sieht, damals konnte man offen miteinander sprechen, nicht in allen Fällen das Schlechteste.

Wenigstens in der Zusammenarbeit zwischen den beiden Stromer-Verbänden kam man weiter. Bei der Besetzung der

Arbeitskreise des VdEW beschloss der Vorstandsrat, den südbadischen Verband zu bitten, zu allen Ausschüssen des VdEW eigene Vertreter zu entsenden, um die Arbeit im Land einheitlicher zu gestalten. Ein Vorfühlen bei dem dortigen Vorstandsrat Dr. Kromer *„ergab dessen Geneigtheit, Herren aus Südbaden (...) zu benennen, bei im Übrigen voller Aufrechterhaltung des Weiterbestandes des südbadischen Verbandes“*, wie man wieder vorsorglich betonte. Auf die Frage im Vorstandsrat, ob auch VdEW-Mitglieder in südbadischen Ausschüssen mitarbeiten sollten, entgegnete man, *„dass nicht daran gedacht sei, die dortigen Ausschüsse fortzuführen, wenn die südbadischen Herren Gelegenheit hätten, in unseren Ausschüssen (Anm.: denen des VdEW) mitzuarbeiten“*.

Und alle Jahre wieder, das Thema Preise blieb immer ein zentraler Punkt bei den Verbandstagungen. Als 1957 aufgrund verschiedener Umstände die Ruhrkohlezuteilung um zehn Prozent gekürzt wurde und sich die Kohlepreise erhöhten, kamen insbesondere die Weiterverteiler in eine Zwickmühle. Bei Sonderabnehmern ermöglichte die Kohle-Preisgleitklausel eine Anpassung der Strompreise. Dies führt dort zu erhöhten Einkaufspreisen, aber auch bei Weiterverteilern wie Stadtwerken, die wie alle anderen EVU auch, die AVB-Preise jedoch nicht anpassen durften. Da deren Abgabe an AVB-Kunden prozentual deutlich höher als bei den Flächenversorgern lag, führte das zu größeren wirtschaftlichen Problemen. Aber man hatte eine Idee. Wenn schon nicht die Arbeitspreise, warum dann nicht die Grundpreise erhöhen? Gespräche mit den Ministerien zogen sich hin, ein Jahr später signalisierten die Ministerialen aber ein gewisses Verständnis, dass man beim Grundpreis etwas machen könnte, keinesfalls aber beim Arbeitspreis. Endlich, zwei Jahre später, Ende 1959 hatte die

Preisbildungsstelle ein Einsehen. Mit Verweis auf die Verordnung vom 26.11.1936 und die Tarifordnung vom 25.7.1938, in denen das Verbot einer Preiserhöhung formuliert war und die immer noch galt, wurden verschiedene Erhöhungen und Neufassungen beim Grundpreis mitgeteilt. Beim Haushaltstarif durften die EVU nun Räume mit mehr als 30 m<sup>3</sup> als mehrere Räume bewerten und die mit dem Grundpreis abgegoltene Leistung betrug nun sechs kW. Bei Geräten oder gleichzeitig betriebenen Gerätegruppen mit einer höheren Leistung durfte man je kW bis zu 2,50 DM und Monat ansetzen. Auch beim Gewerbe gab es verschiedene Anpassungen. Endlich also Licht am Ende des Tunnels und, so nebenbei, war die Anfrage wegen der Waschmaschinen aus dem Jahr 1956 auch beantwortet. Gut Ding brauchte eben Weile, schon damals.

Doch zurück zu den großen Themen. Die angespannte Weltpolitik mit dem beginnenden Kalten Krieg konnte auch an unserer Branche nicht spurlos vorbeigehen. Die politische Lage und sicher auch sanfte Hinweise aus den Ministerien veranlasste den DVGW 1961, eine besondere Empfehlung zur Trinkwasserversorgung auszuarbeiten, die W 801 „Vorsorgeplan für Notstandsfälle in der öffentlichen Trinkwasserversorgung“, die die Regeln im „Verteidigungsfall“ festschrieb. In enger Zusammenarbeit mit Behörden und Ministerien formulierte man Vorgaben für die Wasserversorger, wobei man besonders darauf achtete, dass keine zu detaillierten Vorgaben/Informationen einem „Angreifer“ im „Verteidigungsfall“ seine Maßnahmen erleichtern könnten.

Und noch ein Wasserthema. Zeitlich dazu passend, am 30.6.1964 war es so weit, zumindest für die Landeswasserversorgung. Im Jahr 1912 gründete König Wilhelm II. von Württemberg die Staatliche Landeswasserversorgung als landeseigenes Unter-

nehmen. Nun erst, nach 52 erfolgreichen Jahren, ging man daran, den schon im Gründungsgesetz erteilten Auftrag zu erfüllen – die Landeswasserversorgung in einen selbstständigen kommunalen Zweckverband zu überführen. Jetzt wurden aus Kunden der Landeswasserversorgung auch Anteilseigner des Wasserversorgungsunternehmens. Man ähnelte nun noch mehr der BWV, aber mehr als eine lose Zusammenarbeit kam immer noch nicht infrage.

Ein weiteres Thema bewegte die Stromwirtschaft. Einer der Auslöser war Berlin. Der dortige Inselbetrieb ohne ausgleichenden Verbundbetrieb bereitete zunehmend Probleme. Zwar gelang es, die Maximallast bereitzustellen, die hohen Leistungsreserven lagen aber nachts brach. Um die Vollbenutzungsstunden der Kraftwerke zu steigern, bewarb die Bewag 1956 intensiv elektrische Brauchwasserspeicher und Nachtspeicherheizgeräte. In Berlin-Charlottenburg entstand 1962 eine Siedlung mit 250 elektrisch beheizten Wohnungen. Der Werbeslogan lautete: *„Man heizt nicht mehr, man hat es warm.“* In der ganzen Republik begann nun ein Run auf die Speicherheizung. Bis 1960 baute man alleine im Gebiet der EVS 1,9 MW Leistung ein, bis 1978 würden es dann 935 MW sein. Man tat aber auch etwas dafür, denn man erkannte schnell, dass die Speicherheizung intensiv geschulte Elektroinstallateure brauchte. Die Geräte konnten wegen ihres Gewichtes von bis zu 400 kg nur als „Bausatz“ geliefert werden. Das Handwerk baute sie dann vor Ort zusammen. Die hohen Temperaturen des Speicherkerns von bis zu 600 °C erforderten eine besondere Sorgfalt. Auch die richtige Einstellung der Ladeautomatik sowie die Einweisung der Kunden bedurften einiger Fachkenntnisse. Die EVU, insbesondere das Badenwerk und die EVS, sowie die Elektrogemeinschaften übernahmen diese Schulungsmaßnahmen landes-

weit ab 1963 mit intensiver Begleitung durch den VdEW. Wenn gewünscht, z. B. im Gebiet kleinerer Werke, die sich eigene Referenten und Fachleute nicht leisten konnten, führten die großen EVU diese Lehrveranstaltungen für das Handwerk durch. Alleine die EVS hatte in einem Jahr 785 Elektriker auf diesem Weg geschult.

Ein Blick über den Zaun oder besser über die Mauer sei an dieser Stelle auch gestattet. Die DDR führte 1963 eine jährliche Planung des Strombedarfes ein. Alle Abnehmer mit einem maximalen Spitzenleistungsbedarf über 25 kW oder einer Bezugsmenge von über 50.000 kWh im Jahr wie Industriebetriebe, Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Genossenschaften, Handwerker und Handelseinrichtungen waren gesetzlich zur Planung verpflichtet. Die Energiekombinate verdichteten die Pläne und meldeten die Summe des Bedarfs an elektrischer Leistung und Arbeit an das Ministerium für Kohle und Energie (MKE). Falls die Summe der Anmeldungen die verfügbaren Erzeugungsmöglichkeiten überstieg, was der Regelfall war, nahm das Ministerium Kürzungen vor und teilte diese den Energiekombinaten und Dienststellen als maximal zulässigen Bilanzanteil mit. Bei kritischen Situationen war das Ministerium berechtigt, Leistungsreduzierungen über „Versorgungsstufen“, Abschaltungen und Zwangsreduzierungen zu verlangen, um Flächenabschaltungen oder Netzzusammenbrüche zu verhindern. Neben Benachrichtigungen über Telefon oder Telefax/Fernschreiber erfolgten die Meldungen auch codiert über den Rundfunk nach den Nachrichten um 6 Uhr, 13 Uhr und 20 Uhr, wobei die Abnehmer verpflichtet waren, die Meldungen abzuhören. Sofern ein Energieabnehmer eine elektrische Verbrauchsanlage neu in Betrieb nehmen oder erweitern wollte, hatte er dies beim Energiekombinat schriftlich zu beantra-

gen. Das galt auch bei Bürgern für alle stromverbrauchenden Anlagen/Geräte, die nicht mehr mit zweipoligen Steckverbindungen bis 16 A betrieben werden konnten. Der Verkauf elektrischer Direktheizgeräte im Einzelhandel war zudem verboten.

Eine staatliche Energieinspektion in Berlin und den 14 Bezirksinspektionen kontrollierten die Einhaltung der Vorgaben. Folgende Handlungen galten als Straftatbestände: die Überschreitung der Kontingente für „Verbrauch“ oder „Leistung“, fehlende Aufteilung der Kontingente auf die Abnehmer, Überschreitung des höchstzulässigen Beleuchtungsstandards, Energieeinsatz ohne Einwilligung oder eine Behinderung der Energieinspektoren. Zur Durchsetzung gab es Zwangsgelder und Ordnungsstrafen. Das Zwangsgeld betrug für Bürger bis zu 1.000 Mark, für private Unternehmen bis zu 10.000 Mark und für alle anderen bis zu 100.000 Mark. Die ökonomische Sanktion für die Überschreitung des Kontingents „Verbrauch“ betrug das Fünffache, die für das Kontingent „Leistung“ das Zehnfache des durchschnittlichen Industrieabgabepreises.

Nach diesem Ausflug nun wieder zurück in unser Land und vom Großen zum Kleinen. Die Liebe zwischen Strom und Gas war immer noch nicht sehr ausgeprägt. Und manchmal musste es auch um das Grundsätzliche gehen. 1962 gab es bei einer Besetzung im Landesfachausschuss (LFA) „Elektrizitätsanwendung und Abnehmerberatung“ erhebliche Verstimmungen. Einem ausscheidenden Mitglied des LFA sollte der Werbeleiter des bisher schon entsendenden Unternehmens nachrücken. Der LFA-Obmann bemängelte aber, dass dieser Vertreter im Unternehmen bisher ausschließlich für den Bereich Gas gearbeitet hätte und deshalb nicht das richtige Strom-Feeling mitbrächte. *„Er sehe sich angesichts der derzeiti-*

*gen außerordentlichen Aktivität der Gasseite außerstande“*, ließ der LFA-Obmann wissen *„seine Bedenken zurückzuziehen“*. Da laut Satzung nur der Ausschussobmann Nachrücker vorschlagen konnte, bat man das entsendende Unternehmen, einen Mitarbeiter zu benennen, der sich ausschließlich mit der Elektrizitätsanwendung befasse (Anmerkung des Verfassers: und auch sonst aller anrühigen Gas-Umtriebe unverdächtig sei).

Aber es gab auch echte Probleme, die einer Lösung bedurften. Wie immer schon hatte die Politik mitunter seltsame Ideen und scheute sich nicht, auf „alte Zeiten“ zurückzugreifen, wenn diese ihr nützten. Im gültigen EnWG, erschienen 1935, war unter § 4 geregelt, dass *„vor dem Bau, der Erneuerung, der Erweiterung oder der Stilllegung von Energieanlagen dem Reichswirtschaftsminister Anzeige zu erstatten (ist)“*. Darauf berief sich das Landesinnenministerium 1958 und forderte, *„alle Planungen bekanntzugeben und nach Durchführung der Bauvorhaben Schlußpläne einzureichen“*. Man begründet dies mit dem Wunsch, *„gegenläufige Planungen (zu) koordinieren und Fehlinvestitionen vermeiden zu können“*. Um was es wirklich ging, zeigte sich Jahre später. Im Jahr 1964 gab das Bundeswirtschaftsministerium eine Empfehlung an die Wirtschaftsministerien der Länder heraus, gemäß § 4 EnWG keine Genehmigungen für Kraftwerkseinheiten unter 300 MW Leistung zu erteilen. Ziel sei es, die Konzentration der Stromversorgung und Stromverteilung voranzutreiben und deshalb entsprechend große Strukturen zu fördern. Die Vielzahl der EVU im Lande störte und man wollte sie bereinigen. Man sah in dem alten EnWG deshalb das geeignete Instrument, die Investitionspolitik der EVU aller Größenordnungen nach eigenen Vorstellungen zu lenken, genauso, wie es sich die Machthaber 1935 auch dachten.

Wenn wir gerade bei Landesbehörden sind, auch die Kartellbehörde blieb ein steter kritischer Begleiter der Stromwirtschaft, wobei man auch dort aber eine gewisse Abneigung gegen Wettbewerb, zumindest den durch kleinteilige Strukturen erkennen ließ. Im Jahr 1965 gab es deshalb Aufregung in der Vorstandsratssitzung des VdEW wegen eines Beschlusses der Kartellbehörden. Auf einer Arbeitstagung in Berlin kamen die Kartellwächter des Bundes zu der Erkenntnis: Ein Missbrauch eines Gebietsschutzvertrages (also Konzessionsvertrages) liege schon dann vor, wenn ein örtliches EVU höhere Strompreise von seinen Kunden fordert, als das Regionalunternehmen, von dem es den Strom bezieht, von dessen eigenen Kunden verlangt. Insbesondere kritisch sei es auch, wenn dieses Regionalunternehmen ohne Bestehen des Gebietsschutzvertrages mit dem örtlichen EVU seine niedrigeren Preise in dessen Gebiet anbieten könnte. (Zur Erinnerung: Damals konnte ein Stadtwerk seinen Strom auch nur bei seinem unmittelbaren Vorlieferanten beziehen. Eine Strombörse gab es noch nicht.) Eigentlich war dieses Ansinnen ja ein direkter Verstoß gegen das Kartellrecht, denn es forderte zu einseitigen Preisabsprachen auf. Aber kann eine Kartellbehörde gegen das Kartellrecht verstoßen? Nein, natürlich nicht! Die Energiewirtschaft hatte die hochfliegenden Gedanken der Beamten nur nicht richtig verstanden. Im Vorstandsrat bestand Einigkeit, dass dieser Erlass den gesamten Wirtschaftszweig betreffe, nach einer vertikalen nun auch eine horizontale Preisangleichung zur Folge habe müsse und damit die Axt an die Wurzeln der Stadtwerke lege. Die Spitzenverbände VDEW, VKU und VGW wurden umgehend tätig, um diese Sicht der Dinge klarzurücken.

Aber auch die Gas-Wasser-Branche erfreute sich einer besonderen Aufmerksamkeit durch das Bundeswirtschaftsminis-

terium, zumindest deren Spitzenverbände. Im Jahr 1965 gab es große Aufregung beim DVGW. Die beiden Verbände DVGW und VGW/BGW arbeiteten gemäß den Bad Emser Beschlüssen von 1950 wie schon berichtet immer enger zusammen. Das Ministerium beäugte diese Annäherung aber kritisch und sah durch diese Nähe die unabhängige Erstellung von technischen Vorschriften durch den DVGW als gefährdet an. Der Wegfall der Möglichkeit, technische Regeln zu setzen, rührte aber am Grundpfeiler des DVGW-Selbstverständnisses, gehörte doch die Formulierung der technischen Regeln schon seit 1880 zu seinen Hauptaufgaben. In einem Schreiben vom 13.9.1965 drückt das Wirtschaftsministerium die ultimative Erwartung aus, dass der DVGW garantieren müsse, dass die erarbeiteten technischen Regeln den Einflüssen von Interessen, z. B. der Gaswirtschaft, entzogen seien. Der DVGW müsse *„seine Außenbeziehungen zu anderen Verbänden oder gegenüber Dritten dergestalt regeln, dass die von ihm gesetzten Normen allgemein als objektiv und allein von fachwissenschaftlichen Überlegungen getragen anerkannt werden“*. Rasch machte man sich an die Arbeit und am 5. Juni 1967 konnte man eine Neufassung der DVGW-Satzung beschließen, die die Bedenken des Wirtschaftsministeriums ausräumte.

\*\*\*

Was gab es sonst noch aus der Technik zu vermelden?

- Die HEW führte als erstes bundesdeutsches EVU 1957 die Jahresablesung und die monatliche Abschlagszahlung bei Tarifkunden ein.

- Artur Fischer brachte 1958 den Kunststoffdübel auf den Markt. Vorher musste zum Befestigen ein größeres Loch in die Wand gemeißelt werden, in das ein Holzklötzchen eingegipst wurde. In dieses konnte man dann die Befestigungsschraube eindrehen. Auch Dübelvorläufer aus Blei wurden schon verwendet. Der Fischer-Dübel revolutionierte und vereinfachte aber nun die gesamte Befestigungstechnik.
- Nach der Erfindung des Transistors und dessen Patentierung 1948 kam 1962 die erste rote Lumineszenzdiode auf den Markt.
- Zum ersten Mal wurde 1962 eine Fernsehsendung in Schwarz-Weiß über einen Nachrichtensatelliten („Telstar I“) zwischen USA und Europa übertragen. Drei Jahre später stellt „Early Bird“ (später umbenannt in „INTELSAT I“) als erster kommerzieller geostationärer Nachrichtensatellit die kabellose ständige Verbindung zwischen Europa und den USA her.
- Die HGÜ-Leitung Konti-Skan mit einer Leistung von bis zu 250 MW bei einer Betriebsspannung von 250 kV verband ab 1965 Dänemark und Schweden und damit die zentraleuropäischen und skandinavischen Leitungsnetze.

Und was bewegte die Menschen sonst noch?

- Der Käfer hatte entgegen der Meinung englischer Fachleute doch das Zeug zum richtigen Auto. Am 5. August 1955 lief der einmillionste Käfer bei Volkswagen in Wolfsburg vom Band. Nur acht Jahre später konnte das

Unternehmen zehn Millionen produzierte Fahrzeuge vermelden.

- Konrad Adenauer klagte vor dem Bundesverband der Industrie im Mai 1956, dass die Steuergesetzgebung viel zu kompliziert sei und unbedingt vereinfacht werden müsse. *„Einfacher denken sei oft eine wertvolle Gabe Gottes. Und diejenigen, die so verdreht denken, das sind nicht immer die klügsten Männer.“* Der Beifall war ihm gewiss, aus heutiger Sicht war das aber der Beginn eines „Running Gags“, das Versprechen der Vereinfachung der Steuererklärung durch die bundesdeutscher Politik.
- Weniger erfreulich, im Juli 1956 sank das italienische Schiff „Andrea Doria“ nach einem Zusammenstoß mit dem schwedischen Dampfer „Stockholm“. Die Erinnerung an diese Kollision hält sich bis heute noch im Song von Udo Lindenberg wach.
- Erfreulicher dagegen: Sechs Staaten unterschrieben in Rom 1957 den EWG-Vertrag, die Grundlage der heutigen EU.
- Nach dem Sputnik-Schock für die USA 1957 ein weiteres raumfahrerisches Highlight im gleichen Jahr. Wieder sind es die Russen, die die Nase vorn hatten. Oder besser die Hundeschнауze. Sie schickten als Erste ein höheres Lebewesen, die Hündin Leika in die Umlaufbahn. Betrübtlich aber, ein sicherer Rückflug war nicht vorgesehen. Dann, 1961, schicken erneut die Russen den ersten Menschen in den Weltraum, der anders als Leika aber wohlbehalten zurückkommt.
- Und wieder Berlin. Nach einem Bekenntnis von Walter

Ulbricht „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“, geschieht genau dieses im August 1961. Der Todesstreifen forderte bis 1989 bis zu 245 Todesopfer.

- Und noch ein großer Schatten über dem Frieden in der Welt: die Kubakrise. Die UdSSR hatte 1962 begonnen, Raketen auf Kuba zu stationieren, nachdem die USA ihrerseits Raketen in der Türkei stationierten. Auf dem Höhepunkt der 13-tägigen Krise drohten beide Seiten, ihre Atomwaffen einzusetzen. Die Welt stand wieder einmal am Abgrund eines Atomkrieges, mehrfach drängten Militärs dazu, die Waffen sprechen zu lassen. Nur die direkten Befehle von Präsident Kennedy verhinderten dies. Letztlich siegte die Geheimdiplomatie, die Raketen wurden aus Kuba und aus der Türkei abgezogen.
- John F. Kennedy wurde am 22.11.1962 ermordet. In seine kurze Amtszeit fielen historische Ereignisse wie die Kubakrise, der Bau der Berliner Mauer, der Beginn der bemannten Raumfahrt, die Eskalation des Vietnamkriegs, der Beginn der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung und das Versprechen, bis 1969 einen Menschen zum Mond zu bringen. Wegen seines jungen Alters und seines Charismas verkörperte er für viele die Hoffnung auf eine Erneuerung der USA.
- Weit weniger gravierend, aber immer noch legendär, der Postzug-Überfall in England, bei dem mehrere Täter 1963 ohne Blutvergießen umgerechnet 28,5 Mio. DM erbeuteten. Unter dem Titel „Die Gentlemen bitten zur Kasse“ wurde das Geschehen auch für das deutsche Fernsehen verfilmt.

- Und eine letzte Szene für einen alten Bekannten: 1963 trat Konrad Adenauer 87-jährig von seinem Amt als Bundeskanzler zurück. Wie kaum ein Zweiter hatte er in verantwortlichen Stellungen die Wandlung Deutschlands von der Monarchie über die Weimarer Republik und die NS-Zeit hin zur demokratischen Bundesrepublik begleitet und grundlegend gestaltet.

Damit sollen die Betrachtungen von den unmittelbaren Nachkriegsjahren bis zur Wirtschaftswunderzeit abgeschlossen sein. Im Kern ging es um die Neugründung der Landesverbände und der damaligen Energiewirtschaft mit ihren Problemen, die aber in die allgemeine Entwicklung von Technik, Politik und Weltgeschehen immer eingebettet war.

**Kapitel VI**  
**1966 bis 1998**

Wandel der Zeit,  
Kernenergie  
und Wettbewerb







Wirtschaftswunder, immer noch. Alles befand sich auf einem guten Weg. Unser Bindestrich-Land war gegründet, erfolgreich, wie auch die Nörgler und Kritiker inzwischen zugeben mussten. Die ganze Bundesrepublik mit ihren Einwohnern „war wieder wer“ in der Welt, einschließlich ihrer Produkte und der D-Mark.

Es herrschte auch ein faszinierender Fortschrittsglaube bei den Menschen. Alles schien möglich, technisch, wissenschaftlich, ja, auch kulturell. Technische Probleme waren nur dazu da, gelöst zu werden. Waldsterben, Umweltverschmutzung, Treibhausgase, Feinstaub, CO<sub>2</sub> und Schwefel, ja, das gab es, aber schädlich sollte es sein? Unmöglich und wenn doch, dann lösen wir das auch noch, genauso wie wir alle Probleme bisher gelöst hatten.

Der Glaube und das Vertrauen in die Zukunft waren ungebrosen, denn man hatte ja auch die absolute Zerstörung des Landes 1945 überlebt und heute stand man strahlender da als je zuvor. Aber es zeigten sich schon erste dunkle Wolken am Horizont.

Eine Wirtschaftskrise, die erste der jungen Republik. Bei diesem Wort tauchten Schreckensbilder aus den Zwanzigerjahren in den Köpfen der Menschen auf. Ja, es ließ sich nicht leugnen, die Arbeitslosenzahlen stiegen, aber wie? Waren 1961 noch 0,8 Prozent der Menschen ohne Arbeit, stieg diese Zahl auf dem Höhepunkt der Krise auf schreckenerregende 2,1 Prozent. Auch die Inflationsrate stieg – von 2,2 Prozent 1961 auf beunruhigende 3,7 Prozent 1966. Man sieht, das Gefühl für eine Krise ist relativ.

Schließen wir gleich zu Beginn ein Kapitel ab, auch wenn wir dazu zeitlich etwas vorgreifen müssen, das Kapitel des Zusammenwachsens unserer Verbände. Die jeweils zwei Verbände bei Gas/Wasser und Strom in einem Bundesland galten nun in der Zeit des Aufbruchs und des steil wachsenden Tagesgeschäftes schon als lästig. Auch wenn man die zentrale Arbeit jeweils in Stuttgart erledigte, Abstimmungsprozesse mit den südbadischen Kollegen machten über die Klammer der beiden Arbeitsgemeinschaften von Strom und Gas/Wasser hinweg immer unnötige Arbeit. Obwohl, das funktionierte sogar, wie sich aus verschiedenen Protokollen ablesen lässt. Als 1970 der Nachfolger des bisherigen VdEW-Geschäftsführers Rössler sein Amt antrat, erhielt der Neue den inoffiziellen Auftrag, die beiden Verbände der Stromseite endlich und mit Nachdruck zusammenzuführen. Hilfreich war dabei, dass einmal das Badenwerk gebietsübergreifend arbeitete und, was Wunder, in Südbaden den Vorsitzenden stellte und zum Zweiten, dass Herr Mauthe, so der Name des Neuen, selbst vom Badenwerk kam und auch heute noch betont, dass mit allen handelnden Personen eine sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit möglich war. In Anlehnung an Willy Brandt musste also endlich einmal „zusammenwachsen, was zusammengehört“.

Und bei Gas/Wasser war das unter dem dortigen Geschäftsführer Geidel zu Beginn des Jahres 1971 der Fall, als sich die beiden bestehenden Verbände zum „Verband der Gas- und Wasserwerke Baden-Württemberg e.V. (VGW)“ zusammenschlossen. Leider dauerte es beim Strom noch etwas. Zur Vertrauensbildung initiierte der VdEW-Vorstandsrat im September 1977 zuerst eine gemeinsame Vorstandssitzung, dann eine gemeinsame Mitgliederversammlung für 1978 in Karlsruhe. Doch bei aller Einigkeit,

wieder einmal traten Mentalitätsunterschiede zwischen Baden und Schwaben zutage. Und das auch noch bei einem so zentralen Thema wie der Bewirtung. Der südbadische Verband übernahm bisher bei seinen Mitgliederversammlungen die Bewirtungskosten, beim VdEW mussten die Mitglieder diese selbst zahlen. Sage also einer, es gäbe keine Unterschiede zwischen Badenern und Schwaben.

Das scheinen aber die einzigen gewesen zu sein, denn nun ging es voran. Auf der Jahresmitgliederversammlung des Verbandes der Elektrizitätswerke Südbaden am 21.5.1980 beschloss man dann folgerichtig, dass sich dieser auflösen sollte. Gleichzeitig empfahl der südbadische Landesverband seinen Mitgliedern, dem VdEW beizutreten, dessen Mitgliederzahl so von 121 auf 174 Werke anwuchs. Der Vorstandsrat (heute Vorstand) setzte sich aus den Vorstandsmitgliedern der beiden bisherigen Verbände zusammen, der Vorstand (heute Präsidium) wurde aus dem Kreis der Vorstandsrate gewählt. Auch die Ausschüsse und Arbeitskreise gingen ineinander auf, sodass sich die fachliche Arbeit kontinuierlich fortsetzte.

Aber einzelne Ressentiments flackerten immer wieder auf. Im Rahmen des Haushaltsplanes 1982 stellte man im Vorstandsrat auch die zu beschickenden Ausstellungen vor. Geplant waren „Energietechnik 82“ in Sindelfingen und „Energie nach Maß“ auf dem Killesberg, die den Verband alleine 30 bis 35 TDM kosten sollte. Die badischen Mitglieder mäkelten, dass beide Veranstaltungen in Württemberg stattfänden und der badische Landesteil leer ausginge. Um weitere Aktivitäten zu finanzieren, beschloss man, die Beiträge leicht zu erhöhen und auf einer der nächsten Vorstandsratssitzungen das Thema „Aktivitäten des VdEW Baden-

Württemberg unter Berücksichtigung des badischen Landesteils“ aufzurufen.

Ein anderes Beispiel mit Blick zurück zeigte ebenfalls, welche Gratwanderung die Verbandsführung zu bewältigen hatte, wenn persönliche Befindlichkeiten im Spiel waren. Im Gefolge der Mitgliederversammlung vom 3.6.1969 und den dort abgehaltenen Vorstandswahlen rumorte es. Drei untereinander gesellschaftlich verbundene VdEW-Mitglieder kündigten die Mitgliedschaft ohne Angabe von Gründen. Vordergründig bemängelte man das sehr unparitätische Wahlergebnis der Mitgliederversammlung, da von 17 Vorstandsmitgliedern nur zwei Vertreter badischer Mitgliedswerke zum Zuge kamen. Dieses Ergebnis war aber auch nicht wirklich verwunderlich, da man die Fusion mit Südbaden zu diesem Zeitpunkt noch nicht vollzogen hatte und sich der Vorstand deshalb aus den Unternehmen der früheren Landesteile Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zusammensetzte. Demzufolge hatten bei der Mitgliederversammlung theoretisch 125 württembergische EVU 356 Stimmen und 24 badische EVU 102 Stimmen. Bei der Versammlung waren real aber 64 württembergische EVU mit 209 Stimmen und nur 13 badische EVU mit 68 Stimmen vertreten. Dies führte dann zu dem beklagten Ergebnis. Selber schuld, könnte man da sagen.

Doch zurück zu den Verbandsaustritten. Die Verbandsobere vermuteten einen ganz anderen Grund für den Aufstand. Der Betriebsleiter eines Großkraftwerks (und eigenständigen Mitglieds), der sich bereits früher vergeblich um einen Vorstandsratsplatz beworben hatte, könnte seinen Einfluss in der Gruppe geltend gemacht haben. Für die Hintergründe müssen wir noch weiter bis 1964 zurückblicken. Der Direktor des Verbandsmitgliedes (reiner

Kraftwerksbetreiber) und gleichzeitig früherer Hauptamtlicher des VDEW kandidierte bei der Vorstandswahl am 30.4.1963, erreichte dort aber nicht die notwendige Stimmenzahl. In der nächsten Vorstandssitzung musste man wegen seines Protestes das Thema erneut behandeln, da sich der Betroffene weiter in seinen Interessen nicht genug gewürdigt fühlte. Zudem, so seine schriftlichen und mündlichen Ausführungen, sei sein Unternehmen beim Wahlgang nicht in der Gruppe „Verbund- und gemischtwirtschaftliche Unternehmen“ einzuordnen, er forderte eine eigene Gruppe „Sonstige Werke“. Der Vorstand bleibt zunächst bei seiner Einschätzung, dass die Gruppen richtig gewählt seien und dass kein Rechtsanspruch auf Mitgliedschaft im Vorstand bestehe, weder für Personen noch für Unternehmen.

In der Sitzung vom 28.7.1964 beschloss man dann aber um des lieben Friedens willen, den Antragsteller anlässlich des Ausscheidens eines anderen Mitgliedes in den Vorstand zu wählen. Die geheime Abstimmung im Vorstand erbrachte sieben Jastimmen und fünf Neinstimmen, also ungewöhnlich knapp in einem sonst von Konsens geprägten Kreis. Gegenüber dem Antragsteller begründete man die Entsprechung seines Wunsches nun so, dass man nicht die Argumente des Mitgliedsunternehmens mittrage, sondern ausschließlich die hohe persönliche Verbandserfahrung des Antragstellers selbst würdige. So weit die Vorgeschichte.

Nun aber, bei der Wahl 1969, fiel das so dienstefrige Noch-Vorstandsmitglied bei der ordentlichen Mitgliederversammlung erneut durch und nahm deshalb jetzt richtig übel. Dem Verbandsgeschäftsführer gelang es mit Einzelgesprächen, zwei der drei

abtrünnigen Werke wieder zum VdEW zu holen, der sich missverstanden Fühlende blieb aber bei seiner Kündigung. Die aktive Mitarbeit beim Verband trägt aber nicht umsonst die Bezeichnung „Ehrenamt“ und nicht jedem wird eben von der Mitgliedschaft diese Ehre zuteil. Oder um es in Anlehnung an Matthäus 22,14 etwas pathetisch zu sagen *„viele fühlen sich berufen, aber nur wenige sind auserwählt“*.

Wenden wir uns nun wieder dem Dauerbrenner in jenen Jahren zu, richtig, dem Thema Strompreis. Zum ganz großen Rundumschlag holte im Juni 1968 der Großabnehmerverband Baden-Württemberg in einem Informationsbrief an seine Mitglieder aus. Das schon 1965 von Kartellreferenten aufgegriffene Thema, dass Wiederverkäufer höchstens den Strompreis berechnen dürften, den ein anderes, billigeres EVU berechnet, das das Gebiet selbst versorgen könnte, wurde der Klientel ausführlich erläutert. Massiv beklagte man, dass es hierzu noch keine Kartellverfahren gebe. Man sei gezwungen, in direktem Kontakt mit EVU vorzugehen. *„Leider erschwert die mindere Rechtsstellung der Abnehmer bei renitenten EVU die Verhandlungen mitunter erheblich“*, hieß es dazu in der Mitgliederpostille. Und einmal dabei, auch zum Thema Energiewirtschaftsgesetz bezog man Stellung. Der Großabnehmerverband forderte gleich mit, dass er die Politik hin zu einem neuen EnWG drängen müsste, bei dem *„zweifelloos (...) eine Auflockerung des Gebietsschutzes eine wesentliche Rolle spielen (würde)“*. Aus heutiger Sicht fast schon prophetisch. An anderer Stelle lag der Verfasser des Infobriefes aber völlig daneben. Zunächst begrüßte er den neuen Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg, der die politische Position für eine starke Zentralisierung der Energiewirtschaft betonte.

*„In einem späteren Zeitabschnitt – nach 1980 – werden die meisten heutigen EVU kaum mehr in der Lage sein, die (...) auf sie zukommenden Anforderungen aufzubringen. Sie sind in ihrer Zersplitterung räumlich zu klein und finanziell zu schwach (...)“*

Der Informationsbrief schloss mit einem hoffnungsfrohen Ausblick:

*„Wenn es erst einmal gelingt, Kernkraftwerke mit mehr als 1.000 MW dezentralisiert (...) nahe den Bedarfsschwerpunkten preisgünstiger als heute zu erstellen, gehört die Zukunft der öffentlichen Energieversorgung der Kernenergie. Bei Durchschnittspreisen unter 2 Pf./kWh werden (sich) solche Kernkraftwerke (auch) vorzüglich eignen zum Abfahren jeder Belastungsart, also auch der mehrmals am Tag auftretenden üblichen Werkspitzen.“*

Wahrlich starker Tobak, schlimmer aber noch, die Querverweise auf die politische Meinung im Lande stimmten sogar. Den EVU, bisher eine eher staatstragende Säule in der politischen Landschaft, blies mit einem Mal der Wind ins Gesicht. Schon Ende 1966 fand im Wirtschaftsministerium ein Spitzengespräch zwischen VdEW, Großabnehmerverband, Landesverband Bad.-Württ. Industrie und dem Land statt. Kern war die Forderung, vor Strompreisanpassungen z.B. durch die Preisgleitklausel eine Aussprache zwischen EVU und Abnehmerorganisationen durchzuführen. Eine konzertierte Pressekampagne der Abnehmerverbände begleitete die Diskussion, bei der verschiedene *„Interessenträger“* in den

letzten Wochen in der Tagespresse des Öfteren an den Strompreisen Kritik geübt und auf zahlreiche Fälle angeblichen ‚Marktmissbrauches‘ hingewiesen (hatten)“. Das Spitzengespräch half aber wenig, die latente politische Distanzierung Energiewirtschaft – Politik – Medien vertiefte sich weiter.

Aber zurück zum Thema Preise, dabei muss man immer noch in Erinnerung behalten, dass das alte EnWG von 1935 ja immer noch galt, das festlegte, dass die Preise von der Preisaufsicht zu genehmigen seien. Seit Oktober 1969 bis Anfang 1970 hatten sich nun die Kohle- und Frachtpreise um 28 Prozent erhöht. Dies konnte nicht folgenlos für den Strompreis bleiben. Bereits in der Zeitung (StZ vom 10.6.1970) gab es von den großen Unternehmen des Landes fast einheitliche Statements zu der aktuellen Situation. Der VdEW bat zudem die „tarifführenden Werke“, die Verteilerwerke in ihre Überlegungen miteinzubeziehen und rechtzeitig über Pressemaßnahmen zu informieren. Was waren aber tarifführende Werke? Um sich und den EVU die Arbeit zu erleichtern, hatte die Preisaufsichtsbehörde mit einer Verfügung von 11.3.1953 erlaubt, dass z. B. nord- und südbadische EVU ihre allgemeinen Tarifpreise ohne eigene Beantragung an die des Badenwerkes anpassen konnten. Diese Möglichkeit hob man 1966 wieder auf. Nun musste jedes Werk einen eigenen Antrag stellen, auch dann, wenn die beabsichtigten Preise diejenigen des Badenwerkes nicht überstiegen. Klar war aber, dass speziell die kleineren Werke weiterhin im preislichen Windschatten von Badenwerk und EVS segelten, zumal sie ja von denen den Strom kaufen mussten, zumindest den, den sie nicht selbst erzeugen konnten. Also blieb nur eines, regelmäßig zur Preisaufsicht zu pilgern, bis man dort ein Einsehen finden konnte. Das aber dauerte länger, als den Kos-

tenrechnern in den Werken lieb sein konnte. Also insgesamt eine betriebswirtschaftlich äußerst unbefriedigende Situation, bei der aber noch kein Licht am Ende des Tunnels schimmerte.

Bleiben wir also noch etwas in der Zeit und sehen, was sich sonst noch tat. Eines der beherrschenden Themen der Energiewirtschaft jener Tage war sicher die Kernenergie. Nach der schon angesprochenen Gründung der Planungsgesellschaft Obrigheim realisierte man das dortige Kernkraftwerk auch relativ schnell und ging am 22. September 1968 in Betrieb. Mit einer elektrischen Leistung von rd. 340 MW zählte es aber zu den eher kleinen Anlagen. Aufgrund der Erfahrungen und auch wegen der positiven öffentlichen Meinung entschloss man sich bald, im württembergischen Landesteil einen weiteren Reaktor zu bauen.

Eine Anekdote von einem Zeitzeugen am Rande: In einer sehr frühen Phase wollten die TWS auch bei den Gewerkschaften vorfühlen, wie man dort zu einem derartigen Projekt stehe. Aber alle vorsichtigen Formulierungen waren nicht nötig, man rannte offene Türen ein: *„Ja Mensch, warten wir doch gleich, bis der Fusionsreaktor läuft! Gehen wir doch gleich auf den Fusionsreaktor voll rein“*, waren noch eher vorsichtigere Formulierungen zur Kernenergie.

Auch in der Politik bestand bei allen Parteien Einigkeit: Der Kernenergie gehörte die Zukunft. Die EVS, die TWS und die Neckarwerke waren sich besonders einig: *„Wir wollen ein eigenes Kernkraftwerk.“* Bei so viel Einigkeit allerorten konnte es ja losgehen. Und es gab auch schon einen sehr geeigneten Standort, der, Glück muss man haben, auch noch der EVS gehörte. Alles schien in trockenen Tüchern, die Verträge lagen vorbereitet auf dem Tisch, dann der Knall. Die EVS stieg aus und mit ihr der geplante Stand-

ort. Was war der Grund? Es gab verschiedene Gerüchte. Einmal soll es am Wechsel eines Entscheiders bei einem Eigner der EVS gelegen haben, andere wollten wissen, dass die RWE der EVS ein extrem günstiges Stromangebot vorlegt hatte, angeblich 400 MW zu einem Preis, der dem der eigenen Erzeugung im geplanten KKW nahegekommen wäre. Nur eben ohne alle Risiken. Wie auch immer, man stieg aus. Nun mussten die anderen Partner zu allem finanziellen Ärger auch noch einen neuen Standort suchen, denn das Grundstück wollte die EVS in keinem Fall herausrücken. Man fand dann aber sehr schnell eine geeignete Fläche ganz in der Nähe, auf der anderen Neckarseite, in einem aufgelassenen Steinbruch auf der Gemarkung von Neckarwestheim. Dann ging es für heutige Zeiten unvorstellbar schnell, Baubeginn des Druckwasserreaktors war Februar 1972 und in Betrieb ging Neckarwestheim 1 im Dezember 1976.

Parallel dazu lief auch der Bau von Philippsburg 1, der 1970 begonnen hatte. Auch hier war zuerst ein anderer Standort vorgesehen, den man aber aufgrund von Protesten der dortigen Kommune aufgeben musste. Realisiert wurde dann das 1979 in Betrieb gegangene Kraftwerk auf der Rheinschanzinsel auf der Markung der Gemeinde Philippsburg. Zur Ausführung kam ein Siedewasserreaktor der Baulinie 69 wie die KKW Krümmel, Brunsbüttel und Block 1 des KKW Isar. Später kamen sowohl bei Philippsburg wie bei Neckarwestheim jeweils noch ein Kraftwerksblock dazu. Das nächste angedachte KKW war Wyhl, das man Mitte der 1970er-Jahre geplant und auch genehmigt hatte. Auf diese Geschichte werden wir später noch näher eingehen, bemerkenswert aber, als sich abzeichnete, dass man Wyhl nicht bauen konnte, wurden die bereits fertiggestellten Großkomponenten wie das Reaktordruck-

gefäß und der Dampferzeuger für den Block II in Philippsburg verwendet, der zeichnungsidentisch war. Ja, auch hier galt im Ländle, „*mir lasset nix verkomme*“.

Trotz aller damaligen Gemeinsamkeiten beim Thema Kernenergie, das frühere Grundvertrauen von Politik und Bevölkerung zu den EVU schwand immer mehr. Schon 1967 startete die baden-württembergische Landesregierung einen weiteren Versuchsballon, um wieder einmal die Reaktionen auszutesten. Man wollte tief in die Struktur der Energiewirtschaft des Landes eingreifen. Dr. Schwarz, Wirtschaftsminister im Land und späterer Vorsitzender der GVS, stellte in einer Rede vor den TWS fest:

*„Angesichts der in Baden-Württemberg insgesamt tätigen 510 Stromversorgungsunternehmen wird vom Wirtschaftsministerium eine gewisse Konzentration angestrebt.“*

Dieses Gedankengut aus den 30er-Jahren, nur Großunternehmen könnten vernünftige Energiewirtschaft machen, geisterte also immer noch in den Köpfen herum. Und ob sich dieser Groß-EVU-Nebel inzwischen verflüchtigt hat, ist bei manchen heutigen Äußerungen im Land auch nicht ganz sicher.

Schon 1970 legte man nach. Das Wirtschaftsministerium beauftragte das Energiewirtschaftliche Institut der Uni Köln mit der Untersuchung „Die optimale Unternehmensgröße in der Stromversorgung“. Dabei sollten die Kosten der Stromverteilung in Gemeinden unterschiedlicher Größenklassen bei A- und B-Versorgung ermittelt und verglichen werden. Dem Institutsleiter schwante, dass da sehr dicke Bretter zu bohren wären, und schrieb dem VdEW:

*„Es erscheint fraglich, ob die einzelnen Stadtwerke, insbesondere die kleineren Unternehmen, in der Lage und bereit sein werden, detaillierte Auskünfte (...) zur Verfügung zu stellen.“*

Deshalb bat er den Verband um Mithilfe bei einer Voruntersuchung. Der befand sich jetzt in der Zwickmühle. Einerseits passte ihm die ganze Richtung nicht, andererseits war man sich bewusst *„dass man den Wunsch des Energiewirtschaftlichen Institutes nicht ohne Weiteres ablehnen kann, nachdem dieses einen entsprechenden Auftrag des Wirtschaftsministeriums erhalten hat“*. Einzelne Vorstände vermuteten sogar, *„dass die Aufgabe des Wirtschaftsministeriums (wahrscheinlich vom Minister persönlich veranlasst) an dieses Institut gegeben wurde, da von dort eine ‚gewünschte‘ Antwort gegeben wird“*. Da inzwischen verschiedene EVU (EVS, Besigheim, Tübingen und Winterbach) vom Institut direkt angeschrieben worden waren, war man sich einig:

*„Ein Ausspielen eines EVU gegen das andere soll verhindert werden, ein gemeinsames Vorgehen soll unbedingt angestrebt werden.“*

Wie die Sache ausging, ist nicht überliefert. Weltbewegendes kann aber nicht herausgekommen sein.

Die guten alten konsensualen Zeiten kamen aber nicht wieder. So beklagte der VdEW-Vorsitzende in seiner Rede auf der Mitgliederversammlung 1977, dass die Medien und die Politik tatenlos einer Missinformation durch selbst ernannte Energieexperten zusahen, ja diese sogar selbst befeuerten. Auch physikalisch unsinnige Vorschläge würden so aufgegriffen und oft sogar

als massive Forderungen erhoben. Der Vorwurf, die EVU hätten die mündigen Bürger zu wenig informiert, sei falsch, für die vielfältigen Informationen der EVU hätten sich nur wenige Bürgerinnen und Bürger interessiert, so die Selbsteinschätzung des VdEW. Treffsicher, der Festvortrag der Mitgliederversammlung unter dem Titel *„Bürgerinitiativen und Energieversorgung“* griff genau diesen Sachverhalt auf. Der Redner führte aus, dass sich *„unter einem pausenlosen Beschuß von Informationen der Mensch nur so verhalten kann, dass er seinen Klischees folgt. (...) In einem solchen Zustand der Überinformation (...) entscheidet dann eine vorgefasste Meinung, was als Information anzusehen ist. Die Ausgangsposition für den Kommunikationsprozess (...) bleibt so lange verschüttet, wie alle, die miteinander reden sollten, sich gegenseitig für Kriminelle halten.“* Eine Analyse, die sicher auf vielen Ebenen galt und heute noch gilt.

Bessere Kommunikationsarbeit tat also Not. Und man versuchte ja schon seit einiger Zeit gegenzusteuern. Die Bemühungen, nach außen mit einer Stimme zu sprechen, d.h., eine Verbandsmeinung zu transportieren, waren zwar als Vorstandsbeschlüsse schon einige Jahre alt, in der Realität griffen sie aber nicht. Der VdEW-Vorsitzende beklagt 1975 folgerichtig, dass *„nach außen hin (...) nur eine geringe Wirkungsmöglichkeit des Verbandes (bestehe)“*. Er schlug ein Gremium *„Öffentlichkeitsarbeit“* vor, das für sämtliche Fragen der Elektrizitätswirtschaft und der Kernenergie stehen könnte. Die Diskussion im Vorstand war so rege wie unentschieden. Die *„heterogene Zusammensetzung (der Mitglieder) verhindere, dass der Verband zu vielen Punkten überhaupt eine geschlossene Meinung“* bilden könne. Der Verband solle *„zu allgemeinen Fragen Stellung beziehen, die spezifischen Dinge jedoch den*

einzelnen Unternehmen“ überlassen. Der Vorsitzende bat deshalb die größeren EVU „a) einen besseren Informationsfluss herbeizuführen, b) bei Anfragen von Ministerien usw. von allgemeinem Interesse eine Verbandsmeinung herbeizuführen“. Auch wenn das noch für viele Jahre ein Wunschtraum blieb, punktuell gab es auch tatsächlich eine fruchtbare Zusammenarbeit von Unternehmen und Verband, wie ein Beispiel zeigen soll. 1975 kam vom VDEW die Anregung, „mit den Landtagsabgeordneten entsprechende Gespräche über Energiepolitik (...) zu führen, (die Idee) soll nach der Wahl des neuen Landtags 1976 aufgegriffen werden“. Als die Zeit im September 1976 gekommen war, hatte man aber Angst vor der eigenen Courage, der VdEW-Vorstandsrat zeigte sich zögerlich. Man war der Meinung, dass eine derartige Informationstagung nur ein „Profi“ vorbereiten könne und die Geschäftsstelle möge sich doch bitte an den VDEW wenden um die „Effektivität“ eines solchen Vorhabens überhaupt zu besprechen. Nun ja, die hatten es ja selbst vorgeschlagen. Außerdem sollte man die PR-Sachbearbeiter der großen Unternehmen zu Rate ziehen. Dann, Anfang 1977, gab man sich doch einen Ruck. Die PR-Leiter von Badenwerk, EVS, Neckarwerke und TWS hatten sich im Februar 1977 getroffen, um über das Thema „PR-Veranstaltung mit Abgeordneten“ zu sprechen. Für eine solche Veranstaltung definierte man auch gleich folgende Themenkreise: Elektrizitätswirtschaft, Preispolitik und Erzeugung/Prognose, technische Themen wie Kraftwerke (auch KKW), Leitungsbau und Fernwärme sowie Naturschutzgesetz, Waldgesetz usw. Diese Themen sollten in kurzen(!) Statements hintereinander vorgetragen werden. Also die volle Breitseite der Energiewirtschaft, vorgetragen in ca. einer Stunde und bitte schön aber auch unterhaltsam. Also etwa die

Zusammenfassung der Bibel auf einer A4-Seite, vorgetragen von Heinz Erhardt. Anschließend sollte sich während des Essens oder eines kleinen Imbisses, sofern den Abgeordneten bis dahin nicht der Appetit vergangen war, die Diskussion zwischen den EVU und den MdL. Und tatsächlich, der Vorstandsrat beschloss, eine Veranstaltung mit Abgeordneten im Umweltausschuss durchzuführen. Die fand am 28.4.1977 statt. Vor sieben MdL und zwei Fraktionsvertretern wurden Informationen zur Energiewirtschaft, allerdings in verträglicher Form, erläutert. Die Abgeordneten begrüßten diesen Gedankenaustausch und baten darum, weitere transparente Informationen so verständlich wie möglich zu erhalten. In der Nachbesprechung innerhalb des Verbandes bestand Einigkeit, die Veranstaltung war ein Erfolg, man solle sie so bald wie möglich wiederholen.

Das war auch bitter nötig, denn mittlerweile hatten sich weitere Fronten zwischen Energiewirtschaft und Landespolitik aufgebaut. Einerseits zeigte sich ein Teil der Politiker überzeugt, das von niemandem bestrittene „Primat der Politik“ erstreckte sich auch auf physikalische Gesetzmäßigkeiten, die ebenfalls ihrer Zustimmung unterliegen, andererseits vertrat die Branche immer noch die Überzeugung, dass die technische Kompetenz alleine auf ihrer Seite versammelt sei. Da sich inzwischen in der Landespolitik, besonders bei der SPD, ein Generationswechsel vollzog, KKW-kritische Politiker wie Erhart Eppler lösten KKW-Befürworter der früheren Jahre ab, musste es zwangsläufig zum Knatsch kommen. Und man schenkte sich nichts. Anfang 1977 traten erhebliche Spannungen in einem Briefwechsel zwischen VdEW und SPD-Landesverband zutage. Ursache war die SPD-Broschüre „Haushalten mit Energie“. Nach Meinung des VdEW, fixiert



in einem pointierten Schreiben an die SPD, stellt das Papier eine „oberflächliche Vereinfachung Energiesparen – Stromsparen – keine Kernkraftwerke“ dar. Das ließ die SPD nicht auf sich sitzen und antwortete am 9.5.1977 in gleichem Tonfall, dass für eine derartige „Polemik“ kein Anlass gegeben sei. Ferner sei das *„Verhältnis der Fachleute zu den Laien (...) von Überheblichkeit geprägt (...) Der Fachmann sollte dem Laien gegenüber nicht behaupten, er habe recht; seine Aufgabe (... sei) vielmehr, den Laien zu überzeugen (...). Und von einem Überzeugen des Laien sind Sie weit entfernt.“* Das ließ sich wiederum der VdEW nicht so einfach sagen und konterte am 31.5.1977: *„(...) Aus Ihrer Antwort geht jedoch hervor, dass Sie eine solche Hilfestellung (Anmerkung: von Fachleuten des Verbandes) nicht für nötig halten und – auf dem politisch hohen Ross sitzend – Ihrerseits glauben, uns belehren zu müssen.“* Hier galt sicher für beide Seiten, Diplomatie und gegenseitige Vertrauensbildung geht anders. Und der Diskurs ging weiter, allerdings wieder etwas gesitteter.

In der Vorstandsratsitzung im November des gleichen Jahres beklagte man, dass in einer Veranstaltung der SPD-Landtagsfraktion deren Vorsitzender feststellte *„In den nächsten fünf Jahren können keine Kernkraftwerke gebaut werden. Strom wird daher knapp, also muss Strom gespart werden. Stromsparen kann man am besten im Haushalt. Dies kann man erreichen, indem man den Haushaltstarif teurer macht.“* Dabei ging es um die politischen Pläne, den Tarif II abzuschaffen, der nach Meinung der Protagonisten Stromverschwendung belohne. Hiergegen wandten sich die EVU, die, sicher nicht zu Unrecht, befürchteten, dass eine Strompreiserhöhung alleine ihnen angelastet würde, ja sogar, dass die gleichen Politiker sie in den Medien dafür mit unschuldiger Miene

an den Pranger stellten. So etwas soll ja auch später im Zusammenhang mit der EEG-Einführung noch vorgekommen sein. Die wahren Zusammenhänge sollten, so der Rat des Verbandes damals, in persönlichen Diskussionen der EVU mit Kunden, in Presseerklärungen und in den Kundenzeitschriften thematisiert werden.

Jetzt ist es aber an der Zeit, sich wieder den Gasthemen zu widmen. Blicken wir dazu kurz zurück. Die Ruhrgas, in den 20er-Jahren von der Montanindustrie gegründet, hatte ja die Aufgabe, das bei der Kokserzeugung in großem Umfang anfallende Stadtgas über das Ruhrgebiet und darüber hinaus zu verteilen. Selbst die Niederlande importierten dieses Gas. In den 50er-Jahren konnten sich die Niederlande aber durch reiche Erdgasfunde dann vom Importeur zum Exporteur wandeln. Auch die Ruhrgas zeigte sich inzwischen interessiert. Das Geschäft mit den Koppelprodukten Gas und Koks machte immer weniger Spaß und das viele Gas, das das Wirtschaftswunder inzwischen benötigte, hätte Koksmengen hervorgebracht, die niemand mehr bräuchte. Und da kam das Erdgas gerade recht. Dumm nur, da saßen auch schon andere drauf, die Konkurrenz, die Mineralölwirtschaft, die die Gasförderanlagen besaßen. Die hatten aber eigene Interessen und drohten sogar, parallel zum Ruhrgasnetz, ein eigenes Ferngasnetz aufzubauen. Hintergrund war, dass die Ruhrgas/Montanindustrie die Einleitung von Erdgas gerne langsam und schrittweise vollzogen hätte, denn Kokereigas gab es ja noch, weil man Koks zur Stahlerzeugung immer noch brauchte. Die Mineralölwirtschaft wollte dagegen gleich in die Vollen gehen, denn sie hatte ganz eigene Befürchtungen. Laut ernst zu nehmenden Studien ließe sich bis Anfang der 80er-Jahre durch Hochtemperaturauskopplungen aus Kern-

kraftwerken in großem Stil Gas gewinnen und diesen Markt wollte man gerne mit Erdgas verstopfen, solange noch Zeit war. Das Ende vom Lied: Man ließ zu, dass sich die Mineralölwirtschaft an der Ruhrgas und der Thyssengas, einem weiteren großen Ferngasbetreiber, beteiligte, im Gegenzug auf eigene Rohre verzichtete und künftig vertrauensvoll zusammenarbeiten wollte. Jetzt zog man an einem Strang und die Erfolgsstory Erdgas konnte beginnen.

Und dann der eigentliche Treibsatz – am 1.2.1970 wurden die Verträge zum deutsch-sowjetischen Röhren-Erdgas-Geschäft unterschrieben. Das Dreiecksgeschäft sah vor: Lieferung von Großröhren durch bundesdeutsche Firmen an die Sowjetunion – Erdgaslieferungen durch die Sowjetunion an die Bundesrepublik – Gewährung der notwendigen Kredite durch deutsche Banken. Das Banken-Konsortium hatte dafür Kredite über 2,4 Milliarden Mark bis 1983 eingeräumt. In den nächsten zwanzig Jahren sollten nun 120 Milliarden Kubikmeter Gas fließen. Dies war die finale Initialzündung der großflächigen Erdgasversorgung in Deutschland. Über ein derartiges Geschäft hatte man bereits Ende der 1950er-Jahre verhandelt, es scheiterte aber an dem 1962 von den USA durchgesetzten Röhren-Embargo. Diesmal lief es besser und das Erdgas startete rasant durch. Am 5.10.1973 floss in Waidhaus an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze erstmals Erdgas aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik.

Und eine weitere Baustelle, ganz im Westen. Der Bau der Trans-Europa-Naturgas-Pipeline (TENP) begann 1972. Die Erdgas-Pipeline reicht von der deutsch-niederländischen Grenze bei Aachen zur deutsch-schweizerischen Grenze bei Schwörstadt. Sie diente dem Transport großer Erdgasmengen aus den Niederlanden nach Italien und in die Schweiz sowie zur innerdeutschen

Versorgung mit Erdgas in den vom Leitungsverlauf berührten Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg.

Parallel zu der ganzen Graberei musste man für das Erdgas jetzt auch einen Markt finden. Zum Glück, die Gaswerke der Städte waren froh, sich nun endlich von dem aufwendigen, umweltverschmutzenden und unwirtschaftlichen Kokereiverfahren lösen zu können. Am 17.3.1972 um 16.00 Uhr erloschen in der Stuttgarter Kokerei die Öfen und man konnte die Gasversorgung über einen Zwischenschritt mit Flüssiggas auf Erdgas umstellen. Damit endete eine über 100-jährige Geschichte der Gaserzeugung aus Kohle in Stuttgart, in deren Verlauf die TWS und ihre Vorgängergesellschaft elf Milliarden Kubikmeter Stadtgas ins Netz abgegeben hatten.

Im gleichen Jahr stellte man in Karlsruhe schon zum zweiten Mal die Gasversorgung um. Über 115 Jahre lang erzeugte die Stadt eigenes Gas im Gaswerk, dann erfolgte die Umstellung auf Raffineriegas aus der nahe gelegenen Raffinerie am Rhein, nun wurde nochmals, diesmal final, auf Erdgas umgestellt.

Auch in Mannheim war man aktiv. Neben der Kokerei stellte man für die Spitzenbedarfsdeckung 1965 einen Kugelbehälter (1.000 t Flüssiggas) auf und errichtete auch gleich eine Station zur Übernahme von Ferngas/Erdgas aus dem Netz der GVS. Ab März bis November 1967 lag die Kokerei still. Zur Abdeckung der Winterspitzen 1967/68 feuerte man die Kokerei wieder an, um sie aber am 8. März 1968 endgültig stillzulegen.

In schneller Folge entledigten sich auch andere Städte ihrer ungeliebten Kokereien, zurück blieben Industriebrachen und, viel schlimmer, kontaminierte Grundstücke, in die noch viel Geld

gepumpt werden musste. Aber, so nebenbei, die Gasumstellung machte den Stadtwerken anfangs auch nicht nur Freude. Das Erdgas war trockener als das Stadtgas, in den Verteilnetzen musste man erst mal erheblich nacharbeiten, sprich nachdichten. Auch die Kunden kosteten zunächst viel Geld. Weil das neue Gas deutlich energiereicher als das Stadtgas war, musste man die Verbrauchsgeräte wie Herd oder Durchlauferhitzer umstellen oder, wo nicht möglich, erneuern, oft mit starker finanzieller Unterstützung der Stadtwerke.

Auch anderswo floss Erdgas. Die Erdölförderung im Ekofisk-Feld vor Norwegen begann 1971. Da der norwegische Staat das Abfackeln von Erdgas als Begleitstoff der Ölförderung nicht zuließ, schloss die Fördergesellschaft Phillips Petroleum 1973 einen Vertrag mit einem Konsortium aus Ruhrgas, Gaz de France, Distrigas und Gasunie, die sich verpflichteten, alles Erdgas vom Feld abzunehmen zu einem direkt an den Ölpreis gekoppelten Preis. Das kam auch den Interessen der Mineralölindustrie entgegen, die ja sowohl bei der Förderung wie auch bei der Verteilung über Ruhrgas/Thyssengas beteiligt war. Dieses Modell konnte man auch gleich kultivieren. Die Ölpreisbindung des Erdgases für Gaskunden entstand.

Anders als viele Jahre später immer behauptet, wünschte sich auch die abnehmende Industrie dieses Modell. Dort wollte man die Sicherheit haben, dass das neue Erdgas sich preislich parallel zum bisher eingesetzten leichten Heizöl entwickelte. Ebenfalls auf Wunsch der Großverbraucher führten die Lieferanten auch den zeitlichen Spread zwischen Öl und Gas ein, da damit die Kunden die Möglichkeit abbilden konnten, von Sommerpreisen des Öls zu profitieren.

Und was tat sich derweil beim DVGW? Ein Akt der Emanzipation! Er gab sich auf Beschluss seiner Mitgliederversammlung am 28.10.1978 einen neuen Namen. Hieß er seit 1882 „Deutscher Verein von Gas- und Wasserfachmännern“ lautete sein Name nun „DVGW – Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. – technisch-wissenschaftliche Vereinigung“. Ein Grund der Umbenennung war, dass man die Bezeichnung „Fachmänner“ als zu altertümlich empfand und dass sich auch vermehrt Frauen im DVGW engagierten.

Nicht nur das Gas, auch die Elektroheizung machte in diesen Jahren mobil. Schon 1967 stattete die RWE die erste elektrisch beheizte Großsiedlung Europas (rd. 1.700 Sozialwohnungen) des Bauprojektes Bergmannsfeld bei Essen komplett mit elektrischen Wärmespeichern aus. Und in Stuttgart bei den TWS dachte man ebenfalls groß. Auf dem historischen Gelände des ersten Stuttgarter Elektrizitätswerks an der Marienstraße errichtete man 1973 ein Elektroheizwerk. Mit einer Leistung von 60 MW erhitzen drei Elektrodenkessel Wasser mit Nachtstrom, speicherten es und speisten es tagsüber in das Fernwärmenetz ein. Bevor jetzt wieder reflexhaft die Elektroheizung verteufelt wird – heute heißt dieses Modell Sektorkopplung und Power to Heat und ist unter diesem Namen wieder ganz modern.

Aber inzwischen grummelte es wegen der Speicherheizung in der Branche. Wie so oft, Groß gegen Klein oder umgekehrt. Nicht wegen der Technik zeigte man sich unzufrieden, die war in Ordnung, nein, die Preise bildeten wieder mal den Stein des Anstoßes. Schon 1968 gab es erhebliche Differenzen im Vorstandsrat des VdEW bei dem eigentlich unschuldigen Tagesordnungspunkt „Nachtstromspeicherheizung“. Zwar zeigten sich alle einig,

dass diese Technik ein interessantes Absatzgebiet darstellte, im Preisdetail ging es dann aber zur Sache. Die beiden großen EVU boten ihren Kunden sehr günstige NT-Preise, man trat ja gegen Heizöl an und wollte Gas verhindern. So weit lag der Gedanke schon mal nahe. Ein Speicherheizungstarif von 4,2 Pf./kWh sei aber schon grenzwertig, mäkelten einige Weiterverteiler. Zudem befürchtete man eine weitere Absenkung, die lokalpolitischen Ärger für die Stadtwerke bedeutet hätte, weil sie nicht mitgehen konnten. Das eigentliche Problem jedoch waren die Preise, zu denen die Großen den Strom an die Weiterverteiler abgaben. Diese lagen nachts über den Verkaufspreisen der Großen für deren eigene Speicherheizungskunden.

Zur Erinnerung, die heutigen Base-, Peak- und Offpeak-Strukturen gab es damals noch nicht, Energie plus Netz, alles war ein Preis. Gerade die Weiterverteiler forderten deshalb, die Preisstruktur so zu gestalten, dass sie auch mit Blick auf ihre eigenen Einkaufspreise in der Nacht ihren Kunden ein vergleichbares Angebot vorlegen könnten. Man gelobte sich gegenseitig Besserung, passiert ist aber wenig, jeder kalkulierte weiter für sich alleine. Um das Thema Elektroheizung dann doch gemeinsam voranzubringen, wollte man auf einer Landes-Arbeitstagung, durchgeführt von der „Arbeitsgemeinschaft der Elektrizitätswerke in Baden-Württemberg“, also VdEW und südbadischer Verband, den Mitarbeitern der Mitgliedsunternehmen die Themen „Elektrische Raumheizung“ und „Auswirkungen auf die Versorgungsnetze“ ausführlich vorstellen. Diese waren ja die Multiplikatoren vor Ort innerhalb und außerhalb der Unternehmen.

Was bewegte die Energiewirtschaft sonst noch in diesen Jahren?

- 1967 „Im Rahmen der Bestrebungen zur Konzentration der Geschäftstätigkeit auf die wesentlichen Arbeitsgebiete der AEG-Telefunken-Gruppe“ wurde die verbliebene Beteiligung an der Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-AG in „Höhe von 41 Prozent verkauft“. Entsprechend einem Vertrag aus dem Jahre 1951 bot die AEG dem NEV dieses Aktienpaket für 24,6 Mio. DM an. Der NEV wollte zwar, konnte diese Summe jedoch nicht aufbringen. Als Ersatz sprang die EVS ein, sehr zum Ärger der TWS, die selbst gerne den Anteil erworben hätten. Leider kam man dort nach erfolgter Prüfung und Gesprächen mit den Banken um einige Stunden zu spät, das Geschäft AEG-EVS war bereits besiegelt. Aus dem AEG-Aktienpaket gingen Anteile im Wert von 9,9 Mio. DM an den NEV und 15,6 Mio. DM an die EVS. Damit war die EVS mit 26 Prozent und der NEV mit 56 Prozent an den Neckarwerken beteiligt.
- 1968 Eine Abwärmenutzung der besonderen Art endete nach fast 40 Jahren. Die Überlandwerke Achern hatten 1929 auf ihrem Firmengelände eine Gemüsegärtnerei aufgebaut, deren Gewächshäuser man mit der Abwärme des dort betriebenen Dampfkraftwerkes speiste. Im Spitzenjahr 1938 wurden so 300.000 kg Gemüse erzeugt. Nach der Stilllegung des Kraftwerkes endete dieses fruchtbare Geschäftsfeld der ÜWA.
- 1973 Aus dem Besitz des Landes Baden-Württemberg gingen 1,46 Mio. Aktien der Badenwerk AG an die Börse. Damit reduzierte sich der Landesanteil von bisher 100 auf 75 Prozent. Die Aktien zum Nennwert von 50 DM bot das Land zum Kurswert von 128 DM an.

1974 Der Kohlepennig wird eingeführt. Die „Ausgleichsabgabe“ diente zur Sicherung des Absatzes der deutschen Steinkohle, die gegenüber ausländischer Kohle preislich nicht mehr bestehen konnte. Die Höhe des Zuschlages war je nach Bundesland verschieden, insgesamt betrug das Aufkommen im Jahr 1975 rund 780 Millionen DM und stieg bis 1992 auf rund 5,5 Milliarden DM/Jahr. Der Vorstandsrat des VdEW beklagte in seiner Sitzung, dass sich der VdEW und verschiedene große Mitgliedswerke nicht entschieder gegen die Einführung des Kohlepennigs gewandt haben. Der schwarze Peter, so der Tenor, bliebe in den Augen der Kunden bei den Endverteilern hängen, die das Geld bei ihren Kunden eintreiben mussten.

1976 Die Zentrale für Gasanwendung (ZfG) in Frankfurt wird aufgelöst. Bisher war sie mit einem Beratungsingenieur auch beim VGW in Baden-Württemberg vertreten, der den EVU für Fachvorträge und Schulungen zur Verfügung stand.

1977 Auch die HEA-Außenstelle Stuttgart in Cannstatt wollte man, so der HEA-Vorstand, nach der Zurruesetzung des Leiters auflösen, um die Kosten von 200.000 DM/Jahr zu sparen. Gleichzeitig würden auch die Außenstellen Hannover, Berlin und München geschlossen. So einfach gab man aber im Land nicht auf. Der Vorstandsrat bat den Verbandsvorsitzenden des VdEW, auch im Namen des Landesverbandes Rheinland-Pfalz und Südbaden dagegen zu intervenieren. Der Vorstandsrat des südbadischen Verbandes hatte zudem einstimmig beschlossen, dass man alles versuchen solle, um eine Außenstelle in Baden-Württemberg zu halten. Aber die Schließung war aus Kostengründen unver-

meidlich. Viele Arbeiten ließen sich von Frankfurt aus erledigen, so der Tenor. Eine Cannstatter Besonderheit stellte aber die Schulkontaktpflege dar. Um diese aufrechtzuerhalten, diskutierten die Mitglieder, einen AK „Schule und Weiterbildung“ beim VdEW zu gründen.

1977 Das Bundesministerium für Forschung und Technologie beauftragt MAN mit der Erstellung von baureifen Unterlagen für eine Großwindanlage (GROWIAN) mit drei MW Leistung.

\* \* \*

Und was bewegte die Menschen sonst noch?

1966 Ein absolutes Highlight im Deutschen Fernsehen: Die Kultserie Raumpatrouille startete. Böse Außerirdische wurden mit Overkill und Bügeleisen erfolgreich bekämpft, um die Welt zu retten.

1967 • Während der Eröffnungsfeier zur 25. Großen Deutschen Funkausstellung startet der Vizekanzler Willy Brandt durch einen Druck auf einen roten Knopf das Farbfernsehen in der Bundesrepublik Deutschland nach dem von Walter Bruch entwickelten PAL-System. Bruch war auch schon 1936 bei der damaligen Fernsehübertragung der Olympischen Spiele als aktiver Techniker dabei.

• NSU brachte den Ro 80 mit einer damals ungewöhnlichen strömungsgünstigen Karosserie und einem neuartigen Wankelmotor, der 115 PS (85 kW) leistete, auf den Markt. Die Motortechnik bewährte sich jedoch nicht.

- 1968
- Das Massaker von My Lai in Vietnam. Die US-Soldaten vergewaltigten Frauen und ermordeten fast alle Bewohner des Dorfes: 504 Zivilisten, darunter zahlreiche Kinder, Frauen und Greise. Auch sämtliche Tiere wurden getötet. Nur wenige Soldaten verweigerten den Befehl zum Massenmord. Keiner der Beteiligten des Verbrechens wurden bestraft, vier Soldaten kamen vor ein Militärgericht, wurden aber freigesprochen. Dieses Massaker bildete den Wendepunkt der öffentlichen Meinung zum Vietnamkrieg.
  - Durch den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes bereiteten die „Bruderstaaten“ dem Prager Frühling ein gewaltsames Ende. Der Versuch der Regierung von Alexander Dubček, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen, war eine zu große Provokation für die Altstalinisten in den „Bruderländern“, die am 21. August ihre Truppen in Marsch setzten. Auch Kontingente der Nationalen Volksarmee der DDR marschierten zur tschechoslowakischen Grenze, ob sie sich aber aktiv an der Besetzung beteiligten, darüber wird noch gestritten. Schließlich lag die letzte Besetzung durch deutsche Truppen erst 30 Jahre zurück und die Emotionen in der Bevölkerung waren anhaltend hoch.
  - Der Film „2001 – Odyssee im Weltraum“ kommt in die deutschen Kinos. Er setzte Maßstäbe, die heute noch gelten in der Tricktechnik, der Musik und der Handlung. Durch seine philosophischen Elemente zur Frage intelligenter Computer wirkt er bis in unsere Zeit.

- 1969
- Aufregung in Stuttgart. Daimler-Benz, so das Gerücht, baue einen Supersportwagen. Immer mehr Fotos vom Erlkönig tauchten in der Motorpresse auf und sofort kamen auch Bestellungen, gerüchteweise sogar einige mit Blankoschecks nach Untertürkheim. Doch alles Hoffen war vergebens. Der gesichtete C 111 war zwar seiner Zeit um Jahrzehnte voraus, wurde aber nie in Serie gebaut, sondern diente lediglich als Versuchsträger.
  - Der Firma Intel gelang erstmals die Integration aller Komponenten einer Computer-Zentraleinheit (CPU) auf einem Chip, also dem ersten Mikroprozessor. Zwei Jahre später baute und vermarktete Intel erstmals einen 4-Bit-Mikroprozessor, den Intel 4004. Zwar hatte Texas Instruments bereits 1968 einen Mikroprozessor als Auftragsarbeit entwickelt, dieser ging aber nicht in Serie.
  - Startschuss zum Internet. Die vier Großrechner in der UCLA, im SRI, der University of California in Santa Barbara (UCSB) und der University of Utah, wurden miteinander verbunden. Am 29. Oktober 1969 ist „Io“ die erste gelungene Internetbotschaft, die man versuchsweise von der UCLA an das Stanford Research Institut übermittelte.
  - IBM brachte die erste Diskette (8", ≈ 200 mm) mit dem dazugehörenden Laufwerk auf den Markt. Dieses Laufwerk konnte Disketten aber nur lesen und nicht beschreiben. Die Kapazität der ersten Diskette betrug genau 80 KB, was 1.000 Lochkarten entsprach.
  - „*The Eagle has landed.*“ Als erster Mensch betrat der NASA-Astronaut Neil Armstrong am 21.7. den Mond.

Nach dem Sputnik-Schock der 50er-Jahre hatten die USA eine beispiellose Aufholjagd gestartet und nun gewonnen.

- Das legendäre Woodstock-Festival fand statt. Es wurde aber nicht in Woodstock, sondern auf einer Farm im 70 km entfernten Bethel ausgerichtet. 400.000 Besucher kamen, die Organisation war chaotisch, aber die Musik vereinte alle zu einem heute noch legendären friedlichen Happening.
  - Nach einem knappen Wahlausgang in der Bundesrepublik verlor erstmals die CDU die Regierungsgämter. Willy Brandt wurde Bundeskanzler, sein Motto „*Mehr Demokratie wagen*“.
  - Der Film Easy Rider kam in die deutschen Kinos und wurde als Ausdruck des aktuellen Lebensgefühls sofort Kult.
- 1970
- Das Land Baden-Württemberg lebte zu Recht. Der zweite und endgültige Volksentscheid überstimmte nun auch die härtesten Altbadener, das Bindestrich-Land war in den Köpfen und Herzen der badischen Bevölkerung angekommen. Bei einer Wahlbeteiligung von knapp 63 Prozent stimmten über 82 Prozent der badischen Bevölkerung für einen Verbleib Badens in Baden-Württemberg. Ab jetzt war der Konflikt zwischen Badenern und Schwaben nur noch liebenswertes Lokalkolorit.
  - Das „Gesetz über Einheiten im Meßwesen“ trat in Kraft. Damit galten nur noch die SI-Einheiten Meter, Sekunde, Kilogramm, Ampere, Kelvin, Mol und Candela. Alle anderen Maßeinheiten werden aus diesen Grundeinheiten

abgeleitet. Deshalb durften sich nach einer Umstellungsfrist auch die Abrechnungen für Gasbezieher nicht mehr auf Kilokalorie oder Megakalorie beziehen, sondern mussten auf kWh lauten. Auch die Angabe von Kilokalorien auf Lebensmitteln sollte verschwinden.

- In verschiedenen Städten der DDR, u.A. in Leipzig, konnte man die letzten Haushalte von Gleichstrom auf Wechselstrom umstellen. Dies war wichtig, weil es seit Jahren keine neuen Gleichstrom-Elektrogeräte mehr zu kaufen gab.
- 1972
- Der Club of Rome, ein 1968 gegründeter Zusammenschluss von Experten verschiedenster Disziplinen, veröffentlichte seinen wegweisenden Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ und erlangte weltweite Beachtung.
  - Der VW Käfer wurde das erfolgreichste Auto der Welt, als das 15.007.634. Fahrzeug dieses Typs vom Band rollte. Damit konnte man den bisherigen Rekordhalter, das Ford Modell T, entthronen.
  - Arabische Terroristen überfielen die israelische Olympiamannschaft bei den Spielen in München. Die Tat endete in einem Massaker, 17 Menschen starben, darunter alle elf israelischen Geiseln. Als Folge davon wurde noch im gleichen Monat die GSG 9 gebildet.
- 1973
- In Paris unterzeichnete man das Waffenstillstandsabkommen für Vietnam. Die USA stellte ihre Kampfhandlungen ein. Bis zum endgültigen Kriegsende dauerte es allerdings noch bis 1975. Man schätzt die Zahl der vietnamesischen Kriegsoffer auf mindestens zwei bis über fünf Millionen, darunter über 1,3 Millionen Soldaten.

Zudem fielen 58.220 US-Soldaten und 5.264 Soldaten ihrer Verbündeten. Mehrere Millionen Vietnamesen wurden verstümmelt oder waren dem hochgiftigen Entlaubungsmittel Agent Orange der USA ausgesetzt.

- Ein Erlebnis der besonderen Art: ein Sonntagsspaziergang auf der Autobahn. Am 17. Oktober 1973 stieg der Ölpreis von rund drei US-Dollar pro Barrel auf über fünf Dollar, später, 1974, sogar weiter auf unglaubliche 11,16 Dollar je Barrel. Wegen dieser Ölkrise verhängte die Regierung an vier Sonntagen ein generelles Fahrverbot für Autos. Der Ölpreisschock traf auch die leitungsgebundene Energiewirtschaft. Schweres und leichtes Heizöl setzte man noch in vielen Kraftwerken ein, was jetzt aus Kostengründen reduziert werden sollte.
- Eine ungeheuerliche Tat. In einem Lagerraum des Museums Leverkusen lagerte ein Kunstwerk von Joseph Beuys, eine Kinderbadewanne mit Heftpflaster, Mull und Vaseline gestaltet. Auf der Suche nach einem Bierkühler für eine Parteiveranstaltung entdeckten zwei weibliche Parteimitglieder das Gebilde und reinigten es vor dem Gebrauch erst mal gründlich. Der Schaden, so ein späteres Gerichtsurteil: 58.000 DM. Im Auftrag des Eigentümers versuchte Beuys 1977 in München die Badewanne als Kunstwerk wiederherzustellen, wobei er alle vorhandenen Fotografien zurate zog.

1975 Weil sich herausstellte, dass sein persönlicher Referent Guillaume jahrelang für das MfS spioniert hatte, trat Willy Brandt als Bundeskanzler zurück. Sein Nachfolger wurde Helmut Schmidt.

1977 Eine Welle terroristischer Verbrechen bestimmte dieses Jahr. Im Frühjahr wurden Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seine Begleiter in Karlsruhe erschossen, im Juli der Bankchef Jürgen Ponto getötet und im Sommer scheiterte ein Überfall mit Raketenwerfern auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe. In den später als „Deutscher Herbst“ bezeichneten Monaten schlossen sich die Entführung und Ermordung Hanns Martin Schleyers und die Entführung der Lufthansa-Maschine Landshut an. Als die Freipressungsversuche scheiterten, begingen die inhaftierten führenden RAF-Mitglieder Selbstmord. Der Deutsche Herbst gilt als eine der schwersten Krisen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

1979 Im KKW Three Mile Island nahe Harrisburg, USA, ereignete sich einer der bislang schwersten Reaktorunfälle. Durch technisches und menschliches Versagen, gepaart mit einer unzureichenden Messtechnik, kam es nach einer unbeabsichtigten Schnellabschaltung zur Katastrophe. Ca. 155 MW als Nachzerfallswärme sollten abgeführt werden, durch Fehlschaltungen gelang das aber nicht. Das Kühlwasser verdampfte und bildete eine Dampfblase im Druckbehälter. Nach ca. zwei Stunden begannen die Brennstäbe trocken zu fallen, zu überhitzen und zu schmelzen. Es bildete sich Wasserstoff, der in den Sicherheitsbehälter gelangte und sich nach ca. neun Stunden als Knallgasgemisch entzündete. Schätzungen zufolge entwich während des Zwischenfalls radioaktives Gas mit einer Aktivität von etwa  $1,665 \cdot 10^{15}$  Bq.



Damit sind wir wieder beim Thema Kernenergie. Die Aktivitäten um Wyhl stellten, wie schon berichtet, einen Wendepunkt in den Köpfen dar. Schon zuvor gab es verschiedentlich Proteste gegen KKW-Bauvorhaben, doch Wyhl schaffte eine neue Qualität. Es wurde zum Musterfall des Protestes gegen industrielle Großanlagen. Alles begann eigentlich recht harmlos, denn die Anlagen in Philippsburg und Neckarwestheim, die sich zeitgleich im Bau befanden, blieben weitgehend unumstritten. Das Projekt sah vor, in Breisach zwei weitere Reaktoren mit einer Nettoleistung von 1.290 MW, damals die größte Anlage der Welt, zu errichten. Der Widerstand formierte sich sofort, bis Oktober 1972 wurden über 60.000 Einsprüche und Proteste an das Landratsamt Emmendingen gerichtet. Am 19.7.1973 informierte man die Öffentlichkeit, dass das ursprünglich geplante Kernkraftwerk Breisach nun in dem 15 km nördlich gelegenen Wyhl errichtet werden sollte. Dort zeigte man sich aber auch nicht begeistert. Die Proteste gegen das nun KKW Wyhl genannte Kraftwerksprojekt gingen weiter. Bis April 1974 lagen über 90.000 schriftliche Einsprüche vor, zudem hatten acht Kommunen und 50 Vereinigungen unter dem Motto „Nai hämmer gsait“ dem Vorhaben widersprochen. Dann gab es einen Hoffnungsschimmer für die Planer. Anfang 1975 stimmten in einem Bürgerentscheid 55 Prozent der wahlberechtigten Bürger von Wyhl für den Verkauf des Geländes an den Kraftwerksbetreiber. Am 22. Januar wurde schließlich die Teilerrichtungsgenehmigung erteilt. Das Verwaltungsgericht hob am 21.3. allerdings diese Genehmigung wieder auf und verfügte damit einen Baustopp. Am 14.10. wurde der Baustopp nach einem Einspruch der Landesregierung vom Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg wiederum zumindest vorläufig aufgehoben. Die

Richter betonten jedoch, dass das Risiko für den Beginn der ersten Bauphase von der Kernkraftwerk Süd GmbH selbst zu tragen sei und dass die Entscheidung in der Hauptsache immer noch negativ ausfallen könne. Inzwischen hatte auch Ministerpräsident Filbinger eher ungeschickt in die Debatte eingegriffen, als er in der 75. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg in seiner Regierungserklärung sagte:

*„Ohne das Kernkraftwerk Wyhl werden zum Ende des Jahrzehnts in Baden-Württemberg die ersten Lichter ausgehen.“*

Damit verschaffte er den Projektgegnern und Bauplatzbesetzern jede Menge argumentativer Munition und dem Protest eine mediale Aufwertung. Eine Anekdote am Rande – angeblich fiel kurz darauf im Umfeld von Freiburg bei einem Sportereignis tatsächlich der Strom in einer Gemeinde aus, was prompt dazu führte, dass die Gegner dies als gezielten „Schuss vor den Bug“ durch eine absichtliche Abschaltung des EVU werteten.

Die folgenden Jahre waren von Gutachten und Gegengutachten, Protesten und Urteilen geprägt, aber in der Sache ging es nicht weiter. Nach einem Urteil des VGH, dessen Tenor positiv für das Projekt war, gab es mit 30.000 Teilnehmern nochmals eine sehr große Kundgebung. Inzwischen kam es auch anderswo zu heftigen Protesten gegen die Kernenergie, so z.B. am 28.2.1981. Die mit etwa 80.000 Menschen größte Anti-Kernkraftdemonstration der Bundesrepublik fand in Brockdorf an der Baustelle des dortigen KKW statt. Trotz zuerst weitgehend friedlichem Verlauf gab es heftige Krawalle zwischen der Polizei und einigen Hundert meist verummten gewalttätigen Demonstranten, was zu ca. 200

Verletzten führte. In Wyhl gingen die Proteste und die rechtlichen Streitigkeiten weiter, aber so richtig wollte keine Seite mehr. Und dann, am 16.9.1983, machte sich Ministerpräsident Späth in der Energiewirtschaft unbeliebt (die Projektgegner sahen das natürlich genau anders). Er äußerte laut Presseberichten, dass das KKW Wyhl nicht mehr so dringend wie früher gemeint gebraucht werde. Seine Worte wurden so verstanden, dass sie den Anfang vom Ende des KKW Wyhl einläuteten. Der VdEW-Vorsitzende wandte sich mit einem Brief entschieden gegen diese Haltung und bat, „keinen Zweifel darüber bestehen zu lassen, daß der Bau des Kernkraftwerks Wyhl von der Landesregierung weiterhin unterstützt wird“.

Nach Einschätzung der Teilnehmer einer VdEW-Sitzung waren mit ein Grund für den Späth'schen Vorstoß der geringere Stromverbrauchszuwachs und die Möglichkeit des günstigen Imports von KKW-Strom aus Frankreich. Anmerkung: Es half alles nichts, das Projekt wurde erst politisch und dann planerisch beendet, seit 1995 ist der Bauplatz als Naturschutzgebiet ausgewiesen.

Aber auch die Kohlekraftwerke machten Probleme. Hier war es besonders die Kohleabnahmeverpflichtung, die die Kraftwerker belastete. Sie basierte auf dem Jahrhundertvertrag, der dem Kohlebergbau eine Abnahmegarantie für Kraftwerkskohle gab. Mittlerweile türmten sich aber immer mehr Kohlehalden bei den Kraftwerken, da man die angelieferten Mengen nicht verfeuern konnte, es bestand schlicht kein Bedarf. Inzwischen mietete man auch schon externe Flächen im Umfeld der Kraftwerke an, um die nicht benötigte Kohle zu lagern. Die aufkommende Diskussion zum Waldsterben spielte sicher ebenfalls mit, bei der Kohlekraftwerke mit ihren Emissionen als Hauptverursacher gesehen wurden. Die Umstellung der Kraftwerke auf Erdgas sei energie-

wirtschaftlich vorteilhafter und schien auch günstiger als die Nachrüstung alter Kohleblöcke mit Entstickungs- und Entschwefelungsanlagen, so die einhellige Meinung. In seinem Resümee betonte der Verbandsvorsitzende:

*„Es wird bedauert, dass die Verantwortung für die Strombereitstellung heute immer mehr von Politikern wahrgenommen wird, die die versorgungsspezifischen Fragen nicht kennen und später ggf. bei Fehlschlägen auch die Verantwortung nicht hierfür tragen.“*

Blieben wir noch kurz bei der Kohle. Zuerst einmal positiv, die Kohle sorgte für Kohle, zumindest ein wenig. Aber wie so oft, zu wenig Geld ist schlecht, zu viel Geld macht auch Probleme. Was war 1982 passiert? Die Kohlewirtschaft bekam seit 1974 den Kohlepennig. Aus diesem Paket musste sie nun 400 Mio. DM an die Elektrizitätswirtschaft zurückzahlen. Das war mal gut. Die beiden großen Landesunternehmen und die anderen EVU erhielten ihrer Einzahlung entsprechende Summen. Nun das Problem, einfach behalten ging ja nicht, man hatte es schließlich über den Kohlepennig von den Kunden eingesammelt. Man könnte den Betrag, der ja als prozentualer Wert von der Stromrechnung von allen Kunden erhoben wurde, direkt an alle Kunden zurückzahlen. Klang gut, aber es machte Arbeit und viele Kunden wohnten schlicht nicht mehr unter der Adresse, unter der sie die Zahlung einst leisteten. Eine andere Idee war, man könnte auch nur den Sonderkunden Rückzahlungen leisten, weil die AVB-Kunden ja „von dem Ministerium genehmigte Strompreise“ hätten. Das hätte die Industrie goutiert. Aber wenn man ehrlich war, die Verbraucher

so zu vernachlässigen, das käme sicher auch nicht gut, nicht bei den Kunden, nicht bei den Medien und auch nicht in der Politik. Also versuchte man es anders, man verwendete das Geld, um die nächste Strompreiserhöhung zu verzögern, d.h. statt am ersten eines Monats erst am 15. des Monats. Auch die Preisreferenten des Ministeriums zeigten sich mit dieser eher ungewöhnlichen Idee einverstanden. Wichtig: Alle Unternehmen müssten einheitlich vorgehen. Was jeder Kommunikationsprofi hätte vorhersagen können, der Schuss ging natürlich nach hinten los. Als die Preiserhöhung kam, erhielten die Kunden ein Schreiben, dass sie sich freuen können, statt am ersten des Monats würden die Preise erst am 15. des Monats erhöht, und das sei dann die versprochene Rückzahlung. Die Kunden lasen nur das Wort Preiserhöhung, erkannten darin keine Rückzahlung, sondern nur eine Unverschämtheit, und zeigten sich alles andere als erfreut. Heute würde man sagen, ein Shitstorm war die Folge, den die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Kundenfront auszubaden hatten. Peinlich zudem, ein großes Landesunternehmen hatte entgegen der Absprache zumindest den Sondervertragskunden eine direkte Rückzahlung geleistet und so die anderen EVU in erhebliche Erklärungsnot bei ihren SVB-Kunden gebracht. Man diskutierte das Vorgehen im Vorstandsrat sehr kontrovers, aber was half es, geschehen war geschehen. Man sieht, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit in der Energiewirtschaft hatten immer noch erhebliches Verbesserungspotenzial.

Obwohl, eigentlich gab sich die Branche in der Öffentlichkeitsarbeit ja schon lange aktiv. Es fehlte aber noch immer das „Händchen“, Botschaften richtig zu setzen. In einem Bereich war man aber weiter. Schon im Juni 1972 gründete man die Informa-

tionszentrale der Elektrizitätswirtschaft e.V. (IZE), um Aufgaben und Leistungen der EVU ins richtige Licht zu rücken. Mitglieder der IZE waren der VDEW, die Deutsche Verbundgesellschaft, der VKU und die Arbeitsgemeinschaft regionaler Energieversorgungsunternehmen ARE. Die IZE bot den Mitgliedsunternehmen vor allem Publikationen, Ausstellungsmaterial, Filme, Seminare und Fachtagungen an. Einen großen Anteil der sehr gut gemachten Medien nahm die Erstellung von Schulinformations- und Unterrichtsmaterialien zum Thema Energie ein.

Der VdEW fühlte sich bei diesem Thema ebenfalls gut aufgestellt, hatte er doch aus dem „Nachlass“ der aufgelösten HEA-Außenstelle Bad Cannstatt diese Aufgabe mit viel Engagement übernommen und auch einen eigenen, sehr aktiven LFA Schulkontaktpflege ins Leben gerufen. Neben anderen Aktivitäten bot man an, zusammen mit den Oberschulämtern Informationsfahrten für Lehrkräfte zu gemeinsam ausgewählten Zielen durchzuführen. Teilnehmen konnten Lehrkräfte, die sich bewarben und vom jeweiligen Oberschulamt ausgewählt wurden. Die Kosten teilten sich der Verband, das betreuende EVU und die teilnehmenden Lehrkräfte selbst. 1982 genehmigte der Vorstandsrat aus dem Verbandsbudget 45 TDM, verbunden mit der Auflage:

*„Dieser Betrag soll als oberer Rahmen angesehen werden und unter Beachtung der notwendigen Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit eingesetzt werden.“*

Aber der Erfolg oder vielmehr das Interesse der Lehrkräfte überrollte das Budget. Schon ein Jahr später benannte der LFA Schulkontaktpflege einen Budget-Mehrbedarf von 20 TDM.

Auch anderem Neuen gegenüber war man in diesem LFA aufgeschlossen und wollte nun auch für das neu aufkommende Thema „Bildschirmtext“ zuständig sein. Die BEWAG bot gerade als erstes bundesdeutsches EVU über Bildschirmtext ein breites Informations- und Serviceangebot an, das sie auf der Internationalen Funkausstellung in Berlin vorstellte, also ein interessantes Thema. Man beschloss im Vorstandsrat aber, dass dieses Thema noch keinem LFA zugeordnet werde. Später könne man immer noch entscheiden, ob ein eigener LFA zu gründen sei. Und noch eine Chance versäumte man. Für die Mitgliederversammlung 1985 diskutierte man das Thema „Elektro-Auto“. Die „ausführliche Diskussion“ im Vorstandsrat ergab aber, dass man dieses nicht behandeln solle, *„da noch viele Einzelheiten wie Reichweite, Batterielebensdauer usw. eine Behandlung als nicht zweckmäßig erscheinen lassen“*. Eine Chance, sich zu positionieren, die aus heutiger Sicht durch die Finger geglitten war.

Das Thema offensive Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes blieb weiterhin eher der Echternacher Springprozession. Trotz einiger eindeutiger Beschlüsse im Vorstandsrat blieb das Kernproblem, was dürfen der Verbandsvorsitzende und der Geschäftsführer sagen und wen müssen sie vorher fragen. Noch 1984, bei gerade abklingender Kernenergie Diskussion, aber auf dem Höhepunkt der Sauren-Regen-Debatte und bei beginnender Wettbewerbs- und Öko-Diskussion, leistete man sich eine verwirrende Stimmenvielfalt. Wieder stand im Vorstandsrat die Frage an, mit wem eine Verbandsstellungnahme abgestimmt sein müsse. Bis jetzt waren die beiden großen Landesunternehmen die Ansprechpartner des Verbandsgeschäftsführers; so richtig befriedigte dieses Vorgehen aber den Vorstandsrat nicht. Wie also weiter vorge-

hen? Eine Lösung hat man auch nicht. *„Es wird empfohlen, von Fall zu Fall zu entscheiden und möglichst eine Abstimmung im Vorstandsrat herbeizuführen“*, lautete der ebenso salomonische wie auch nichtssagende Auftrag an den Geschäftsführer, der so zwischen allen Stühlen saß.

Auch 1989 beklagte man dieses Problem erneut im Vorstandsrat. Insbesondere weil, so das Protokoll, die großen EVU im Lande hier eigene Wege zu Medien und Politik gingen, sodass der Verband nur wenig in Erscheinung treten konnte. Auf der Bundesebene kam die Arbeit des VDEW und der IZE hinzu, die bundesweit die Themen setzten. Die beiden angesprochenen EVU sahen das Problem, erkannten aber keine Lösungsmöglichkeiten, da sie bei neuen Themen oft sehr kurzfristig reagieren mussten und wollten.

Ein Thema, bei dem man sicher die vielschichtigen Aufgaben der Energieerzeugung besser hätte kommunizieren können, wurde 1983 zu Grabe getragen. Seit den 1970er-Jahren plante man als Ergänzung zur Schluchsee-Gruppe ein weiteres Großspeicher-Projekt, den Lindau-Stausee im Hotzenwald zusammen mit dem Hornbergbecken II, dem Haselbecken und den Kraftwerken Mühlegraben und Atdorf, das 40 Jahre später als Standort erneut, aber ebenfalls erfolglos ins Gespräch kommen sollte. Wieder waren es Bürgerproteste, die, wie 20 Jahre zuvor bei der geplanten Wutachtalsperre, das Vorhaben verhinderten. Und das, obwohl inzwischen die Zeichen auf Umweltschutz standen, oder gerade deswegen? Großprojekte für den Schutz der Umwelt galten auch schon damals als gut und wichtig, aber besser, sie wurden weit entfernt von der eigenen Markung errichtet. Nur dann sind sie wirklich gut und verdienen Unterstützung, so die Meinung in der örtlichen Bürgerschaft.

Bleiben wir noch kurz in dieser Region. Im gleichen Jahr wurde der Schluchsee abgelassen, zumindest teilweise. Für Sanierungsarbeiten an der Mauer und am Einlaufbauwerk war es notwendig, den Wasserspiegel um 37 m abzusenken. Zurück blieb der 7,5 km lange und nur 15 m tiefe ursprüngliche Schluchsee, der sich bald zur Touristenattraktion entwickelte. Durch die Absenkung kamen die alten Häuserfundamente und Wege wieder zum Vorschein, zusätzlich richtete man an manchen Tagen einen historischen Postkutschenverkehr auf diesen Wegen aus früheren Zeiten ein.

Und auch das gab es 1983: Der offizielle Betriebsbeginn des Growian, an dem sich die HEW zu 46,7 Prozent, die Schlesweg zu 30,1 Prozent und die RWE zu 23,2 Prozent beteiligten, stand an. Die Anlage hatte eine Leistung von drei MW bei einer Nabenhöhe von 100 m. Die meiste Zeit zwischen dem ersten Probelauf bis zum Betriebsende im August 1987 stand die Anlage aber wegen verschiedener Defekte still. Im Laufe des Jahres 1987 stellte man Betrieb und Messungen wieder ein, im Sommer 1988 wurde der Growian abgerissen. Hauptproblem war, dass der technologische Sprung von bekannten Kleinwindanlagen direkt hin zu einer Anlage dieser Dimension ohne Zwischenschritte einfach zu groß war. Auch das Klima für einen Erfolg hätte noch erhebliche Verbesserungspotenziale gehabt, nachdem ein Vorstandsmitglied des RWE auf einer Hauptversammlung ätzte:

*„Wir brauchen Growian, um zu beweisen, dass es nicht geht.“*

Vom Finanzminister und ehemaligen Forschungsminister Hans Matthöfer wurde eine ähnliche Aussage überliefert:

*„Wir wissen, dass es uns nichts bringt. Aber wir machen es, um den Befürwortern der Windenergie zu beweisen, dass es nicht geht.“*

Mit dieser Einstellung konnte es tatsächlich nichts werden, was aktive Umweltschützer auch schon damals richtig vermuteten.

Zum großen Gau, nicht nur in der Realität, sondern auch für die gesamte Energiewirtschaft, kam es am 26.4.1986 mit der Katastrophe von Tschernobyl. Bei einem Test kam es wegen schwerwiegender Verstöße gegen die geltenden Sicherheitsvorschriften sowie aufgrund der bauartbedingten Eigenschaften des mit Grafit moderierten Kernreaktors zu einem unkontrollierten Leistungsanstieg, der durch Bildung von Wasserstoff und Knallgas im Reaktorkern zur Explosion und zum Brand des Grafits führte. Die in die Erdatmosphäre gelangten radioaktiven Stoffe kontaminierten infolge von Wind und Regen hauptsächlich die Region Tschernobyl sowie viele Länder in Europa, auch Baden-Württemberg und Bayern bekam einiges ab.

Nach der Katastrophe demonstrierten rund 100.000 Menschen an verschiedenen Stellen der Republik gegen die Kernenergie. Schwerpunkte waren die Baustellen KKW Brockdorf und WAA Wackersdorf. Bereits zu Pfingsten (Mai 1986) kam es zu schwersten Auseinandersetzungen in Wackersdorf. Die Gewalt eskalierte auf dem Baugelände, als Autonome Polizisten mit Steinen und Stahlkugeln beschossen und Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes daraufhin Reizstoffwurfkörper (CS-Gas-Kartuschen) in die demonstrierende Menge warfen. 44 Wasserwerfer aus dem gesamten Bundesgebiet waren im Einsatz und spritzten mit Reiz-

stoff vermengtes Wasser. Insgesamt zählte man an den Pfingstfeiertagen auf beiden Seiten über 600 Verletzte.

Dass aufgrund der veränderten Stimmung in der Bevölkerung inzwischen ein echtes Umweltengagement notwendig war, hatten auch die EVU verstanden, einige früher, andere später.

Zu den besonders frühen Unternehmen gehörten die Stadtwerke Rottweil. Deren Geschäftsführer Rettich berichtete im Vorstandsrat im März 1988 von den Stadtwerke-Aktivitäten zur lokalen Energiewende. Dazu zählten Solarvoltaik in flächenmäßig größtmöglichem Umfang, Windenergie, Forst- und Abfallholz in Nahwärmanlagen, Biogas aus Viehbeständen und thermische Müllverwertung. Hinzu kamen BHKW-Lösungen und Wärmedienstleistungen für Privatkunden. Wenn er Lob und Anerkennung erwartet hatte, lag er aber völlig falsch. Der Vorstandsrat diskutierte das Gesamtkonzept und auch die Einzelheiten sehr kritisch und bezweifelte, dass die Vorhaben wirtschaftlich zu realisieren seien. Die Ausführungen gipfelten in den Feststellungen:

- Die STW Rottweil mögen *„zukünftige Ausführungen nur noch insoweit verbreiten, wie diese mit realistischen Randbedingungen machbar sind“*.
- Man sah die Gefahr, dass *„in der Presse (...) dann nur festgestellt (wird), dass die anderen Versorgungsunternehmen ‚stur‘ auf ihrer bisherigen Meinung verbleiben und nicht bereit sind, neue Ideen aufzugreifen“*.
- Man bat die STW Rottweil, *„hier eine gewisse Solidarität für die Elektrizitätswirtschaft und deren Belange zu wahren“*.

Trost fand der so gescholtene Geschäftsführer außerhalb der Energiewirtschaft. Dort stießen seine Aktivitäten auf große Zustimmung und die Stadtwerke Rottweil wurden mit Ehrungen überhäuft.

Seltsam auch, dass kurz nach dem erfolgreichen Vorpreschen von Rottweil ein Landesunternehmen mit großer Bugwelle nachzog und im Vorstandsrat sein „Energie-Programm 2000“ vorstellte. Dieses richtete sich an Endkunden und umfasste Wärmebedarfsberechnungen, Computerprogramme zur Objektsanierung, Beratungswochen in Rathäusern, telefonische Beratungsangebote und als Besonderheit Thermografie-Aufnahmen von Kunden-Objekten zu absolut günstigen Preisen. Eingebunden war auch eine Aktion Energiesparlampen, bei der man sehr günstig Kompaktleuchtstofflampen abgab. Rottweil ließ sich von alledem nicht beirren und preschte mit neuen Ideen weiter vor. Nun legte auch das Landesunternehmen nach und integrierte zusätzlich Windaktivitäten und Solarvoltaik in sein Programm. Die anderen EVU im Lande verfolgten derweil fassungslos dieses umweltschützerische Wettrüsten, auch weil zumindest einer der Beteiligten bis noch vor Kurzem im Brustton der Überzeugung behauptet hatte, dass die ganze Richtung doch Unsinn sei und wirtschaftlich desaströs enden würde. Aber wie schon Konrad Adenauer feststellte: *„Es kann mich doch niemand daran hindern, jeden Tag klüger zu werden“*, schwenkten langsam viele EVU auf dieses Gedankengut ein. Man hatte ja auch inzwischen größte Probleme, die eigenen Eigentümer und die interne Führungsebene zu beruhigen, die nun ebenfalls Aktivitäten sehen wollten. Aber wie es Jahre später so treffend gesagt würde, wer zu spät kommt, den bestraft das Leben, oder zumindest so ähnlich.

Im September 1990 riefen der Bund und die Länder das „1000-Dächer-Photovoltaik-Programm“ aus. Hohe Zuschüsse des Bundesforschungsministeriums und des BMWi sollten Photovoltaikanlagen auf Ein- und Zweifamilienhäusern fördern. Aber es gab Unklarheiten über den Aufbau der Messung, die Technik insgesamt und die Rücklieferungspreise. Wieder einmal präsentierten die STW Rottweil eine einfache und unkonventionelle Lösung. Sie kündigten an, nach vertraglicher Vereinbarung bis zu fünf Jahren auch einen Rückwärtslauf des Zählers zu dulden, der technisch einfachste Weg. Wie zu erwarten, man erntete einmal mehr heftigen Widerspruch im Verband. So einfach, ohne jede Diskussion und dann auch noch kundenfreundlich, weil der Einspeisepreis damit ja dem Bezugspreis entsprach, das geht gar nicht. Der Vorstandsrat bat dringend, diese Regelung nicht anzuwenden:

*„Problematische Lösungen sollten auf jeden Fall vermieden werden. Eine getrennte Messung von Bezug und Rücklieferung ist auf jeden Fall anzustreben.“*

Dabei hatte Rottweil doch nur eine viel einfachere und praktikablere Lösung vorgeschlagen, im Vergleich zum etwa zeitgleich diskutierten Stromeinspeisegesetz.

Gerade bei diesem Thema brannte inzwischen auch die Hütte. Ein Antrag der CDU-Fraktion im Land vom 6.3.1990 legte den EVU nahe, als Vergütung nicht mehr wie bisher die gesicherte Einspeisung und die daraus resultierenden variablen Kosten der Kraftwerke anzusetzen, sondern „Vergütungssätze mindestens in der Größenordnung der Strombezugskosten der weiterverteilenden EVU“, also deutlich höhere Vergütungen. Fast ungläubig stellte

man fest, dass nun das neue Gesetz die großen EVU zwang, das Produkt Strom teurer von Kleinkraftwerken einzukaufen, als sie es selbst in ihrem Kraftwerkspark erzeugen könnten. Welch ein Verfall der Sitten. Man erkannte sogar einen klaren Verstoß gegen das Aktienrecht und gegen das Grundgesetz noch dazu. Insbesondere kleinere Verteilerunternehmen in Bereichen mit vielen Kleinwasseranlagen seien hier benachteiligt (was so allerdings nicht stimmte), zumal bei alten und abgeschriebenen Kleinwasserkraftwerken das Gesetz nur einen „ungerechtfertigten Windfallprofit“ darstelle (was tatsächlich stimmte). Was man nicht wissen konnte – im Vergleich zum zehn Jahre später eingeführten EEG war das Stromeinspeisegesetz noch geradezu ein Schnäppchen. Einen wirklich unschönen Nebeneffekt hatte die ganze Entwicklung aber doch, insbesondere für Stadtwerke. Manche kommunalen Gremien sahen nun ihre Chance, um ihr grünes Profil aufzupolieren. In einem gnadenlosen Wettbewerb (wer hat die höchsten?) zwangen sie ihre Stadtwerke zu Einspeisevergütungen von 1 DM/kWh bis hin zu 2 DM/kWh. Natürlich setzten aber die weitblickenden Räte voraus, dass die Ergebnisabführung an die Eignerkommune nicht geschmälert werden durfte. So weit ging die Öko-Liebe nun nicht.

Allerorten schützte man also die gebeutelte Umwelt, also musste auch das Land erneut Flagge zeigen und der einfallsreiche Ministerpräsident Späth stand ganz vorn an der Front. Spontan erkannte die Landespolitik, dass es bei den EVU aller Größenordnungen ein latentes und tief empfundenes Sehnen nach der Gründung und (Teil-) Finanzierung von umweltschützenden Stiftungen gab, und freute sich, diesen brennenden Wunsch der Energiewirtschaft auch gleich erfüllen zu können. Deshalb gründete man im

Lande unter Beteiligung des VdEW zwei Stiftungen, die, das muss man ehrlicherweise zugestehen, auch heute noch einen guten Namen haben. Im Jahr 1988 war dies das „Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg“ (ZSW), das nach einigen Geburtswehen und mit 100 TDM vom VdEW gegründet wurde. Wenig später, auf besonderen Wunsch von Ministerpräsident Späth, wollte man noch die Stiftung „Erneuerbare Energien“ gründen. Hintergrund war die Forderung des Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung vom 9.6.1988, dass die Kernenergie *„sobald als möglich durch andere, erneuerbare Energiequellen abgelöst werden muß“*. Für die neue Stiftung sprach man auch verschiedene EVU des Landes an. Aber gut Ding brauchte auch damals schon Weile und der brennende Wunsch der EVU für ein zusätzliches Engagement war durch Forderungen nach weiteren finanziellen Unterstützungen für das ZEW doch etwas abgekühlt. Also dauerte es bis März 1994, bis man die „Klimaschutz- und Energieagentur GmbH“ (KEA) ins Leben rufen konnte. Beteiligt waren das Land, die leitungsgebundene Energiewirtschaft über eine Zwischengesellschaft von VdEW, VKU und VGW mit 25,1 Prozent, die Brennstoffverbände sowie Industrie und Beratung. Als Aufgaben nannte man u. A. die produktneutrale Beratung von Kommunen und das Erstellen von Versorgungskonzepten.

Nun wollen wir aber wieder einen Blick auf das Wasser werfen. Der Nitratgehalt des Grundwassers und damit der des Rohwassers der Wasserwerke stieg bis 1987 kontinuierlich in höchst unerfreuliche Höhen. Aber wie üblich, niemand war schuld. Der VGW schrieb den Landwirtschaftsminister an und bat darum, der Landwirtschaft zu verdeutlichen, dass nur noch so viel

gedüngt werden solle, wie der Boden wirklich brauchte. Das hätten die Landwirte vielleicht sogar getan, mal abgesehen von der überlieferten Weisheit *„viel hilft viel“*. Die hatten aber ein ganz anderes Problem, es ging bei der Bodendüngung nicht nur um die Zuführung von Düngestoffen, sondern auch um die Abführung der vorhandenen Gülle. Mittlerweile stank die Sache aber so zum Himmel, dass der Politik auch Nase und Augen zuhalten nicht mehr halfen. Im Ministerium entwickelte man also eine geniale Idee: Man bezahlt die Landwirtschaft dafür, dass sie sich an die Vorgaben hält und weniger düngt. So manchem Autofahrer gefiele die Idee, Geld dafür zu erhalten, dass er das Gesetz, z.B. die Geschwindigkeitsbeschränkung, einhielte. Das wäre doch mal was wirklich Neues.

Aber zurück zum Wasser. Das Geld zur Einhaltung der Regeln wollte man von den wasserentnehmenden Betrieben, also z.B. von den Wasserwerken, erheben. Und weil man gerade so schön dabei war, eigentlich entnahmen doch auch die Kraftwerke Wasser, zwar Flusswasser, das sie oft auch noch reinigen mussten, aber Wasserentnahme ist Wasserentnahme, mitgefangen, mitgegangen. Im Januar 1988 war es dann so weit, Baden-Württemberg führte das Wasserentnahmeentgelt, den Wasserpfennig, ein. Öffentliche Wasserversorger bezahlten für die Grundwasserentnahme 10 Pf./m<sup>3</sup>, Kraftwerksbetreiber für die Nutzung und Wiedereinleitung von Oberflächenwasser als Kühlwasser 2 Pf./m<sup>3</sup>, obwohl das ja mit der Überdüngung des Grundwassers nun wahrlich nichts zu tun hatte. Und dass die Ministerialen eigentlich nur einen Gesetzentwurf von 1912, also aus Kaisers Zeiten, aufgewärmt und überarbeitet hatten, den man damals nach besserer Einsicht wieder beerdigte, vergaß man einfach zu erwähnen. Aber



wenn es um neue Geldquellen geht, war die Politik schon immer flexibel. Und ob der Wasserpfennig für die Landwirtschaft dem Grundwasser wirklich etwas brachte, darüber gingen die Meinungen schnell auseinander. Auch die Analysen lieferten kein eindeutiges Bild. Die Wasserlabore der Wasserversorger meldeten nicht selten höhere Nitratwerte als die von staatlichen Stellen beauftragten privaten Analyseinstitute. So etwas schürte Unverständnis.

1992 gründeten deshalb die Verbände BGW, VGW und DVGW auf Erfahrung von Vorarbeiten seit 1984 schließlich die Grundwasserdatenbank Baden-Württemberg, die von den im VGW/VfEW zusammengeschlossenen Wasserversorgungsunternehmen bis heute finanziert wird. Bereits im Gründungsjahr konnten so 517 Messstellen von 240 Messstellenbetreibern beprobt werden.

Nun ist es aber Zeit, sich erneut den Themen Preise und Tarife zuzuwenden. Schon 1986 diskutierte die Fachwelt ein grundlegend neues Tarifmodell, den 100-h-Tarif (später 96-h-Tarif), eine besondere Blüte beliebig komplizierter Ideen. Kernpunkt der Überlegungen war, dass die Tarifaufnahme vor Ort, also das Feststellen der gewerblich installierten Leistungen bis hin zur Kaffeemaschine und zur Schreibtischlampe oder die Zahl und Fläche von Wohnräumen, personalaufwendig und von den Kunden negativ beleumundet sei. Ferner sollte sich ein neuer Tarif nur noch an Elektrizitätswirtschaftlichen Größen und nicht mehr an der Raumzahl orientieren, wie in den 30er-Jahren fixiert, da die Geräteausstattung sich mittlerweile unabhängig entwickelte. Am einfachsten wäre es, die im Gewerbe übliche 1/4-h-Leistungsmessung einzusetzen. Dumm nur, damit hätte man die Kunden vollständig verärgert, da leistungsstarke Haushaltsgeräte wie Elektroherd oder Waschmaschine die Stromrechnung extrem erhöht

hätten. Letztlich entschied man sich für einen Leistungstarif, dessen Basis nicht die Viertelstunde, sondern das 100-h-/96-h-Leistungsmittel wäre. In bundesweit 2.700 Anlagen führte man Messungen durch, davon in 350 Anlagen in Baden-Württemberg. Der Tarif wurde auch tatsächlich 1991 eingeführt, allerdings nur mit mäßigem Erfolg. Ein großes Landesunternehmen wollte ihn zuerst bei Kunden mit mehr als 10.000 kWh/a einführen, später wollte man die Grenze stetig über 8.000 kWh/a, 6.000 kWh/a auf 5.000 kWh/a herabsetzen (der Smart Meter lässt grüßen). Mit der Einführung gab es aber Probleme, da Lieferschwierigkeiten bei den Zählerherstellern bestanden (der Smart Meter lässt nochmals grüßen). Kaum unter Schmerzen geboren, war der Tarif aber schon 1996 ein Auslaufmodell. Es *„werden Überlegungen angestellt, den LZ 96 zurückzufahren, da dieser Tarif den Kunden (nur) schwer verständlich zu machen ist“*, stellte der Vertreter eines Landesunternehmens im Vorstandsrat fest. Andere pflichteten bei, auch bei ihnen wurde der LZ 96 nicht (mehr) angewendet. Ob auch das eine Prophezeiung für den Smart Meter ist, der im Kern ja genau das Gleiche macht? Wir werden sehen.

Auch weitere Tarif-Modelle standen 1986 in der Diskussion, darunter ein Ampeltarif aus dem Saarland, der den Kunden mit roten, gelben und grünen Lampen am Zähler signalisierte, wie teuer der Strom gerade ist. Oder, besonders innovativ, der dynamische Tarif. Hierbei sollte der Tarifpreis abhängig von der Höhe der Netzlast im EVU-Gebiet sein. Dies wurde damals jedoch als rein theoretisches Modell bezeichnet, weil sich die Verbraucher nicht auf die täglich variablen Tarifänderungen in Niederlastphasen einstellen könnten, anders als beim zeitstarren und transparenten HT-/NT-Modell. Heute im Zeichen der Smart Meter erleben diese

Gedanken alle wieder neuen Auftrieb. Erschreckend aber ist, trotz neuer Technik sind es nur die alten Ideen.

Auch in der Landespolitik gab es neue Tarifideen und man forderte unmissverständlich die Einführung eines linearen Tarifes. Also eigentlich des Tarifs der Anfangsjahre unserer Branche, an den sich die EVU bis Ende der Dreißigerjahre erbittert geklammert hatten und den sie erst auf massiven Druck in den 30er-Jahren abschafften. Hintergrund war, dass bei den klassischen Tarifen der Durchschnittspreis (Grundpreis + Arbeitspreis)/Verbrauch mit steigendem Verbrauch scheinbar sank, also ein erschreckender Anreiz zu sein schien, mehr Strom zu verbrauchen. Dass in der Realität natürlich bei höherem Verbrauch auch mehr zu bezahlen war, blieb den Streitern leider verborgen. Politik und Medien blieben also bei ihrem seltsamen und unsinnigen Mathematikverständnis, je höher der Stromverbrauch desto billiger. Auch der Hinweis der EVU-Vertreter, dass die Kostenaufteilung bei 70 Prozent für Verbrauch und 30 Prozent Fixanteil vor Messkosten liege, beeindruckte nicht. Die EVU wehrten sich entschieden gegen den verpflichtenden linearen Tarif, der über den Kleinstabnehmertarif hinausging, denn niemand würde einen Vorteil haben, im Gegenteil, einmal mehr ständen die EVU als gierige Preistreiber da. Die Diskussion dümpelte weiter und wenige Jahre später waren diese Überlegungen durch den Wettbewerb dann ohnehin obsolet.

Eine Notiz am Rande: 1987 hielt die EDV auch auf der Geschäftsstelle Einzug. Dort, so der stolze Bericht des VdEW-Vorsitzenden, habe man eine „PC-Anlage“ beschafft, um die Arbeit der Geschäftsführung zu erleichtern. Und wenn wir gerade beim Internen sind, soll auch einmal auf die Mitgliederversammlungen

geblickt werden. Das Thema Damenbegleitung bei Mitgliederversammlungen bewegt 1982 im Vorstandsrat die Gemüter. War es früher üblich, ein umfangreiches Damenprogramm mit Besichtigungen und Busfahrten für die Begleiterinnen der Geschäftsführer und Vorstände aufzustellen, beschloss der Vorstandsrat nach kontroverser Diskussion, bei der VdEW-Mitgliederversammlung 1983 während der Regularien nur noch eine separate Kaffeetafel im Nebenraum und die Vorführung des RWE-Werbefilms „Wunschenergie Sonne“ anzubieten. Gerüchteweise war zu hören, dass dieser gesellschaftliche Höhepunkt die Damen nicht restlos überzeugte.

Auch bei der VDEW-Mitgliederversammlung 1983 in Mannheim regierte der Rotstift. Entsprechend den bisherigen Gepflogenheiten sollte der jeweilige Landesverband zusammen mit „größeren Mitgliedswerken“ ein Damenprogramm/Damengeschenk für immerhin 400–450 Damen organisieren. Alternativ wollte der Vorstandsrat geprüft haben, ob man statt eines Geschenkes eine Spende für wohltätige Zwecke leisten könne. Ein weiterer Vorschlag war, statt Geschenken Wohlfahrtsmarken der Post auszugeben.

*„In der Diskussion kommt zum Ausdruck, dass es schwierig sein wird, auf eine derartige Einrichtung (Anmerkung: das Damengeschenk) zu verzichten, insbesondere jetzt bei den sparsamen Schwaben (Anmerkung: Aus Sicht des VDEW lag auch Mannheim im Schwabenland) einen solchen Anfang zu machen.“*

Beschlossen wurde, dem VDEW vorzuschlagen, statt eines Geschenkes eine Spende zu leisten. Sollte der VDEW auf diesen Vorschlag nicht eingehen, „würde man eben einen Reisewecker aus

*Schwarzwälder Fertigung anbieten*“. Beispiele wie diese zeigen den Wandel der Zeit und die Tendenz weg vom gesellschaftlichen Treffen hin zu einer geschäftsmäßigen Fachtagung.

Und die Zeiten wurden für unseren Wirtschaftszweig nicht leichter, auch nicht die Mitgliederversammlungen. Das 75-jährige Jubiläum des Verbandes im Jahr 1992 stand 1991 zur Diskussion an. In der vorgelagerten Vorstandsratssitzung fixierte man die Einzelheiten der Versammlung, die gleichzeitig die Festveranstaltung sein sollte.

Nach den notwendigen Regularien und einem Grußwort von OB Rommel würde ein technisch geprägter Festvortrag zum Thema „Entwicklung der Drehstromtechnik“ folgen. Danach sollte der neue Umweltminister von Baden-Württemberg Harald B. Schäfer anstelle des eigentlich geplanten Ministerpräsidenten Teufel sprechen. Und das versprach Zündstoff, denn Minister Schäfer galt, vorsichtig formuliert, als kein Fan der Energiewirtschaft. Nachmittags sollte dann ein ca. einstündiges Konzert mit Werken von Bach, Rossini, Schubert und Grieg wieder für Entspannung sorgen und auf den festlichen Abend einstimmen. So weit die Planung, die man so auch umsetzte. Aber die politischen Reden bei der Mitgliederversammlung hatten es in dieser von Umbrüchen gezeichneten Zeit in sich. Schon Manfred Rommel formulierte wie immer treffend und mit einem Seitenblick auf den neuen Umweltminister Schäfer:

*„Ich darf bemerken, daß jeder, der sich auf das Feld der Energiewirtschaft begibt, ideologisch vermintes Gelände betritt. Unter Ideologie verstehe ich die Heiligsprechung voreiliger Antworten auf praktische Fragen.“*

Er sah in der damals schon diskutierten Marktöffnung den Tod der kommunalen Kraft-Wärme-Kopplung, da sich jeder den billigsten Erzeuger suchen könnte. Auch den Hickhack zur CO<sub>2</sub>-Steuer nahm er aufs Korn, als er feststellte:

*„Auf der einen Seite sagt man, es muß eine CO<sub>2</sub>-Steuer kommen, dann erkennt man, dass die Kernenergie ja die CO<sub>2</sub>-Steuer kaum bezahlen müßte (...) dann sagt man, es müsse eine Energiesteuer sein (...).“*

Minister Schäfer erfüllte seinerseits alle befürchteten Erwartungen und stellte offen seine Sicht der Dinge dar. Er lobte eingangs die baden-württembergischen EVU für ihre Leistungen bei der Entschwefelung und Entstickung und sah auch höhere Strompreise durch Umweltschutzbelange nicht als kritisch an. Dann kündigte er aber an, dass ein neues Energiewirtschaftsgesetz das über 57 Jahre alte EnWG ablösen müsste. Auch *„der Einsatz nicht erneuerbarer Primärenergieträger darf künftig nur so weit erfolgen, als dies (...) nach Ausschöpfung von Energiesparen und (...) regenerativer Energiequellen unverzichtbar ist“*. Dann widmete er sich ausführlich dem Thema Kernenergie, dem er grundsätzlich ganz ablehnend gegenüberstand. Für die Tischgespräche beim abendlichen Festempfang war damit ausreichend gesorgt.

Und noch ein Thema beschäftigte die Landespolitik zu dieser Zeit, die Fusion EVS und Badenwerk, zumindest im ersten Versuch. Bereits seit einigen Jahren wollte die Landespolitik, insbesondere Ministerpräsident Erwin Teufel, die EVS und das Badenwerk zusammenbringen, getreu dem Motto *„je größer, desto gut“*. Zunächst sah auch alles gut aus. Dann aber das: Der Auf-

sichtsrat des Badenwerks folgte am 25.11.1993 einstimmig dem ablehnenden Votum seiner Arbeitnehmervertreter. Ersatzweise erteilte er dem Vorstand den Auftrag, *„zunächst alle Möglichkeiten einer Zusammenarbeit in Baden-Württemberg unterhalb einer Fusion auszuschöpfen, um die Energieversorgungspotenziale zur Stärkung der baden-württembergischen Position in der Bundesrepublik und in Europa zu nutzen“*. Die Fusion scheiterte, so war zu hören, unter anderem am Streit um den künftigen Sitz der Konzernleitung in Stuttgart oder Karlsruhe. Die Stuttgarter Zeitung schrieb dazu am 26.11.1993:

*„Wer eine vernünftige Erklärung für dieses Trauerspiel baden-württembergischer Energiepolitik sucht, tut sich schwer. Jeder hat den Zusammenschluß eigentlich gewollt, offenbar aber nicht die Konsequenzen, die er mit sich gebracht hätte. Die Chance ist vorerst vertan, dem Land mehr Gewicht in der deutschen Energiepolitik zu verschaffen.“*

Dann, am 20.8.1997 konnte man Vollzug melden. Die Hauptversammlungen von Badenwerk und EVS beschlossen die Fusion. Der Name des neuen Unternehmens lautete Energie Baden-Württemberg AG, abgekürzt EBW. Der Anteil des Landes an dieser Gesellschaft betrug ca. 25 Prozent, da sich die EVS nur zu ca. 10 Prozent in Landesbesitz befand. Badenwerk und EVS blieben als Regionalgesellschaften bestehen. Im Januar 1998 änderte man aus Marketinggründen den abgekürzten Namen des Konzerns von „EBW“ in das gefälligere „EnBW“, sicher auch, weil EBW schon mehrfach anderweitig besetzt war, u. A. vom Eissport. Im Juli 1999 fusionierten die bis dahin noch existierenden Gesell-

schaften „EnBW Badenwerk“ und „EnBW EVS“ zur EnBW Regional AG (REG).

Und noch eine Fusion: Zum 1.1.1997 gingen Neckarwerke und TWS zusammen. Die TWS hatten ja schon lange ein Auge auf die NW geworfen. Der Hintergrund: Die Gasgebiete der TWS und die Stromgebiete der NW waren weitgehend deckungsgleich. Leider kam man bei dem Verkauf der AEG-Anteile an der NW 1967 nur um Stunden zu spät und musste so der EVS den Vortritt lassen. Endlich passte aber alles, die Verhandlungen konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Der neue Name des Unternehmens, so war man sich einig, sollte „Technische Werke Neckar“ lauten. In den finalen Verhandlungen unter politischer Beteiligung kam es aber anders, wie ein Beteiligter berichtete. Der Stuttgarter OB Rommel wollte den Firmensitz unbedingt in Stuttgart haben, dem stimmte Esslingen zu, verlangte aber im Gegenzug als Namen „Neckarwerke Stuttgart“. Die TWS akzeptierten nur zähneknirschend, suggerierte dieser Name doch, dass die kleineren NW die größeren TWS übernommen hätten. Ein Nebeneffekt dieser Fusion war, dass die EnBW über die alten Anteile der EVS an den Neckarwerken nun auch Anteile der NWS hielt.

Auch im Südbadischen zeigte man sich inzwischen unternehmerisch aktiv, allerdings anders, als von den Platzhirschen gewünscht. Zum 1.7.1997 übernahmen die neu gegründeten EWS in Schönau von der KWR nach langem Streit das Stromnetz in der Stadt. Begonnen hatte der Kampf ums Netz mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986. Erste Proteste gegen die KWR entwickelten sich zu der Aktion Netzkauf anlässlich der Konzessionsvergabe im Jahr 1994, die in einen langen Poker mit der KWR mündete. Pikant dabei, die Gemeinde Schönau hatte bis 1975 ein

eigenes E-Werk, dem auch das Netz gehörte, das sie aber an die KWR verkaufte. Bereits 1990 wurde die „Netzkauf GbR“ gegründet, die der Gemeinde anbot, alle Zusagen der KWR ebenfalls privat zu leisten. Als die KWR einige Male, heute nach Konzessionsvergabe richtlinien nicht mehr zulässig, ihre Zusagen erweiterte, zog die Gesellschaft jeweils nach. Zwischenzeitlich musste die KWR aber den selbst kalkulierten Wert des Netzes von ursprünglich 8,7 Mio. DM über 6,5 Mio. DM auf letztlich 5,7 Mio. DM reduzieren. Am Ende gewann die EWS die Konzession und legte auch gleich mächtig los. Die erfolgreiche Aktion der „Schönauer Stromrebell“ unter dem Motto „*Ich bin ein Störfall*“ fand bundesweite Beachtung und ermunterte so auch andere Städte, dem Modell Schönau zu folgen und eigene Stadtwerke zu gründen. Die Rekommunalisierungswelle war losgetreten.

Noch eine Randnotiz, diesmal zum Thema Speicherheizung. In den 60er- und 70er-Jahren stark gefördert, kam diese Technik im Zuge der Umweltdiskussion als Stromfresser und Umweltschädling stark unter Beschuss. Da aber das ständige Sticheln und Meckern der Umweltbewegungen bei den Kunden nur wenig fruchtete, besannen sich die Gegner auf den Asbest. Tatsächlich gab es herstellerabhängig einige Bauteile älterer Geräte mit Baujahren vor 1980, die Asbestbestandteile enthalten konnten. Dieses Thema wurde 1991 im ARD-Ratgeber Technik mit gewohnter Perfektion (Kinder vor Speicherheizgeräten, dramatische Kommentare in Frageform) bereits zum zweiten Mal sehr emotional aufgegriffen mit der Folge, dass nun eine breite Verunsicherung der Kunden entstand. Das Badenwerk, dessen Geräteprüfstelle sich mit der Speicherheizung seit Jahrzehnten befasste, hatte bereits seit geraumer Zeit am nicht unumstrittenen Aufbau einer

Datei gearbeitet, sodass nun, gerade rechtzeitig, eine sehr genaue Übersicht vorlag, welche Geräte mit welchen Bauteilen betroffen waren. Diese Übersicht wurde von vielen Unternehmen der Republik angefordert. Das Problem war, dass belastete Geräte als Ganzes ausgebaut werden mussten, um eine Faserfreisetzung zu verhindern. Wiederum das Badenwerk organisierte für weite Teile des Landes deshalb eine umfassende Ausbau- und Entsorgungslogistik, um den Kunden eine Lösung anzubieten.

\* \* \*

Was bewegte die Menschen außerhalb der Energiewirtschaft in der Zeit von 1980 bis 1998?

- 1980 Der Ostblock bekam erste Risse. In Polen gründete der Elektriker Lech Walesa die erste freie Gewerkschaft. Einige besonders linientreue Staaten des Warschauer Paktes protestieren gegen diese unsägliche Provokation.
- 1982 • Krieg auf den Falklandinseln. Die ca. 400 km vor Südargentinien liegende, weitgehend unbewohnte Inselgruppe war schon lange Anlass für Streit zwischen Großbritannien und Argentinien. Beide beanspruchten die Inseln für sich, die Briten unterhielten eine Truppe von 79 Mann als Besatzung vor Ort. Als Argentinien dann mit ca. 5.000 Soldaten auf den Inseln landete, konnten die Briten keinen Widerstand leisten. Aber Großbritannien schlug mit seiner geballten Militärmacht zurück und die Argentinier kapitulierten im Juni 1982. Allerdings waren über 900 Tote zu beklagen.

- Ein neues Erdgasgeschäft mit der UdSSR bereitete Ärger. Für den Bau einer 5.500 km langen Pipeline gaben vorwiegend deutsche Banken ca. vier Mrd. DM Kredit. Mit dem dort durchgeleiteten Gas würde der russische Anteil an der Energieversorgung Deutschlands von drei auf sechs Prozent steigen. Die USA protestieren energisch. Angeblich würden die Gelder und die Technologie vorwiegend der russischen Rüstung zugutekommen.
- Das Traditionsunternehmen AEG musste Konkurs anmelden. Anfang des Jahrhunderts war die AEG einer der größten Treiber beim Aufbau der Stromversorgung in Deutschland und an der Gründung vieler EVU beteiligt. Die Aktivitäten des Konzerns in der Energiewirtschaft endeten aber schon in den 60er-Jahren.
- Nach 13 Jahren SPD-FDP-Regierung zerbrach die sozial-liberale Koalition. Helmut Schmidt musste gehen, als neuer Bundeskanzler wurde Helmut Kohl vereidigt.
- Commodore stellte den C64 der Öffentlichkeit vor. Kleine Computer blieben bisher als Bausätze den Profibastlern vorbehalten oder waren wie der Apple II sehr teuer. Nun galt Commodores Leitspruch: „*We need to build computer for the masses, not the classes!*“ Bis zum Produktionsende Anfang der 90er-Jahre fertigte man über 13 Mio. Geräte, manche sprechen sogar von 30 Mio. Stück. Der Rechner und die auf ihm laufenden Spiele erhielten Kultstatus. Obwohl viele den C64 als „Spielcomputer“ bezeichneten, gab es auch viele Arbeitsanwendungen für den privaten Gebrauch, z.B.

Office-Programme wie die Textverarbeitung Vizawrite und die Tabellenkalkulationen Microsoft Multiplan sowie für grafische Anwendungen Programme wie Hi-Eddi. Für eine ganze Generation bildete der C64 den Einstieg in die Nutzung eines Homecomputers.

- 1983
- Erstmals wurden mit der neuen Großfeuerungsanlagenverordnung wirksame Maßnahmen gegen den sauren Regen und das Waldsterben beschlossen. Die Verordnung verpflichtete die Kraftwerksbetreiber, die Emission von Schadstoffen wie Schwefeldioxid stark einzuschränken.
  - Medienposse um die Hitlertagebücher. Am 25.4. veröffentlichte der Stern einige der von ihm teuer angekauften Hitlertagebücher. Mehrere ernst zu nehmende Fachleute kamen nach vergleichenden Schriftproben zu dem Schluss, dass die Tagebücher echt seien. Was keiner wusste, der Handschriftenvergleich der Tagebücher mit anderen Dokumenten Hitlers musste positiv sein, da alles, auch die Vergleichsdokumente, vom gleichen Fälscher Konrad Kujau stammte. Erst Materialanalysen belegten, dass Papier und Siegelkordeln erst in den 50er-Jahren hergestellt sein konnten. Hatte der Stern noch im April behauptet, dass große Teile der NS-Geschichte neu geschrieben werden müssten, musste die Redaktion im Mai unter dem Gelächter der Nation eingestehen, dass die Gier über das Hirn siegt hatte.
- 1984 Ein angebissener Apfel bewegte die Welt, der Apple Macintosh kam auf den Markt. Das Besondere: Bisher brauchte es einiges Spezialwissen, um Computer zu bedienen, da

diese selbst für einfache Befehle genaue Kommandozeilen benötigten. Nun erlaubte eine grafische Benutzeroberfläche mit Mausbedienung und überlappender Fenstertechnik jedem Anwender, sich auf seine eigentlichen Aufgaben zu konzentrieren. Erfunden hatte dies allerdings nicht Apple, sondern Xerox, aber Steve Jobs war eben der genialere Vermarkter.

- 1985
- Die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen entschied sich für Wackersdorf als Standort der ersten großtechnischen Wiederaufbereitungsanlage in Deutschland.
  - Im Kreml übernahm ein nur Insidern bekannter Funktionär das Amt des Generalsekretärs, Michail Gorbatschow. Westliche Beobachter erwarteten von ihm keine grundlegend neuen politischen Weichenstellungen.
  - Der ICE-Vorläufer InterCityExperimental wurde der Öffentlichkeit vorgestellt. Am selben Tag stellte der Zug zwischen Gütersloh und Hamm mit 317 km/h einen neuen Weltrekord für Drehstrom-Schienenfahrzeuge auf.
  - Der 17-jährige Tennisspieler Boris Becker gewann die Tennismeisterschaften in Wimbledon.
  - Der absolute Renner im ZDF war die Serie Schwarzwaldklub, die schon mit ihrer ersten Folge eine Einschaltquote von 62 Prozent erreichte.
- 1986 Die Raumfähre Challenger explodierte 73 Sekunden nach dem Start in Cape Canaveral, alle sieben Besatzungsmitglieder kamen ums Leben. Ursache waren aufgrund der Kälte brüchig gewordene Dichtungsringe.
- 1987 Nach dem Desaster des Growian weihte man im Kaiser-

Wilhelm-Koog den ersten Windpark der Bundesrepublik ein. Nun galt Klein statt Groß als Devise. Der Park setzte sich aus insgesamt 30 Anlagen zusammen, 20 Exemplare des Typs MAN Aeroman (30 kW) und je fünf Exemplare der Typen elektrOmat 25 (25 kW) und Enercon E-16 (55 kW).

- 1988 In einem extra zu diesem Zweck errichteten Theater in Bochum erlebte das Musical Starlight Express seine deutschsprachige Uraufführung. Bemerkenswert: Bis heute wird es ununterbrochen und nur an dieser Spielstätte aufgeführt.
- 1989
- Der Supertanker Exxon Valdez, mit 206.000 t Rohöl beladen, lief in Alaska auf ein Riff, weil der Kapitän betrunken in seiner Kajüte lag und ein dritter Offizier alleine das Schiff steuerte. Insgesamt 44.000 t Rohöl liefen aus und verseuchten über 1.100 km Küstenlinie. Geschätzt verendeten 2,6 Mio. Vögel, dazu eine große Zahl von Seelöwen und Walen.
  - Stopp für die Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf. Der deutsche Atommüll sollte künftig in der französische WAA La Hague aufbereitet werden. Bis zur Einstellung der Bautätigkeit hatte man bereits 2,6 Mrd. DM investiert, heute ist dort der erfolgreiche Innovationspark Wackersdorf angesiedelt.
  - Massenproteste und Blutbad auf dem Platz des Himmlichen Friedens in Peking. Am 4. Juni protestierten ca. 100.000 Menschen auf dem Platz, als dieser von Militär umstellt wurde und Fahrzeuge sowie Panzer damit begannen, in die Menge zu fahren. Insgesamt wird von bis zu 3.600 Toten ausgegangen.

- Auch in der DDR gärte es. Über die seit Mai 89 offene Grenze Ungarn-Österreich flohen ca. 100 Menschen pro Tag, später erhöhte sich die Zahl auf bis zu 500 Menschen pro Tag. Auch in Botschaften der BRD in sozialistischen Ländern stürmten die Flüchtlinge, alleine in der Prager Botschaft kampierten 4.000 Menschen. In einer einmaligen Aktion wurde vereinbart, dass sie mit einem Sonderzug in die BRD ausreisen könnten, einzige Bedingung, der Zug musste über das Gebiet der DDR fahren. Viele fürchteten, dass dort die Stasi eingriff, aber nichts geschah, der Zug erreichte ungehindert Hof in Bayern.
- Der Zerfall der DDR war unaufhaltsam. Noch Anfang Oktober feierte sich das Regime, allen voran Erich Honecker, beim 40. Geburtstag und überhörte die mahenden Worte von Gorbatschow. Während man drinnen feierte, protestierten die Bürger und Bürgerinnen draußen in der ganzen Republik lautstark und unüberhörbar mit dem Slogan „*Wir sind das Volk*“. Nur mit viel Glück konnte verhindert werden, dass Betonköpfe der Partei wie in China Militär gegen die Demonstranten einsetzten. Und dann der Paukenschlag: Durch Zufall, Versäumnisse und Missverständnisse verkündete das Mitglied des Zentralkomitees der SED Günter Schabowski beiläufig auf einer Pressekonferenz, dass die Mauer ab sofort offen sei. Tausende Ostberliner strömten zur Mauer, die Grenztruppen waren völlig desorientiert, aber, nochmals Glück, kein Schuss fiel. Dann, am 9.11. um 23.14 Uhr, öffneten sich unter dem Druck der

Menschenmassen die Schlagbäume und der Weg nach Westberlin war frei. Das letzte Kapitel des Staates DDR hatte begonnen.

- 1990 • Der Staatsvertrag zwischen der DDR und der BRD wurde geschlossen. Darin war geregelt, dass die DDR die Hoheit in der Geldpolitik an die BRD abgab und die DDR viele Normen und Verordnungen übernahm. Die Bürger hatten mit ihrer Drohung gesiegt: „*Entweder kommt die DM zu uns oder wir kommen zur DM.*“ Nun gab es die Wirtschafts- und Währungsunion.
- Endlich endete auch für Deutschland der Zweite Weltkrieg. Nach Abschluss der 2+4-Gespräche konnten der seit 1945 andauernde Waffenstillstand und die formal noch geltenden Besatzungsregelungen der Alliierten in einen finalen Friedensvertrag münden. Damit war auch der Weg zu einer Wiedervereinigung frei.
- Nach 41 Jahren der Trennung vollzog sich die Wiedervereinigung Deutschlands durch den Beitritt der DDR zur BRD.
- 1991 • Anderswo lag der Friede noch Jahrzehnte in der Zukunft. Nach Zustimmung der Vereinten Nationen bricht der Golfkrieg I aus, weil der Irak den Nachbarstaat Kuwait überfallen hatte. Der Irak wehrte sich, konnte aber dem Druck der internationalen Streitkräfte, allen voran die USA, nicht standhalten. Notiz am Rande, um deutsche Soldaten aus dem Krieg herauszuhalten, zahlt die Bundesrepublik 18 Mrd. DM an die kriegführenden Alliierten. Im März 1991 war der Krieg beendet, Kuwait befreit, aber Diktator Hussein blieb an der Macht.



- Mit einer knappen Entscheidung von 338 zu 320 Stimmen verlegte der Bundestag seinen künftigen Sitz von Bonn nach Berlin.
- Am Rande eines Schmelzwassersees in den Alpen fanden Wanderer die Reste einer Leiche. Anders als zuerst vermutet, handelte es sich dabei nicht um das Opfer eines aktuellen Verbrechens oder um einen verunglückten Bergsteiger, sondern um den mumifizierten Körper eines vor über 5.300 Jahren umgekommenen Jägers. Nach seinem Fundort wurde er künftig als Ötzi bezeichnet.

1994 Könige, Präsidenten und Ingenieure hatten sich seit 1753 daran versucht, nun war es vollbracht. Der Eurotunnel, ein 50 km langer Eisenbahntunnel zwischen England und Frankreich, wurde eröffnet. Mit einem Streckenanteil von 37 km unter der Straße von Dover ist er der längste Unterwassertunnel der Erde.

- 1995
- Der erste Castor-Transport vom KKW Philippsburg in das Zwischenlager Gorleben machte sich auf den Weg. Zuerst transportierte man den Castor-Behälter per Bahn bis zur Verladestation Dannenberg, von dort mit Lkw in das Zwischenlager Gorleben. Der Transport wurde auf dem letzten Abschnitt im Landkreis Lüchow-Dannenberg von 4.000 Demonstranten begleitet, 7.600 Polizisten schützten den Transport. Laut Medienberichten kostete der Transport ca. 55 Mio. DM.
  - Der Öl-Tender (Zwischenlager für Rohöl) Brent Spar von Shell in der Nordsee hatte ausgedient und sollte nach technischen Rückbauten versenkt werden. Die Organi-

sation Greenpeace wollte diese Maßnahme medienwirksam inszenieren, um gegen die Vermüllung und Verschmutzung der Meere zu protestieren. Leider schossen beide Seiten weit über das Ziel hinaus. Shell leistete sich ein bis heute anerkannt miserables Krisenmanagement und Greenpeace arbeitete (wie später auch selbst eingeräumt) mit völlig falschen, weit überzogenen Schadstoffwerten, um seine Aktionen anzuheizen. Die öffentliche und politische Resonanz war extrem hoch, der Fall wurde aber für beide Seiten ein Beispiel für falsche und überzogene Kommunikationspolitik.

- Die Stromnetze Tschechiens, Ungarns, Polens und der Slowakei konnte man mit dem westeuropäischen UCTE-Verbundnetz synchronisieren. Die HGÜ-Kurzkupplungen in Etzenricht, Dürnröhr und Wien-Südost wurden damit überflüssig.

1997

- Nach 99 Jahren Pacht durch England ging Hongkong an die Volksrepublik China zurück. Für viele Chinesen war der britische Außenposten Zufluchtsort vor dem Chinesischen Bürgerkrieg 1927 bis 1949. Nun erfolgte die Übergabe vereinbarungsgemäß an die Volksrepublik China. Seitdem ist Hongkong eine chinesische Sonderverwaltungszone.

- Der erste Band der „Harry Potter“-Serie wurde in einer Kleinauflage von nur 500 Stück veröffentlicht. Bis 2015 konnte der Verlag dann aber mehr als 450 Millionen Bücher der sieben Bände umfassenden Reihe verkaufen.

1998

- Nach der Konferenz von Kyoto unterzeichneten hochrangige Personen ein am 11. Dezember 1997 beschlos-

senes Zusatzprotokoll zur Ausgestaltung der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen. Das Abkommen legte erstmals völkerrechtlich verbindliche Zielwerte für den Ausstoß von Treibhausgasen in den Industrieländern fest. Bis Anfang Dezember 2011 hatten 191 Staaten sowie die Europäische Union das Kyoto-Protokoll ratifiziert. Die USA lehnten 2001 die Ratifikation des Protokolls ab.

- Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union beschlossen in Brüssel die schrittweise Einführung des Euro. Der Start erfolgte zuerst am 1. Januar 1999 als Buchgeld, drei Jahre später, am 1. Januar 2002, als Bargeld.
- Nach 16 Jahren erfolgte bei der Bundestagswahl die Abwahl der Regierung Kohl. Die FDP war nach der Wahl zum ersten Mal seit 29 Jahren nicht mehr an der Regierung beteiligt. Die PDS als Nachfolgepartei der SED errang erstmals den Fraktionsstatus im Deutschen Bundestag. Nach der Wahl bildete sich eine rot-grüne Koalition, die erste auf Bundesebene unter Führung des neuen Kanzlers Gerhard Schröder.

\*\*\*

Nun sei noch ein kurzer Blick zurück zu den Entwicklungen in der Energiewirtschaft der DDR und in die Nachwendezeit gestattet. Nach 1945 fasste man die auf dem Gebiet der DDR arbeitenden EVU und Stadtwerke zu Energiekombinaten zusammen. Eine technische Folge war, dass man die früher getrennten Netze zwischen den EVU (Stadtwerke – Regionalwerke) mit wenigen definierten

Übergabestellen zu einem kostenoptimierten Gesamtnetz zusammenschloss. Klar, man war ein Betrieb (= Kombinat), warum sollte man da abtrennbare Netzareale schaffen? Dort, wo technisch notwendig, klar, aber sonst machte das nur Aufwand. Das rächte sich nun bitter. Mit der Wende erfolgte die Umwandlung der Energiekombinate in Aktiengesellschaften, die man unter neuem Namen privatisierte. Zunächst, noch unter der letzten DDR-Regierung zusammen mit der Treuhand, gab es Pläne, die gesamte ostdeutsche Energiewirtschaft (zehn Energiekombinate) unter den westdeutschen Energiekonzernen Preussen Elektra, RWE und Bayernwerk aufzuteilen. Die Kommunen, aus deren ehemaligen Stadtwerken das Vermögen der Kombinate größtenteils bestand, sollten lediglich geringe Kapitalanteile erhalten. Nachdem es gegen eine solche Verteilung Proteste gegeben hatte, wurde im Rahmen dieses Stromvertrages eine modifizierte Lösung unter stärkerer Beteiligung der ostdeutschen Kommunen und weiterer westdeutscher Energieversorger (Badenwerk, Bewag, EVS, HEW und VEW) ausgehandelt. Das entscheidende Kapitel der Auseinandersetzung mündete schließlich in eine Kommunalverfassungsbeschwerde von 163 Städten und Gemeinden: Das Bundesverfassungsgericht hielt die mündliche Verhandlung am 27.10.1992 im Kasino des Reichsbahn-Ausbesserungswerkes Stendal ab. Damit wollte es demonstrieren, dass es auch das Verfassungsgericht der neuen Länder ist. Die Verhandlung war äußerst turbulent und der große Saal konnte kaum alle Beteiligten fassen. Das Verfassungsgericht schlug, ungewöhnlich genug, einen Vergleich vor. Danach sollten die Kommunen die örtlichen Elektroleitungen, Transformatoren und Kraftwerke erhalten und im Gegenzug die fünfzehn regionalen Stromunternehmen ganz den Westkonzernen überlas-

sen. So geschah es im Wesentlichen auch und damit kamen die schon genannten Netzprobleme. Einmal entsprach die Infrastruktur gelinde gesagt nicht ganz dem aktuellen Stand der Technik, das größere Problem war aber, die nach der Verstaatlichung verwobenen Netze wieder so aufzutrennen, dass es jetzt wieder definierte Stadtwerkenetze, Regionalnetze usw. gab. Dabei waren die Entwicklungen in ostdeutschen Stadtwerken schon bisher bewegt genug, wie ein Beispiel zeigen soll. Ein fiktiver Gaswerkmitarbeiter der Stadtwerke Stendal schied angenommen z. B. 1992 aus dem Arbeitsleben aus. Ohne jemals seinen Arbeitsplatz und seine Aufgabe zu wechseln, hatte er im Laufe seiner 45-jährigen Berufstätigkeit bei folgenden, immer wieder umbenannten Betrieben gearbeitet:

- 1948 Altmärkische Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke GmbH, Stendal
- 1949 Kommunalwirtschaftsunternehmen des Stadtkreises Stendal
- 1950 Energiebezirk West/Vereinigung volkseigener Betriebe, BD Gardelegen
- 1952 VEB Energieverteilung Gardelegen
- 1953 VEB Gasversorgung Magdeburg
- 1959 VEB Energieversorgung Magdeburg, Netzbetrieb Gardeleben
- 1960 VEB Verbundnetz West, Netzbetrieb Magdeburg
- 1964 VEB Verbundnetz, Netzbetrieb West
- 1970 VEB Energieversorgung Mitte
- 1990 Energieversorgung Magdeburg GmbH
- 1991 Gasversorgung Sachsen-Anhalt GmbH
- 1992 Stadtwerke Stendal

Ständige Umstrukturierungen und Umbenennungen sind also keine Erfindung jungdynamischer Betriebswirtschaftler von heute, sondern haben in Deutschland eine lange Tradition.

Wenden wir uns nun der sicher einschneidendsten Entwicklung dieser Epoche für die Energiewirtschaft zu, der Marktliberalisierung. Auch in Baden-Württemberg begann der Weg hin zum offenen Markt schon sehr früh. Im Oktober 1984 gab es einen ersten unerwarteten Schuss vor den Bug. Der Landtagsabgeordnete Dieter Stoltz (SPD), Abteilungsleiter bei den Stadtwerken Karlsruhe, stellte mit seiner Fraktion einen Antrag im Landtag Baden-Württemberg. Der Landtag möge beschließen, dass via Bundesrat das EnWG so geändert wird, dass für die HS- und MS-Ebene keine Demarkations- und Konzessionsverträge mehr abgeschlossen werden dürfen, dass auf diesen Spannungsebenen Wettbewerb herrschen soll und dass auch eine Durchleitung aus anderen Ländern möglich sei. Die EVU verfolgten die Diskussion mit ungläubigem Staunen. Stromdurchleitung, mehrere Vertriebe, die gleichzeitig und parallel ihren Strom durchleiten und alles über nur ein einziges Kabel, womöglich auch noch in unterschiedliche Richtungen. Wie sollte das technisch gehen? Auch der VdEW war zutiefst aufgeschreckt. In seiner Stellungnahme an die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses im Landtag fasste man die Kernargumente gegen die Wettbewerbsideen zusammen:

- Planungs- und Investitionssicherheit geht nur, wenn der Verbrauch in einem Gebiet bekannt ist, also in der eigenen Hand liegt.
- Wettbewerb fördert Doppelinvestitionen, da jedes Unternehmen seine Leitungen bauen muss.

- Großkunden können dann den Lieferanten wechseln mit der Folge, dass die Erzeugung unwirtschaftlicher wird und die AVB-Kunden höhere Preise zahlen müssen.
- Preiskampf um Großkunden führt zu Verlusten und damit ebenfalls zur Verteuerung für AVB-Kunden.
- Großkunden erhalten individuelle Preise, das einheitliche Preisgefüge in den Gebieten stimmt nicht mehr, darunter leiden strukturärmere Gebiete.
- Erzeuger mit günstiger Kraftwerksstruktur könnten billiger anbieten, der Kohle-Jahrhundertvertrag würde ausgehebelt.
- Bei vollem Wettbewerb gibt es auch keine Sonderleistungen im Umweltschutz, das können sich die EVU dann nicht mehr leisten. Nur noch das gesetzliche Minimum wird erfüllt.
- Durchleitung stellt einen Eingriff in das Eigentumsrecht dar. Gegenwärtig gibt es schon Durchleitungen, auch für Firmen und Partner-EVU, aber nur auf freiwilliger Basis.

Im Übrigen, dass der Strompreis in Baden-Württemberg so hoch sei, liege auch daran, dass die geplanten (Kern-)Kraftwerke nicht errichtet werden durften, so die trotzig Antwort an die Politik, also ein entschiedenes „Selber-Schuld“.

Aber die (Wettbewerbs-)Lawine rollte weiter. Nicht lange danach gab es wieder Irritationen. Der Verbandsvorsitzende berichtete von Aktivitäten zur Reform des EnWG, insbesondere zur Abschaffung der eigentlich ständig beklagten Informationspflichten aus dem EnWG 1935, wo man jedes neue Kabel oder

Kraftwerk der Behörde melden musste. Für kleinere Kraftwerke, auch solche von Nicht-EVU, sollte sie eingeschränkt oder abgeschafft werden. Im Kern eigentlich positiv, wenn es nur für die eigene Branche gälte. Aber so, keiner müsste mehr melden? Dann könnten ja auch Nicht-EVU größere Einheiten bis zehn MW errichten und betreiben. Und deren Rücklieferung ins Netz in der Mittelast könnte dann Kohlestrom verdrängen und heute schon in der NT-Zeit Kernenergie ersetzen. Schlimm nur, alle Argumente griffen in der Politik nicht, die Karawane zog unbeirrt weiter. Resigniert musste man einmal mehr feststellen, dass der Energiewirtschaft ein starker Wind ins Gesicht blies. Der Tenor lautete:

*„Allgemein wird bedauert, dass die Elektrizitätswirtschaft von Presse, Funk und Fernsehen immer wieder angegriffen wird, ohne dass sich unser Wirtschaftszweig gegen diese Vorwürfe direkt wehren kann.“*

Naja, wehren hätte man sich schon können, aber wie so oft, einem vielstimmigen Chor, der noch dazu oft unterschiedliche und sich widersprechende Texte singt, hört eben niemand gerne zu. Hätte man nur bei der Kommunikationspolitik schon früher an einem Strang gezogen, nun war es zu spät.

Und die Einschläge kamen immer näher. Im Vorstandsrat wurde im November 1993 ein bitteres Zwischenfazit gezogen.

*„Durch die zukünftige Kostenentwicklung, die Kohlepolitik, fehlenden Konsens für Kernenergie und den Wettbewerb der Preise für Industriekunden werden schwierige Zeiten für eine langfristige Energiepolitik bevorstehen.“*

Aus Frankreich sollte es angeblich erste Stromangebote für Großkonzerne im Lande geben. Das BMWi wollte durch Änderungen des EnWG und des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung den Gebietsschutz bei Konzession und Demarkation sowie das ausschließliche Wegerecht abschaffen. Und sogar bei Endkunden tat sich Ungeheuerliches. Im Gebiet eines Landesunternehmens, so vernahm man mit ungläubigem Staunen, hatte eine Wohnungseigentümergeinschaft ein BHKW gebaut und wollte den Strom selbst nutzen. Dazu verlegte sie sogar Kabel in den Straßenraum. Nach Protest des EVU wurden die Kabel in die Vorgärten gelegt, das musste man zähneknirschend hinnehmen. Dann beantragte die WEG beim Wirtschaftsministerium eine §-5-Genehmigung und, Welch ein Verfall der Sitten, erhielt diese auch noch. Man befürchtete das Schlimmste, zumal die Anlagenhersteller wie Daimler und Fichtel&Sachs sogar Betriebs- und Wartungsverträge für solche BHKW anboten. Der Untergang schien nahe.

Immer schneller drehte sich nun das Wettbewerbsrad. Ein Landesunternehmen berichtete im März 1994, dass Industriekunden vermehrt die Möglichkeit nutzten, mit Eigenerzeugungsanlagen ihre Bezugskosten zu verringern. Und das war kein Einzelfall. Auf breiter Front drohten die Industriekunden mit der Errichtung von großen Eigenerzeugungsanlagen bis in den MW-Bereich. Dass diese Anlagen nicht nur Absatzverluste bedeuteten, sondern womöglich in großem Stil Überschussstrom ins Netz einspeisen könnten, war allen klar. Auch der Einsatz von BHKW bei Weiterverteilern sahen die Großen kritisch.

Als ob das nicht reichte, es gab noch eine Front. Viele externe Berater, so die erregte Feststellung, würden den Aufbau kommunaler Versorgungsbetriebe befürworten (Schönau ließ grü-

Ben). Diese nähmen aber den Flächenversorgern vor allem attraktive Versorgungsgebiete weg. Damit würde die „*Balance zwischen regionaler und kommunaler Versorgung*“ gestört, da die höheren Gewinne aus Ballungsgebieten nötig seien, um die dünn besiedelten Gebiete zum gleichen Preis versorgen zu können. Die Gleichpreisigkeit in Stadt und Land sei „*ein hohes Gut, das es zu verteidigen gelte*“.

In Städten wie Walldorf, Waldkirch und Fellbach wollten die Kommunen schon 1997 eigenen Stadtwerken die Konzessionen erteilen. Es half kein Locken, Drohen oder Fluchen, viele Kommunen wollten ihr eigenes Ding machen, zu schlecht war mittlerweile das Image der Großen und die Verärgerung über das hohe Ross, auf dem einige bisher saßen. Auch die bereits bestehenden Stadtwerke wurden immer aktiver und damit lästiger. 1996 fielen sie erneut unangenehm auf, als der Vorstandsrat pikiert feststellte:

*„Sorge bereitet den Erzeugungsunternehmen der Zusammenschluss von Stadtwerken und kleinen regionalen Versorgungsunternehmen in Einkaufsgenossenschaften, unter Hinzuziehung weiterer Stadtwerke zur Optimierung von Eigenerzeugungsanlagen.“*

Gemeint waren Tübingen und die Südweststrom, die kräftig und erfolgreich wider den Stachel löckte.

In der Sache richtig, analysierten die großen EVU, dass offensichtlich unterschiedliche Interessenlagen zwischen Groß und Klein beständen, die dazu führten, dass Meinungsunterschiede der Energiewirtschaft in der Presse offen ausgetragen

würden und dass die Kommunallobby in der Frage der Liberalisierung des Strommarktes zusammen mit der Opposition auf Gesetzesänderungen drängen würde.

Die lief aber auch ohne Schützenhilfe der KMU weiter ungebremst. Die beiden konkurrierenden EU-Modelle Single Buyer und Negotiated Third Party Access NTPA (Verhandelter Netzzugang Dritter) standen auf EU-Ebene im Widerstreit. Frankreich wollte nur den Single Buyer akzeptieren, Deutschland wollte nur zustimmen, wenn beide Modelle gleichwertig wären, was systemisch aber nicht geht, Spanien, Italien, Portugal und Griechenland neigten eher zur französischen Haltung. Beide Modelle, so der VDEW, würden für die EVU erhebliche Nachteile bringen. Man stellte fest:

*„Die Primitiv-Aussage Wettbewerb = niedere Strompreise muss entkräftet werden. Dazu müssen wir der Politik und den Kunden plausibel machen, wo die Ursachen für höhere Strompreise in Deutschland liegen.“*

Darauf hätte man früher kommen können. Eine konzentrierte Kommunikationspolitik, seit Jahrzehnten gefordert, war bisher eher Thema für Verbandssitzungen, wenn nichts Wichtiges anstand.

Dann, 1997, gab es kein Halten mehr. Der Entwurf des neuen Energierechtes passierte den Bundestag, das Single-Buyer-Modell war faktisch tot, nicht einmal Frankreich stützte es mehr. Am Markt begann ein Hauen und Stechen, allen voran amerikanische Anbieter wie Southern Electric und Enron. Besonders Enron versuchte, durch Versprechen und attraktive Preise Marktanteile

zu erobern. Auch die Kunden machten mobil. Speziell Kettenkunden verlangten für ihre Filialen flächendeckend einheitliche Preise, was, so ein Vorschlag im Vorstandsrat, am besten mit Bietergemeinschaften der EVU untereinander realisierbar wäre. Eine blauäugige Idee in einer Zeit des jeder gegen jeden. Insgesamt sah man bei den Verteilerwerken die Margen „zusammenbrechen“, die EnBW wurde gebeten, vertrauensbildende Maßnahmen zu ergreifen und die Verteiler nicht in die Rolle der reinen Netzbetreiber zu drängen, da diese in Zukunft kaum noch Sondervertragskunden halten könnten. Ein frommer Wunsch, die Idee Yello geisterte längst in den EnBW-Köpfen und lag einigen Stadtwerken schwer im Magen.

Aber man blickte 1997 zwangsweise auch nach vorn. Mal angenommen, der Wettbewerb käme wirklich, wie sollten die Durchleitungsentgelte aussehen, wie könnte man sie berechnen, welche Verträge mit wem bräuchte man? Zunächst favorisierte man entfernungsabhängige Entgelte, u. U. entfernungsabhängige Briefmarken, diese wollten aber die neuen Anbieter nicht. Überhaupt, nach Ansicht von Vorständen hatte der VDEW „an den falschen Schauplätzen“ gekämpft, besser wäre es gewesen, er hätte sich um längere Übergangsfristen und um Stufenlösungen bei der Marktöffnung bemüht, statt dauerhaft Fundamentalopposition zu betreiben. Gut, hinterher war man schlauer, aber dazu war es nun schon zu spät. Dabei wären die Chancen für einen gleitenden Übergang nicht einmal schlecht gewesen. Die EU-Binnenmarkt-Richtlinie ließ den Staaten zwar nur zwei Jahre Zeit für die Umsetzung, dafür gab es aber viele Freiräume für nationale Besonderheiten. So sah die EU-Richtlinie für 1999 lediglich einen Marktöffnungsgrad von 23 Prozent bzw. für 2003 33 Prozent vor,

die sich zudem eher an die großen Sondervertragskunden richtete. Die deutsche Gesetzgebung macht daraus aber eine sofortige 100-Prozent-Marktöffnung für alle Stromkunden ohne jede Übergangszeit. Diese Übererfüllung der EU-Vorgabe führte in den ersten Jahren zu vielfältigen Verwerfungen, da man die Systeme der Stromdurchleitung erst entwickeln und aufbauen musste. Die gleiche Politik, die diesen Gewaltstart von 0 auf 100 in 0 Sekunden ins Gesetz schrieb, bejammerte nun, dass beim Startschuss noch nicht alles klar geregelt sei.

Dann, 1998, war es so weit, nach „zähem Ringen“ hatten sich der VDEW, der BDI und der VIK auf eine Verbändevereinbarung geeinigt. Da es keinerlei Erfahrung gab, sah sie ein Punkt-zu-Punkt-Modell vor, die einzelne Durchleitung musste also vom Kraftwerk über jede einzelne Spannungsebene (diese jeweils auch noch entfernungsabhängig) und Umspannanlage hin zur Abnahmestelle berechnet werden. Dass das nur für wenige Durchleitungsfälle bei größten Industriekunden handhabbar sein konnte, war klar, aber mehr hatte man ja auch nicht erwartet. Nur, man lag mit dieser Annahme nicht nur falsch, man lag völlig daneben. Im Verband redete man sich die Köpfe heiß, weil nun Fragen auftauchten, an die bisher niemand, auch nicht der Bundesverband, gedacht hatte. Ein Beispiel: Wie sollte es mit kleineren regionalen Bündelkunden, z. B. kleinen Ladengeschäften einer Kette weitergehen? Die wollten zwar bei ihrem EVU bleiben, aber trotzdem günstiger einkaufen. Eigentlich waren es Tarifikunden, für die per Gesetz die regionalen veröffentlichten AVB-Preise galten. Keines durfte günstiger als ein anderes Ladengeschäft am Ort versorgt werden. Möglich wäre, die Einkaufsgemeinschaften als zentralen Vertragspartner zu sehen, das brächte aber nur etwas, wenn die

ser die Rechnungen zentral bezahlte und man die Belieferung als eigenständige Durchleitung gestaltete. Das wollte aber keiner. Zudem müsste man dann auch kleine Lieferstellen mit Lastprofilzählern ausstatten, was viel zu teuer würde. Diese Fragen tangieren auch die Konzessionsabgaben und damit die Kommunen. Sobald eine einzelne Lieferstelle eines Kettenkunden ihre Tarifikundeneigenschaft aufgab, würde sie zum Sonderkunden mit der Folge, dass die KA zulasten der Kommunen absank. Und die war wiederum oft Eigentümer des Stadtwerks mit entsprechenden Durchgriffsrechten. Zumindest hier gab es bald Klarheit. Der VDEW informierte, dass nach seinen Empfehlungen nur Anlagen bis 15.000 kWh/a oder bis 30 kW Leistung als Tarifikunden zählten. Bis zu dieser Grenze sollte mit normierten Lastprofilen gearbeitet werden, darüber wären Sonderkunden angesiedelt.

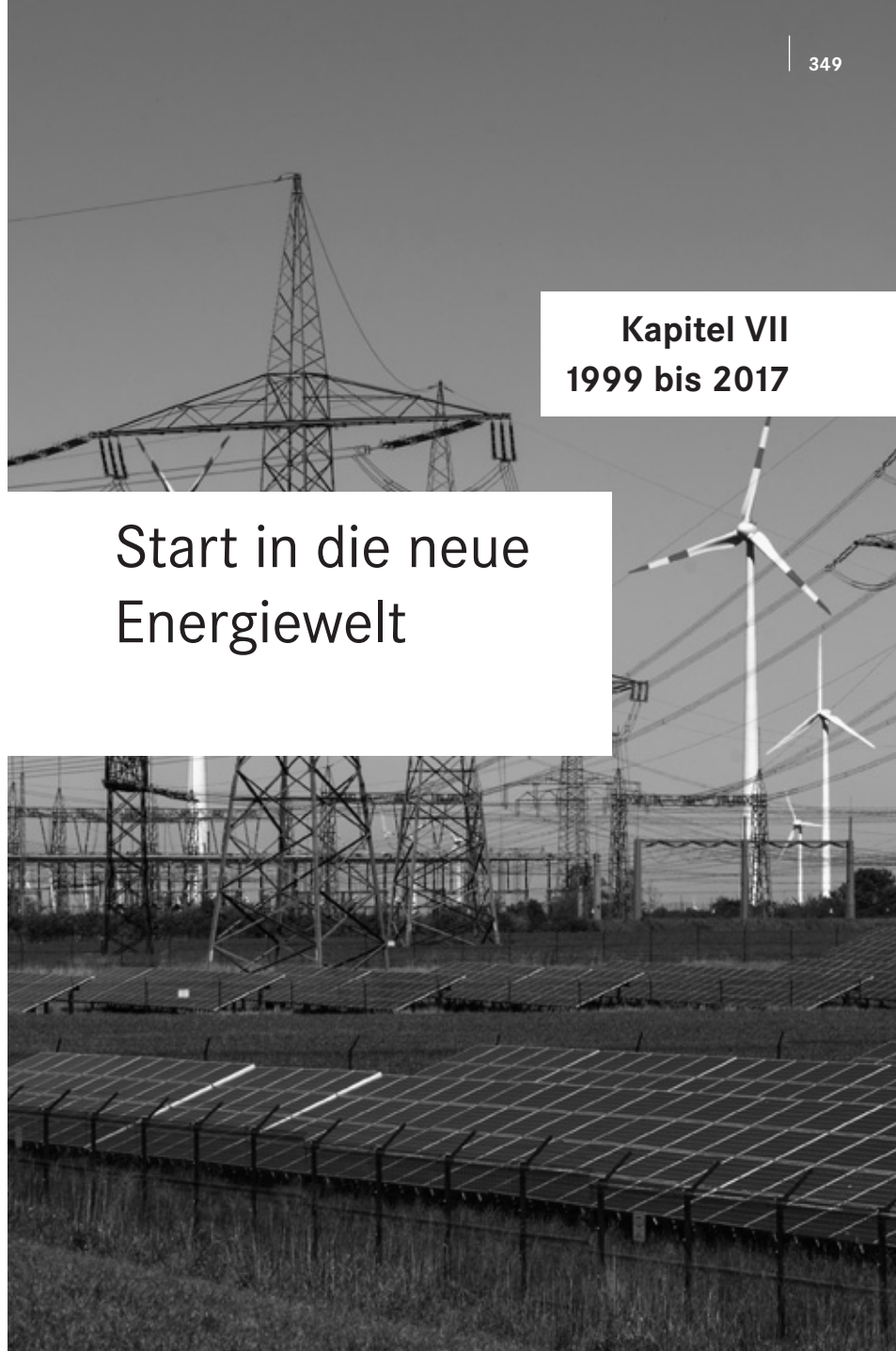
Die Kunden aller Größenordnungen hatten auf diese Chance der neuen Freiheit lange gewartet, nun griffen sie zu, befeuert von den Medien und der Politik, die den Anbieterwechsel mantrahaft zum Selbstzweck erklärten.

Und die Energiewirtschaft? Die hatte eigene Probleme. Nicht nur die technischen und juristischen Fragen bewegten die Branche, oft genug verstanden die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die neue Welt nicht mehr. Hatte man nicht über Jahrzehnte hinweg den „Abnehmern“ verlässlich Strom und Gas geliefert? Hatte man nicht immer genau gewusst, was gut für sie war? Und jetzt das. Man haderte mit allen, der Politik, der EU sowieso, den Verbänden, die das nicht verhinderten, den eigenen Vorgesetzten, die bei diesem Unsinn auch noch mitmachten, und natürlich mit den undankbaren Kunden. Es dauerte einige Zeit, bis sich die neue Welt nicht nur in den Köpfen, sondern auch in den Her-

zen festsetzte und aus Abnehmern Kunden wurden, deren Wünsche man zu erfüllen hatte. Bei einigen Unternehmen ging es schneller, bei anderen langsamer, die Geschwindigkeit des Wertewandels hing aber immer von den einzelnen handelnden Personen ab.

## Kapitel VII 1999 bis 2017

# Start in die neue Energiewelt







Jetzt war er endlich da, der Wettbewerb bei Strom und Gas. Seit Jahren von den einen heiß ersehnt, von den anderen ebenso heiß bekämpft und gefürchtet. Nicht langsam und tastend kam er, wie es sich die Energiewirtschaft gewünscht hatte, um auch für sich selbst erst einmal die Spielregeln zu entwickeln und zu üben, nein, er kam mit der ganzen Macht eines unregulierten Marktes. Ein Mix aus Goldgräberstimmung und Dummenfang, Kaffeefahrt und Marktschreierei, alles war vertreten. Neue Anbieter traten gleich mit aggressiven Lockangeboten in den Markt ein, Ares, Hanse-Strom, Strom 2000, um nur einige Namen zu nennen. Ein Angebot der besonderen Art rief sogar die Wettbewerbshüter auf den Plan. Gleich drei Abmahnungen kassierten Ares-Stromvertrieb und ProMarkt, die einen Stromvertrag mit zweijähriger Laufzeit anboten und einen „Fernseher für eine Mark“ als Zugabe boten. Dieses „übertriebene Anlocken“ sei wettbewerbsrechtlich unzulässig, lautete in allen drei Fällen die Begründung. Ein Jahr später hob man die Verfügung wieder auf, aber Ares konnte das eine so egal sein wie das andere. Man hatte die Medien und Kunden auf seiner Seite und die Gegner erst mal aufgeschreckt. Später wurde so eine Aktion Guerilla-Marketing genannt – mit kleiner Kriegskasse einen maximalen Rummel veranstalten. Das war gelungen.

Aber auch eine prall gefüllte Kriegskasse war kein Hindernis. Im August 1999 stellte die EnBW ihre neue Stromvertriebs-tochter Yello vor. Mit dem Slogan „Gelb – Gut – Günstig“ drängte das neue Unternehmen mit einer millionenschweren Werbekampagne in den Markt. Auch die Tarifgestaltung schien sehr werblich ausgerichtet, denn Yello bot den Strom für 19/19 (alle Leistungen inklusive) an (19 DM Grundpreis / 19 Pf./kWh; entspr. 9,71 Euro / 9,71 ct/kWh inkl. Netz). Die Branche war schockiert, insbesondere

die Stadtwerke, die ihren Strom selbst von der EnBW kauften oder sogar noch kaufen mussten. Da in einzelnen Fällen die EnBW-Tochter sogar in Städten mit eigenen Stadtwerken Vertriebsbüros in zentralen Lagen gründete, war der Ärger komplett. Jetzt stellte man selbst die eigenen Verträge mit der EnBW infrage, trat aus Arbeitsgemeinschaften aus und machte den früheren Partner und heutigen „leibhaftigen Gott sei bei uns“ madig, wo es nur ging. Auch die EnBW zeigte sich nach anfänglich etwas hochmütiger Schadenfreude *„Das ist eben Wettbewerb!“* nachdenklich, als auch ihre eigenen Stromkunden zu Yello wechselten. So kannibalisierte sich die EnBW auf mehreren Ebenen selbst, ihre margenstarken Kunden wechselten zur margenschwachen, teilweise sogar defizitären Yello und ihre Stadtwerke als Großkunden wandten sich ab und suchten trotzig andere Anbieter von Dienstleistungen und Energie. Die große Stunde von Firmen wie der Südweststrom brach an.

Und dann noch das: Auf einer Versammlung hochmöglicher Stadtwerkegeschäftsführer aus Baden-Württemberg verkündete der Vorstandsvorsitzende der EnBW kühl lächelnd: *„Ihre Kunden sind unsere Kunden“*, was die Anwesenden als offene Kriegserklärung werteten. Der Spruch war ja eigentlich auch unnötig. Dass sich die EnBW nun als Mitbewerber sah, war inzwischen allen klar und dass man nur wenig Rücksicht zu erwarten hatte sowieso. Aber dass einem das so nassforsch um die Ohren gehauen wurde, schürte doch Emotionen. Einer der Anwesenden formulierte es später so:

*„Selbst wenn andere Großhändler ihren Strom etwas teurer anbieten, kaufen wir lieber dort als bei euch. Und wenn doch, müsst ihr sehr viel billiger sein als eure Mitbewerber, einfach des Ärgers wegen.“*

So einfach kann man sich die eigene Marge und noch dazu das gewachsene Vertrauen seiner Kunden kaputt machen.

Und noch mehr Ärger drohte. Die RWE sah dem Treiben interessiert zu und ihre Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. Man platzierte die eigene Marke Avanza in Blau. Beide Unternehmen beharkten sich nun munter und zum Amüsement des Publikums in teuren Werbeanzeigen. RWE legte vor, z. B. mit der Warnung vor der „gelben Gefahr“, Yello konterte mit der Frage *„Wer kauft schon Strom von jemand, der blau ist?“*. Später, nach Gründung der Eon färbte sich der Strom auch noch rot, als kein Geringerer als Arnold Schwarzenegger höchstselbst einen Kühlschrankschrank schulterte, ihn durchschüttelte und unter dem Motto *„Mix it, Baby“* dazu aufforderte, sich seinen Ökostrom aus den verschiedenen Quellen selbst zusammenzustellen. Eine von Fachleuten gelobte Kampagne und eigentlich eine gute Idee, leider ein wirtschaftlicher Misserfolg, die Privatkunden blieben, wo sie waren. Zumindest noch.

Ganz dramatisch war es bei den Groß- und Größtkunden. Um die Industriekunden zu halten, wurden verschiedentlich Preise akzeptiert, die deutlich unter den Grenzkosten lagen. Es gab Fälle wie die eines großen Kettenkunden, der einen All-inclusive-Vertrag mit einer eigentlich pffiffigen Preisgleitklausel erhielt: Je höher die Vollbenutzungsstunden lagen, desto günstiger wurde der Strom. Nur hatte man nicht aufgepasst, die Vollbenutzungsstunden lagen hier extrem hoch, der Verkaufspreis (inkl. Netz) sank auf 5 Pf./kWh. Großzügig bot der mittlerweile aufgeschreckte Anbieter den Weiterverteilern an, in den Vertrag einzusteigen. Ob dieser ungewohnten Großzügigkeit misstrauisch geworden, rechnete man seinerseits nach und lehnte dann dankend ab.

Auch die großen Anbieter beharkten sich untereinander. Manche versuchten deutschlandweit gezielt in die Gebiete von anderen großen Mitbewerbern einzudringen. Man machte den dortigen, inzwischen vom Platzhirsch verärgerten Weiterverteilern sehr günstige Angebote und bot sogar an, sie als Brückenkopf und Vertriebskanal zu entwickeln. Nach nur kurzem Zögern zeigten sich viele Weiterverteiler deshalb alles andere als unglücklich, da sie nun ihrerseits ihren Gewerbe- und Privatkunden Preisenkungen anbieten konnten. Einzelne Weiterverteiler schlossen sogar aktiv Verträge mit z. B. RWE als Vertriebspartner ab, obwohl sie bisher Weiterverteiler der EnBW waren.

Der ruinöse Wettbewerb verunsicherte inzwischen auch die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Landespolitik setzte noch einen drauf und verkaufte etwa zeitgleich ihre Anteile von 25,01 Prozent an der EnBW dem französischen Stromanbieter EDF für 2,4 Mrd. Euro. Laut Ministerpräsident Erwin Teufel sollten die Verhandlungen bis Mitte Januar 2000 abgeschlossen sein. Erst von den bisherigen Partnern (Weiterverteilern und Kunden) verraten, dann vom Eigner auch noch verkauft, so sahen es viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dass man selbst eine gehörige Portion Mitschuld an der Verärgerung der bisherigen Marktpartner hatte, übersah man geflissentlich. Wobei, auch anderswo änderten sich die Verhältnisse. Als erstes kommunales Unternehmen ging die MVV im März 1999 mit 25 Prozent der Anteile an die Börse. Die Aktienausgabe brachte 400 Mio. DM, die für weitere Beteiligungen genutzt wurden.

Langsam verfestigten sich aber die Abläufe zu neuen Strukturen. Dass im grenzenlosen Wettbewerb das bisherige Punkt-zu-Punkt-Modell nicht funktionieren konnte, war schnell klar. Also

musste die Verbändevereinbarung baldmöglichst weiterentwickelt werden. Der VDEW erarbeitete ein Regelwerk, das die Stromdurchleitung für Kunden mit geringem Verbrauch erheblich vereinfachen sollte. Man einigte sich auf Standardlast-Profile für Privathaushalte und mittelständische Betriebe, das „synthetische Verfahren“, neben dem es noch ein „analytisches Verfahren“ gab, das aber ein Schattendasein führte. Das neue Regelwerk bedeutete eine starke Vereinfachung. Zwar mussten sich die Verbände noch auf die Eckdaten des Regelwerkes einigen, aber die vereinfachten Nutzungsregeln und Entgeltermittlung versprachen eine starke Belebung des Energiemarktes. Dann, im Dezember 1999, war es so weit, die Verbändevereinbarung VVII wurde zwischen BDI, VIK, VDEW, DVG, ARE und VKU abgeschlossen. Nun stellten die Durchleitungen keine individuellen Transaktionen mehr dar, sondern vereinfachte durchstrukturierte Verfahren. Rasches Handeln war auch wichtig. Einer der neuen Stromanbieter hatte, wie kolportiert wurde, einen besonderen Trick entwickelt. Er meldete seine Privatkunden zwar bei den Netzbetreibern richtig an, prognostizierte aber einen Jahresverbrauch von nur wenigen Kilowattstunden. Da eine funktionierende Bilanzkreissystematik erst in der Konzeptionsphase stand, zahlte er praktisch keine Netzentgelte (die beim Kunden aber eingepreist waren). Als die VNB und ÜNB dann später die NNE nachforderten, meldete man unter Protest und Wehgeschrei Konkurs an, mit ausgestrecktem Zeigefinger auf die bösen Netzbetreiber zeigend, die die armen neuen Anbieter boshaft in den Konkurs getrieben hatten.

Auch beim Gas gab es inzwischen Bewegung in der Durchleitung. Mit der „Verbändevereinbarung zum Netzzugang bei Erdgas“ schlossen sich die gasfachlichen Verbände BGW und VKU

sowie BDI und VIK der Entwicklung beim Strom an. Allerdings versuchte man mit dem Argument „*Gas ist anders als Strom*“ beim Gas all die Pflöcke wieder einzuschlagen, die der Strom auf massiven politischen Druck hin längst wieder herausziehen musste (Punkt-zu-Punkt-Modell, asymmetrische Mehr-/Mindermengenpreise usw.). So wurden viele Schlachten beim Gas zum zweiten Mal geschlagen und genauso wie beim ersten Mal beim Strom verloren, allerdings mit dem unschönen Nebeneffekt, dass die Politik bei diesem Schauspiel jetzt entnervt reagierte und die Schrauben beim Gas noch fester als beim Strom anzog. Und überhaupt, beim Thema Wettbewerb spielte die baden-württembergische Gaswirtschaft etwas auf Zeit. Da fast alle Anbieter über die GVS ihr Gas beziehen (mussten), verfestigte sich im VGW der Gedanke, dass man die anstehenden Fragen dort regeln solle und dass es sowieso noch keine unmittelbaren Auswirkungen auf die kleineren Unternehmen der Gaswirtschaft im Land gebe. Ein Trugschluss, denn viele Stadtwerke waren der Zwangslieferkette längst überdrüssig. Solange sie aber von alternativen Händlern nur Angebote „frei Erdgasübergabe Bunde“ (Verdichterstation Bunde in Ostfriesland, die norwegisches und britisches Gas ins deutsche Netz übergibt) „erhielten, mussten sie zähneknirschend nach den ungeliebten klassischen Lieferketten-Modellen einkaufen. Aber die Faust in der Tasche war schon geballt.

Inzwischen waren die Strompreise weiter auf Talfahrt. Nicht nur die Industriekunden waren umkämpft, jetzt durften sich auch die Privatkunden über schnell sinkende Preise freuen. Also genau das, was die Politik wollte? Im Prinzip ja, aber eben nur im Prinzip. Sicher wollte man sinkende Preise, aber so stark sinkend? Das könnte ja einer Stromverschwendung Tür und Tor öffnen,

unkten nun wieder die üblichen Bedenkenträger aus der Politik und boten auch gleich kreative Abhilfe. Die Stromsteuer wurde (wieder) geboren. Sie sollte, wie man mit schöner Offenheit darlegte, Energie durch die höhere Besteuerung so verteuern, dass es keinen Anreiz mehr zu einem höheren Verbrauch gab. Der treusorgende Vater Staat hilft eben in allen Lebenslagen, und das nur zu unserem eigenen Besten. Und für störrische Zeitgenossen schob man flugs eine weitere Begründung nach – das Geld will der Staat ja eigentlich gar nicht für sich, nein, es soll zu einer Entlastung der Beitragszahler für die Sozialversicherung führen. Spätestens jetzt musste auch dem Letzten klar sein: Lieber Staat, stets treusorgend an unserer Seite, wenn wir dich nicht hätten!

Ein kurzer Einschub sei hier gestattet, der Jahreswechsel 1999–2000 stand inzwischen an. Viele Esoteriker auf der ganzen Welt erwarteten deren Untergang. Auch die sonst so rationale Energiewirtschaft sah buchstäblich schwarz oder befürchtete das zumindest. Bei den EVU aller Größenordnungen gab es Notfallpläne und Vorkehrungen, viele Kraftwerke versetzte man als Warmreserve in Bereitschaft, die Verbundnetze wurden durch die oft mehrfach besetzten Leitwarten misstrauisch beäugt, jederzeit bereit, sich bei zu großen Frequenzschwankungen auszukoppeln und in die Inselversorgung zu gehen. Ursache der Sorge waren Millionen kleinster elektronischer Bauteile mit Uhrenfunktionen, sogenannte Embedded Systems, die weltweit in allen möglichen Modulen der Netzsteuerungen und Kraftwerke unauffällig und oft vergessen arbeiteten. Ob deren interne Uhren und die sie umgebende Software den Sprung der Jahreszahl von 1999 auf 2000 bewältigten oder ob sie nur zweistellige Jahreszahlen verarbeiten konnten und von 99 auf 00 sprangen und damit das System

lahmlegten, war nicht vorhersehbar. Aber alles ging gut, der große Blackout blieb aus und zum Glück ging auch die Welt nicht unter, sondern drehte sich zur Verwunderung der Esoteriker unbeirrt weiter.

Was tat sich in jenen bewegten Jahren bei unseren Verbänden in Bund und Land? Das, was man gerne machte, man beschäftigte sich zumindest teilweise mit sich selbst. Dabei war der dahinterstehende Grundgedanke eigentlich richtig. Der galoppierende Wettbewerb und in dessen Gefolge das gegenseitige Misstrauen in der Branche und damit auch im Verband führten zu Überlegungen, dass der Verband erheblich an Mitgliedern einbüßen könnte. Der VDEW dachte folgerichtig an eine „Reform der Verbändelandschaft“, wobei man die Modelle „Fachverband mit Fachbereichen“ und „Dachverband mit Fachverbänden“ diskutierte. Das später umgesetzte Dachverbandsmodell hatte den Vorteil, dass auch die DVG, die IZE und die HEA stärker im VDEW zusammenarbeiteten. Die EVU konnten eine Basismitgliedschaft im Dachverband und dann je nach Interessen weitere Mitgliedschaften in den gewünschten Fachverbänden auswählen. Es regt sich aber auch Widerspruch. Die Vertreter der KMU im Vorstandsrat sahen die Interessen ihrer Gruppe nicht gewahrt und rechneten mit dem Austritt vieler Stadtwerke, eine Kausalität, die sich schon damals nicht allen erschloss. Andere EVU-Vertreter forderten dagegen, dass sich die KMU aktiver als bisher in die Umgestaltung der Verbändearbeit einbringen müssten, wenn sie etwas für ihre Gruppe tun wollten. Gegen dieses Argument konnte man nun nichts einwenden, wie wir noch sehen werden. Dann 2001 war es so weit, unter dem Dach des VDEW scharten sich die Fachverbände. Neu unter dem VDEW-Dach entstand zudem der Verband der Netz-

betreiber e. V. (VDN), der die DVG für die ÜNB-Ebene und die Fachgruppe Netze im VDEW für die VNB-Ebene in sich vereinte. Hintergrund war u. A., dass sich die Zahl der bisherigen neun Verbundunternehmen durch Fusionen, z. B. von Badenwerk und EVS zur EnBW, auf letztlich vier Unternehmen reduzierte. Alle Fachverbände nahmen fleißig ihre Arbeit auf, besonders der VDN tat sich mit seinem frisch gebackenen Vorsitzenden Staschus aber hervor. Flossen bisher Fachinformationen des Verbandes eher zögerlich zu den Mitgliedern, legte dieser sofort ein Periodikum auf, das mit seiner Prägnanz endlich für viel Klarheit sorgte. Auch sonst war der VDN sehr aktiv und hatte prompt ein Luxusproblem. Über 200 Netzbetreiber, und damit 85 Prozent der Stromnetzlänge, waren nach kurzer Zeit beigetreten. Und noch mehr wollten beitreten, darunter auch solche Netzbetreiber, die sich inzwischen aus dem VDEW verabschiedet hatten. Die VDN-Mitglieder waren begeistert, nur der Dachverband VDEW grollte etwas, fühlte man sich doch dort vom eigentlich nachgeordneten VDN überrollt.

Noch etwas anderes rollte inzwischen auf die Branche zu. Das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz trat zum 1.4.2000 in Kraft. Das Konstrukt gestaltete sich sehr kompliziert, weil der Gesetzgeber mit viel Liebe zum Detail vermeiden wollte, dass die EU die Förderung von EE-Anlagen als verbotene Beihilfe wertete. Deshalb mussten die Geldflüsse sehr trickreich so gestaltet werden, dass sie an keiner Stelle staatliche Institutionen berührten. Die VNB verdonnerte man, den von den Anlagebesitzern erzeugten Strom aufzunehmen und mit den gesetzlichen Sätzen zu vergüten. Dieser Strom reichte dann der VNB an den ÜNB weiter, der den Strom seinerseits an den VNB vergütete. Die ÜNB übernahmen dann einen „horizontalen Leistungsausgleich“ über die ganze Republik,

ermittelten ein Stromband, das die einzelnen EVU dann zu einem bundesweit einheitlichen Preis zurückkaufen mussten, der sich an den Ausgaben für die EEG – Energie orientierte. Und daraus ermittelte dann jedes Unternehmen seinen individuellen EEG-Satz. Jahre später wurde das Verfahren so geändert, dass die ÜNB den Strom an der Börse verkaufen konnten. Ein systemischer Fehler, hatte man doch die ganzen Jahre versprochen, dass die EEG – Energie zu sinkenden Preisen an der Börse führen würde. Und genau das trat nun ein mit der Folge, dass durch die dann sinkenden Stromerlöse die EEG-Umlage völlig unnötig einen zusätzlichen Schub nach oben erhielt. Die Vergütung für die Anlagenbetreiber betrug z.B. für Wasserkraft (auch alte Wasserkraftwerke) 13 bis 15 Pf./kWh und für Solaranlagen 99 Pf./kWh. Besonders ärgerlich, durch dieses Konstrukt war der EEG-Zuschlag auf die Stromrechnung von den einzelnen VNB/Vertrieben bei ihren Kunden ohne gesetzlichen Rückhalt einzutreiben. Während nach langen Verhandlungen die allermeisten Kunden murrend den Zuschlag bezahlten, zeigten sich in mehreren Bundesländern gerade die Verwaltungsbehörden der Landesliegenschaften hartleibig und verweigerten die Einpreisung in die Verträge. Auch Vertreter von Landesregierungen mit grüner Beteiligung taten sich im Boykott der EEG-Zahlung hervor.

Aber zurück zur Verbändearbeit. Auch in Baden-Württemberg galt inzwischen „schlank ist schön“. Der Landesverband stellte Überlegungen zur Verschlinkung und Umstrukturierung an, der VDEW hatte es ja vorgemacht. Man gründete einen AK Neuausrichtung, der bis April 2000 ein Positionspapier vorlegen musste. Seine klare Zielvorgabe war, die Kosten des Landesverbandes um 20 Prozent zu senken. Und der AK lieferte pünktlich: In

der Vorstandsratsitzung im April 2000 präsentierte er seine Vorstellungen. Aus den aktuell sieben Landesfachausschüssen und vier Arbeitskreisen sollten künftig nur drei Kreise werden, der LK Technik, der LK Recht, Wirtschaft und Umwelt und der LK Märkte und Öffentlichkeitsarbeit. Jeder sollte mit ca. zehn Mitgliedern besetzt sein. Ferner wurde durch den AK Neuausrichtung empfohlen, zu prüfen, ob durch Bildung einer Bürogemeinschaft mit branchennahen Verbänden wie dem VGW kostendämpfende Rationalisierungseffekte erreichbar sein würden.

Ein Schwerpunkt der Kostensenkung waren auch Kürzungen im Budget des LFA Schulkontaktpflege. Der Vorstandsrat stimmte dem Konzept zu und benannte drei Koordinatoren, die die neuen LK leiten sollten. Der LK Märkte und Öffentlichkeitsarbeit bekam auch gleich einen Auftrag. Bis zur Herbstsitzung sollte er eine Neukonzeption der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und auch ein Konzept zur Ausgestaltung der Mitgliederversammlungen vorlegen. Der LK machte sich auch fleißig ans Werk. Als Grundlage für die neue Öffentlichkeitsarbeit wurden Fragebogen an alle Mitgliedswerke versandt, um zu klären, welche Aufgaben, Zielgruppen und Themen künftig der Verband bearbeiten sollte. Ferner sollten die Mitgliederversammlungen gestrafft werden. Mit Rücksicht auf die weiter anreisenden Mitglieder sollte später angefangen und am Vormittag konzentriert die Regularien behandelt werden. Im Anschluss oder bei einem Presseessen würde die Pressekonferenz abzuhalten sein und am Nachmittag folgten die Vortragsveranstaltungen. Am späteren Nachmittag würde dann wie bisher eine Kaffeetafel angeboten. Also ein klares business as usual in diesen bewegten Zeiten ohne Damenprogramm und Seniorenbetreuung.

Auch die lange darbene Idee eines Treffens mit Parlamentariern legte man im November 2001 wieder auf. Im Rahmen eines Parlamentarischen Abends sollte mit Blick auf das Bauvorhaben Rheinfelden das Thema „große Wasserkraft“ und deren Einbindung in das EEG sein. Dagegen wehrten sich einige Vorstandsratsmitglieder mit dem Argument, die Parlamentarier sollten eher über die Probleme der baden-württembergischen EVU im Zusammenhang mit den regenerativen Energien insgesamt informiert werden und nicht nur über ein singuläres Projekt eines einzigen Unternehmens. Es half aber nichts, der Themenschwerpunkt blieb. Der Vorstandsrat wertete bei einer späteren Manöverkritik den Parlamentarischen Abend trotz aller vorausgegangenen Diskussionen als vollen Erfolg, auch die Resonanz der Politiker war positiv. Man beschloss, künftig weitere derartige Veranstaltungen durchzuführen.

Auch außerhalb der Verbände tat sich einiges. Inzwischen standen in der Branche die Signale für Fusionen überall auf Grün, man suchte sein Heil in der Größe. Durch die Fusion von Viag und Veba entstand Ende 2000 der Eon-Konzern mit rund 120 Milliarden DM Umsatz sowie durch Zusammengehen der beiden Stromtöchter Bayernwerk und PreussenElektra das mit rund 180 Milliarden Kilowattstunden Stromabsatz größte deutsche Stromunternehmen, das den bisherigen Marktführer RWE ablöste. Nach Auflagen der Kartellwächter musste sich Eon aber von seinen Beteiligungen an VEW, HEW, VEAG/LAUBAG und BEWAG trennen. Der Spiegel verkündete: Das „E“ steht für das Kerngeschäft der beiden Unternehmen, die Energie. „ON“ zeige die Entschlossenheit, diese für Innovation, Expansion und neues Wachstum zu nutzen. „Eon“ sei zudem die englische Variante des Wortes Äonen

für „(neues) Zeitalter“. Nun ja, etwas kleiner in der Selbstbeschreibung wäre es sicher auch gegangen.

Um ihre Position zu stärken, fusionierte die EnBW 2003 nochmals, diesmal mit der NWS. Diese brachte neben ihrer Erzeugungs- und Strominfrastruktur auch die Sparten Gas und Wasser sowie den dazugehörenden Kundenstamm in den Konzern ein. Besonders Gas und Wasser waren für die EnBW interessant, resultierten diese Aktivitäten noch aus der Zeit der früheren TWS, die ein großer Flächenversorger bei Gas und der Wasserversorger der Stadt Stuttgart waren. Auch andere gingen zusammen. Bereits in den Jahren 2002/2003 gingen KWR und KWL zusammen, firmierten mehrmals um und kamen dann als Ökostromanbieter 2004 unter dem Namen Energiedienst mehrheitlich ebenfalls zur EnBW.

Inzwischen kam das Thema Marktliberalisierung auch beim Wasser an. Der DVGW gründete 2001 einen Arbeitskreis zur Untersuchung der „Grundsätze einer gemeinsamen Netznutzung in der Trinkwasserversorgung“. Dieser kam später zu dem sicher nicht überraschenden Schluss, dass eine Wasserdurchleitung aufgrund der örtlich unterschiedlichen Wasserbeschaffenheit und der überwiegend nicht verbundenen Wassernetze nicht sinnvoll sei. Endlich, Anfang 2002, konnte sich die Politik diesen technischen Sachzwängen nicht mehr verschließen und akzeptierte, dass die Wasserdurchleitung und damit die Marktliberalisierung Wasser faktisch nicht möglich seien. Mit dem Bundestagsbeschluss „Nachhaltige Wasserwirtschaft in Deutschland“ wurde aber ein Benchmarking bei der Wasserversorgung gefordert, das zum Ziel hatte, die Preise auf ein wettbewerbliches Niveau zu senken.

Wenn wir gerade beim Wasser sind, manchmal entstehen aus tollen Geschäftsideen im Nachhinein hohe Risiken. Mit einem

Cross-Border-Leasing-Vertrag hatten die Zweckverbände Bodensee-Wasserversorgung und Landeswasserversorgung 2002 ihre gesamten Betriebsanlagen und die Infrastruktur an eine US-Treuhandgesellschaft verkauft und von dieser wieder zurückgemietet. Der Vertrag hatte eine Laufzeit von 30 Jahren. Eines der beteiligten amerikanischen Finanzinstitute, die AIG, musste im Herbst 2008 ausgewechselt werden, weil es eine im Vertrag festgehaltene Bonitätsschwelle aufgrund der Bankenkrise unterschritten hatte. Ende März 2009 wurden die gesamten Vertragsbeziehungen des Cross-Border-Leasing Geschäftes letztlich mit Verlusten vorzeitig beendet.

\* \* \*

Und was bewegte die Menschen sonst noch in diesen Tagen?

- 1999
- Im Januar wurde in Hamburg die europaweit erste Wasserstoff-Tankstelle in Betrieb genommen.
  - Im Juli fanden zwei Schatzsucher die ca. 4.000 Jahre alte Himmelscheibe von Nebra in Sachsen-Anhalt.
  - Im Dezember löste Wladimir Putin Boris Jelzin ab und wurde Präsident Russlands.
  - Der Orkan Lothar fegte über Deutschland hinweg.
- 2000 Die Dotcom-Blase platzte. Auslöser der Blase waren die hohen Gewinnerwartungen, entfacht durch neue technologische Entwicklungen. Zweifel wurden laut, als die ersten der vermeintlichen Hoffnungsträger Insolvenz anmelden mussten. Die Kurse gaben nach, Kleinanleger gerieten in Panik und verkauften „um jeden Preis“. Der Kursverfall verwandelte sich in einen Kurssturz.

- 2002
- Im Januar wurde der Euro als neue gesetzliche Währung in Umlauf gebracht. Seit Dezember 2001 waren Euro-Starterkits im Nennwert von 10,23 Euro zum Preis von 20 Deutschen Mark erhältlich.
  - Im Juli stießen ein russisches Passagierflugzeug und eine Frachtmaschine der DHL durch einen Fehler der Schweizer Flugsicherung in 11.000 m Höhe über dem Bodensee bei Überlingen zusammen. Insgesamt 71 Opfer, davon 49 Kinder, waren zu beklagen.
- 2003
- Im April begannen die USA mit einer „Koalition der Willigen“ einen neuen Irakkrieg. Die von den USA geführten Truppen besetzten große Teile des Landes. Ein Jahr später musste US-Präsident Bush zugeben, dass, anders als behauptet, im Irak keine Massenvernichtungswaffen gefunden wurden, deren Existenz man aber als einen der Hauptgründe für den Irakkrieg genannt hatte.
  - Eine Legende nahm Abschied. Der letzte VW Käfer rollte im Volkswagenwerk in Pueblo (Mexiko) vom Band. Entworfen und in Vorserie erstmals 1938 gebaut, wurde er zwar ständig weiterentwickelt, sein Grundkonzept blieb aber bei allen 21,5 Mio. gebauten Fahrzeugen gleich.
- 2004
- Im Februar startete der Student Mark Zuckerberg von der Harvard University das Unternehmen Facebook.
  - Im Dezember entstanden wegen eines starken unterseeischen Erdbebens mehrere Tsunami im Pazifik. Betroffen waren alle Anrainerstaaten des Südpazifiks, insbesondere aber Thailand und Indonesien. Insgesamt beklagte man ca. 230.000 Opfer, ca. 1,7 Mio. Küstenbewohner wurden obdachlos.



\* \* \*

Jetzt ist es wieder Zeit, auf die Kernenergie zu blicken, allerdings erst noch ein kurzer Schwenk zurück. Nach dem Antritt der rot-grünen Bundesregierung durfte sich dieses Thema besonderer Aufmerksamkeit erfreuen. Dann, im Juni 2000, war es so weit. Die Bundesregierung unter Gerhard Schröder vollzog den Wandel und läutete den Atomausstieg ein. Die Koalition vereinbarte mit der Energiewirtschaft ein Abkommen, das der Bundestag am 14. Dezember 2001 im Bundestag beschloss. Dann, mit der Novelle des Atomgesetzes vom 26. April 2002, wurde die rot-grüne Ausstiegsvereinbarung rechtsverbindlich umgesetzt. Das „Gesetz zur geordneten Beendigung der Kernenergienutzung zur gewerblichen Erzeugung von Energie“ enthielt folgende Eckpunkte:

- Laufzeitbefristung der KKW auf 32 Jahre seit Inbetriebnahme
- gesamte Reststrommenge von 2.623 TWh, danach Abschaltung aller Kernkraftwerke

Das Kernkraftwerk Obrigheim traf es zuerst im Lande. Unabhängig von übertragenen Reststrommengen wurde die spätestmögliche Stilllegung des KWO für 15. November 2005 gesetzlich vereinbart, das Kraftwerk letztlich aber am 11. Mai 2005 um 7:58 Uhr abgeschaltet.

Auch ein Blick in die USA sei an dieser Stelle gestattet, nicht wegen der Kernenergie, sondern wegen des Wettbewerbs. Dort erlebte man gerade, was die deutschen EVU immer befürchtet hatten. Kaliforniens Gouverneur erklärt im Januar 2001 wegen

der Elektrizitätskrise den Ausnahmezustand. Die vor Jahren eingeführte Deregulierung hatte Schuld, so die Meinung vieler Einwohner, deren Versorger Konkurs anmelden mussten. Der Hauptfehler bestand nach übereinstimmendem Urteil der Fachleute darin, dass man gesetzlich die Großhandelspreise zwar freigegeben hatte, dem Endverbraucher aber weiterhin feste Maximalpreise garantierte. Dahinter steckte der Gedanke, den Kleinkonsumenten zu schützen, müsse er doch sonst befürchten, dass Industriekunden mit ihrer Marktmacht sehr günstige Preise durchsetzen könnten – zulasten eben der Privathaushalte. Und überhaupt, im Wettbewerb würde sowieso alles besser und billiger, deshalb war das ein kleines Risiko, so dachte man.

Diese Inkonsequenz hatte drastische Auswirkungen. Nicht ganz unerwartet stieg Mitte der 90er-Jahre die Nachfrage nach elektrischer Energie deutlich an. Nachdem die Behörden aber die EVU gezwungen hatten, große Teile ihres Kraftwerksparkes an Dritte zu verkaufen (darunter auch an Enron), nutzten diese ihre Macht, in Zeiten großer Nachfrage die Energie künstlich zu verknappten. Der Strompreis für die Megawattstunde lag Ende Dezember 2000 zeitweise bei 1.500 Dollar; ein Jahr zuvor waren es noch 30 Dollar. Das stürzte die Energieversorger und Endverteiler in die Schuldenkrise, da sie die steil steigenden Preise im Einkauf nicht an die Endverbraucher weitergeben durften. Man war gezwungen, im Privatkundengeschäft weit unter Preis zu verkaufen. Der Effekt: Alleine bei Southern California Edison addieren sich die Schulden auf fast 600 Millionen Dollar.

Dann die Enron-Pleite im Dezember 2001. Kurz die Vorgeschichte: Im Juli 1985 fusionierte das US-Unternehmen Houston Natural Gas (HNG) mit Internorth, einem Erdgas-Konzern aus

Omaha, zum Konzern Enron, der hauptsächlich als Betreiber von Gaspipelines tätig war. 1992 deregulierte die US-Regierung den Strommarkt. Im Bundesstaat Kalifornien wurde als Erstes ein neues Energiegesetz verabschiedet, das nun wie schon angeführt speziell den Erzeugern größte Freiheiten gab. Diese nutzte Enron gnadenlos aus, erwarb Kraftwerke und trieb die Erzeugungspreise in die Höhe. Möglich wurde der größte Bilanzskandal aller Zeiten aber durch die Pervertierung einer zuvor unverdächtigen Bilanzierungsmethode: Die Börsenaufsicht erlaubte Enron, seine Verträge mit dem „Mark-to-Market Accounting“ zu bewerten. Das hieß, Enron bewertete zukünftige Erträge zu heutigen Marktpreisen. In der Finanzwirtschaft ist das ein übliches Verfahren, Enron nutzte Mark-to-Market jedoch, um seine Geschäftsabschlüsse zu manipulieren. Sie stellten die erwarteten Gewinne aus den langfristigen Verträgen der Energielieferung in ihre aktuelle Bilanz. Diese Gewinne bewerteten sie anhand der von ihnen erwarteten Entwicklung über den Verlauf der künftigen Energiepreise, die sie ja selbst spekulativ in die Höhe trieben. So konnten die Gewinne Enrons Quartal für Quartal steigen – zumindest auf dem Papier, bis im Dezember 2001 das Kartenhaus zusammenbrach und die Börsenaufsicht SEC Untersuchungen aufnahm. Da Enron auch auf dem deutschen Markt tätig war, gab es auch hier einzelne, aber überschaubare Auswirkungen.

Anders als in den USA war die deutsche Versorgerwelt noch so weit in Ordnung, dass sich Probleme gemeinsam lösen ließen. Im Sommer 2003 führte eine lange Hitzewelle in Deutschland zu Schwierigkeiten in der Stromversorgung. Hintergrund war, dass viele Kern-, Stein- und Braunkohlekraftwerke abgeregelt werden mussten, da sich die Flüsse, deren Wasser man zur Küh-

lung nutzte, durch die Hitze unverhältnismäßig aufgeheizt hatten. Die genehmigten 25 bis 28 Grad Wassertemperatur hätte man nicht halten können und damit wäre das ökologische Gleichgewicht der Flüsse gefährdet gewesen. Besonders in Baden-Württemberg war die Situation kritisch. Einigen Kraftwerken musste sogar eine Ausnahmegenehmigung erteilt werden, um die Versorgungssicherheit, insbesondere beim Phasenschieberbetrieb, noch zu gewährleisten. Entsprechend führte die Leistungsverringerung der Kraftwerke zu höheren Strompreisen. An der EEX war Spitzenstrom in den Mittagsstunden am 15. Juli mit 492,43 Euro/MWh notiert.

Die Versorgungssicherheit büßte überall ihre Stabilität ein. Ein flächiger Stromausfall mit ca. 50 Mio. Betroffenen in Italien und Teilen der Schweiz verdeutlichte am 28.9.2003, wie labil das System der Stromversorgung inzwischen geworden war. Italien musste traditionell Strom in großem Umfang über die Schweiz importieren. Auf der Lukmanier-Leitung (380 kV) entstand ein Lichtbogen zwischen einem Baum und den Seilen mit der Folge, dass diese Leitung vom Netz ging. Ihre Last verteilte sich auf andere Transitleitungen, insbesondere auf die San-Bernadino-Leitung, die kurz darauf wegen der so entstandenen Überlast ebenfalls ausfiel. Durch nachfolgende Lastverschiebungen schalteten in kurzen Abständen weitere Leitungen ab. Innerhalb von ca. 2,5 Minuten brach die Netzfrequenz in Italien auf 47,5 Hz zusammen und die italienischen Kraftwerke schalteten ihrerseits selbstständig ab. Mit Ausnahme von Sardinien brach damit die italienische Stromversorgung fast vollständig zusammen. Auch in Teilen der Schweiz gab es in Folge davon flächige Stromausfälle. Anders die Situation in der Nordschweiz, Deutschland und dem übrigen

Westeuropa. Hier stieg die Netzfrequenz durch die wegfallende Transitlast steil an, es kam zu Spannungs- und Frequenzüberhöhungen. Rumänien und Tschechien meldeten Kraftwerksausfälle, Schweiz, Deutschland und Spanien reduzierten die am Netz liegende Kraftwerksleistung drastisch bei gleichzeitiger Zuschaltung der maximal möglichen Pumpleistung der Speicherwasserkraftwerke. Durch dieses sehr schnelle Reagieren war es möglich, das deutsche Netz wieder zu stabilisieren. Besonders wichtig – die Öffentlichkeit bemerkte nichts von alledem, sondern erfuhr erst aus der Presse von diesem Dominoeffekt am Rande des Blackouts.

Aber auch in Deutschland gab es spektakuläre Netzausfälle. Zuerst im Münsterland, wo am 25.11.2005 durch Nassschnee und Torsionskräfte ganze Leitungszüge zerstört wurden und ca. 250.000 Menschen bis zu mehreren Tagen im Dunkeln saßen. Aber es gab auch hausgemachte Probleme, die sich flächig auswirkten wie am 4.11.2006. Damals wollte die Mayerwerft ein Kreuzfahrtschiff über die Ems in die Nordsee überführen, ein schon häufig praktizierter Vorgang. Wegen der hohen Schiffsaufbauten musste man dazu die kreuzende 380-kV-Leitung der Eon-Netz abschalten. Nach den notwendigen Vorarbeiten wurde grünes Licht gegeben. Zum vereinbarten Zeitpunkt wurde freigeschaltet, die Last verteilte sich wie geplant auf verschiedene Leitungen. Aber etwas ging schief. Eine Leitung meldete einen Überlastungsalarm. Durch Schalthandlungen sollte sich die Last weiträumiger verteilen, jedoch das Gegenteil trat ein, die Last erhöhte sich weiter, zwei Sekunden später schaltete die Leitung selbsttätig ab. Dadurch kam es in rascher Folge zum Ausfall von weiteren Leitungen des Höchstspannungsnetzes. Innerhalb weniger Sekunden spaltete sich das gesamte europäische Verbundnetz in drei

Teilnetze auf. Im westlichen Teilnetz brach die Netzfrequenz auf 49 Hertz ein, was in nahezu allen betroffenen Ländern zu automatischen Lastabwürfen mit nachfolgenden Stromausfällen führte. Im nordöstlichen Teilnetz stieg die Netzfrequenz nach der Aufspaltung sprunghaft auf etwa 51,4 Hz. Dem wirkten zunächst die automatische Abschaltung von Erzeugungseinheiten (größtenteils Windkraft) und die Drosselung von Kraftwerken entgegen. Allerdings begannen die Windkraftwerke nach erfolgreicher Frequenzsenkung im Netz wieder automatisch mit der Einspeisung, ohne dass die Netzleitstellen darauf Einfluss nehmen konnten. Dies führte zu einem erneuten Anstieg der Netzfrequenz, der nur durch die manuelle Abschaltung von Kraftwerksblöcken in Polen kompensiert werden konnte. Im südöstlichen Teilnetz kam es durch die fehlende Erzeugerleistung zu einem Absinken der Netzfrequenz auf 49,7 Hz. Sofort nach Aufspaltung des europäischen Verbundnetzes wurde mit dem Netzwiederaufbau begonnen. Bereits 38 Minuten nach Störungseintritt liefen die drei Teilnetze wieder synchron. Der Netzwiederaufbau war nach weniger als zwei Stunden in allen europäischen Ländern abgeschlossen, die Folgen in den VNB-Netzen dauerten länger an.

Die EVU, vornehmlich die Stadtwerke, bewegte 2004 noch etwas anderes. Eine neue Mode breitete sich aus, das Kürzen der Strom- und Gasrechnung mit Hinweis auf den Wettbewerbsparagrafen 315. Selbst sonst seriöse Medien verbreiteten die Aufforderung, Energie nicht mehr oder nur mit Rechnungskürzung zu bezahlen, solange der Versorger dem Kunden keine detaillierte Aufstellung seiner betrieblichen Kalkulation und die Kostenrechnung vorlegte. Bei Strom war mit Verweis auf den funktionierenden Wettbewerb die Welle schnell verpufft, auch Klagen gegen die

Netzentgelte scheiterten weitgehend. Problematisch war aber die Situation bei Gas. Durch die dort üblichen Preisgleitklauseln wurden auch viele Jahre zurückliegende Preisanpassungen nun angezweifelt, wobei die Gerichte auch nicht immer eindeutig entschieden. Damit läuteten viele Unternehmen das Ende der klassischen AVB-Preise ein. An ihre Stelle traten nun, zumindest außerhalb der Grundversorgung, zeitlich begrenzte Sonderverträge, letztlich auch zum Schaden der Kommunen, da die Sondervertrags-KA niedriger als die AVB-KA lag. Ein weiterer Schlag gegen die „alte“ Tarifpolitik erfolgte dann 2010. Der Bundesgerichtshof (BGH) entschied, dass Gasversorger in Verträgen ihre Preise nicht mehr ausschließlich an die Entwicklung des Ölpreises binden dürften. Die klassische Preisgleitklausel auf Ölbasis war damit tot, obwohl sie ursprünglich ja von den Gas-Industriekunden selbst gefordert worden war. Aber so ändern sich eben die Zeiten und die Meinungen.

Nun zurück ins Land und zu der Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes. Nach der erfolgreichen ersten Mitgliederbefragung war klar, was die Unternehmen im Verband wollten: aktive Lobbyarbeit im Land und mehr Zielgruppenansprache als Unterstützung der Mitgliedsunternehmen. Der LK Märkte und Öffentlichkeitsarbeit stellte deshalb 2002 den Entwurf eines VdEW-Infoletters „Synergie“ vor. Die wesentlichen Zielgruppen waren: Bildungseinrichtungen, Verbände, Presse, Politik und partnerschaftliche Berufsgruppen. Das Probeexemplar stieß auf positive Resonanz, mit geringen Veränderungen wurde die Synergie dann realisiert.

Trotz einer guten Resonanz, nach dem Spiel ist vor dem Spiel, denn die Öffentlichkeitsarbeit war ein zu wichtiges Thema. Bereits 2005 führte der Verband deshalb eine zweite Mitglieder-

befragung durch, auf deren Basis der LK dem Vorstand seine Konzeptionen vorstellen konnte. Die wichtigsten Positionen waren:

- Einstellung/Werkvertrag mit einem Journalisten als Pressesprecher,
- stärkere Präsenz bei den Zielgruppen MdL, Ministerien, Fraktionen usw.,
- Aufbau strategischer Partnerschaften mit anderen Verbänden einschl. energiepolitischer Foren,
- bessere interne Kommunikation z. B. über die Arbeit in den LK und deren externe Mitgestaltung,
- Einrichtung eines Arbeitskreises für kleine und mittlere Unternehmen unter Wahrung der gemeinsamen Interessen aller Mitglieder.

Alles fand breite Zustimmung, erst im Vorstandsrat, dann in der Mitgliederversammlung, die die Geschäftsstelle beauftragte, die vorgeschlagenen Maßnahmen baldmöglichst umzusetzen. Schon kurz darauf konnte Vollzug gemeldet werden. Der neue Pressesprecher, ein erfahrener Praktiker, war auf Basis eines Teilzeitvertrages tätig. Und das mit großem Erfolg. Schon im Jahr 2006 wurden elf Pressemitteilungen herausgegeben und damit ca. 70 Veröffentlichungen in Presse und Rundfunk erzielt. Große Resonanz hatten auch die Besuche des VdEW-Vorsitzenden mit dem Pressesprecher in den Redaktionen der großen Tageszeitungen im Land und sogar das Fernsehen berichtete inzwischen über den VdEW. Und auch das, ein lang gehegter Wunsch der Stadtwerke wurde wahr, schon kurz nach Auftragserteilung gründete sich die Projektgruppe KMU als erste ihrer Art in einem Landesverband.

Inzwischen hatten sich aber die KMU gerade beim VDEW unbeliebt gemacht. Alles begann eigentlich eher unspektakulär. Der VDEW-Vorsitzende hatte im November 2005 die KMU zu Regionalgesprächen eingeladen. Der Südwesten mit Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg sollte nach Mannheim pilgern, damit der Aufwand gering blieb (für den VDEW, nicht für die Geladenen). Und nicht nur deshalb gab es auch gleich Ärger. Trotz vieler wohlklingender Worte des VDEW – Geschäftsführers und des bekundeten Verständnisses für die schwierige Situation der KMU wollte sich bei denen nicht der Eindruck verfestigen, dass man sie in ihrem Verband wirklich verstand. Sicher, so die Meinung vieler KMU-Vertreter, konnte der VDEW die Regulierung mit ihren Auswirkungen nicht zurückdrehen. Man hätte sich aber gewünscht, dass sich der Verband stärker gegen die ausufernden Berichtspflichten und bürokratischen Hürden der Behörden gewandt hätte. Die waren, so die Meinung, für große EVU mit vielen Tausend Mitarbeitern noch leistbar, aber nicht für STW mit weniger als 50 bis 100 Mitarbeitern. *„Wir können fast alles, außer Bürokratie“*, so der Vorwurf aus Baden-Württemberg. Und wenn der Verband nicht auch für die Interessen seiner kleineren Mitglieder kämpfte, würde er selbst den Kampf um die KMU-Mitglieder verlieren. Und noch eine Meinung der verärgerten Teilnehmer an den ob so viel Renitenz nun doch fast sprachlosen VDEW-Geschäftsführer:

*„Künftig würde es den KMU nicht reichen, einmal im Jahr zu einem Regionalgespräch zu pilgern wie an die Jerusalemer Klagemauer und dort ein Zettelchen mit Bitten in die Mauerritzen zu schieben. Jetzt muss mehr kommen.“*

So viel Unbotmäßigkeit machte erst mal fassungslos, aber was half es, sie kam von der zahlenden und zudem größten Mitgliedergruppe.

Inzwischen waren auch noch ganz andere Dinge im Fluss. Ende 2005 drangen erstaunliche Botschaften aus Berlin nach Stuttgart. Erstmals wurde im Bundesverband, um die Interessen gegenüber Bund, Ländern und EU besser vertreten zu können, von einer Konzentration der Verbändelandschaft unseres Wirtschaftszweiges gesprochen. Insbesondere die vier großen bundesdeutschen Unternehmen waren die Verbändevielfalt leid, die unnötig Personal für die Verbandsarbeit band und hohe Mitgliedsbeiträge mit sich brachte. Hinzu kam, dass sich bei der Diskussion mit den Behörden die Vertreter von Strom und Gas/Wasser nur sehr begrenzt abstimmten und damit die Erfolge der oft vielstimmigen Konzerte in der Politik eher gering blieben. Insgesamt sahen also alle Entscheidungsträger die Notwendigkeit einer Verbändereform, d. h. die Integration der bisherigen Fachverbände HEA, VDN, VGB, VRE und als Herzstück des neuen Verbandes einen Zusammenschluss mit dem BGW. Um die Arbeit voranzubringen, wurden ein LK Verbändereform und eine AG Verbändereform ins Leben gerufen, in dem Mitglieder des VDEW-Präsidiums und Vertreter der Gruppen Verbundunternehmen, regionale/große kommunale Unternehmen und kleine und mittlere Unternehmen vertreten waren. Nach einem ausführlichen Bericht im Vorstandsrat des VdEW wurden die Landesvertreter für den AK und die AG benannt. Für die KMU war der Vorsitzende der neu gegründeten VdEW-PG „kleine und mittlere Unternehmen“ der benannte Vertreter in Berlin.

In den ersten Zusammenkünften der neuen Projektgruppe KMU zeigte sich inzwischen parallel dazu, wie viel Unmut sich

bei den KMU angestaut hatte. Insbesondere die Vertretung der KMU durch den VdEW gegenüber Landesbehörden wie der LRegB war nach ihrer Wahrnehmung nicht ausreichend. Brisanz bekamen diese Klagen dadurch, dass sich neue Verbandsformen, meist aus dem Umfeld von Rechtsanwaltskanzleien in Stellung brachten und sich den Mitgliedern als die bessere Alternative andienten. Es hatte sich also ein dringender Handlungsbedarf in Bund und Land angestaut.

In Berlin ging es derweil stramm weiter. Auch der BGW hatte Ende 2006 signalisiert, dass er eine Fusion noch 2007 für möglich hielt, andererseits steckte der Teufel wie immer im Detail. Der VDEW strebte eine Verbandsorganisation entlang der Wertschöpfungskette Erzeugung, Fortleitung, Verteilung und Vertrieb an, der BGW hätte gerne eine Spartenorganisation Strom, Gas, Wasser mit jeweils eigenen Fachpräsidien und Fachvorständen gehabt. Schon im Dezember 2006 lag ein erster Organigrammentwurf der Hauptgeschäftsstelle des künftigen BDEW vor. Positiv war, dass die KMU-Vertretung, wie von der Südschiene Bayern und Baden-Württemberg nachdrücklich verlangt, direkt der Hauptgeschäftsführung zugeordnet war und damit eine besondere Beachtung erhielt. Weniger erfreulich, die Sparten Strom, Gas und Wasser sollten Parallelstrukturen aufbauen und damit im Verband eigentlich nicht richtig fusioniert sein. Hintergrund war, dass der BGW hier sehr hohe Hürden aufbaute, die der VDEW mit Blick auf das Ergebnis akzeptierte. Der Vorstandsrat des VdEW sah die vorgeschlagene Spartenorganisation des BDEW ebenfalls kritisch. In einem Schreiben an die Hauptgeschäftsführung des VDEW warnte man vor diesen Strukturen wegen der eher negativen Erfahrungen der Branche, wo Strom und Gas gegenüber der

Politik unterschiedliche, manchmal sogar konträre Positionen vertraten. Man sollte aus diesen Fehlern der Vergangenheit lernen und sich entlang der Wertschöpfungskette aufstellen. Aber es blieb dabei, die Sparten hatten getrennt zu agieren, sonst hätte der BGW nicht mitgemacht. Im Juni 2007 war es so weit, die Mitgliederversammlungen der Verbände auf Bundesebene stimmten mit überwältigender Mehrheit für die Fusion. 95,9 Prozent beim VDEW, 93,4 Prozent beim BGW, 97,2 Prozent beim VDN und 100 Prozent beim VRE gaben ein klares Votum. Im September 2007 war schliesslich der BDEW ins Vereinsregister eingetragen.

Die Fusionsbemühungen in Berlin hatten natürlich Signalwirkung auch für Stuttgart. Man war sich schon seit einiger Zeit einig, dass bei einem erfolgreichen Zusammenschluss VDEW-BGW auch die beiden Landesverbände VdEW und VGW in Fusionsgespräche eintreten müssten. Erste Fühler hin zum VGW waren schon ausgestreckt. Der VdEW-Vorsitzende telefonierte mit der VGW-Vorsitzenden, aber die dortige Begeisterung war erst mal überschaubar. Der VGW wollte zunächst abwarten, was sich auf Bundesebene tat. Immerhin tauschte man als vertrauensbildende Maßnahme die Sitzungsprotokolle aus. Das war kein großer Aufwand, saßen die beiden Verbände doch im gleichen TWS-Gebäude, nur durch ein Stockwerk getrennt. Endlich, als in Berlin die Hochzeitsglocken läuteten, konnte man sich im Land dem mehr oder weniger heißen Werben nicht länger verschließen. In einem Treffen der beiden Vorsitzenden fixierte man einvernehmlich wichtige Eckpunkte der Aufgabenstellungen. Hinderlich war, dass einige Stadtwerke ihre kritische Sicht auf den Marktführer im Land (wegen deren Vorgehen nach der Marktöffnung) nun auf den geplanten gemeinsamen Verband übertrugen, in dem die EnBW

auf der Stromseite eine deutliche Rolle spielte. Aber durch das Bemühen des VdEW-Vorsitzenden gelang es, die Gemüter zu beruhigen. Wichtig war auch, dass sich, anders als in Berlin, der fusionierte Landesverband für alle Sparten gleichberechtigt verantwortlich fühlte und keine Parallelstrukturen aufbaute. Auch die KMU-Arbeit sollte einen neuen Stellenwert erhalten. Die PG KMU nutzte die Gunst der Stunde, schlug gleich Pflöcke ein und forderte, dass die Projektgruppe zu einem eigenen Lenkungskreis aufgewertet werden sollte. Und weil man im Vorstandsrat gerade dabei war und ins Grundsätzliche hinabstieg – ein Relikt in der Satzung aus der Nachkriegszeit wollte man auch gleich beseitigen. Damals heiß umstritten, nun aber aus der Zeit gefallen, der Passus zur Wahl des Vorstandsrates, „... wobei anzustreben ist, dass die ehemaligen Landesteile Baden und Württemberg gleichmäßig vertreten sind“, sollte nun als nicht mehr zeitgemäß ersatzlos entfallen.

Im Großen war man sich nun einig, nun ging es um die Details. Auch die Verbandsorgane sollten umbenannt werden. Aus dem bisherigen Vorstand wurde künftig das Präsidium mit dem Präsidenten als Vorsitzenden, aus dem Vorstandsrat wurde der Vorstand. Unklar blieb noch der Name des neuen Verbandes. Der „Energie- und Wasserwirtschaftsverband Baden-Württemberg (EWV)“ lag zu nahe am Wasserwirtschaftsverband Baden-Württemberg. Auch „Verband der Energie- und Wasserwirtschaft BW (VEW)“ fand keine Zustimmung. Eigentlich liebäugelte man mit „Landesverband der Energie- und Wasserwirtschaft BW (LDEW)“, da waren aber, wie sich herausstellte, die Pfälzer und Hessen schneller, die ihren Verband schon LDEW nannten. Erst im Nachgang verständigte man sich schließlich auf „VfEW – Verband für Energie- und Wasserwirtschaft Baden-Württemberg e. V.“. Eine

Anmerkung am Rande – natürlich gab es immer noch Befindlichkeiten. Der neue Verband sollte in den BDEW-Vorstand interessierte Vertreter entsenden, nur, davon gab es leider mehr als verfügbare Sitze. Nachdem schon der Vorsitzende des LK KMU seinen Hut aus Solidarität aus dem Ring genommen hatte, waren aber immer noch zu viele Spieler auf dem Feld. Zudem brachten Mitglieder des Vorstandsrates, die auch Mitglieder einer externen EVU-Gruppierung waren, eigene Personalwünsche ins Spiel. Der VdEW-Vorsitzende betonte aber, dass es hier um die Fusion von VfEW und VGW ging und nicht um Wünsche anderer Netzwerke. Deren Vertreter konterten aber mit einer möglichen Austrittswelle, wenn nicht ihr Wahlvorschlag zum Zuge käme, was nun wiederum die VdEW-Mitglieder in Wallung versetzte. In diesem Stadium unterbrach der Hausherr des gastgebenden EVU mit der Mitteilung, dass nun alle zum Essen eingeladen seien und man sich danach wieder treffe. Vielleicht beruhigten sich bis dahin die Gemüter und es fände sich in der Pause eine Lösung. Und sie fand sich wirklich. Alle waren sich wieder einig, man versicherte sich gegenseitig, dass ja alle genannten Personen des Amtes für würdig gehalten würden und man sich überhaupt und sowieso persönlich sehr schätzte. Damit waren alle Hindernisse für die Mitgliederversammlungen beiseitegeräumt und es konnte weitergehen.

Der große Tag kam dann am 4.6.2008. Zuerst mussten die Mitglieder beider Verbände den jeweiligen Jahresabschlüssen 2007 zustimmen, um die Verschmelzung zu ermöglichen, danach ging es ans große Werk, die eigentliche Verschmelzung, die ebenfalls mit überwältigender Mehrheit beschlossen wurde. In seiner ersten Sitzung mahnte das Präsidium ein stringentes Vorgehen bei dem Fusionsprozess an. Man erwartete von den beiden bisherigen

Geschäftsführern, die nun vereint den VfEW führen sollten, dass die Aufgaben und Verantwortlichkeiten in einem Maßnahmenplan schnell klar zugeordnet würden. Und man beschloss auch gleich, fünf Lenkungskreise einzurichten. Es waren dies: LK Wasserwirtschaft, LK Energienetze und Umwelt, LK KMU, LK Politik, Recht, Wirtschaft und Regulierung sowie LK Kommunikation.

Jetzt ist es aber wieder Zeit, über den Tellerrand des Landes hinauszublicken. Eröffnete die Neufassung des EnWG 1998 den Wettbewerb, so sollte die zweite Novellierung 2005 diesen nochmals befeuern. Schon 2001 zeigte sich, dass auch mit dem System der Verbändevereinbarungen II auf Dauer kein Staat mehr zu machen war. Zu groß waren die Schlupflöcher, zu unklar die Regelungen im Detail und zu laut die Stimmen derer, die auf die Energiewirtschaft einprügelten. Gerade die neuen Anbieter überzogen die Netzbetreiber mit Prozessen wegen deren Netzentgelte und behaupteten erst mal und ohne Beweise, diese seien überzogen, und forderten schon mal pauschal Geld zurück.

Es waren Fälle bekannt, wo einzelne Kläger vor Gericht nicht einmal benennen konnten, wie viel Strom sie in ein Netzgebiet geliefert hatten, und dennoch einfach eine pauschale Rückforderung stellten. Selbst die Gerichte knickten ein und winkten die Klagen durch. Also machte man in der 2. Gesetzesnovelle eine Kehrtwende. Der bisherige „verhandelte Netzzugang“ wurde abgeschafft und durch den „regulierten Netzzugang“ ersetzt. Dabei durften die Netzbetreiber nur die von einer neuen Behörde, der Regulierungsbehörde, genehmigten Netzentgelte in Rechnung stellen. Diese Regulierungsbehörden sollten die Netzbetreiber überwachen, die Länder konnten eigene LRegB installieren, die sich dann um Netzbetreiber mit weniger als 100.000 Netzkunden

kümmerten. Also ein vollständiger Systemwechsel, der einherging mit der Frage: Was sind eigentlich genehmigungsfähige Netzentgelte? Das sollte in der noch zu erlassenden Netzentgeltverordnung (NEV) in Verbindung mit der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) stehen.

Dazu muss man etwas ausholen. Nach der Zustimmung des Bundesrates zu dem Entwurf der Bundesregierung über die Verordnung der Anreizregulierung der Strom- und Gasnetze wurde im Oktober 2007 die ARegV erlassen. Sie sollte dafür sorgen, dass die Netzentgelte für effiziente Netzbetreiber auskömmlich sind, ineffiziente NB sollten aber zu Verbesserungsmaßnahmen angeregt werden. Im Prinzip alles richtig, in Verbindung mit deutscher Bürokratie folgten aber zwangsläufig sehr aufwendige und selten logische Lösungen. Denn wie misst man Effizienz? Mathematische Formeln sollten einen objektiven Vergleich belegen, da im eigentlichen Rechengang aber nicht lineare Systeme zur Anwendung kamen, konnten die Ergebnisse nicht nachgerechnet werden. Dass die BNetzA nicht einmal selbst rechnete, sondern das Beratungsinstitut SUMICSID mit Sitz in Schweden/Belgien/Dänemark beauftragte, machte die Sache nicht einfacher. Aber selbst wenn die Netzbetreiber das Ergebnis anerkannten, eine Auskunft, aufgrund welcher Parameter die BNetzA denn eine kleine oder große Ineffizienz feststellte, wurde konsequent selbst vor Gericht verweigert. Eine Optimierung des Unternehmens war aber schwer, wenn die Behörde nicht sagte, was ihr eigentlich nicht passte, d. h. in welchen Bereichen des Netzbetriebes sie meinte, Ineffizienzen festgestellt zu haben. Einher ging das Verfahren mit einer bis dato beispiellosen Bürokratie. Eine erste Abfragedatei der LRegB BW brachte es auf 900 Seiten und reichte im Anlagespiegel bis zum



Anfang der 50er-Jahre des letzten Jahrhunderts zurück. Folge dieser Maßnahmen war eine Vielzahl von Gerichtsverfahren, die sich noch über viele Jahre hinstreckten. Ohne auf die Details einzugehen, Hauptnutznießer dieser Entwicklung waren Rechtsanwälte und Beratungsunternehmen, denn wieder einmal wusste niemand, auch nicht die Behörden selbst, wie das alles gehen sollte. Die Verwirrung war komplett. Als dann alle 123 VNB in BW ihren ersten Bescheid erhielten, war der Inhalt weitaus schlimmer als befürchtet. Die Behörde senkte durchschnittlich das beantragte NNE um 17 Prozent ab, bei 46 VNB um mehr als 20 Prozent, in drei Fällen sogar um mehr als 30 Prozent. 75 Unternehmen legten vor dem OLG Beschwerde ein, die Behörde gab sich aber aufgrund ihrer bisherigen positiven Erfahrungen mit dem Stuttgarter OLG nicht zu Unrecht siegessicher. Vertrauensbildung sah anders aus, aber hatte man das als Aufsichtsbehörde überhaupt nötig?

Aber die kafkaeske Datenabfrage blieb doch nicht ganz ohne Folgen. Der Unmut darüber kam schnell beim VdEW an, der das Thema Bürokratie und Verhalten der LRegB gegenüber dem Wirtschaftsausschuss des Landtages thematisieren wollte. Am 28.3.2007 war es so weit. Eine Delegation des VdEW, darunter der Leiter der Gruppe KMU, berichtete dem Wirtschaftsrat sehr deutlich und anschaulich über die Themen bürokratische Abfragen (wie schon gesagt, über 900 Seiten) und deren Folgen. Noch am gleichen Tag forderte der Wirtschaftsrat einstimmig die Landesregierung auf, sich für Erleichterungen bei der Datenerhebung einzusetzen.

Mit der Zeit gestaltete sich die Zusammenarbeit mit der LRegB zumindest punktuell dann aber doch auch konstruktiver. Mit wesentlicher Unterstützung von drei KMU gelang es 2009, mit

der LRegB eine Selbstverpflichtung zur Beschaffung von Verlustenergie zu vereinbaren, die wesentlich praxisnäher war als die Vorgaben der BNetzA in deren Wirkungsbereich.

Eine andere Behörde soll ebenfalls nicht unerwähnt bleiben, die Landeskartellbehörde. Schon 2002, also noch vor der Gründung der LRegB, hatte sie öffentlichkeitswirksam gegen mehr als 80 EVU im Land Verfahren wegen der Netzentgelte eröffnet. Der VdEW hatte damals in einem Spitzengespräch versucht, der Behörde zu vermitteln, dass die der Berechnung zugrunde liegende VVII+ erst in Kürze fertig sei und dass weitere wichtige Regelwerke noch nicht einmal vorliegen würden. Natürlich erfolglos.

Nun aber beim Wasser „same procedure“, der publikumswirksam präsentierte Wasserpreisvergleich des Ministeriums von 2009 sorgte für Aufsehen in den Medien. Das Problem war, er verglich ausschließlich die Preise ohne Berücksichtigung des technischen Aufwandes der Wasserversorgung wie topografische und geologische Gegebenheiten. Und Leitungsverlegung im felsigen Schwarzwald ist eben teurer als im sandigen Oberrheingraben, zumal dann, wenn im Schwarzwald viele kleine und verstreut liegende Ortsteile in stark unterschiedlichen Höhenlagen anzuschließen sind. Aber in solche technischen Niederungen der Logik wollte man als Behörde nicht hinabsteigen, der erste Aufschlag zählte, man hatte eine gute Presse, und das musste genügen.

Und weil man schon dabei war, wurde 2009 auch beim Gas ein Fass aufgemacht, die Kochgas-Konzessionsabgabe. Diese lag laut KAV höher als die normale KA beim Heizgas. Nun sollte in jedem (Kunden-)Einzelfall vom GvU nachgewiesen werden, dass der Kunde dieses Gas auch wirklich zu nichts anderem verwandte

als zu kochen. Mit größtem Eifer wurden behördliche Nachforschungen angestellt und wieder umfangreiche Datenreihen abgefragt, um Beträge zu klären, die bei einem KMU insgesamt jährlich im niederen vierstelligen Bereich lagen. Eine Problemlösung war, um einem hohen jährlichen Erfassungsaufwand vorzubeugen, mit den Kommunen zu vereinbaren, dass zu deren Lasten künftig keine Kochgas-KA mehr abgeführt würde. Damit war die Behörde dann zufrieden.

Wenn wir gerade beim Gas sind, hier tat sich Großes. Offiziell zur Verbesserung der Gasversorgung in Mitteleuropa gedacht, hatte das Vorhaben (auch) ganz andere Gründe. Aber der Reihe nach. Im April 2010 war Baubeginn der Erdgas-Pipeline Nord Stream durch die Ostsee nach Deutschland. Das war die Pipeline, bei der Ex-Kanzler Gerhard Schröder als Aufsichtsratsvorsitzender der Betreibergesellschaft wirkte. Die Pipeline hat eine Länge von 1.224 Kilometern und verläuft – abgesehen von Anfangs- und Endpunkt – ausschließlich durch die Ostsee, zum größten Teil in Bereichen, die keinem Hoheitsgebiet eines Anrainerstaates zugeordnet sind. Ziel von Gasprom war es deshalb sicher auch, mit dieser Leitung Staaten wie Weißrussland und die Ukraine zu umgehen, mit denen es immer wieder zu Streitigkeiten wegen Netzentgelten und unberechtigt entnommenen Erdgasmengen kam. Die protestierten natürlich gegen den Pipelinebau, konnten aber letztlich nichts ausrichten.

\*\*\*

Blicken wir nun kurz zu den Menschen und auf das, was sie in diesen Tagen beschäftigte:

- 2005 • Im April hob eine technische Meisterleistung ab. Der Erstflug des größten Passagierflugzeugs der Welt, des Airbus A380, verlief erfolgreich.
- Wegen einer verlorenen Landtagswahl in Niedersachsen stellte Kanzler Schröder im September im Bundestag die Vertrauensfrage, die erwartungsgemäß keinen Erfolg brachte. Daraufhin wurden vorgezogene Bundestagswahlen durchgeführt. Die bisherige rot-grüne Bundesregierung verlor, Angela Merkel kam mit einem schwarz-gelben Bündnis an die Macht.
- 2006 Im Juni fuhren die ersten Linienbusse der Berliner Verkehrsbetriebe mit Wasserstoff.
- 2007 Im Januar wurde das iPhone von Steve Jobs vorgestellt.
- 2008 • Im Januar überstieg der Ölpreis im Handel zum ersten Mal zeitweise die Marke von 100 US-Dollar pro Barrel, ein Jahr später fiel er wieder auf 33 US-Dollar.
- Erste tiefdunkle Wolken am Horizont. Der DAX verlor innerhalb eines Tages über 500 Punkte. Es waren die Vorzeichen einer Weltwirtschaftskrise, die durch das Platzen der Immobilienpreis-Blase (insbesondere in den USA) ausgelöst wurde. Diese mündete in eine Finanzkrise und Bankenkrise, auf die später die Staatsschuldenkrisen von Griechenland, Spanien und Island folgten. Daraus entwickelte sich dann ab 2009 die Eurokrise mit den politisch gewollten extrem niederen Leitzinssätzen.
- 2009 Im Januar startete die Kryptowährung Bitcoin. Erstmals fand der damit verbundene Begriff Blockchain breitere Aufmerksamkeit.

- 2010 • September: Der „Schwarze Donnerstag“ im Stuttgarter Schlossgarten. Am Vormittag besetzten viele S21-Gegner den Schlossgarten, da Informationen über einen unmittelbar bevorstehenden Polizeieinsatz durchsickerten. Von einer gleichzeitig stattfindenden Schülerdemonstration in der Innenstadt strömten ebenfalls mehrere Hundert meist minderjährige Teilnehmer in den Park. Die baden-württembergische Polizei war durch Einheiten aus Bayern, Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen sowie der Bundespolizei verstärkt worden. Die Auseinandersetzungen eskalierten, beide Seiten warfen sich später extrem aggressives Verhalten vor. Nach Angaben der Polizei versorgte das DRK vor Ort 114 Personen ambulant und Rettungskräfte brachten 16 Personen in Krankenhäuser.
- Anders als in Stuttgart gab es im Oktober in der Schweiz beim Bahnbau weitaus Erfreulicherer zu melden, den finalen Durchschlag am Gotthard-Basistunnel, dem mit 57 km längsten Eisenbahntunnel der Welt.

\*\*\*

Trotz der bewegten Zeiten und einer Weltwirtschaftskrise konnte man sich auch intern gut miteinander beschäftigen. Die Fusion VdEW und VGW war zwar in den Köpfen, aber noch lange nicht bei allen Aktiven in den Herzen angekommen. Insbesondere nicht bei der Geschäftsführung. Erste Risse taten sich schon 2008 auf, als das Präsidium, letztlich erfolglos, eine Darstellung der Geschäftsverteilung von den GF einforderte, die eine klare Zuord-

nung der Verantwortungen und Kompetenzen aufzeigen sollte. Nach vielen weiteren Unerfreulichkeiten und Vermittlungsversuchen trennte man sich im Sommer 2009 von einer Geschäftsführerin und schrieb die Stelle des Alleingeschäftsführers neu aus. Der neue Geschäftsführer trat dann Anfang 2010 sein Amt an. Leider knirschte es auch jetzt bald wieder im Getriebe. Der VdEW-Präsident Kastner musste zeitweise fast die Rolle eines Verbandsgeschäftsführers übernehmen, zusätzlich zum Tagesgeschäft seines eigenen Unternehmens. Zum Jahresbeginn 2014 trennte man sich folgerichtig auch von diesem Geschäftsführer.

Als Interimslösung wurde ein hochrangiger Vertreter des BDEW gewonnen, der so gute Arbeit leistete, dass der Vorstand zum 1.4.2014 einstimmig beschloss, den kommissarischen Geschäftsführer Herrn Höck als ordentlichen Geschäftsführer zu bestellen. Nun endlich kam der Verband wieder in ruhigeres Fahrwasser und konnte sich auf eine erfolgreiche Sacharbeit konzentrieren.

Es gab aber auch andere erfreuliche Entwicklungen. Die weltweit erste Pilotanlage Power to Gas nahm ihren Betrieb auf. Mit einer Leistung von 25 kW zur Produktion von Methan wurde sie im November 2009 in Stuttgart am Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) unter Beteiligung des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik und des Unternehmens SolarFuel entwickelt. Diese Technik soll ein wesentlicher Baustein der späteren Sektorkopplung werden, wenn es gilt, überschüssigen Windstrom in speicherfähige Medien wie Wasserstoff oder Erdgas umzuwandeln. Und zur Erinnerung: Das ZSW wurde im Jahr 1987 unter erheblicher Beteiligung des VdEW gegründet.

Jetzt ist es wieder an der Zeit, sich kurz den Stand der Öffentlichkeitsarbeit des VfEW anzusehen. Kurz nach der Fusion hatte der LK Kommunikation bei der Uni Hohenheim einen Forschungsauftrag vergeben. Das Ergebnis lag im Mai 2010 vor. Das Werk „Öffentlichkeitsarbeit für Strom, Gas und Wasser“ der Uni Hohenheim eröffnete neue Blicke auf die Bedürfnisse und die Wirkung einer erfolgreichen Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes. Der Vorstand und das Präsidium waren sich einig, dass die Arbeit Grundlage für die nächsten Jahre sein müsse. Und man ließ auch keine Zeit verstreichen. Schon im Oktober 2010 wurde im Rahmen einer Strategiesitzung die Themen- und Zielplanung der Presse- und Lobbyarbeit vorgestellt, die auf den Empfehlungen der Studie Hohenheim basierte.

Auch das Thema Kernenergie stand in dieser Zeit wieder auf der Tagesordnung. Wie schon beschrieben, hatte die rot-grüne Regierung Schröder in den Jahren 2001/2002 den geordneten Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Nach dem erneuten Regierungswechsel 2009 beschloss nun die jetzige schwarz-gelbe Bundesregierung den Ausstieg aus dem Ausstieg mit erheblichen Laufzeitverlängerungen der KKW. Schon das gab Ärger unter den Verbandsmitgliedern, denn nicht jeder war damit einverstanden. Dann aber, die Nuklearkatastrophe von Fukushima am 11. März 2011. Nicht nur in Japan bebte die Erde, auch in Deutschland und in Baden-Württemberg zeigten sich Auswirkungen. Wurde bisher schon der Atomkonsens 2009 von vielen EVU, insbesondere aus dem kommunal dominierten Umfeld, bekämpft, so sah man dort nun die Chance, doch noch aus der ungeliebten Kernenergie auszusteigen. Die KKW-Betreiber sahen das naturgemäß anders, die Emotionen kochten hoch. Einige Vorstandsmitglieder wollten

erreichen, dass der VfEW und auch der BDEW keine Haltung pro Laufzeitverlängerung mehr einnimmt. Da sich auch keine Kompromisslinie abzeichnete, wäre das Mindeste, so die erregten Kämpen, dass sich beide Verbände zu dem Thema nicht äußerten. Abgeklärtere Protagonisten verwiesen darauf, dass es an der Zeit sei, öffentlich das Primat der Politik anzuerkennen und besser den von der Politik zu setzenden Handlungsrahmen mitzugestalten. Und zudem, wenn man ehrlich zu sich selber sei, hänge man letztlich doch selbst auch von der großen politischen Linie ab. Hier sollte die Branche der Politik die technischen Möglichkeiten emotionslos aufzeigen und keine alten Schlachten mehr schlagen. Die Landesvertreter im BDEW-Vorstand nahmen die Diskussionsinhalte auf und brachten sie in das Gespräch in Berlin ein. Schon am 8.4.2011 ertönte dann von dort ein lauter Paukenschlag. Eine außerordentliche Vorstandssitzung des BDEW hatte die Konsequenzen aus der Reaktorkatastrophe beraten. Wichtigstes Ergebnis: Die im BDEW organisierte deutsche Energiewirtschaft wertete die Entwicklungen als Zäsur und sprach sich für den schnellen und vollständigen Ausstieg aus der Kernenergienutzung aus – bei Sicherstellung von Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bezahlbarkeit – bis 2020, spätestens aber entsprechend den Vorgaben des früheren Ausstiegsbeschlusses im Zeitfenster 2022/2023. Das war ein starkes Signal an die Politik und die Öffentlichkeit. Die schwarz-gelbe Regierung nahm den Ball auf und beschloss einen Atomausstieg bis 2022; dann soll der letzte Kernreaktor der Bundesrepublik vom Netz gehen.

Gleiches Zeitfenster, anderer Schauplatz, kumulierende Wirkung. Zur Erinnerung, im Januar 2000 verkaufte Baden-Württemberg seinen Aktienanteil der EnBW an den französischen

Stromkonzern EDF, der damit 45,01 Prozent der Aktien hielt. Nach späteren Aussagen des damaligen Ministerpräsidenten Mappus gewann dieser im Sommer 2010 den Eindruck, dass sich die EDF von ihren Anteilen trennen wollte. Seine Sorge war, so seine Worte, dass die Gazprom oder eine ausländische Investmentgesellschaft zum Zuge kämen. Um das zu verhindern, wurde in aller Stille der Anteilkauft vorbereitet und sogar unter Umgehung des Landtages, der eigentlich zustimmen musste, im Dezember 2010 abgewickelt. Auch der Kaufpreis war stark umstritten und bildete später Gegenstand mehrerer juristischer Verfahren. Diese Hauruck-Aktion blieb zusammen mit den Themen rund um die Kernenergie aber nicht folgenlos. Am 27.3.2011 wählte Baden-Württemberg den Landtag und entschied sich für einen Regierungswechsel. Die Grünen waren die klaren Wahlsieger. Gemeinsam mit der SPD lösten sie die schwarz-gelbe Landesregierung ab. Man war sich einig, der umstrittene Aktienrückkauf und die Katastrophe von Fukushima hatten das Wahlergebnis maßgeblich bestimmt. Als sich dann die Strukturen wieder gefestigt hatten, wurde zudem klar, dass sich durch den Atomausstieg in Folge der japanischen Reaktorkatastrophe der Wert der EnBW-Aktien dramatisch verringerte. Das Rückkaufgeschäft war noch schlechter als zuerst vermutet.

Aber auch anderswo hatte man Schwierigkeiten. Der Stromanbieter Teldafax stellte beim Amtsgericht Bonn am 14.6.2011 den Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Sein System der Vorkasse erlaubte es, eine schneeballähnliche Struktur aufzubauen, mit der es lange gelang, wirtschaftliche Probleme unter der Decke zu halten. Das Unternehmen war nicht das erste der neuen Anbieter, das in Insolvenz ging. Nach der Zahl der rund

750.000 Gläubiger war es aber die bis dahin größte Insolvenz in Deutschland. Aber auch das ließ sich noch toppen. Am 12. April 2013 meldeten Flexstrom und deren Tochtergesellschaften ebenfalls Insolvenz an. Gemessen an der Zahl der Gläubiger, diesmal rund 835.000 bis März 2014, war die Insolvenz der Flexstrom-Gruppe noch größer als die von Teldafax. Im März 2014 waren 511 Mio. Euro Forderungen angemeldet, zum größeren Teil aufgrund von Kunden-Vorauszahlungen.

Ebenfalls unerfreulich, aber ein Schuss vor den Bug zur rechten Zeit: Februar 2012, es waren Tage wie diese, vor denen die Experten immer gewarnt hatten. Winter, Kälte, wenig Sonne, wenig Ökostrom. Kernproblem war aber die Kälte, die ganz Europa fest und anhaltend im Griff hielt. Der russische Versorger Gazprom hatte zeitweise seine Lieferungen nach Europa vereinbarungsgemäß um 30 Prozent zurückgefahren, um seinen heimischen, ebenfalls frierenden Markt bedienen zu können. Einige deutsche Gaskraftwerke drosselten wegen der vertraglichen Regelungen zu den NNE (abschaltbare Lasten) ihre Erzeugungsleistung oder schalteten gleich ganz ab. In Deutschland gab es zwar genügend Gas in Speichern, diese lagen aber in Norddeutschland. Das Gasnetz war ebenfalls an seinen Grenzen, weil es z. B. in Süddeutschland auch Mengen von Russland nach Frankreich durchleiten musste. Damit wurde im Südwesten das Gas knapp, einzelne Stadtwerke reagierten auf eine unklare GVS-Meldung und forderten von ihren Kunden Abschaltungen der Wärmeerzeugung oder senkten in den eigenen Anlagen wie Schulen und Bädern die Temperatur ab. Aber auch die abgeschalteten Gaskraftwerke machten sich bemerkbar, deren Strom fehlte, zumal man das KKW Obrigheim seit 2005 und Philippsburg I und Neckarwestheim I

seit 2011 stillgelegt hatte. Die Netzbetreiber waren deshalb stärker auf Wind- und Solaranlagen angewiesen, die in dieser kritischen Zeit durch die herrschende Wetterlage aber nur wenig zur Sicherung beitragen konnten. Mehrere Tage kam der 220-MW-Block 3 des GKM, eigentlich ein nachrangiges Ersatzkraftwerk, zum Einsatz. Auch die 1.000 MW Kaltreserve in Österreich mussten die Netzbetreiber in Anspruch nehmen, die die Bundesnetzagentur dort im vergangenen Sommer vorsichtshalber in älteren Öl- und Kohlekraftwerken zur Stabilisierung des deutschen Netzes reserviert hatte. *„Die Situation war so ernst wie nie zuvor“*, hieß es bei einem ÜNB. Nur „unter Aufbietung aller Kräfte“ habe sich das Netz stabil halten lassen. Dies auch dank alter Öl- und Kohlekraftwerke, die so als letztes Aufgebot im Netz fungierten.

Und, fast wie geplant, der Blackout – noch nicht in der Realität, sondern nur zwischen zwei Buchdeckel gepresst – wurde 2012 veröffentlicht. Der Roman von Marc Elsberg schildert, wie unsere strombasierte Welt bei einem Blackout Schritt für Schritt zusammenbricht. Für Fachleute der Energiewirtschaft erschreckend realistische und technisch korrekte Szenarien, ausgehend von einem Cyberangriff über Smart Meter.

Kurz zurück zu den EEG-Anlagen. Inzwischen wurde sogar der Politik der explosionsartige Erfolg von Sonne und Wind unheimlich. Das heißt, eigentlich weniger der Erfolg, darin sonnte man sich gerne, sondern eher die damit verbundenen Kosten der EEG-Umlage. Denn das Volk murrte über die Strompreise. Und anders als früher konnte man nicht mehr bequem mit ausgestrecktem Zeigefinger auf die bösen EVU zeigen. Ein Bundesminister äußerte zwar immer noch mit treuherzigem Augenaufschlag, niemand zwänge die EVU, die EEG-Umlage vollständig auf

die Strompreise umzulegen, aber das verfiel in den Medien anders als früher nicht mehr. Als dann noch 2013 ein Sondergutachten der Monopolkommission, wenig schmeichelhaft, erhebliche Effizienzdefizite z.B. durch Überförderung im EEG-Bereich feststellte, musste die Politik notgedrungen handeln. Hinzu kam, dass der Bericht auch die bisher versteckten Begleitkosten für den erforderlichen Netzausbau und neue Ausgleichsmechanismen sowie zum Teil wettbewerbsferne Regelungen thematisierte. Endlich, nach langen Diskussionen, trat am 1.8.2014 die neue EEG-Novelle in Kraft. Ziel war es, den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzubringen und dabei gleichzeitig *„die Bezahlbarkeit der Energie- wende für die Bürger sowie die Wirtschaft sicherzustellen und die Belastungen für das Gesamtsystem zu begrenzen“*. Um dieses Ziel zu erreichen, nahm man einschneidende Veränderungen am bestehenden EEG vor. Für die Investoren war ein Ausbaukorridor am wichtigsten, der festlegte, wie viel neue Leistung zugebaut werden darf, und die Ausschreibungspflicht für die erwartete EEG-Vergütung.

Das war aber nur eine Seite der Probleme mit den erneuerbaren Energien. Die andere Seite traf die Stromerzeuger unmittelbar. Solange nur wenige EEG-Anlagen ihr volatiles Leistungsangebot ins Netz speisten, konnte man deren Strom problemlos integrieren. Waren das 2003 noch unkritische 17.300 MW, so lag dieser Wert 2014 schon bei 85.400 MW, zur Erinnerung, 2014 betrug die absolute Höchstlast in Deutschland ca. 80.000 MW. Damit war klar, das konnte für die Versorgungssicherheit nicht ohne Folgen bleiben. Und so war es auch. Die Preise an der EEX verfielen rapide, die eigentlich politisch gewollten, weil besonders effizienten GUD-Kraftwerke wurden in der Merit Order kaum noch eingesetzt, die Erzeuger bekamen größte finanzielle Prob-

leme. Und der Haken? Die seltener nachgefragten Kohle- und Gaskraftwerke konnte man nicht einfach abschalten, denn nicht immer schien die Sonne oder blies der Wind, wie sich 2012 ja gezeigt hatte. Aber auch dann wollten selbst die dogmatischsten Kohlegegner noch ihren Strom haben. Und die dazu notwendigen Reservekraftwerke verursachten Kosten, die im System irgendwo eingepreist werden mussten. Sie landeten wie die Redispatchkosten und ähnliche Konstrukte großzügig in den Netzentgelten der ÜNB, wo am anderen Ende bei den VNB die BNetzA und LRegB mit viel Liebe zum Detail um jeden zehntel Cent feilschte. Das Problem mit den unrentablen Kraftwerken blieb aber, die Betreiber wollten aus Kostengründen gerne abschalten, die BNetzA erklärte die Anlagen als systemrelevant und untersagte dies. Die Kosten blieben und irgendjemand musste sie tragen.

Eon wollte nun neue Wege gehen und sich auf erneuerbare Energien, Energienetze und Kundenlösungen konzentrieren. Dazu wollte man die Geschäftsfelder konventionelle Erzeugung, globaler Energiehandel sowie Exploration & Produktion in eine neue, eigenständige Gesellschaft überführen. Die Politik war wenig begeistert, fürchtete sie doch, dass dadurch das wirtschaftliche Risiko des Rückbaus der KKW nicht mehr von Eon getragen werden sollte. 2016 war es aber doch so weit. Die Eon trennte ihre konventionellen Gas- und Kohlekraftwerke sowie den Energiehandel in eine neue Gesellschaft Uniper ab. Aufgrund hohen politischen Drucks aus Berlin durften die Kernkraftwerke nicht mit in die Uniper ausgegliedert werden, sondern verblieben bei der Muttergesellschaft.

Gleiches Ziel, andere Wege, auch die RWE wollte sich Ende 2015 aufspalten. Um den politischen Druck wie bei Eon zu vermeiden, wählte die RWE den umgekehrten Weg, sie gliederte die neuen

und aussichtsreichen Geschäftsfelder aus. Der Vorstand wollte die Zukunftsgeschäfte erneuerbare Energien, Netze und Vertrieb in der neuen Tochter Innogy bündeln und diese an die Börse bringen. Der Name Innogy stehe für „Innovation“ und „Energy“, teilte RWE mit.

\* \* \*

An dieser Stelle sei noch einmal ein Blick auf die Menschen und auf das, was sie bewegt, gestattet.

- 2012 • In der Welt kamen erste Zweifel über die hochgelobten deutschen Tugenden wie Pünktlichkeit und Ingenieurskunst auf. Es wurde bekannt, dass die für den 3. Juni 2012 geplante Eröffnung des Flughafens BER wegen zahlreicher Mängel in der Brandschutzanlage und weiterer Planungsprobleme verschoben werden musste.
- Letzte Schicht im letzten Saar-Bergwerk, nach 250 Jahren Kohleförderung wurde im Juni der Bergbau an der Saar eingestellt.
- 2013 • Noch ein Ausstieg – nach 35 Jahren Konzentration der Arbeiten für ein Endlager im Salzstock Gorleben wurden diese im Juni gestoppt und alles ging auf Anfang. Nun soll in ganz Deutschland wieder „ergebnisoffen“ nach einem Endlager-Standort geforscht werden.
- In der katholischen Kirche gehörten seit jeher prunkvolle Bauten zum Markenkern. Was zu viel ist, ist aber zu viel. Der Papst höchstselbst verordnete dem Limburger Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst und seinen überbordenden Ausgaben für seine neue Residenz eine Auszeit.

- 2014 „*Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser*“, ausgerechnet ein Motto von Lenin hatte die USA so verinnerlicht, dass sie die ganze Welt, auch ihre Verbündeten, mit einem elektronischen Spitzelnetz überzog. Für die Enthüllung weltweiter Ausspähaktivitäten des NSA erhielten Edward Snowden und „Guardian“-Chefredakteur Alan Rusbridger den Alternativen Nobelpreis. Die USA selbst war not amused.
- 2015 • Das Flüchtlingsdrama rund um die EU erreichte im August einen neuen Höhepunkt. Angela Merkels Satz zu ihrer Flüchtlingspolitik „*Wir schaffen das*“ fand weltweites Aufsehen. In Deutschland war die Meinung tief gespalten.
- Die Volkswagen AG räumte gezielte Manipulationen an den Abgasanlagen von Dieselfahrzeugen ein, um die notwendigen Testwerte zu schaffen.
- 2016 • Während man in Stuttgart mit S21 und in Berlin mit BER noch fleißig stritt und punktuell sogar auch baute, wurden anderswo mit ruhiger Arbeit Fakten geschaffen. Der 57 km lange Gotthard-Basistunnel und die Neubaustrecke Gotthard-Süd in der Schweiz ging im Juni in den Betrieb.
- In einem Referendum über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU entschieden sich 51,9 Prozent der Briten für einen Austritt (Brexit). England war erst relativ spät, 1973, der EWG beigetreten, eine Volksabstimmung 1975 hatte diesen Schritt noch mit einer Mehrheit von 67 Prozent bestätigt.
  - November: Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten. Der Republikaner Donald Trump erhielt 302

Wahlmännerstimmen und wurde am 20. Januar 2017 der 45. US-Präsident. Mit seiner America-First-Politik legte er in Folge die Axt an die gesamte westliche Weltordnung.

\* \* \*

Nun aber zurück in die Niederungen der Energiewirtschaft. Pünktlich zur zweiten Regulierungsperiode 2014 gab es wieder Ärger. Regelmäßig wie das Ungeheuer von Loch Ness tauchte die Diskussion um die De-minimis-Regelung aus der Versenkung auf und wurde von der BNetzA wieder auf das Spielfeld geworfen. Dabei ging es immer nur darum, kleine Netzbetreiber von einigen wenigen, besonders bürokratischen Auflagen auszunehmen. Das sahen nicht alle gerne. Einmal die Verbände neuer Energieanbieter, die mantrahaft dagegen ins Feld zogen, obwohl die Regelung keine Auswirkung auf die NNE hatte und dessen Geschäft auch sonst nicht tangierte. Dann wetterten auch Teile der eigenen Branche, insbesondere die großen Netzbetreiber, dagegen getreu dem Motto, wir haben zwar nichts davon, wenn die Regelung fällt, dass sie aber bleibt, wollen wir auch nicht. In der LK-KMU-Sitzung vom 6.2.2014 taucht diese alte Thematik Klein – Mittel – Groß wieder auf. Die BNetzA diskutierte die Abschaffung der De-minimis-Regelung, einige große EVU/Netzbetreiber unterstützten dieses Ansinnen, alles wie gehabt. Die KMU waren aber auf Krawall gebürstet. Es könne nicht sein, so die einhellige Meinung, dass die großen EVU immer dann Branchen-Solidarität einforderten, wenn sie etwas erreichen wollten, wenn es aber negative politische Entwicklungen für die KMU gibt, lehnten sie sich zurück oder applau-



dierten sogar. Solidarität im Verband sei keine Einbahnstraße, sie könnte auch von den KMU aufgekündigt werden. Die KMU-Vertreterin im BDEW wurde dringend gebeten, diese Botschaft in Berlin wirksam einzusteuern.

Es gab aber auch andere Nachrichten. In der Vorstandssitzung im November 2015 wurde die Weiterentwicklung der KEA diskutiert. Im Jahr 1994 unter maßgeblicher Beteiligung des VdEW gegründet, hatte sie eigentlich bisher sehr gute Arbeit geleistet, stets wohlwollend begleitet durch den Landesverband. Nun mochte das Land als Mehrheitseigner die KEA aber weiterentwickeln, wobei dann jedoch keine Fremdbeteiligung mehr möglich wäre. Der Vorstand beschloss, das Land hierbei zu unterstützen.

Und auch das, in Baden-Württemberg hatten sich auf Bitten der LRegB drei EVU der drei Größenklassen bereit erklärt, im Rahmen eines Planspiels die Auswirkungen der geplanten Änderungen der ARegV detailliert durchzurechnen. Im Ministerium wurden die Ergebnisse durch die drei Unternehmen den zuständigen Referenten aus mehreren Bundesländern vorgestellt und ausgiebig diskutiert. Das Ministerium bedankte sich bei den Unternehmen und hofft, dass sich die Ergebnisse in der ARegV wiederfinden.

Noch ein anderes Gesetz sorgte für Aufregung. Das lange und sehr kontrovers diskutierte Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende wurde Mitte 2016 verabschiedet. Das Ziel war noch einigermaßen verständlich, die Kunden sollten durch Information die Möglichkeit haben, besser als bisher Energie einzusparen. Der Weg war aber typisch deutsch, extrem aufwendig, beispiellos bürokratisch und am Ende für die Kunden mehr Belastung als Entlastung. Die neuen, gegenüber den bisherigen Zählern auch für

die Kunden deutlich teureren Smart Meter sollten ab einem gewissen Jahresverbrauch verpflichtend, also auch gegen den Willen der Kunden eingebaut werden. Die Hersteller der Zähler, die großen Spieler der Energiewirtschaft, die EDV-Branche und vor allem die Beratungsunternehmen witterten wieder einmal viele wirtschaftliche Chancen und, vor allem, gute Geschäfte für sich selbst.

Anders dagegen die Verteilnetzbetreiber. Beim Thema Messwesen/Gateway-Administration schieden sich schnell die Geister. Einmal war schnell klar, dass es nur wenige Gateway-Admins geben konnte, die meisten VNB diese Leistung also teuer einkaufen müsste, und dann noch das: Verteilnetzbetreiber vs. Übertragungsnetzbetreiber – wer hätte den ersten Datenzugriff auf die Smart Meter? Die VNB erhoben (meist) die Daten über ihre Zähler und bräuchten sie auch für die Netzsteuerung, die ÜNB müssten die Gesamtstabilität sicherstellen. Jeder hatte gute Argumente, aber der Verband muss für beide sprechen können. Und das wurde schwer.

Jetzt ein harter Schnitt, das Jahr 2017 brach an, das Ende unserer Reise über mehr als ein Jahrhundert. Viele Projekte sind auch 2020 noch offen, vieles ist ständig im Fluss, erst die Zukunft muss zeigen, wie es weitergeht. Würden die Smart Meter eine Erfolgsgeschichte? Wie entwickeln sich die Energiewende und die EEG-Anlagen? Wie wird künftig die Versorgungssicherheit gewährleistet? Welche Rolle wird das Thema Blockchain in der Energiewirtschaft spielen? Viel Raum für Diskussionen, fruchtbare und kontroverse Auseinandersetzungen und natürlich für Emotionen auf allen Ebenen. Das alles muss sich nun im zweiten Jahrhundert unseres Verbandes zeigen. Aber das mögen andere aufschreiben.

Soweit Verbände und Unternehmen heute noch aktiv sind, wird der aktuelle Name angegeben

AEG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
AEW	Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige eG
AVB	Allgemeinen Vertragsbedingungen, vornehmlich für Privatkunden und Kleingewerbe
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
BGW	Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft
BWV	Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung
DVGW	Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. – Technisch-wissenschaftlicher Verein
EGT	Elektrizitäts-Gesellschaft Triberg GmbH
EnWG	Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz)
EVU	Energieversorgungsunternehmen, manchmal auch Elektrizitätsversorgungsunternehmen
EW	Elektrizitätswirtschaft, Magazin für die Energiewirtschaft
GVU	Gasversorgungsunternehmen
HEA	Hauptberatungsstelle für Elektrizitätsanwendung, heute Fachgemeinschaft für effiziente Energieanwendung e. V.
HS	Hochspannung, meist 110-, 220-, 380 kV
Hz	Hertz, Angabe für z.B. Netzfrequenz
IZE	Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft e. V.
KA	Konzessionsabgabe
KAWAG	Kraftwerk Altwürttemberg AG
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen, hier meist Stadtwerke
kV	Kilovolt, 1.000 Volt
kVA	Kilovoltampere, Angabe für Scheinleistung
LW	Zweckverband Landeswasserversorgung
MS	Mittelspannung, meist 3 kV, 6 kV, 10 kV, 15 kV, 20 kV, 30 kV
NEV	Neckar-Elektrizitätsverband
NEV	Netzentgeltverordnung, StromNEV, GasNEV
NNE	Netznutzungsentgelt
NW	Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs AG
NWS	Neckarwerke Stuttgart AG
Rpf	Reichspfennig
SVB	Sondervertragsbedingungen
TWS	Technischen Werke der Stadt Stuttgart AG
UJAG	Ueberlandwerk Jagstkreis AG
ÜNB	Übertragungsnetzbetreiber
VDE	Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e. V.
VdEW	Verband der Elektrizitätswerke Baden-Württemberg e. V. ab 1954

VDEW	Verband der Elektrizitätswirtschaft e. V.
VdEW	Vereinigung der Elektrizitätswerke bis 1945
VIK	Verband der industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e. V.
VKU	Verband kommunaler Unternehmen e. V.
VNB	Verteilnetzbetreiber
ZEAG	Zementwerk Lauffen-Elektrizitätswerk Heilbronn AG

- 10 Jahre ODR
- 100 Jahre Deutscher Verein von Gas- und Wasserfachmännern, 1859–1959
- 100 Jahre Strom für Berlin, BEWAG
- 100 Jahre Strom für Pforzheim, 1894–1994, Stadtwerke Pforzheim
- 100 Jahre Trinkwasser für Baden-Württemberg, Landeswasserversorgung
- 100 Jahre Trinkwasserversorgung Mannheim, MVV
- 100 Jahre voller Spannung, IZE
- 125 Jahre Gas in Geislingen, EVF
- 150 Jahre Stadtwerke Heidenheim
- 30 Jahre Badenwerk, 1921–1951
- 30 Jahre Elektrogemeinschaft EVS
- 50 Jahre DVGW-Landesgruppe Baden-Württemberg, 1949–1999
- 50 Jahre Neckar-Elektrizitätsverband
- 50 Jahre UJAG
- 50 Jahre Verband der Gas- und Wasserwerke Baden-Württemberg e. V., VGW 1945–1995
- 75 Jahre Verband der Elektrizitätswerke Baden-Württemberg e. V.40 / 60 / 75 / 100 Jahre EGT, Jubiläumsschriften
- Alles elektrisch, 100 Jahre AEG Hausgeräte
- Baden unter Strom, Bernward Janzing
- Badenwerk Aktiengesellschaft, 1921–1961
- Badenwerk Karlsruhe, 25 Jahre, 1921–1946
- Chemische Technologie des Leuchtgases, Karl Theodor Volkmann
- Chronik des 20. Jahrhunderts, Chronik Verlag
- Das Menschenrecht auf Wasser, Silke Ruth Laskowski
- Der Saft aus der Dose, 100 Jahre Strom in VS
- Die Deutsche Gasversorgung vom Anfang bis 1998, Udo Leuschner
- Die elektrisierte Gesellschaft (Ausstellung des Badischen Landesmuseums)
- Die Energieversorgung Schwaben AG, 1954
- Die Entwicklung der deutschen Stromversorgung bis 1998
- Die Geschichte der Stromversorgung, Wolfram Fischer
- Die Kraftübertragung Lauffen–Frankfurt, 1891
- Die Welt (verschiedene Ausgaben)
- Ein lebendig Wasser oder Bronnen, EVF
- Elektrifizierung Triberg
- Elektrotechnik im Wandel der Zeit, 50 Jahre ZVEI
- Elemente, die bewegen, Mensch und Technik im Gas- und Wasserfach, DVGW, 1859–2009
- ew (Elektrotechnik) (verschiedene Ausgaben ab 1927)
- Feuer, Blitz und Funke, Hans Prinz
- Firmengeschichte der AEG, Gerd Flaig
- Geschichte des Verbundbetriebes, Dr.-Ing. Boll
- Geschichten hinterm Zähler, Hanno Turnit

- GWV extra, Die wunderbare Welt des Gas- und Wasserfachs
- Impulse eines Jahrhunderts, Wie Strom Geschichte macht
- Interview Dr. Schneider, Geschäftsführer VdEW/VFEW
- Interview Herr Kastner, Präsident VFEW
- Interview Herr Lindemuth, Geschäftsführer VGW
- Interview Herr Mauthe, Geschäftsführer VdEW
- Interview Herr Stamer, Vorstandsvorsitzender VdEW
- Landeszentrale für politische Bildung
- Licht.de
- manager magazin, u. A. 5.6.2016
- Moderne Energie für die neue Zeit, ZEAG
- Oberschwäbische Elektrizitätswerke 1909–1939
- Physikalisch philologische Anmerkungen zu Gas und Chaos, Joachim Schlichting
- Propyläen Technikgeschichte, Akos Paulinyi/Ulrich Troitzsch
- Propyläen Technikgeschichte, Dieter Hägermann/Helmuth Schneider
- Propyläen Technikgeschichte, Karl-Heinz Ludwig/Volker Schmidtchen
- Propyläen Technikgeschichte, Wolfgang König/Wolfhard Weber
- Protokolle des VDEW/VdEW/BDEW/VFEW/DVGW/VEW
- Spiegel (verschiedene Ausgaben)
- Spiegel, u. A. 9.2.2012
- Staat und Strom, Bernhard Stier
- Störungen im Stromnetz und Notstromfälle in Kernkraftwerken in den Jahren 2003 bis 2012, Gesellschaft für Reaktorsicherheit
- Strom für das Neckarland, Marlis Prinzing
- Stromwirtschaft in Württemberg und die Elektrizitätsverbände
- Stuttgart und die Elektrizität, Karl Erich Haerberle
- Stuttgart und die TWS, Rudolph Bernhard
- Süddeutsche Zeitung, u. A. 23.2.2012
- Tagesspiegel, u. A. 9.4.2013
- Technische Monatshefte 1911
- Ulm online, Versorgung mit Wasser
- Von der Glühbirne zum Mikroprozessor, 100 Jahre Elektrizität in Stuttgart
- War das Trinken im Mittelalter tabu?, Jan H. Sachers
- Wie die DDR gegen den Stromausfall kämpfte, FAZ 02.07.2011, Wilhelm Riesner
- Wie die Energiewende von der politischen Wende profitieren kann, BBH 2012
- Wikipedia
- Wirtschaftsgruppe Elektrizitätsversorgung Tätigkeitsbericht 1935–1937
- Württembergischer Verband der Elektrizitätswerke, Geschäftsbericht 1933
- Zeit Online, u. A. 30.6.2011

- Seite 7 Froschschkel-Experiment, Versuchsanordnung (Luigi Galvani, gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org>)
- Seite 8 Reservistenkrug von Georg Frank um 1910 (Europeana 1914 – 1918 project, Creative Commons, <https://commons.wikimedia.org>), freigestellt
- Seite 49 Kokerei (Verband für Energie- und Wasserwirtschaft (VFEW) e. V.)
- Seite 50 Gasmaske (Daderot, public domain, <https://commons.wikimedia.org>), freigestellt
- Seite 89 Schwarzenbachtalsperre, erbaut zwischen 1922 und 1926 (Leonhard Lenz, CC0 1.0, <https://commons.wikimedia.org>)
- Seite 90 Clubsessel B3 („Wassily Chair“) von Marcel Breuer (sailko, CC-BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org>), freigestellt
- Seite 141 Luftbild des zerstörten Stuttgarter Stadtzentrums (Imperial War Museum, Royal Air Force official photographer, Clark N S (Flt Lt) and Broom R R (Fg Off), gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org>)
- Seite 142 KZ-Kleidung (Brigade Piron, creative commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported, <https://commons.wikimedia.org>), freigestellt
- Seite 201 Trafo-Transport durch Triberg (Verband für Energie- und Wasserwirtschaft (VFEW) e. V.)
- Seite 202 Grundgesetz Bundesrepublik (Jörgens.mi, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org>), freigestellt
- Seite 269 Kernkraftwerk Obrigheim (Felix König, CC BY 3.0, <https://commons.wikimedia.org>)
- Seite 270 Teil der Berliner Mauer am Landtag von Baden-Württemberg (Andreas Praefcke, CC BY 3.0, <https://commons.wikimedia.org>), freigestellt
- Seite 349 Windkraftanlagen und Solarfeld (elxeneize, [www.shutterstock.com](http://www.shutterstock.com))
- Seite 350 Rettungsweste (PhotoDisc)

